Landtag von Baden-Württemberg

85. Sitzung **14. Wahlperiode**

Stuttgart, Donnerstag, 4. Februar 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr | Mittagspause: 13:36 bis 14:30 Uhr | Schluss: 20:41 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 6061

Begrüßung des Schweizerischen Generalkonsuls, Herrn Hans Dürig 6139

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)**

a) **Einzelplan 02: Staatsministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5702 6061

Abg. Manfred Hollenbach CDU 6061
Abg. Claus Schmiedel SPD 6063, 6078
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE 6066, 6081
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 6069
Ministerpräsident Günther Oettinger 6073

Beschluss 6083

b) **Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5707 6083

Abg. Veronika Netzhammer CDU 6084
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU. 6085
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD. 6088
Abg. Walter Krögner SPD 6091
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 6092
Abg. Franz Untersteller GRÜNE 6094
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 6096
Minister Ernst Pfister 6100

Beschluss 6104

c) **Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5708 6106

Abg. Paul Locherer CDU. 6106
Abg. Alfred Winkler SPD 6108, 6117
Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE 6110, 6118
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. 6112
Minister Peter Hauk 6114

Beschluss 6118

d) **Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5709 6120

Abg. Wilfried Klenk CDU 6120
Abg. Ursula Haußmann SPD 6122
Abg. Marianne Wonnay SPD 6124
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 6126
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 6128
Ministerin Dr. Monika Stolz 6131

Beschluss 6134

e) **Einzelplan 10: Umweltministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5710 6135

Abg. Winfried Scheuermann CDU 6135
Abg. Thomas Knapp SPD 6139
Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE 6142
Abg. Dieter Ehret FDP/DVP 6143
Ministerin Tanja Gönner 6146

Beschluss 6151

f) **Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5704 6152

Abg. Volker Schebesta CDU 6152
Abg. Elke Brunnemer CDU 6154
Abg. Dr. Frank Mentrup SPD 6155
Abg. Christoph Bayer SPD 6158
Abg. Renate Rastätter GRÜNE 6159
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP 6163, 6166
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE (Kurzintervention) 6165
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 6166
Minister Helmut Rau 6167

Beschluss 6172

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP (zur Abstimmung) 6174

Nächste Sitzung 6176

Protokoll

über die 85. Sitzung vom 4. Februar 2010

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 85. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Mielich und Herrn Abg. Stratthaus erteilt.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Dr. Unold.

Dienstlich verhindert sind heute Herr Minister Professor Dr. Frankenberg und Herr Staatssekretär Drautz.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5702

Berichterstatter: Abg. Dr. Nils Schmid

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hollenbach das Wort.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Nicht nur hier im Landtag, sondern auch in den meisten öffentlichen und privaten Gremien, aber auch vonseiten der Unternehmen ist zu hören, noch nie sei die Aufstellung von Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsplänen so schwierig gewesen wie in diesen Tagen. Ich glaube, dem kann niemand widersprechen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Wir erleben die größte und einschneidendste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit, und dies weltweit. Das Wort „Krise“ könnte man als das Wort des Jahres 2009 bezeichnen; das haben einige Kolleginnen und Kollegen vor wenigen Minuten gehört. Dieses Wort hat der Redner dort jedoch in einen anderen Kontext, in einen anderen Zusammenhang gestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Er hat dabei auch den Begriff „Vertrauenskrise“ gebraucht. Ich glaube, das trifft den Nagel eher auf den Kopf, als dies bei vielen anderen Kommentaren, die wir zu diesem Thema hören, der Fall ist.

Die Wirtschaftspläne der Unternehmen, gleich welcher Art, beruhen heute mehr auf unsicheren als auf stabilen Fakten, und die Prognosen müssen zudem leider viel zu oft nach unten korrigiert werden.

Was für die privaten Unternehmen gilt, gilt für die öffentlichen Finanzen in besonderer Weise – allerdings mit einem deutlichen Unterschied: Der private Unternehmer kann mit großem Einsatz, mit Kreativität und durch das Erschließen neuer Märkte eventuell die Möglichkeit erlangen, neue Einnahmen zu generieren. Gelingt dies jedoch nicht, bleibt ihm oft nur die Kurzarbeit oder gar die Entlassung von Mitarbeitern und äußerstenfalls die Schließung von Unternehmen.

Was er aber einstellt und leider oft auch einstellen muss, das ist das Bezahlen von Steuern. Das merken dann wir in den öffentlichen Bereichen. Bund, Länder und Kommunen und auch die Sozialkassen beklagen die rückläufigen Einnahmen. Viel Kreativität bei der Beschaffung von Einnahmen können wir nicht gerade entwickeln. Daran hindern uns Gesetze und andere Gegebenheiten. Die Möglichkeit des Abbaus von Leistungen und Angeboten ist meines Erachtens auch immer nur sehr beschränkt vorhanden. Hier sind enge Grenzen gesetzt, oder ein Abbau ist gar nicht möglich; denken wir nur an Bildung, an Kindererziehung, an die Unterhaltung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen.

So bleibt eben – leider Gottes, muss man sagen – für die öffentlichen Hände meist nur der Gang zum Kreditmarkt, die Aufnahme weiterer Schulden. Niemand, weder die Privatpersonen noch die Unternehmen, noch wir, die wir öffentliche Verantwortung zu tragen haben, können mit dieser Situation zufrieden sein; niemand kann sich damit abfinden.

Deshalb sehe ich es als eine der wichtigsten und größten Herausforderungen unserer Zeit an, sich diesen Aufgaben zu stellen und vor allem zur Lösung von zwei Fragen beizutragen. Erstens: Kommt unsere Wirtschaft wieder zu Aufträgen und Erträgen, und wie schnell geschieht dies? Und zweitens: Wird es gelingen, die sogenannte Staatsquote, nämlich Aufgaben und Ausgaben des Staates, zu reduzieren?

(Manfred Hollenbach)

An der Lösung dieser beiden Fragen mitzuarbeiten ist, meine ich, unser aller Pflicht. Denn gibt es keine Antworten auf diese Fragen, dann wird sich die Spirale der Verschuldung weiterdrehen mit Folgen, an die ich gar nicht zu denken wage.

Unter diesen Rahmenbedingungen und in diesem Finanz- und Wirtschaftsumfeld beraten wir den Haushalt 2010/2011 für das Land Baden-Württemberg. In der Debatte am 19. Januar, also vor wenigen Tagen, wurden hier in diesem Hohen Haus – das kann ich schon sagen – eindrucksvolle, wichtige und richtige Aussagen dazu gemacht. Die Vorsitzenden der Fraktionen haben – jeder eben aus seiner Sicht – die Finanzsituation beschrieben, Kritik geübt, Vorschläge geäußert und manchmal auch nur Andeutungen gemacht. Unser Ministerpräsident Günther Oettinger hat in einer für mich überzeugenden Weise mit hohem Sachverstand, fundiert, offen und auch schonungslos die Zusammenhänge, die Konsequenzen und die Notwendigkeiten erläutert. Für diese eindrucksvolle, großartige Rede, lieber Herr Ministerpräsident, möchte ich Ihnen ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da war „Viel Glück!“ dabei, aber keine Konsequenz! Viel Glück hat er uns gewünscht!)

Ich würde Ihnen raten, das nachzulesen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Abg. Reinhold Gall SPD: Sie können es auch zweimal lesen!)

Vielleicht können Sie daraus auch einige Schlüsse ziehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe sogar zugehört! Da war „Viel Glück!“ dabei, aber sonst nichts!)

Nach dieser Grundsatzdebatte am 19. Januar und den darauf folgenden intensiven Beratungen im Finanzausschuss möchte ich mich heute auf den Einzelplan 02 – Staatsministerium – beschränken. Dieser Einzelplan ist ja, vom Volumen und von den Zahlen her betrachtet, einer der kleinsten. Ausgaben von 42,7 Millionen € im Jahr 2010 und 43,9 Millionen € im Jahr 2011 weist dieser Einzelplan aus. Der Anteil am Volumen des Gesamthaushalts ist mit 0,12 % noch geringer als der gestern von Ihnen, Herr Kollege Gall, erwähnte Anteil des Landtags von 0,14 %. Umgerechnet betragen die Ausgaben in diesem Einzelhaushalt weniger als 4 € je Einwohner.

Auch die Ausgabesteigerungen im Vergleich zu den Vorjahren sind mit einem Zuwachs von 1,6 % bzw. 2,7 % – man kann es schon so sagen – bescheiden, und das bei einem Anteil der Personalausgaben von 56 %. Es ist also wirklich ein sparsamer Haushalt.

Selbst dieser geringe Zuwachs und diese geringen Ausgaben sind nur durch globale Minderausgaben realisierbar. Dies wird den Haushältern im Staatsministerium und vor allem auch dem künftigen neuen Chef des Staatsministeriums einiges abverlangen. Denn 2 Millionen € aus einem Volumen von 42 Millionen € herauszupressen ist nicht ganz einfach.

Dieses Ministerium hat bisher sparsam gewirtschaftet und wird dies auch künftig tun. Selbst wenn Vergleiche mit anderen Ländern immer etwas hinken und nie ganz korrekt sind, sei es doch erlaubt, einen Vergleich der Personalausstattung unseres Staatsministeriums mit der Personalausstattung der Staatsministerien anderer Länder – bei einem Personalkostenanteil von 56 % an den Ausgaben ist dies sicher angebracht – anzustellen. Von 316 Stellen im gesamten Einzelplan 02 entfallen rund 200 Stellen auf das Staatsministerium; das sind, in Relation zur Einwohnerzahl gesetzt, etwa 18,9 Stellen pro eine Million Landeseinwohner. Andere Flächenländer liegen deutlich über diesem Wert. In Bayern und Hessen sind es 32, in Rheinland-Pfalz sogar 41 Stellen pro eine Million Landeseinwohner. Lediglich Nordrhein-Westfalen ist mit 17,7 Stellen je eine Million Landeseinwohner noch etwas günstiger aufgestellt. Diese Zahlen sind sicherlich nicht von größter Bedeutung, aber einen gewissen Aussagewert auch im Hinblick auf die Sparsamkeit kann man ihnen doch abgewinnen.

Im Einzelplan 02 – Staatsministerium – sind die Aufwendungen abgebildet, die eine große Außenwirkung haben und die vor allem dem Ansehen unseres Landes zu dienen haben. Neben den Aufwendungen für das Ministerium und die Repräsentation sind dies die Aufwendungen für die Förderung der Medien- und Filmgesellschaft, die Förderung von Stiftungen und internationalen Institutionen sowie die Förderung von Initiativen und Projekten im Zusammenwirken mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg. Zu Letzterem haben wir von der CDU-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt, weil wir der Meinung sind, dass auch aus unserem Land Signale in die Länder ausgehen müssen, in denen die Situation noch schwieriger ist als bei uns. Auch ein Anteil des Landes Baden-Württemberg an der Finanzierung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau ist erstmals in diesem Haushaltsplan enthalten.

Weitere wichtige Ausgabepositionen im Haushaltsplan des Staatsministeriums sind die Aufwendungen für den Staatsgerichtshof, die Landesvertretungen in Berlin und in Brüssel – sie haben auch eine ganz große Bedeutung für unser Land –, die Landeszentrale für politische Bildung und die Führungsakademie.

Auch wenn in diesem Einzelplan nicht die ganz großen Zahlen erscheinen, nicht die Milliarden, die in anderen Einzelplänen bewegt werden – finanziert wird über diesen Einzelplan Wichtiges und Bedeutendes, nämlich die verantwortliche Führung unseres Landes: das Staatsministerium, der Ministerpräsident und der Staatsgerichtshof. Sie alle zusammen sind unverzichtbar und wichtige Aushängeschilder zur Außendarstellung unseres Landes. Sie beanspruchen – ich betone es nochmals – nur 0,12 % des Gesamthaushalts von 34 Milliarden €, die unser Land zu schultern hat. Diese Zahlen sind von ihrem Volumen her nicht gerade von großer Bedeutung. Aber unser Staatsministerium hat Bedeutung und erzielt Wirkung. Deshalb, meine ich, sollten wir alle dem vorliegenden Haushaltsplan 02 – Staatsministerium – in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hollenbach, Sie haben nichts zu den Portokosten im Staatsministerium gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wird das jetzt Ihr Hauptthema? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, die Kleinkrämer sitzen auf der anderen Seite des Parlaments!)

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst ebenfalls mit den wirtschaftlichen Herausforderungen beginnen, die sich im Jahr 2010 und voraussichtlich auch im Jahr 2011 in Baden-Württemberg stellen.

Bei der letzten Debatte hat man mir vorgeworfen, dass wir zwei wichtige Projekte, die wir einfordern, um dem Mittelstand in Baden-Württemberg unter die Arme zu greifen – einen Mittelstandsfonds und eine Mittelstandsanleihe –, anböten wie sauer Bier und niemand dies wolle. Sie haben dann auch im Finanzausschuss einen entsprechenden Antrag von uns abgelehnt. Aber in der Zwischenzeit waren Sie im Kloster und haben beraten und hatten auch wichtige Leute wie den IG-Metall-Chef Huber eingeladen. Hinterher – oh Wunder, wahrscheinlich eine Eingebung – hat Herr Mappus, der heute nicht da sein kann, vor der Presse erklärt, mit ihm könne man über diese Themen reden. Aha.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Abg. Ernst Behringer CDU: Reden kann man immer!)

Jetzt ist er nicht da. Sonst hätte ich gesagt: Herr Mappus, was machen wir denn seit Monaten? Wir reden darüber. Es ist aber Zeit zu handeln. Wir können jetzt nicht noch länger darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Tage kommt ein Fonds der Deutschen Bank auf den Markt, der genau in diese Lücke zielt, um dem Mittelstand mit Eigenkapitalunterstützung unter die Arme zu greifen, weil – ich muss das gar nicht mehr erzählen – in der Krise viele zu viel Eigenkapital aufgebraucht haben, um über die Runden zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Jetzt könnte man sagen: „Das ist ja gut. Das Thema erledigt sich. Jetzt macht es die Privatwirtschaft.“ Aber dieser „Ackermann-Fonds“ hat zwei Probleme.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist ein Angebot!)

Das erste Problem: Er wird unter Profitgesichtspunkten gemanagt. Das heißt, dieser Fonds soll eine erhebliche Rendite abwerfen. Das wird dazu führen, wie übrigens auch bei dem Eigenkapitalfonds der Förderbank des Landes, der L-EA, dass man sehr ausgesucht vorgeht und nur den Besten der Besten dieses Geld gibt.

Das zweite Problem: Der Fonds ist mit 300 Millionen € dotiert. Wenn man da für Baden-Württemberg anteilsmäßig 10 % zugrunde legt, dann sind dies 30 Millionen € für Baden-Württemberg. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir haben gesagt: Wir brauchen 1 Milliarde €, und zwar für Baden-Württemberg allein. Deshalb hat sich das Thema mit diesem Fonds nicht erledigt. Es unterstreicht die Notwendigkeit, aber wir müssen schon selbst handeln und ein Baden-Württemberg-Programm auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zweites will ich ansprechen, meine Damen und Herren. Mit der Wirtschaftskrise hat auch in Baden-Württemberg in großem Umfang der Niedriglohn Einzug gehalten; es gibt unanständige, sittenwidrige Niedriglöhne.

Unterhalb des Pragsattels hat eine neue Waschanlage aufgemacht. Sie bietet die Autowäsche zu gleichen Preisen an wie die üblichen Autowaschanlagen, die automatisch laufen, wo sich die Walzen bewegen und das Auto darin steht. Dort bewegen sich aber keine Walzen, sondern dort bewegen Menschen Lappen und wischen, zwei vorn, zwei hinten. Man fragt sich: Wie kann ein Unternehmen menschliche Arbeitskraft anbieten, die gegenüber vollautomatischen Maschinen wettbewerbsfähig ist? Die Antwort ist einfach: Diejenigen, die dort arbeiten, haben laut ihrem Arbeitsvertrag einen Lohn von 4 € pro Stunde. Zum Dank dafür behält sich die Geschäftsleitung vor: Wenn es einmal keine Warteschlange gibt, dürfen sie nach Hause gehen.

Nun kann sich jeder ausrechnen, was bei 4 € pro Stunde passiert. Selbst wenn sie fünf Tage in der Woche zehn Stunden täglich arbeiteten, ergäben sich pro Monat nur ungefähr 800 €. Davon kann man nicht leben. Dafür, dass ein solcher Niedriglohn möglich ist, zahlen alle Bürgerinnen und Bürger. Den Differenzbetrag zwischen den Lebenshaltungskosten der Familien und dem Lohn, den die dort Beschäftigten verdienen, bezahlen die Bürgerinnen und Bürger. Alle bezahlen durch zusätzliche – –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Natürlich, ergänzende Hilfe. Das kommt aus dem Steuertopf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Aus diesen Löhnen entstehen auch niedrigere Einnahmen für die Krankenkassen. Eine angemessene Rente lässt sich aus diesen Löhnen ebenfalls nicht finanzieren. Das heißt, alle zahlen für diese unanständig niedrigen Löhne mit.

Deshalb fordern wir Sie auf: Geben Sie endlich Ihren Widerstand gegen einen verbindlichen Mindestlohn auf, damit solche Schweinereien in Baden-Württemberg nicht länger passieren können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sind nicht nur nicht bereit, dem einen Riegel vorzuschieben, Sie unterstützen es auch noch, dass Dumpinglöhne bezahlt werden können.

Warum in aller Welt muss der Wirtschaftsminister dieses Landes immer darauf drängen, dass Aufträge aus dem Land

(Claus Schmiedel)

Baden-Württemberg an Generalunternehmer gehen, an Generalunternehmer, die dann Subunternehmer und Subsubunternehmer von weither holen, die wiederum Niedrig- und Niedrigstlöhne zahlen, während das Handwerk in Baden-Württemberg regelmäßig keine Chance hat, und wenn, dann zu unauskömmlichen Preisen?

Wir wollen, dass von öffentlichen Aufträgen diejenigen Unternehmen profitieren, die Tariflöhne bezahlen, die anständige Arbeitsverhältnisse bieten, und nicht diejenigen, die Lohndumping betreiben und unsere Betriebe damit an die Wand konkurrieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte ein zweites Themenfeld ansprechen. Es betrifft die Bildungspolitik.

Sie haben 2,5 Millionen € aus dem Haushalt für eine Propagandakampagne eingesetzt, die den Menschen einreden soll:

(Abg. Ingo Rust SPD: Vierseitige Anzeige!)

Unser Bildungsangebot ist komplett in Ordnung, man muss es nur richtig verstehen. Ich habe einmal einen kleinen Auszug aus Briefen von Eltern und Schulleitern mitgebracht,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe auch welche!)

die sich darin beschweren, dass es für Lehrkräfte, die länger ausfallen, keinen Ersatz gibt. Da schreibt z. B. der Vorsitzende des Elternbeirats des Ernst-Sigle-Gymnasiums in Kornwestheim, dass man dort jetzt mit großem Erstaunen und Entsetzen gehört habe, dass für eine Lehrkraft, die wegen Schwangerschaft oder wegen Krankheit ausfällt, kein Ersatz zur Verfügung gestellt wird. In dem betreffenden Brief heißt es, dass davon drei Hauptfächer und ein Nebenfach betroffen seien, und das zuständige Regierungspräsidium stelle keinen Ersatz zur Verfügung.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Das ist überall so, im ganzen Land! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ist das wieder eine solche Falschmeldung wie in der letzten Woche?)

Beim Wagenburg-Gymnasium in Stuttgart hat ein Lehrer den Schuldienst nicht angetreten. Ein weiterer Lehrer wurde in den Vorruhestand versetzt, ein anderer Lehrer ist langfristig erkrankt. Dafür ist kein Ersatz bestellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD zur CDU: Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Dr. Lasotta! – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Der folgende Brief kam unaufgefordert, nämlich über meine Tochter, zu mir nach Hause: Der Rektor des Helene-Lange-Gymnasiums in Markgröningen schreibt:

Liebe Eltern, liebe Schülerinnen und Schüler! Zwei Lehrer sind bedauerlicherweise längerfristig erkrankt. Beide zusammen halten insgesamt 43 Wochenstunden reinen Unterricht. Jetzt kommt noch eine Lehrerin hinzu, die in den Mutterschutz geht. Unsere Ressourcen sind nahezu erschöpft.

Jetzt kommt's:

Unterstützung durch externe Kräfte als Krankheitsvertretungslehrer wird es nicht geben, da weder genügend Geldmittel seitens des Kultusministeriums noch entsprechende Personen zur Verfügung stehen.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

So sieht es im Land aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es geht gerade so weiter. An den Berufsschulen fehlen Englischlehrer. Der Sohn von Herrn Gall hatte seit Oktober keine Stunde Englischunterricht.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Um Gottes willen!)

Die Schule hat kein Geld für Vertretungslehrer. So sieht es aus. Sie hingegen machen einen Propagandafeldzug.

(Unruhe)

Der Gipfel dieser Geschichte ist, dass Sie die Schulen, bei denen die Situation ohnehin angespannt ist, auch noch zwingen, diese Geschichten vorzubereiten, mit zu begleiten und Lehrerressourcen für diese Propagandaschlacht zur Verfügung zu stellen. Solange solche Zustände bestehen, ist es unanständig, Geld für Propaganda statt für Lehrer zu verwenden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Deshalb hat Frau Staab völlig recht. Man kann Frau Staab nicht unterstellen, dass sie der CDU etwas Schlechtes will; sie gehört ja der CDU an.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Aber sie verzweifelt daran. Sie sagt: „Es fehlt völlig der Wille, zu erkennen, dass in diesem Schulsystem so vieles schiefläuft."

Sie haben Scheuklappen. Sie nehmen nur wahr, was Sie wahrnehmen wollen. Sie haben eine Pressekonferenz gemacht und gesagt: „Ich nehme Herrn Rau in Schutz. Es ist alles prima und bestens, wir sind spitze." Wobei sind wir denn spitze? Da heißt es: „Südwest-Schüler liegen bei Nachhilfe vorn." Herr Ministerpräsident, ist es ein Zeichen von Exzellenz, wenn wir bei der Nachhilfe vorn liegen, oder gibt es eine Schwäche im System? Ist es nicht so, dass man etwas tun muss, dass man nicht die Augen verschließen darf, sondern sagen muss: Da läuft etwas schief?

Hinzu kommt die Sache mit der Werkrealschule.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Das nehmen Ihnen nicht einmal mehr Ihre eigenen Leute ab. Herr Oettinger, Sie kommen aus Ditzingen. Der Gemeinderat der Stadt Ditzingen berät, wie man auf das Thema Werkrealschule reagiert. Hierzu gibt es einen Antrag der CDU, der

(Claus Schmiedel)

sinngemäß lautet: Lasst das zwei Jahre lang liegen. Lasst das erst einmal liegen. Macht erst einmal keine Werkrealschule.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr sinnvoll!)

So äußert sich auch der dortige CDU-Vorsitzende. In der „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. Januar steht:

> *Die neue Werkrealschule sei ein totgeborenes Kind, sagt der CDU-Vordenker Ulrich Kicherer. Alles laufe auf die Abschaffung der Hauptschule und die Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems in Baden-Württemberg hinaus.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hätten Sie vielleicht gern!)

> *Deshalb sei es zu früh, Fakten zu schaffen.*

Recht hat dieser Mann.

(Beifall bei der SPD)

Der Rücktritt von Frau Staab glich einem Paukenschlag. Das sollte für Sie ein Weckruf sein. Sie sollten sich das, was vorgebracht wird, zu Herzen nehmen. Es ist nicht generell alles schlecht. Das behauptet niemand. Es gibt aber Schwächen, die man nicht einfach hinnehmen kann.

Frau Staab sagt: „Das G 8 ist eine Einsparmaßnahme für das Land, die die Eltern durch die Hintertür mit Nachhilfe bezahlen.“ Daher kommen doch diese Zahlen. Daher muss man an diesem System etwas ändern.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Man kann diese Debatte natürlich nicht vorbeigehen lassen, ohne auf die „Kies-Affäre“ zu sprechen zu kommen. Herr Ministerpräsident, Sie haben im vergangenen September ein Schreiben vom damaligen Bundesverkehrsminister bekommen, in dem dieser anmahnt, endlich einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen, dass diese Bund-Länder-Vereinbarung zustande kommt, damit bei Iffezheim die Geschiebezugabe durch den Aushub, der durch die Hochwasserschutzmaßnahme bei Breisach anfällt, langfristig gesichert wird.

Dem ging ein Vermerk von Minister Tiefensee voraus, in dem sein Haus feststellt, dass bereits am 12. Juni 2008 Staatssekretär von Randow Herrn Köberle schriftlich gebeten hat, diesen Kabinettsbeschluss herbeizuführen. Darauf folgte keine Antwort. Das blieb einfach liegen.

Daraufhin folgte am 1. April 2009 ein weiteres Schreiben an Herrn Köberle. Dieses ist wieder einfach liegen geblieben. Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet, obwohl es sich um ein Gemeinschaftsprojekt handelt. Wenn ich zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung mit leitenden Beamten des Bundesverkehrsministeriums gesprochen habe, habe ich mich immer gewundert, weshalb diese so schlecht auf die Landesregierung in Baden-Württemberg zu sprechen waren. Man muss sich aber nicht darüber wundern, wenn sie bei einem bestimmten Thema so sehr ignoriert werden.

Am Ende des Vermerks wird darauf hingewiesen, dass das Bundesverkehrsministerium dieser Verwaltungsvereinbarung im Oktober 2007 zugestimmt habe und das Land die Voraussetzungen für den Abschluss einer Vereinbarung schaffen wollte, diese jedoch deshalb nicht getroffen worden sei, weil der Staatssekretär im Finanzministerium Baden-Württemberg dagegen sei. Der Staatssekretär im Finanzministerium Baden-Württemberg ist Herr dieses Verfahrens. Er entscheidet, wie es vorangeht, ob es vorangeht oder ob es nicht vorangeht.

Das wird auch noch einmal durch einen Vermerk aus dem Innenministerium deutlich. Das ist übrigens eine spannende Zeit im Vorfeld von Kabinettsumbildungen. Das ist sehr spannend und ertragreich für die Opposition; da flattern einem nämlich ungefragt Vermerke aus dem Regierungslager ins Haus.

(Heiterkeit bei der SPD)

In diesem Vermerk aus dem Innenministerium wird noch einmal deutlich, wer die Dinge aufhält, Herr Fleischer. Sie haben sich – so wird da referiert – am Rand einer Plenardebatte mit Frau Gönner und Herrn Köberle getroffen. Damit es endlich vorangeht, erging der Auftrag, sich diesem Thema noch einmal auf Arbeitsebene zuzuwenden. Das ist dann am 19. August 2009 passiert. Da hat man auf Arbeitsebene noch einmal darüber gesprochen: Bundesverkehrsministerium, Wasserwirtschaftsverwaltung, Umweltministerium, Innenministerium und Finanzministerium.

Wenn man diesen Vermerk liest, wird deutlich: Das ist ein Verriss des von Ihnen favorisierten Modells, nämlich der Vereinigung der „Kies-Barone“ für 80 Jahre den Zuschlag zu geben, 55 Millionen t Kies auszuheben. In der Zeitung wird immer davon gesprochen, es gehe um 220 Millionen €. Das ist aber nur die Differenz zwischen der von den „Kies-Baronen“ propagierten Lösung und der Lösung, die von allen anderen – vom Bundesverkehrsministerium, von der Wasserwirtschaftsverwaltung, vom Umweltministerium, vom Innenministerium – für richtig befunden wird, nämlich der Kombilösung, den ausgehobenen Kies etwa zur Hälfte zur Sicherung der Geschiebemenge in Iffezheim zu verwenden.

Er ist ein Verriss. Erstens geht das rechtlich gar nicht. Es geht schon gar nicht, dass man sich 80 Jahre bindet. Das geht gar nicht. Bei 15 Jahren ist Schluss. Dann muss neu ausgeschrieben werden, wenn man Verträge eingeht. Das geht also auf keinen Fall.

Es geht auch nicht, jemandem ohne Ausschreibung einen solchen Auftrag zu geben. Das alles steht da drin.

Es ist ökonomisch und ökologisch die schlechtere Lösung; denn wenn ich in Iffezheim im Lauf der Jahrzehnte 27 Millionen t Kies brauche, dann müssen die irgendwoher kommen, und wenn sie nicht mit dem Schiff von Weil am Rhein und Breisach kommen, dann kommen sie mit dem Laster aus dem Schwarzwald. Das heißt, durch Ihre Regelung würden auch Unmengen von Verkehr erzeugt. Das ist also rechtlich nicht haltbar, ökonomisch falsch, ökologisch die schlechtere Variante, und trotzdem diskutiert diese Staatssekretärsrunde, diskutiert die Arbeitsebene ohne Ergebnis über dieses Thema und schiebt es vor sich her, sodass es eines Brandbriefs des Bundesverkehrsministeriums bedarf, um endlich Bewegung in die Sache zu bringen.

Jetzt fragt man sich natürlich: Woher kommt denn das? Woher kommt denn das, dass man sich an so etwas klammert?

(Claus Schmiedel)

Und woher kommt es denn, dass Herr Fleischer da der Herr des Verfahrens ist?

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Jetzt zitiere ich einmal aus dem Vermerk:

Am Rande des Landtagsplenums am 30. 07. 2009 haben sich daher Staatssekretär Fleischer, Frau Ministerin Gönner, Herr Staatssekretär Köberle darauf verständigt, dass die drei Ministerien nochmals auf Arbeitsebene unter Einbeziehung des Bundesverkehrsministeriums die Zweifel des FM an der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinsichtlich der beiden Varianten sowie die Zusagen der ehemaligen Minister Schaufler

(Zurufe von der SPD: Was? – Zurufe: Aha!)

oder Müller, wonach die KVG

– das ist die Vereinigung der „Kies-Barone“ –

an der Kiesverwertung angemessen beteiligt werden sollte, klären sollen.

(Zurufe von der SPD: Was? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt wird es ernst! – Zurufe: Hört, hört!)

Jetzt kommt langsam Licht ins Dunkel, Herr Fleischer. Ein „Untoter“ kommt zurück in den Landtag!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Schaufler hat Zusagen gemacht. Wahrscheinlich war er der Anstifter dieser Vereinigung und hat gesagt: Tut euch zusammen; da geht es um ein Riesenvolumen: 55 Millionen t, 31 € pro Tonne, heißt 1,5 Milliarden €. Es geht um ein Milliardengeschäft und um eine Zusage an die „Kies-Barone“, dass sie angemessen beteiligt werden sollen. Das ist der Hintergrund dessen, dass Herr Fleischer jetzt sozusagen als der Nachfolger von Herrn Schaufler in dieser Sache tätig wird und ein Projekt verzögert, das eine ganz wichtige Hochwasserschutzmaßnahme ist.

Wissen Sie eigentlich, was Sie da zulassen, indem Sie Herrn Fleischer das Thema haben blockieren lassen? Es geht darum, dass auf deutscher Seite, auf baden-württembergischer Seite der Hochwasserschutz endlich in Gang kommt – was auf französischer Seite schon längst geschehen ist. Dass es Jahre dauert, bis das vollendet ist, weiß ich auch.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aber wenn man den Beginn jetzt schon zweieinhalb Jahre hinausschiebt, dann hat man auch die Wirkung dieser Hochwasserschutzmaßnahme zweieinhalb Jahre hinausgeschoben. Das heißt, Sie haben willentlich in Kauf genommen, dass Menschen in Mannheim, in Rheinland-Pfalz und in Holland unter Hochwasserschäden zu leiden haben, die hätten vermieden werden können, wenn man rechtzeitig mit dieser Maßnahme begonnen hätte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das ist politische Verleumdung!)

Das ist unglaublich. Wenn es irgendetwas wäre, dann könnte man das jetzt untersuchen. Das soll die Staatsanwaltschaft machen. Das ist okay. Aber die politische Verantwortung wollen wir schon geklärt haben. Deshalb, Herr Ministerpräsident: Vorlage aller Akten aus allen Ministerien, auch aus Ihrem Staatsministerium, zu diesem Thema. Wir wollen wissen, wer die politische Verantwortung dafür mitträgt,

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

dass wichtige Hochwasserschutzmaßnahmen in unserem Land verzögert, nicht vorangebracht werden und damit Schäden für Leib und Leben in Kauf genommen werden, und das nur wegen des schnöden Mammons.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Glocke des Präsidenten)

– Ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Noch ein letztes Wort zu Herrn Stächele. Der Finanzminister des Landes hat in der Pressekonferenz auf Befragen verlauten lassen: „Ich wusste bis vor wenigen Tagen überhaupt nichts von diesem Thema.“

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist euer Problem, dass ihr von nichts etwas wisst!)

Das ist ein Thema, bei dem es, wie gesagt, um 1,5 Milliarden € geht. Es ist eine Angelegenheit, die spätestens seit Oktober 2007 Thema ist, aber, wie man jetzt von Herrn Schaufler weiß, bei der CDU in Baden-Württemberg schon viel länger unterwegs ist und bei der es um 1,5 Milliarden € geht. Und bei diesem Thema sagt der Finanzminister: „Ich war damit nicht befasst; keine Ahnung.“

Herr Stächele, ein Finanzminister sollte Herr des Geldes, Herr der Finanzen sein. Einen Finanzminister, der bei einem solchen Thema keine Ahnung hat, der damit nicht befasst ist, den brauchen wir schlicht nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Den brauchen wir einfach nicht; der ist überflüssig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nächste Woche nicht sowieso mit dem Kabinett Oettinger insgesamt zurücktreten müssten, dann wäre Ihr Rücktritt heute fällig.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Tschüs! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Also, der Dienstwagen in der nächsten Wahlperiode ist nicht sicher!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Oettinger, wenige Tage, bevor Sie aus dem Amt ausscheiden, hat Sie eine veritable Affäre eingeholt. Es geht bei dem Integrierten Rheinprogramm um ein gigantisches Projekt. Es ist sehr wichtig für den Hochwasserschutz – das hat Herr Kollege Schmiedel ge-

rade dargestellt –, es ist aber auch ein riesiges Bauprojekt, und es geht um über 50 Millionen t Kies.

Dass die örtlichen Kiesunternehmen ein großes Interesse haben, da mit am Ball zu sein, und dass da riesige Geschäfte winken, kann niemanden verwundern. Wir wissen ja, wie das läuft. Man geht zu den CDU-Größen vor Ort und sagt: „Könnt ihr da nicht etwas für uns tun?“ Diese Kiesunternehmen tätigen Spenden an die Regierungsparteien.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: An andere auch! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: An Grüne auch!)

In einer solchen Situation muss es doch Ihr Ehrgeiz sein, Herr Ministerpräsident – die Opposition hat dazu in zwei Anträgen die notwendigen Fragen gestellt –, dass die Fragen nicht erst, wie es die Geschäftsordnung erlaubt, in spätestens drei Wochen beantwortet werden, sondern dass die Antworten spätestens am kommenden Montag auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es muss doch Ihr Interesse sein – das ist eigentlich Ihre Pflicht; unsere ist es sowieso –, dass die Angelegenheit geklärt wird und die Sachen auf dem Tisch liegen, bevor Sie aus dem Amt scheiden. Dazu kann ich Sie nur ganz dringend auffordern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen sofortige Akteneinsicht und wollen nicht darauf warten, bis wir das über die Zeitung peu à peu zugespielt bekommen. Auf den Tisch mit allem, was diese Affäre betrifft!

Wir wissen, dass Herr Staatssekretär Fleischer schon frühzeitig gegen das Integrierte Rheinprogramm und gegen die eigene Regierung gekämpft hat, als es z. B. um die ökologischen Flutungen ging.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Er hat seine Bürgermeister vor Ort in Stellung gebracht. Er hat bei diesem Projekt noch nie eine positive Rolle gespielt.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das ist unglaublich!)

Heute wissen wir jedenfalls sicher, dass er dieses wichtige Projekt mindestens zwei Jahre lang blockiert hat.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Nein!)

Was das an Gefahren für die Menschen bedeutet, ist gesagt worden. Es bedeutet aber auch viel im Hinblick auf die Frage, wie hier mit dem Geld des Landes umgegangen wird – und das sogar von einem Finanzstaatssekretär.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das, was wir schon sicher wissen, nämlich dass Briefe des Bundesverkehrsministeriums hier liegen geblieben sind, spricht für sich. Sie gehen in einer solch wichtigen Frage, bei der es um dreistellige Millionenbeträge geht, mit Schreiben von Verfassungsorganen des Bundes offensichtlich so um, als hätte Ihnen irgendein Querulant geschrieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Offensichtlich ist das Ihr Umgang damit. Wie wollen Sie bitte der Bevölkerung erklären, dass Sie so etwas einfach liegen lassen und Sachen verschleppt werden?

Herr Fleischer ist jetzt offensichtlich Herr des Verfahrens. Sie haben einen Zusammenhang zwischen den Spenden und Ihrem Handeln strikt zurückgewiesen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: In der Tat!)

Darauf kommt es aber nicht an. Weder können wir einfach sagen, es gebe einen Zusammenhang, noch können Sie sagen, es gebe keinen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Ich kann das schon sagen!)

Das sind völlig leere Aussagen.

Die entscheidende Frage ist, ob die Verfahren korrekt gelaufen sind, sodass das von vornherein ausgeschlossen ist. Nur das kann jemanden von dem Vorwurf der Einflussnahme auf das Verfahren freisprechen. Das ist das alleinige Kriterium.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da reicht es nicht, wenn Sie einfach sagen: „Es ist nicht so.“ Das kann nun einmal jeder behaupten.

Es wäre allein schon eine politische Stilfrage gewesen, den Staatssekretär, in dessen Region diese Kiesunternehmen liegen, nicht zum Herrn des Verfahrens zu machen. Alle anderen Ministerien haben heftige Kritik daran geübt. Man sollte vielmehr jemand anderen zum Herrn des Verfahrens machen und nicht den, der gerade davon betroffen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das alles stimmt hier von vorn bis hinten nicht. Das müssen Sie aufklären, Herr Ministerpräsident. Meiner Ansicht nach müssen Sie es aufklären, bevor Sie aus dem Amt scheiden. Sie sind es dem Land, seiner Bürgerschaft, dem Landtag und Ihrer eigenen Fraktion schuldig, dass Sie das noch machen, bevor Ihr Nachfolger ins Amt kommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister Stächele, ich fordere Sie wirklich auf, unmissverständlich klarzulegen, wann Sie von der Verschleppung erfahren haben und warum Sie sie nicht beendet haben.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Es gab keine Verschleppung!)

Das wollen wir wirklich klipp und klar wissen. Jedenfalls lassen wir uns hier mit solchen Sottisen und Späßen – der eine

sagt: „Der See hat geruht“, der andere sagt: „Es war ein Fließgewässer“ – nicht abspeisen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Ministerpräsident, handeln Sie, und zwar sofort!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Franz Untersteller GRÜNE und Hans-Martin Haller SPD)

Bei dem Abriss eines Prellbocks, dem großen Fest zu Stuttgart 21, haben Sie, Herr Oettinger, den Spruch losgelassen: „Dieses Projekt ist alternativlos.“

(Zuruf von der CDU: Recht hat er!)

Dass man in einer freiheitlichen Demokratie überhaupt einen solchen Spruch ablässt, finde ich schon schlimm genug. Denn es macht ja eigentlich die freiheitliche Demokratie aus, dass in ihr Alternativen zutage kommen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber dazu gehört auch, dass jeder seine Meinung sagen kann! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie zeigen ja nicht einmal Alternativen auf!)

Das ist bei Stuttgart 21 besonders grotesk, weil die Alternativen auf dem Tisch liegen, auch wenn sie der Goliath-Koalition nicht gefallen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was? Wo denn? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie verschließen doch die Augen vor der Realität!)

Das geht dann bis hin zu solchen Plattitüden, die unterstellen, die Grünen seien jetzt gegen die Schiene, weil sie gegen dieses Projekt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Die Grünen fahren noch immer mit der Bimmelbahn!)

Das ist Ihre Logik: Wenn jemand sagt: „Ich bin gegen zu teures Bauen“, zu behaupten, er sei gegen das Wohnen,

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

und wenn jemand sagt: „Ich bin gegen zu teure Tiefgaragen“, zu behaupten, er sei gegen das Auto. Das ist das Niveau, auf dem Sie diskutieren.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Winfried Scheuermann CDU)

Sie glauben, weil Sie eine riesige Mehrheit haben, können Sie da Ihre Sottisen und Scherze mit Lautstärke ablassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer war da lautstark?)

Aber vor der Bevölkerung werden Sie das nicht können.

Sie hinterlassen mit diesem Projekt und den Kostensteigerungen – das ist erst einmal der Hauptstreitpunkt – dem Haushalt eine riesige Hypothek für mindestens ein Jahrzehnt, obwohl der Haushalt schon jetzt kurz vor der Abbruchkante in die Schuldenfalle steht. Das wollen wir doch noch einmal klar festhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Das Fatale an der Regierungspolitik von Schwarz-Gelb ist, immer zu glauben, es gäbe gar keine Alternativen. Dann kommt man zu solchen Vorgängen: Es gibt einen Protest von hundert Schulleitern aus Oberschwaben, die sagen, so könne es mit unserem Bildungssystem nicht weitergehen – die wollen also mit Ihnen über Alternativen reden –, und dann werden die zum Regierungspräsidium geschickt und können sich da einen beamtenrechtlichen Anschiss abholen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sind Sie jetzt schon fertig mit Stuttgart 21?)

Das ist die ganze Politik, immer zu glauben, es gäbe gar keine Alternativen. Das wird Sie immer weiter in die Sackgasse hineinbringen.

(Beifall bei den Grünen)

Genau das ist der Grund, warum Sie nicht weiterkommen.

Jetzt stecken Sie zur Verbesserung des Klassenteilers noch einmal rund 3 500 Lehrerstellen in das System, weil Ihnen zur Bildungspolitik selbst gar nichts mehr einfällt.

(Widerspruch bei der CDU)

Weil Sie einfach nur so weitermachen wollen, wie Sie es in der Schulpolitik schon immer gemacht haben, fällt Ihnen nichts anderes ein, als einfach mehr Lehrer in dasselbe System zu stecken. Dann wundern Sie sich über die Reaktion. Das ist bei der Haushaltslage, die wir haben, eine Kraftanstrengung; da fällt es nicht leicht, so viele Millionen in die Hand zu nehmen, um etwas an den Schulen zu verbessern. Sie sind dann aber völlig perplex, dass Sie dadurch keine Bewunderungsrufe auslösen. Es schlägt Ihnen trotzdem massiver Unwille entgegen, und die Sprecherin der Elternbeiräte, die Ihrer Partei angehört, legt in solch einer Situation ihr Amt nieder, obwohl Sie nach Ihrer Auffassung eigentlich sehr viel mehr Geld in das Bildungssystem hineingesteckt haben, was man erst einmal auch gar nicht bestreiten kann.

(Abg. Werner Raab CDU: Also doch!)

Das ist wieder Ihre Politik: „Es gibt hier keine Alternativen. Wir wissen schon alles. Wir brauchen uns von niemandem etwas sagen zu lassen. Der, der uns widerspricht, der wird lächerlich gemacht oder zum Regierungspräsidium geschickt, damit er sich einen Anschiss abholt.“

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich sage Ihnen: Damit werden Sie nicht weiterkommen.

In der Haushaltspolitik war es haargenau gleich. Sie hinterlassen hier einen Haushalt, der die größte Neuverschuldung aufweist, seit dieses Land existiert. Sie haben keinerlei Anstrengungen unternommen, Sie haben keine Pfade aufgezeigt, wie wir eine nachhaltige Finanzpolitik für die nächsten zehn Jahre betreiben können. Das Schuldenverbot, die Schuldenbremse hat nun Verfassungsrang. Sie haben jedoch keinen

(Winfried Kretschmann)

Nachhaltigkeitsweg aufgezeigt, der uns in die Lage versetzen würde, auch in zehn Jahren noch gestalten zu können.

Es geht darum, eine Politik zu machen, die in die Zukunftsaufgaben, in die Bildung, aber auch in die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft investiert. Denn davon hängt wiederum ab, ob sich die Steuereinnahmen wieder erhöhen und ob wir wieder handlungs- und investitionsfähig werden und es dann auch bleiben. Das ist es, worum es hier geht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben die Einsparpfade ganz klar aufgezeigt, aber Sie haben außer der Behauptung, der jetzige Haushalt sei ein Konjunkturhaushalt, überhaupt nichts in dieser Richtung getan. Das Einzige war, dass Ihr Fraktionsvorsitzender blinde Drohungen ausgestoßen und gesagt hat, nach der Krise werde es ganz schlimm werden, und er wolle dann ganz stark auf die Bremse treten. Das ist, meine ich, keine Politik, die Vertrauen schafft.

Ich kann Ihnen von den Regierungsfraktionen nur empfehlen: Hören Sie mit dieser Blockadepolitik endlich auf. Es gibt Alternativen, die aus der Gesellschaft, aus den Oppositionsfraktionen in diesem Parlament und auch von vielen anderen Gruppen für alle wichtigen Kernfragen der Politik aufgezeigt werden. Wenn Sie den Weg, den Sie hier gehen, nämlich alles abzulehnen und Ihr politisches Handeln als alternativlos hinzustellen, nun einfach weitergehen, wird das das Land nur noch weiter in die Krise hineinführen.

Ich darf nur noch einmal an Folgendes erinnern: Als wir darauf hingewiesen haben, dass im Automobilbau etwas geschehen müsse, als wir gesagt haben, derzeit würden bei uns die falschen Produkte hergestellt, sodass wir langfristig auf den Weltmärkten nicht mehr wettbewerbsfähig seien,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

da haben Sie gegen ordnungspolitische Vorgaben vonseiten der EU polemisiert, Herr Oettinger, und haben diese ordnungspolitischen Vorgaben – die natürlich einen gewissen Druck in Richtung Modernisierung, das heißt z. B. weniger CO_2-Ausstoß bei der Autoflotte, ausüben sollen – mit der Keule bekämpft nach dem Muster: „Es gibt keine Alternativen, es muss alles so weitergehen wie bisher.“ So kommen wir hier jedoch nicht voran.

Deswegen kann ich die Regierungsfraktionen nur auffordern – Sie stehen jetzt vor einem Wechsel Ihres Regierungschefs –: Besinnen Sie sich endlich, vor allem in der Haushaltspolitik. Schaffen Sie einen Rahmen für einen nachhaltigen Haushaltspfad, der eine nachhaltige Finanzpolitik ermöglicht und auch kommende Generationen noch in die Lage versetzt, hier das Notwendige zu investieren, um dieses Land voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Super!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum konkreten Einzelplan 02 hat der Kollege Hollenbach schon alles Notwendige gesagt. Dem schließen wir uns ausdrücklich an.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu den Portokosten hat er nichts gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Was ich heute mit Ihnen thematisieren will, ist z. B. die Frage: Was haben denn Schuldenbremse, Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastung miteinander zu tun? Manche werden es wissen: Seit die FDP/DVP 1996 mit in die Regierungsverantwortung gekommen ist, haben wir das Thema Schuldenstopp massiv vorangetrieben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Fasching rückt näher!)

Leider war der damalige Ministerpräsident nicht bereit, dieses Projekt gemeinsam mit uns anzupacken.

(Lachen bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber Günther Oettinger hat dies gemacht, und deshalb haben wir in den letzten beiden Jahren

(Unruhe – Abg. Thomas Blenke CDU zu SPD und Grünen: Geht’s noch?)

einen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden geschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Er hat es sogar fertiggebracht, dass nach den Vorschlägen der Föderalismuskommission II

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die Schuldenbremse auch im Grundgesetz verankert wurde. Dafür gilt ihm unser ganz großer Dank, den wir hiermit ausdrücklich aussprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wie wertvoll diese Schuldenbremse ist, sehen wir gerade jetzt, in einer Zeit, in der vielen, die früher ganz unbeschwert von Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Finanzpolitik gesprochen haben, deutlich anzumerken ist, dass sie sich eigentlich wünschten, es gäbe die strengen Vorgaben nicht. Es ist gut, dass es die Schuldenbremse gibt, denn sie garantiert, dass der politische Kurs, der mit den Stichworten Haushaltskonsolidierung, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit umschrieben wird, nicht verlassen werden darf.

Das, was FDP/DVP und CDU im Land schon 2007 in der Landeshaushaltsordnung verankert haben, nämlich ein grundsätzliches Verbot des Haushaltsausgleichs durch Neuverschuldung, bleibt weiterhin Leitlinie unseres politischen Handelns. Die mittelfristige Finanzplanung macht deutlich, wie groß diese Aufgabe ist; denn sie zeigt eine Dimension von Handlungsnotwendigkeiten, denen in künftigen Haushalten Rechnung getragen werden muss, die immens ist.

Wirtschaftliches Wachstum ist für die Konsolidierung zwingend erforderlich, aber keineswegs ausreichend. Strikte Aus-

(Heiderose Berroth)

gabedisziplin muss dazukommen. Hier wird der künftige Ministerpräsident im Obligo stehen. Der Zuwachs der Ausgaben muss deutlich und dauerhaft unter einer vorsichtig zu kalkulierenden Zuwachslinie der Einnahmen liegen.

Aber wir haben, Herr Kollege Kretschmann, sehr bewusst in diesem Haushalt nicht zu fest auf die Bremse getreten. Falls Sie es nicht wahrhaben wollen: Dieser Haushalt beinhaltet gegenüber dem vorherigen wieder an vielen Stellen deutliche Einsparungen. Das fällt Ihnen schon gar nicht mehr auf, weil wir das regelmäßig machen; aber es ist der Fall.

(Lachen bei den Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir haben mit Rücksicht auf die Konjunktur nicht zu stark auf die Bremse getreten. Aber es wird strukturelle Veränderungen geben müssen. Wir werden sie 2011 vorbereiten und 2012 umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden sehr viel energischer an die Aufgabenkritik herangehen müssen und werden anderes um ein Vielfaches konsequenter prüfen müssen, als dies in ähnlichen Runden in der Vergangenheit der Fall war.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nach der Landtagswahl, wohlgemerkt! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nach der Wahl! Das NRW-Syndrom nennt man das!)

Klar ist: Die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse ist für uns selbstverständlich. Baden-Württemberg hat den Ehrgeiz, im Ländervergleich in Bezug auf die finanzpolitische Solidität unter den Spitzenreitern zu bleiben.

Viele fragen uns, wie wir denn bei dieser Diagnose und dieser Beschreibung der Handlungsnotwendigkeiten gleichwohl für Steuerentlastungen plädieren können,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist wahr!)

Entlastungen, die wir in einer ersten Stufe auch durchgesetzt haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und niemand versteht es!)

Die Antwort ist klar: Gerade um die Wirtschaftskrise überwinden zu können, müssen wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass unsere Wirtschaft möglichst rasch wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückfindet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Crashkurs bedeutet dies, sonst nichts! Gegen jegliche Vernunft!)

Steuerliche Entlastungen stützen und erleichtern diese Wachstumsstrategie. – Herr Kollege Gall, Sie haben mit Ihrer Partei in den letzten Jahren vom Bund her immer geschaut: Wo bekommen wir noch mehr Geld her? Wie können wir die Wirtschaft noch mehr triezen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch völliger Unsinn! Völliger Unsinn!)

Das Ergebnis ist deutlich. Das sollte Ihnen ausreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Völliger Unsinn! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Steuerlüge!)

Die Wachstumsstrategie erleichtert anschließend auch die Rückführung einer in schwierigen Krisenzeiten in Kauf genommenen zusätzlichen Verschuldung, während Nichtstun oder gar Steuererhöhungen die Krise und damit auch die Zeit der zusätzlichen Verschuldung des Staates und der Belastung der sozialen Sicherungssysteme wohlgemerkt noch verlängern würden. Dies gilt für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Diese Steuerentlastungen sind gerade als Antwort auf die Wirtschaftskrise wirtschaftspolitisch unabdingbar, und sie sind – das ist uns wichtig – zugleich gesellschafts- und familienpolitisch wichtig und richtig.

Die Kritik daran geht in mehrfacher Weise in die Irre. Die Kombination von Erhöhung des Kinderfreibetrags und Erhöhung des Kindergelds bewirkt eine gleichmäßige Entlastung der Familien. Etwa 90 % dieser Entlastung verdanken sich übrigens der Kindergelderhöhung und nur ein ganz kleiner Teil der Erhöhung des Freibetrags. Und vergessen wir nicht: Die Entlastung der Familien, und zwar aller Familien, ist auch deswegen richtig, weil Familien, insbesondere Familien mit mehreren Kindern, in jeder Einkommensstufe gegenüber Verheirateten ohne Kinder in Deutschland zurzeit finanziell leider deutlich benachteiligt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Maßnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung korrigieren Regeln der Großen Koalition, die in der gegenwärtigen Situation eher krisenverschärfend wirken, wie z. B. die Substanzbesteuerung im Rahmen der Gewerbesteuer.

Sie sind zugleich ein Beitrag zu mehr wirtschaftlichem Wachstum, wohingegen der nun zum ich weiß nicht wievielten Mal vorgebrachte „Schmiedel-Fonds“ wirklich keinen Sinn gibt. Wir haben es Ihnen schon oft genug bewiesen: Es gibt in Baden-Württemberg bereits Vergleichbares.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gemanagt von Herrn Drautz! Super!)

Da müssen wir nicht noch einmal etwas einführen, was den Staat und die Steuerzahler erneut ins Risiko bringen würde.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Das verschweigen Sie immer. Genau das ist aber Ihr Konzept. Das brauchen wir nicht.

Genauso wichtig war es, dass wir die Regelungen zur Unternehmensnachfolge im Rahmen der Erbschaftsteuer wenigstens in einer ersten Stufe erleichtert haben. Für die Änderung der Besteuerung von Geschwistern und Geschwisterkindern waren wiederum familienpolitische Gründe maßgeblich. Sind etwa Geschwister, Neffen und Nichten Fremde? Nein, in der Regel versorgen gerade diese in großer Zahl z. B. alleinstehende Angehörige, genau wie es eigene Kinder tun würden. Es ist nicht einzusehen, dass sie da erbrechtlich anders behandelt werden sollen.

(Heiderose Berroth)

Jawohl, diese Reform ist richtig. Sie ist das Gegenteil von Klientelpolitik – es sei denn, Sie bezeichnen es als „Klientelpolitik“, wenn man Politik zugunsten der großen Mitte unserer Gesellschaft macht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie das allerdings als Klientelpolitik ansehen, dann sollten Sie auch einmal bei Ihrer eigenen politischen Tätigkeit nachschauen, welche Klientel Sie da immer bedienen. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe nennen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wenigstens zwei! Wenigstens einmal zwei nennen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Auf jeden Fall keine Kiesbauunternehmen!)

– Z. B. die Bezieher von Solarförderung; der Solarbereich ist eindeutig bevorzugt gegenüber anderen regenerativen Energien. Das ist jetzt wirklich kein Thema. Die Liste geht ein ganzes Stück weiter.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das passt in Ihre Denkwelt! Da geht es um etwas völlig anderes! Da geht es um Wirtschaft, da geht es um Zukunft, da geht es um Umwelt!)

– Aber es geht um einseitige Wirtschaftsförderung; das ist mein Problem. Blockheizkraftwerke z. B. – wenn Sie dieses Beispiel auch noch haben wollen – wurden nicht gefördert.

Wenn es gelingt, die Krise zu überwinden und wieder einen stabilen Wachstumspfad zu erreichen – das wird nur mit der beschriebenen Politik möglich sein –, dann erhält ab 2011 auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wieder den Stellenwert, von dem krisenbedingt zwischenzeitlich Ausnahmen gemacht werden mussten. Wir wissen: Nur beides zusammen, konsequente Haushaltskonsolidierung und ein stabiles, nachhaltiges Wachstum, ist geeignet, mittelfristig wieder gesunde Staatsfinanzen zu schaffen und die Vorgaben der Schuldenbremse im Grundgesetz zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Als nächsten Schwerpunkt habe ich mir Bildung und Betreuung, Wissenschaft und Forschung vorgenommen. Sie wissen, Bildung und Wissenschaft sind d i e Schwerpunkte des Haushalts. Sie sind auch die Grundlage künftiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung und die Voraussetzung für die Umsetzung des Versprechens von Chancengleichheit.

Wir alle haben es schon oft gehört, aber leider glauben es manche noch immer nicht: Baden-Württemberg hat unbestritten eine Spitzenstellung, wenn es um den finanziellen Aufwand für Bildung, Betreuung, Wissenschaft und Forschung geht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, oje!)

– Ja. Ich sage Ihnen nur einmal, was wir in den letzten Jahren konkret beschlossen haben:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hochglanzbroschüren!)

Für die Qualitätsoffensive Bildung werden bis einschließlich 2012 insgesamt 528 Millionen € zur Verfügung gestellt. Die für das Programm „Hochschule 2012“ pro Jahr bereitgestellten Mittel steigen sukzessive bis auf 150 Millionen € für das Jahr 2012.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gehen Sie doch einmal vor Ort in die Schulen! Ihr habt doch keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die Mittel zur Förderung der Kleinkindbetreuung steigen jährlich sukzessive bis auf 274 Millionen € für das Jahr 2014. Man könnte die Aufzählung gerade so fortsetzen.

Der im Dezember 2009 erschienene Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamts macht deutlich, dass Baden-Württemberg unter den westdeutschen Flächenländern zusammen mit Bayern mit deutlichem Abstand vorn liegt, was die Ausgaben für Schüler an öffentlichen Schulen betrifft.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es geht nicht um die teuerste Schule, es geht um die beste Schule!)

Da die Zahl der Schüler sukzessive zurückgeht, die rechnerisch frei werdenden Ressourcen aber – ganz anders als in anderen Ländern – im Bildungswesen verbleiben, steigt der Aufwand pro Kopf weiter an.

Jetzt kommt ein Punkt, bei dem ich allerdings – das muss ich sagen – mit Herrn Schmiedel einig bin.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wow!)

Bei dem vielen Geld, das wir in den letzten Jahren immer in den Bildungsbereich gesteckt haben und gerade auch beim Kultusministerium belassen haben, kann ich mir nicht vorstellen, dass nach wie vor der Unterrichtsausfall das größte Problem an unseren Schulen ist. Das ist eine organisatorische Frage. Aber ich habe manchmal den Eindruck, dass unsere Verwaltung sich so daran gewöhnt hat, dass sie gar nicht mehr merkt, dass das das größte Problem an unseren Schulen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Was machen wir denn unseren Schülern damit deutlich? Wenn Unterricht ausfällt, bedeutet das, dass er nicht so wichtig ist. Wollen wir das unseren Kindern signalisieren? Jeder merkt, wenn Unterricht ausfällt, nur die Landesregierung offensichtlich nicht. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: Genau! – Jawohl! – Bravo!)

Da erwarte ich, dass es mit dem nun im Haushalt bereitgestellten Geld künftig organisatorisch bessere Anstrengungen und Lösungen gibt. Das heute in der „Stuttgarter Zeitung“ aufgeführte Beispiel ist sehr deutlich. Da besteht ein Defizit, das das Ministerium zugegebenermaßen nicht lösen kann. Vor Ort in der Schule machen sich Ehrenamtliche und Hauptamtliche daran; die finden eine Lösung. Das Regierungspräsidium trägt dazu bei, dass diese Lösung gangbar gemacht wird. Aber in irgendeinem Ministerium findet sich dann ein Fliegenbeinchenzähler, der dann sagt, warum das nicht gehe. Liebe Leute, wenn es Gesetze gibt, die solchen Lösungen widerspre-

(Heiderose Berroth)

chen, dann möchte ich, dass der Landtag das erfährt, damit wir die Gesetze entsprechend anpassen. Wir brauchen pragmatische Lösungen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So, Herr Rau!)

So viel zu den Schulen.

Beim Aufwand für Studierende ergibt sich ein ähnliches Bild aus dem Bildungsbericht. Nur Niedersachsen und Baden-Württemberg wenden mehr als 7 000 € pro Kopf und Jahr auf. Hinzu kommt die Tatsache, dass mit dem Programm „Hochschule 2012“ und den ergänzenden Mitteln in erheblichem Maß zusätzliche Studienplätze geschaffen worden sind und weiter geschaffen werden.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Bis zum Jahr 2012 wachsen die hierfür bereits eingeplanten Landesmittel auf 150 Millionen € pro Jahr an. Die seit 2007 aus den Studiengebühren zur Verfügung stehenden Mittel werden zur gezielten Verbesserung der Lehre genutzt. Anders als der schulische Bereich wird der Hochschulbereich weiterhin durch steigende Anfängerzahlen gekennzeichnet sein. Der Zuwachs wird noch eine Reihe von Jahren anhalten. Anschließend dürften die Studierendenzahlen für das kommende Jahrzehnt auf höherem Niveau verharren. Deshalb bleiben unsere Investitionen dort enorm wichtig.

Wir haben auch – Sie wissen es alle – eine qualitative Entwicklung an den Hochschulen: Exzellenzinitiative an acht von neun Universitäten, vier Universitäten für das Gesamtkonzept als Exzellenzuniversität prämiert, Zusammenführung von Universität Karlsruhe und Forschungszentrum zum KIT. Das sind nur einige Stichworte. Auch die gezielte Aufwertung der Ausbildung an Berufsakademien, die als Duale Hochschule eine vollwertig anerkannte Hochschulart neben den anderen Hochschulen geworden sind, war uns wichtig.

Das Ziel des Bildungsgipfels, ein Niveau der Bildungsausgaben von mindestens 10 % des Bruttoinlandprodukts zu erreichen, haben wir in Baden-Württemberg längst erreicht. Unser Ziel muss höhergesteckt werden. Aber wir brauchen uns da von anderen nichts vorhalten zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein kurzes Wort noch zu den Schulen in freier Trägerschaft. Ich habe es vorhin angesprochen. Wir haben unseren staatlichen Schulen das Geld belassen, das bei sinkender Schülerzahl eigentlich frei geworden wäre. Das hat die Schulen in freier Trägerschaft bisher nicht erreicht. Daran müssen wir noch arbeiten.

Man darf aber auch nicht vergessen: Von manchen wird jetzt draußen verkündet und uns vorgeworfen, wir hätten da gekürzt. Das ist nun wirklich nicht der Fall. Es gibt einen festen Betrag pro Schüler, und der wird für jeden Schüler gezahlt. Es ist nichts gedeckelt. Es gibt auch die regelmäßige Anpassung der Vergütung entsprechend der Anpassung der Beamtenbesoldung. Insofern ist auch bei den freien Schulen der Betrag gestiegen, aber nicht in dem Maß wie bei den staatlichen Schulen. Da haben wir noch Nachholbedarf. Die FDP/DVP hat ein Konzept, wie wir dies in Drittelschritten aufholen können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? Trippelschritte?)

Wir werden vor allem eines tun: Wir werden strikt darauf achten, dass hier keine weiteren Lücken entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ganz wichtig ist uns auch der Ausbau der Kinderbetreuung. Da will ich noch einmal einen großen Dank an Ministerpräsident Oettinger aussprechen. Manchmal hat man ihm nachgesagt, er sei zu zögerlich oder zu abwartend. Aber er hat einen Politikstil, mit dem er es sehr oft geschafft hat, ohne große Konfrontation in langwierigen Gesprächen hervorragende Ergebnisse zustande zu bringen, z. B. die Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden zur Kinderbetreuung. Auch das wird, denke ich, immer als Positivum mit seiner Regierungsperiode verbunden bleiben.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir haben mit den kommunalen Landesverbänden fortschreiben können, was bereits vereinbart war. Wenn die kommunalen Landesverbände jetzt sagen, an ihrer Finanzsituation sei das Wachstumsbeschleunigungsgesetz schuld, dann stelle ich fest, dass da einige nicht richtig rechnen können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war eine Beleidigung der Oberbürgermeister!)

Den Kommunen geht es zum Teil wirklich nicht gut. Das liegt aber an den Einbrüchen bei der Gewerbesteuer, auf der gerade diese Kommunen immer so massiv beharren. Wenn sie sie behalten wollen, dann müssen sie eben für schlechte Zeiten vorsorgen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Unsinn! Das stimmt doch gar nicht! Null Ahnung! Keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn man sich aber einmal die Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen ansieht, dann erkennt man: Die Aufgaben bei Land und Kommunen haben gleichermaßen zugenommen. Das ist auch von Bedeutung.

Den deutlich geringeren Schuldenstand wollen wir den Kommunen überhaupt nicht zum Vorwurf machen. Vielmehr loben wir sie dafür. Das wäre für uns auch kein Grund, Gelder zu kürzen. Wichtig für uns ist aber die Verteilung der Nettosteuereinnahmen als Maßstab. Dieser Maßstab – sehen Sie sich den Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission an – ist sehr deutlich auf Fairness ausgerichtet. Die Kommunen stehen nach wie vor sogar um ein paar Prozentpünktchen hinter dem Komma besser da als vor einigen Jahren.

(Abg. Walter Heiler SPD: Bitte? Ja was jetzt?)

Noch ein kurzer Satz zu den Haushaltsanträgen der Opposition. Zu diesen Anträgen könnte man vieles sagen, aber eine in-

(Heiderose Berroth)

tellektuelle Herausforderung waren sie dieses Mal nun wirklich nicht. Sehr, sehr viele Forderungen waren uns allen wohlbekannt. Bei jeder Haushaltsberatung wird zum Teil immer wieder das Gleiche gefordert. Auch Deckungsvorschläge der SPD wiederholen sich. Wir haben Ihnen jedes Mal erklärt, warum der betreffenden Forderung nicht entsprochen werden kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Weil Sie es nicht wollen!)

So stehen einer Realisierung z. B. bestehende Verträge entgegen. Sie wollen das nicht kapieren. Ich mache mir jetzt auch nicht die Mühe, Ihnen das noch einmal zu erklären.

Aber überraschend ist es schon, wenn die SPD ihre alte Forderung nach Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahrs und nach Abschaffung der Studiengebühren in die Haushaltsberatungen einbringt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben doch keine Ahnung!)

Das ist zwar Ihr gutes Recht, aber Sie trauen sich nicht, die für die Ausgleichsleistungen an die Kommunen und die Hochschulen benötigten Mittel zumindest für das ganze Jahr 2011 zu veranschlagen.

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Reinhold Gall SPD)

Sie haben Ihre Deckung dadurch hinbekommen, dass Sie entsprechende Ausgleichsmittel nur für ein Dritteljahr veranschlagen. Das sind 35 Millionen € im Kindergartenbereich. Sie verschweigen großzügig: Im Jahr darauf sind es schon 100 Millionen €. Die Gegenfinanzierung fehlt uns noch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir reden über den Haushalt für die Jahre 2010 und 2011 und nicht über den für 2012!)

– Natürlich. Aber Sie würden hiermit Belastungen für die Zukunft schaffen, anstatt zu sparen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Sie haben insgesamt überhaupt keine Anträge eingereicht, aus denen klar wird, dass Sie den Haushalt konsolidieren wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist gar nicht wahr! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schuldentreiber! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Stuttgart 21 ist ein „Goldesel“ der Grünen. Mit diesem Geld könnte auch ich vieles andere finanzieren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das wollen wir auch zur Schuldentilgung einsetzen!)

Aber wenn wir das Projekt Stuttgart 21 nicht verwirklichen, vergeigen wir die Zukunft unserer Jugend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mir ist auch die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes in 30 und 40 Jahren noch wichtig. Dafür brauchen wir Stuttgart 21. Wir haben Ihre Alternativen durchaus geprüft. Aber sie taugen nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Oettinger.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben das Thema „Integriertes Rheinprogramm“ angesprochen und eine umfassende und unverzügliche Antwort der Landesregierung auf alle Fragen dazu gefordert.

Es gibt einen Antrag der Fraktion der SPD und einen Brief des Kollegen Schmiedel, den ich gestern Abend beantwortete. Es gibt außerdem einen Antrag der Fraktion GRÜNE, der gestern um 16:38 Uhr im Staatsministerium einging. Das liegt jetzt ungefähr 18 Stunden zurück. Sie können davon ausgehen, dass wir unverzüglich und gründlich antworten. Wir antworten so schnell wie möglich, aber sachgerecht auf die Fragen der Antragsteller. Dies sage ich zu. An der Antwort arbeiten das Umweltministerium, das Innenministerium und das Finanzministerium. Die Antworten werden dem Landtag und damit den antragstellenden Fraktionen in umfassender Form und unter Beifügung von Anlagen, die Sie benötigen, zugehen, sobald dies objektiv möglich ist.

In der Sache ist mir durch Zeitungswissen seit vielen Jahren bekannt, dass es in Anliegergemeinden parteiübergreifend und unter den Bürgern erhebliche Einwendungen gegen das Integrierte Rheinprogramm gibt. Z. B. ist die Gemeinde Breisach davon seit Jahren nicht überzeugt gewesen.

Das heißt, der Kollege Fleischer hat als Abgeordneter und auch als Staatssekretär Einwendungen, Fragen aufgegriffen, die vor Ort vorhanden sind. Diese Fragen zu beantworten und dabei Kosten und Nutzen abzuwägen ist meines Erachtens sehr wohl vertretbar und auch angebracht.

Der Rechnungshof ist im Spätherbst vergangenen Jahres eingeschaltet worden, lange bevor die Angelegenheit in Ihrem Sinn skandalisierungsfähig gemacht werden konnte. Wer den Rechnungshof einschaltet, hat mit dem, was Sie unterstellen, mit Sicherheit nichts im Sinn.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Am Samstagmorgen hieß es bei „Spiegel Online“: „Oettinger verletzt EU-Vergaberecht.“ Heute ist keine Rede mehr davon. Das Thema scheint ausgeräumt zu sein. Das Vergaberecht der EU war im Übrigen gar nicht berührt. Auch dies sollte nachdenklich stimmen.

Worum geht es dabei? Es geht darum, ein Zeitfenster zu erwischen, in das die Angelegenheit passt, sodass man mit einem Thema, bei dem Fragen zu beantworten sind, zwei Feuerchen entfachen kann. Das eine Feuer betrifft die Regierungsneubildung in Baden-Württemberg, das andere Feuer betrifft Brüssel. Ich erwarte nicht vom „Spiegel“ und auch nicht von der „Stuttgarter Zeitung“, dass geschrieben wird, das Vergaberecht werde eingehalten. Vergaberecht kann jedoch nur dann

eingehalten oder nicht eingehalten werden, wenn ausgeschrieben, wenn vergeben worden ist. So weit ist dieser Sachverhalt aber gar nicht.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist ja das Problem!)

Die Behauptung, das Vergaberecht sei nicht eingehalten worden, und damit verletze die Regierung Oettinger EU-Recht, ist damit gegenstandslos.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich gehe davon aus, dass auch die anderen Fragen beantwortet werden und sämtliche Vorhaltungen wie „Skandal“ als gegenstandslos entkräftet werden können.

Übrigens: Wir kommen alle aus einer Welt. Man muss erst einmal auf die Idee kommen, gerade einmal etwas über 10 000 € im Einzelfall zu spenden, sodass diese Spende gerade noch im Rechenschaftsbericht aufgeführt wird. So blöd muss man erst einmal sein.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das stimmt!)

Herr Kollege Schmiedel, Sie sind doch ein alter Hase.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So alt auch wieder nicht! – Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Ein Hase schon!)

– Sie sind jedenfalls älter als ich und ein Schlitzohr obendrein.

So blöd muss man erst einmal sein, dass man die Wasserkante von 10 000 € knapp überschreitet, sodass man sichtbar wird, und damit scheinbar etwas erreichen will, was nicht sichtbar werden soll.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Die Spenden an die SPD lagen immer knapp darunter!)

Deshalb rate ich uns allen: Bitte trauen Sie uns zu, dass die Fragen der Grünen und die Fragen der SPD beantwortet werden. Dann wird diese Angelegenheit gern in jedem Gremium, auch hier im Landtag, öffentlich diskutiert.

(Zuruf von der SPD: Dann sind Sie gar nicht mehr dabei!)

Dass Herr Kollege Schaufler den Rat gegeben haben soll, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, schließe ich nicht aus. Im Gegenteil, ich halte dies sogar für einen richtigen Rat. Ich sage ganz offen: Wenn auf europäischer Ebene ausgeschrieben wird, ist es mir lieber, wenn eine Arbeitsgemeinschaft baden-württembergischer Familienbetriebe den Auftrag bekommt als irgendein rheinischer Bau- oder Baustoffkonzern.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Der Begriff „Kies-Barone“ passt in Ihr Klischee. So wird man SPD-Spitzenkandidat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zurufe von der SPD)

Das sind keine Barone, sondern Unternehmer bzw. Arbeitgeber mit Sitz in Baden-Württemberg, die Arbeitnehmer haben. Ich finde, der Begriff passt nicht. Deshalb sollte er auch nicht wiederholt werden. Nennen Sie Vornamen und Namen! Der Begriff „Kies-Barone“ ist der Sache nicht dienlich.

Ein weiterer Punkt ist ebenfalls nicht der Sache dienlich. Wenn Sie sagen, es entstünden Schäden für Leib und Leben in Mannheim und Karlsruhe, dann ist das Zynismus pur.

(Zuruf von der SPD: Wieso? – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Logik, dass allein durch die Prüfung eines großen Bauvorhabens Leib und Leben von Mitbürgern gefährdet seien,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Da geht es um Verschleppung!)

ist nach meiner Einschätzung Zynismus, der dem Streit, den man hinsichtlich dieser Frage führen kann, überhaupt nicht angemessen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Kretschmann sprach das Schienenprojekt Stuttgart–Ulm an und hat mir meine Aussage, Stuttgart–Ulm sei alternativlos, vorgehalten. Diese Aussage wiederhole ich auch heute hier: Dieses Projekt ist alternativlos.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Er warf mir vor, dass diese Aussage – dann kam der folgende Spruch bzw. die Parole – nicht zu einer freiheitlichen Demokratie passe. Wo sind wir eigentlich?

(Heiterkeit des Abg. Jörg Döpper CDU)

Wo sind wir eigentlich, Herr Kretschmann? So einen Scheiß habe ich von Ihnen noch nie gehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist denn das für eine Wortwahl? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Getroffene Hunde bellen!)

So, wie Winfried Kretschmann für die Grünen in Baden-Württemberg noch immer alternativlos ist, wenn ich mir die zweite, dritte und vierte Reihe anschaue, so ist Stuttgart–Ulm für Baden-Württemberg alternativlos. Dazu stehe ich auch jetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ich blicke kurz zurück. Kollege Kretschmann ist hier einer der dienstältesten Abgeordneten. Die erste Neubaustrecke für den Hochgeschwindigkeitsverkehr, die es in Deutschland gab, war Stuttgart–Mannheim.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Da saßen sie auch davor! – Vereinzelt Heiterkeit)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Stuttgart–Mannheim ist ein Glücksfall für die Metropolregion Rhein-Neckar und die Metropolregion Stuttgart und damit für die beiden größten Wirtschaftsräume Baden-Württembergs.

Ich habe noch eine dunkle Erinnerung, wie die Grünen – die damals Geborenen und schon aktiv Tätigen – dagegen gewesen sind, vor Ort und landesweit.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: So ist es!)

Ich behaupte: Heute gehören Mandatsträger, Funktionsträger und Wähler der Grünen zu den eifrigsten Schnellbahnfahrern zwischen Mannheim und Stuttgart. Zu Recht! Sie haben damals mit allen Möglichkeiten – mit Sitzblockaden, Demonstrationen, verbal und emotional – gegen die Neubaustrecke gekämpft. Das ist längst ausgeräumt, die Strecke ist längst akzeptiert. Ich behaupte einmal, Kollege Kretschmann: Wir werden, wenn Sie 80 sind – ich bin dann noch etwas jünger –, einmal zusammensitzen und gelassen und souverän darüber reden, dass das Projekt Stuttgart–Ulm genauso richtig gewesen ist, wie die Neubaustrecke Mannheim–Stuttgart richtig war.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich habe mir am Dienstag die Veranstaltung zum offiziellen Baustart von Stuttgart 21 und auch die Demonstration dagegen genau angeschaut. Glauben Sie es mir: Ich habe mit Interesse auf Plakate und auf Menschen geschaut. Ich kann nur eines sagen: Jeder sucht sich seine Partner oder sieht, wer Partner sein kann und von wem man sich besser distanziert. An diesem Nachmittag stand nur ein Wort im Vordergrund, nämlich „Lügenpack“. Ich halte es für eine Gemeinheit gegenüber jedem, von „Pack“ zu sprechen. „Pack“ ist ein Begriff, der mit Menschenwürde und normalem Umgang nicht verbunden werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Das Wort „Lüge“ oder das Wort „Unwahrheit“ mag noch zum Sprachgebrauch im öffentlichen Raum oder in der politischen Debatte gehören. Aber der Begriff „Pack“ – „P-a-c-k“; hundertmal von Hunderten geäußert, und viele, die die Grünen in Stuttgart zur stärksten Fraktion gemacht haben, waren dabei – gehört sich nicht.

Deswegen würde ich von den Grünen schon erwarten – vom Fraktionsvorsitzenden, von den Stuttgarter Abgeordneten, von den Tübinger Bürgermeistern –, dass man hier die Frage ausräumt, ob Drexler, Oettinger, Grube, Schuster und andere „Pack“ sind oder nicht. Ich finde diesen Begriff ungehörig, unmöglich.

Wer sich davon nicht distanziert, nimmt im Grunde genommen eine Verschlechterung der Sitten in Kauf, nur damit er kurzfristig Chancen bei Wahlen nutzen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Schmiedel würde „Lügenbarone“ sagen!)

Bei den Kollegen Schmiedel und Kretschmann haben die Themen Bildung und Lehrerstellen sowie die Offensive für Bildung und auch die Information hierüber kurz eine Rolle gespielt. Ich gehe kurz darauf ein.

Dem Kollegen Kretschmann rate ich in dieser Zeit einen Blick nach Hamburg. Hamburg ist um 180 Grad konvers zu Baden-Württemberg. In Hamburg haben die Grünen die Regierung mitgebildet. Nicht die Kernkraft und nicht die Elbvertiefung, sondern das Thema Bildung stand bei den Koalitionsverhandlungen im Mittelpunkt. Da in Hamburg mit Willen und Wollen der Grünen das Thema Volksentscheid eine große Rolle spielt, holt es euch jetzt ein.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja und? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir haben keine Angst davor! – Gegenruf von der CDU: Ganz ruhig bleiben! Zuhören!)

– Kollege Walter, die Grünen haben Ole von Beust etwas abgenötigt, was ihm in meiner Partei bundesweit breite Kritik einbrachte – ich sage es wertfrei –, nämlich dass die Grundschulzeit auf sechs Jahre verlängert wird

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

und das weiterführende Schulsystem dann nicht mehr dreigliedrig, sondern zweigliedrig ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollen ja noch viel mehr! Die wollen die Basisschule!)

Genau dazu steht die Stadt jetzt auf und kündigt ein Volksbegehren und einen Volksentscheid an. Genau dazu wird dort jetzt ein Moderator eingesetzt, ein Moderator zwischen Bürgerschaft und Politik.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Vorbildlich! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das heißt, dort stehen die Bürger genau gegen das auf, was von Sozialdemokraten und Grünen in Baden-Württemberg gefordert wird.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Quatsch! Gucken Sie einmal nach Schleswig-Holstein! – Abg. Reinhold Gall SPD: In Baden-Württemberg stehen sie gegen die Bildungspolitik der CDU auf! – Zuruf: Fahren Sie einmal nach Hamburg!)

Was ich damit sagen will, ist Folgendes: In Zeiten sinkender Schülerzahlen, in Zeiten, in denen Schulstandorte letztendlich nicht auf Dauer garantiert sind, in Zeiten, in denen nach der Schulzeit mit einem harten Arbeitsmarkt gerechnet werden muss, ist Schule immer umstritten. Aber wer behauptet, er wisse, wie der allein selig machende Weg aussieht, kann in Hamburg erleben, dass dort, wo SPD und Grüne regieren, Eltern, Bürger, Schüler und Lehrer plötzlich das Gegenteil wollen.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Warten wir in Ruhe die Entwicklung in Hamburg ab. Ich behaupte, der baden-württembergische Weg ist weit solider,

sachgerechter und kindgerechter als jeder andere Weg in einem anderen deutschen Bundesland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Kollege Schmiedel sprach anhand seines wirren Zettelkastens, den er heute Morgen aus dem Auto mitgenommen hat, zunächst von der CDU in Ditzingen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der ist gezielt angelegt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist unglaublich, was Sie hier abliefern!)

Dann sprach er von der CDU-Gemeinderatsfraktion und einem CDU-Vorsitzenden. Was kam heraus? „Vordenker".

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion ist ein Vordenker! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Den haben Sie doch gar nicht gemeint!)

– Aber Sie meinen nicht den Vorsitzenden. Der Vorsitzende heißt Rolf Feil, und Sie meinten Ulrich Kicherer. Er ist Stadtrat – nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber er hat für die CDU gesprochen!)

– Er hat eine abweichende Meinung für sich erklärt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! Die CDU hat einen Antrag gestellt! – Gegenruf von der CDU: Bei uns ist das erlaubt!)

– Lieber Herr Kollege Schmiedel, ich kenne Ditzingen hinreichend gut. Ich weiß, dass es in Ditzingen um die Frage geht, ob man aus zwei Standorten – Konrad-Kocher-Schule und die angestammte Schule – einen Standort macht. Es geht nicht um die Werkrealschule, sondern es geht um die Frage, ob in Ditzingen auf Dauer zwei Standorte zu halten sind. Diese Frage ist wichtig. Sie hat mit dem Land nichts zu tun, sondern allein damit, dass in Ditzingen die Zahl der Kinder auf Dauer möglicherweise nicht groß genug für zwei Standorte ist.

Nun zum Thema Marketing. Wir haben 110 000 Lehrer in Baden-Württemberg; das ist die wichtigste Ressource im Land. Wenn man dann einmal 2,5 Millionen € – das entspricht umgerechnet 40 Lehrerstellen –

(Zuruf von der SPD: Das Geld sollten Sie in die Fortbildung stecken!)

für Informationen an Eltern, Öffentlichkeit und Arbeitswelt bereitstellt,

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

dann behaupte ich, dass dies gegenüber dem Produkt Bildung und den laufenden Ausgaben sehr wohl angemessen ist. Deswegen stehe ich voll und ganz hinter dieser Marketingmaßnahme. Auf Bundesebene geben Regierungen, gab Ulla Schmidt und gaben andere Ihrer Partei für schlechtere Produkte weit mehr Geld aus. Diese Kampagne ist angemessen, sachlich und genügt auch dem Maßstab der Preisgünstigkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Haushalt und damit zum Kern: In diesem Jahr macht Baden-Württemberg mehr Schulden als jemals zuvor; das stimmt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zur SPD: Es wären noch mehr, wenn es nach euch ginge!)

Aber uns muss doch klar sein, dass wir in einer Lage sind, die erstmalig so besteht und die hoffentlich einmalig ist. Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist um 8 % geschrumpft. Wir haben in diesem Jahr – in diesem Jahr! – 1,7 Milliarden € weniger an Steuereinnahmen als im Jahr 2008. Wir haben in diesem Jahr nominal 1,7 Milliarden € weniger als zwei Jahre zuvor, obwohl die Löhne durch zwei Gehaltsrunden nennenswert gestiegen sind. Wer jetzt – egal, von woher – behauptet, dass dieser Einbruch der Wirtschaft und der Steuereinnahmen ausgleichbar sei, dass man diese weggebrochenen Einnahmen durch Ausgabekürzungen ausgleichen könne, spricht nicht die Wahrheit.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das hat niemand gesagt! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Deswegen ist unser Haushalt auch im Vergleich zu Haushalten anderer Länder meines Erachtens sehr wohl solide und genügt unserem Ziel der Sparsamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vergleiche dazu: In diesem Jahr machen die Kommunen in Deutschland 12 Milliarden € Schulden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aus gutem Grund!)

Rheinland-Pfalz – SPD pur –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gutes Land!)

verfügt mit vier Millionen Einwohnern gerade einmal über gut ein Drittel der Einwohnerzahl von Baden-Württemberg, macht in diesem Jahr aber fast gleich viel Schulden wie wir.

Berlin, mit 3,4 Millionen Einwohnern

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

eine große Stadt und ein kleines Land, macht mit 2,8 Milliarden € Schulden weit mehr neue Schulden als Baden-Württemberg.

Hessen – ich will es einmal parteineutral sehen –, das viel kleiner ist als Baden-Württemberg, macht deutlich mehr Schulden als unser Land. Bei sechs Millionen Einwohnern nimmt Hessen in diesem Jahr 3,4 Milliarden € an Schulden auf.

Deswegen kann ich nur sagen: Die Tabelle zeigt auf, dass Baden-Württemberg gerade auch in diesem Jahr, obwohl die Wirtschaft bei uns stärker als in jedem anderen Land eingebrochen ist, mit einer maßvollen Verschuldung, mit weniger Schulden pro Kopf, als dies in den meisten anderen Ländern der Fall ist,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

durch das Jahr gehen wird.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Deswegen ist meine Bitte: Reden wir den Haushalt nicht schlechter, als er ist. Es ist ein dem Umfeld angemessener, wirklich guter und solider Haushalt 2010.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was sind die Gründe dafür? Damit komme ich zu dem, was Baden-Württemberg wirklich beschäftigen muss. Wir haben unseren sozialen Wohlstand in den letzten Jahrzehnten auf langlebige Wirtschaftsgüter, auf Industriegüter und auf deren Verkauf ins Ausland aufgebaut. Die beiden Faktoren sind: Werkzeugmaschinen, Pressen, Lkws und Pkws auf der einen Seite, mehr Export als Import auf der anderen Seite.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies der richtige Weg war und dass dieser Weg auch bleiben muss und bleiben wird. Ich glaube, dass das Wirtschaftswachstum in der Welt insgesamt in den nächsten Jahrzehnten stärker sein wird als das im eigenen Land. Also baue ich darauf, dass unsere Wirtschaft und dass unsere Arbeitnehmer, Tüftler, Denker und Unternehmer weiter auf stark wachsenden Weltmärkten wie China, Indien, Asien generell und Osteuropa erfolgreich sind. Deswegen sind Forschung und Bildung, Köpfe, Herz, Verstand von Klein und Groß, von Arbeitnehmern und Unternehmern, von Wissenschaftlern und Verkäufern die wichtigste Form der Standortsicherung.

Zweitens glaube ich, dass ein Land, dessen Bevölkerung immer älter wird und dessen Einwohnerzahl zudem schrumpfen wird, mit Inlandskonsum nicht so viel an Arbeitsplätzen sichern kann, wie mit dem Verkauf ins Ausland möglich ist. Man könnte auch sagen: Wenn man wie ich Optimist ist und glaubt, dass es auch in Zukunft mehr gute als schlechte Jahre gibt, dann bleibt unser Kurs richtig. Wer anders denkt, muss sich korrigieren.

Aber klar ist, dass der Zyklus von Wachstum und Schrumpfung in Baden-Württemberg stärker als in Brandenburg ist – wegen der Abhängigkeit vom Weltmarkt und auch deswegen, weil man für langlebige Wirtschaftsgüter die Ersatzbeschaffung auch einmal ein Jahr, zwei oder drei Jahre zurückstellen kann.

Kollege Schmiedel spricht jetzt als Wunderwaffe sein Mittelstandsprogramm, den Mittelstandsfonds, an.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Komponente! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihr macht ja nichts!)

– Liebe Frau Kollegin Haußmann, kein Land hat derart viele Programme in diesem Bereich wie Baden-Württemberg schon jetzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

– „Oje!“ – Der Deutschlandfonds – von Steinmeier, Steinbrück und Merkel aufgelegt; 100 Milliarden € sind abrufbar – ist bisher nur zu 16 % belegt. Das ist die erste Tür, die offen steht.

Weiter haben wir im Land bei der L-Bank den Mittelstandsfonds, wir haben L-MezzaFin, wir haben den Garantiefonds, wir haben die Venture Capital GmbH, wir haben bei der Bürgschaftsbank und der L-Bank auch Darlehens- und Bürgschaftsprogramme in ausreichendem Umfang und werden diese erhöhen, falls notwendig. Wir haben die MBG mit dem Genussrechtsprogramm, dem Risikokapitalfonds, dem Programm „Expansion und Unternehmenssicherung“, und die KfW kommt ergänzend mit ihrem ERP-Programm und ihrem eigenen Genussrechtsprogramm hinzu. Ich behaupte also: Dort, wo ein Unternehmen zukunftsfähig ist und Perspektiven hat, gibt es unverändert genügend Eigen- und Fremdkapital.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber beschäftigen muss uns, dass trotz aller Qualität der Arbeit in Forschung und Entwicklung von Arbeitnehmern und Unternehmen nicht jeder Betrieb in Baden-Württemberg zukunftsfest und zukunftsfähig ist. Das ist der eigentliche Punkt: Wir müssen besser werden. Wir müssen mit dem, was wir bauen, produzieren oder an Dienstleistung erbringen, besser werden. Nicht die Banken sind entscheidend, sondern die Menschen, und deshalb müssen in Baden-Württemberg Qualifikationen in der Erstausbildung und in der Weiterbildung vermittelt werden.

Sie sprachen die Autowaschanlage am Pragsattel an, Thema Mindestlöhne. Klar ist doch schon jetzt, dass sittenwidrige Löhne bei uns verboten sind. Deswegen mein Rat: Gehen Sie mit Ihrer Information, dass 4 € Lohn gezahlt werden, zu einer Behörde und zeigen Sie diesen Arbeitgeber gegebenenfalls an.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hier sitzen doch lauter Behördenvertreter! Die können sich auch darum kümmern!)

– Gut. Ich bitte meine Kollegin Dr. Stolz, dem Sachverhalt nachzugehen und zu prüfen, ob dort, wie Sie es behaupten, unanständige und damit sittenwidrige Löhne gezahlt werden. Wenn dies der Fall sein sollte, wird das schnellstmöglich abgestellt.

Aber zu glauben, dass die Festsetzung von Mindestlöhnen Vollbeschäftigung sichert und Löhne garantiert, ist abwegig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Im Gegenteil! – Zuruf: Absurd!)

Denn die Autos, die dort gewaschen werden, kommen eben zum Teil aus Ländern, in denen Löhne gezahlt werden, die aus Ihrer Sicht sittenwidrig sind. In Korea werden unanständige Löhne für Autobauer gezahlt, und die Autos werden bei uns gekauft. Oder wir könnten hier auch einmal einen Vergleich anstellen und fragen, wo Ihre Krawatte und wo meine Krawatte gefertigt worden sind. Möglicherweise tragen wir beide Textilien, die in Ländern hergestellt wurden, die die Färbstoffe ins Meer einleiten, in denen Kinderarbeit und eine sittenwidrige Lohnhöhe herrschen – möglicherweise.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch kein Argument!)

Zu glauben, dass ein Mindestlohn den Standort Deutschland sichert – in einem globalen Markt mit offenem Handel –, ist schlichtweg abwegig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen müssen wir erreichen, dass die Menschen, die dort arbeiten, durch gute Bildung und Weiterbildung so qualifiziert

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

werden, dass sie aus eigener Kraft für 10 €, 12 €, 14 € gut sind. Mir ist es lieber, jemand verdient nur 7 € und bekommt 3 € vom Staat hinzu, als dass er, wenn es einen Mindestlohn gibt, daraufhin arbeitslos wird und die 10 € vollständig vom Staat bezahlt bekommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Abschließend glaube ich, dass wir bezüglich unserer Haushaltsstruktur vor einer gesamtstaatlichen Aufgabe stehen. Kein Land und keine Kommune packt es aus eigener Kraft. Es geht um die Frage, ob ein regelmäßiges Wirtschaftswachstum von jährlich 2 bis 3 % zurückkehrt. Wenn dies der Fall ist, kommt Baden-Württemberg garantiert wieder in die Nullneuverschuldung hinein. Wenn ein Wirtschaftswachstum in dieser Höhe nicht mehr erreichbar sein sollte, etwa wegen der demografischen Altersstruktur, aufgrund des weltweiten Wettbewerbs oder aus anderen Gründen, werden wir gesamtstaatlich die Frage besprechen müssen, was wir uns noch leisten können und was wir uns nicht mehr leisten können.

Manche Kommunen sind derzeit, weil ihre Verschuldungsrechte restriktiver sind, weiter als jedes Land und viel weiter als der Bund. Deswegen glaube ich, dass die Situation bezüglich dessen, was in der jetzigen Lage an Schulden gemacht wird, für alle öffentlichen Haushalte nur bundesweit, gesamtstaatlich verändert werden kann. Meine Erwartung ist, dass dies bundesweit von allen demokratischen Parteien und von allen Ländern – noch regieren in der Mehrzahl der Länder Sozialdemokraten, Grüne, FDP und CDU; vier demokratische Parteien – angegangen wird. Ich glaube, dass die Haushaltspolitik nicht allein in diesem Haus, sondern bundesweit nun von allen gemeinsam angegangen werden muss. Einer allein wird nicht die Kraft haben, dort hinzukommen, wo man hinkommen muss.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit meiner Rede löse ich sicherlich Erwiderungen der Kollegen Schmiedel und Kretschmann aus. Ich glaube aber nicht, dass sie in der Lage sein werden, mich ausreichend zu provozieren. Ich werde also im Anschluss daran nicht mehr reden.

Deswegen darf ich Ihnen allen nun Dank sagen. Ich finde, wir hatten – auch im Vergleich zu anderen Parlamenten – bei allem Streit doch eine ordentliche, kameradschaftliche Umgangsform und Kollegialität. Ich habe mich in diesem Kreis – das gilt natürlich am stärksten für meine Fraktion, aber auch für die drei anderen Fraktionen – immer sehr wohlgefühlt.

Alles Gute. Brüssel steht offen.

Vielen Dank.

(Die Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP spenden stehend anhaltenden Beifall. – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abg. Schmiedel, das Wort.

(Zurufe von der CDU: Oh nein!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ohne dass ich mich von Ihnen provoziert fühlen würde, ist es aus meiner Sicht dennoch notwendig, ein paar Dinge zurechtzurücken.

Ich habe das Beispiel mit der Waschanlage deshalb angeführt, weil dies aus meiner Sicht eine neue Qualität der Niedriglohnbeschäftigung darstellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da können Sie doch zum Ausgleich ein anständiges Trinkgeld geben! Sie nutzen doch selbst die Leute aus! – Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Unsinn! Man soll doch nicht die verhöhnen, die für einen Niedriglohn arbeiten müssen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er geht ja selbst dahin! Woher weiß er es denn sonst? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Unglaublich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Ministerpräsident, schon bisher wurden Tariflöhne unterboten; sie wurden aber in Produktions- oder Dienstleistungsbereichen eingesetzt, die auf dem Stand der Technik waren. Das heißt, man hat sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil und einen Extraprofit verschafft. Aber es ist eine neue Qualität, wenn jemand einen mehrstelligen Millionenbetrag in die Hand nimmt und eine Investition tätigt, die sich nur dann auf Dauer auszahlen kann, wenn diese Niedriglöhne auf Dauer zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang zu sagen: „Mir ist es lieber, jemand verdient 4 € pro Stunde und der Staat zahlt hinterher mit Steuergeldern die Differenz zu dem Betrag, den man zum Leben braucht“, das animiert ja geradezu zu solchen Investitionen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Günther Oettinger)

Der Erfolg der Wirtschaft gerade in Baden-Württemberg und in Deutschland gründete sich doch nicht darauf, dass wir billiger waren als andere, sondern darauf, dass wir besser waren. Es ist nicht nur sozialpolitisch falsch, sondern es ist ein falsches wirtschaftspolitisches Konzept, wenn man jetzt eine Spur legt, indem man sagt: Man kann den Wettbewerb bei uns gewinnen, indem man die Löhne drückt, indem man unter Tarif bezahlt oder Niedriglöhne oder gar sittenwidrig niedrige Löhne zahlt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sittenwidrig ist nicht zulässig!)

Dieses Signal sollte von der Politik nicht ausgehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Zweite: Sie haben sich gelobt und haben gesagt: „Wir sind besser als alle anderen, was die Haushaltssituation und den Schuldenstand anbelangt.“ Ich habe manchmal das Gefühl, man redet wirklich an die Wand. Es ist keine Erfindung von uns, es ist aber von uns mehrfach wiederholt worden, was der frühere Finanzminister Stratthaus hier berichtet hat: Nach seinen Berechnungen ist Baden-Württemberg, wenn man die Pensionsverpflichtungen mit einbezieht, bezüglich der Schul-

(Claus Schmiedel)

densituation nicht mehr vorndran, sondern liegt bei den Flächenländern ganz hinten.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das letzte Flächenland!)

Ganz hinten bei den Flächenländern sind wir.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Wenn Sie jetzt die Situation mit Rheinland-Pfalz vergleichen, dann sollten Sie auch hinzufügen, dass die dortige Regierung schon seit Längerem einen Pensionsfonds eingerichtet hat – früher als wir – und dass im Gegensatz zu Baden-Württemberg die Pensionsverpflichtungen bei den Einzahlungen in diesen Fonds in voller Höhe berücksichtigt werden, wenn Beamte eingestellt werden –

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

in voller Höhe und nicht nur zur Hälfte wie bei uns.

(Abg. Ingo Rust SPD: Jawohl! Genau!)

Auch das ist schöngerechnet.

Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich natürlich die Notwendigkeit der strukturellen Veränderung. Wir müssen an die Strukturen heran.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da sind wir uns ja einig!)

Das, was Sie mit diesem Haushalt machen, wird einer strukturellen Veränderung nicht gerecht, und dadurch wird auch nicht wirklich gespart. Wenn Sie z. B. die Zuschüsse für Streetworker kürzen und wir deshalb mehrere Hundert Streetworker weniger auf der Straße haben, dann werden diejenigen, um die sich die Streetworker bisher gekümmert haben, früher oder später Kunden bei der Polizei.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Dann werden sie Kunden im Gefängnis.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dann kostet es richtig Geld. Das heißt, diese Sparmaßnahme führt wieder zu höheren Belastungen;

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Den Beweis haben Sie aber noch nicht erbracht!)

sie führt zwangsweise zu höheren Belastungen in der Zukunft. Deshalb muss Schluss damit sein, dass man sagt: „Irgendwo immer ein bisschen weg.“ Das ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen im Haushalt, sondern wir brauchen eine strukturelle Veränderung, z. B. durch die Abschaffung einer Verwaltungsebene oder, was man jetzt hätte machen können, durch die Abschaffung von zwei Ministerien bei einer Regierungsneubildung.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Bildungsthema. Der Vergleich mit Hamburg, den Sie da angestellt haben, macht mir noch einmal deutlich, weshalb Frau Staab in der Diskussion mit der Landesregierung verzweifelt ist und letztlich ihren Vorsitz spektakulär niedergelegt hat.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Frau Staab hat festgestellt: Die CDU macht eine Bildungspolitik wie vor 30 Jahren. Niemand von Ihnen versteht das, weil Sie z. B. sagen: „Wir geben doch mehr Geld aus.“ Der Kern ihres Vorwurfs ist: Es gibt keine – fast keine; ich will nicht übertreiben – Struktur der individuellen Förderung in den Schulen in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann kommen Sie einmal zu mir in meinen Wahlkreis!)

Das findet – ich komme aus Ludwigsburg, wo es eine Pädagogische Hochschule gibt – heute noch nicht einmal generell in der Lehrerbildung statt; es geschieht versuchsweise an ein paar Ecken, dass individuelle Förderung nun überhaupt Einzug in die Lehrerausbildung hält.

Jetzt ist doch völlig klar, was da in Hamburg passiert.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist doch Unsinn!)

Wenn wir sagen: „Länger gemeinsam lernen“, dann heißt das doch nicht einfach, wir lassen die Kinder länger beieinander, und sonst ändert sich nichts. Da steht dann ein Lehrer vor der Klasse und macht seinen Frontalunterricht und hat für alle das gleiche Angebot. Das ist es, was Frau Staab gesagt hat: Bildung im Gleichschritt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was für eine Lehrerausbildung haben Sie kennengelernt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: An baden-württembergischen Schulen gibt es nur Frontalunterricht? So ein Quatsch!)

Wenn man Kinder länger gemeinsam lernen lassen will, kann man das nicht auf einen Satz machen, sondern dann muss man die Voraussetzungen dafür schaffen. Dazu gehört, dass Lehrer in der Lage sind, individuell im Unterricht zu fördern, dass sie dazu besser in der Lage sind als heute,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sind sie doch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei uns ist die Differenzierung schon lange durch! Bloß Sie wissen nichts davon!)

und dass es in der Schule andere Strukturen als Klassenverbände gibt. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen hält das überhaupt nicht Einzug,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist alles an Ihnen vorbeigegangen! So ein Quatsch!)

sondern Sie sagen: „Hamburg zetert, da gehen die Eltern auf die Barrikaden“, und folgern daraus, bei uns sei es am allerbesten. Mit diesem Motto „Wir brauchen überhaupt nichts zu hinterfragen; es ist immer alles das Beste“ wird das Schulsystem in Baden-Württemberg nicht besser. Die Eltern sind zu

(Claus Schmiedel)

Recht unruhig und wütend darüber, dass Sie laufend erzählen: „Wir sind die Besten“, aber die tägliche Erfahrung in der Schule das Gegenteil zeigt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Jawohl!)

Jetzt zur „Kies-Affäre“. Herr Oettinger, ich habe von Ihnen schon bessere Erwiderungen gehört.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich auch! – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Aber da hatten Sie auch bessere Argumente. Sie haben überhaupt kein Argument gebracht, das Substanz hat. Erstens haben Sie gesagt, Ihnen sei es lieber, baden-württembergische Familienunternehmen seien im Geschäft als Konzerne aus anderen Bundesländern. Das ist aber gar nicht das Thema. Wir versuchen doch, ihn davon abzubringen, dass er immer an Generalunternehmer ausschreibt,

(Abg. Ingo Rust SPD: Ja!)

um gerade zu verhindern, dass ein Subsubsubunternehmer von woanders kommt, und dem heimischen Handwerk eine Chance zu geben.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das ist unsere Politik. Darum geht es aber doch nicht. Es geht darum, den Unternehmen eine Chance in einem fairen Wettbewerb zu geben.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Wenn Herr Schaufler die Firmen angeregt hat mit der Aussage: „Da geht es um erhebliche Volumina, 55 Millionen t, macht ein Konsortium, dann seid ihr in der Lage, im Wettbewerb einen Teil davon zu bekommen“ – denn es muss ja so ausgeschrieben werden, dass es mittelstandsfreundlich ist; es kann nicht der ganze Auftrag über 55 Millionen t auf einmal ausgeschrieben werden; ich hoffe jedenfalls, dass das nicht so gemacht wird –, dann ist das richtig. Aber die Aussage der Kiesunternehmer „Wir haben eine Zusage“ spielt in den Vermerken der Landesregierung zweimal eine Rolle. Das spielt eine Rolle, wenn Frau Gönner mit Herrn Köberle und Herrn Fleischer zusammensitzt und sagt, auf Arbeitsebene müsse noch einmal untersucht werden, was es mit dieser Zusage auf sich habe.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sagen Sie dann dazu, dass diese Zusage nur unter Einhaltung des Rechts selbstverständlich ist!)

Die Frage ist, ob es da Zusagen gibt. Der Vermerk deutet darauf hin, dass es so etwas gibt. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Wieder Ihre Halbwahrheiten!)

Das Zweite: Sie haben gesagt, da werde geprüft. Nach den Vermerken, die mir vorliegen, ist das alles durchgeprüft. Oder wie kommen das Umweltministerium, das Innenministerium, die Wasserwirtschaftsverwaltung und das Bundesverkehrsministerium zu dem Ergebnis, dass das eindeutig das wirtschaftlich beste Angebot

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

und der Vorschlag von den Kiesunternehmen, den Herr Fleischer vertritt, eindeutig das schlechteste ist?

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Das ist ganz eindeutig. Es ist geprüft.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es eben nicht!)

– Gehen Sie doch einmal heraus und machen eine Regierungserklärung! Sagen Sie einmal, wo konkret Ihre Zweifel sind, was Sie denn geprüft haben wollen, was über das hinaus noch geprüft werden soll, was der Bundesrechnungshof geprüft hat. Seit 2007 liegt das Thema vor. In Berlin ist bekannt, dass Sie es sind, die das blockieren. Es ist in den Vermerken deutlich gemacht, dass die Leitungsebene nicht zusammenkommt. Auf der Arbeitsebene wäre das überhaupt kein Thema. Es ist eine politische Blockade, die von Ihnen ausgeht

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Nein! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

und die wahrscheinlich auf die Zusage von Herrn Schaufler zurückgeht: „Wir bringen euch in das Geschäft.“

(Beifall bei der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das stimmt nicht!)

Herr Ministerpräsident, zu Ihrer Einlassung, es sei nicht seriös, wenn man sagt, dass eine Prüfung eine Gefährdung beinhalte: Wenn es eine Prüfung wäre, ja, wenn es eine absichtliche Verzögerung ist, nein. Dann nehmen Sie nämlich willentlich in Kauf – – Einerseits geht es natürlich um diese Geschiebemenge. Aber es geht auch um Hochwasserschutz. Wir haben Hochwasser, die zentral gefährlich für die Menschen sind, die Millionenschäden verursachen.

Deshalb: Wenn das Thema fertig ist und alle, die fachlich davon betroffen sind – Umweltministerium, Innen- und Verkehrsministerium –, sagen, das sei das Richtige, und dann ein Staatssekretär, um dessen Wahlkreis es geht, sagt: „Ich weiß alles besser“, dann müssten doch alle Alarmglocken schrillen. Stächele interessiert es ja sowieso nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Aber der Ministerpräsident müsste doch sagen: „Jetzt muss etwas passieren.“ Das wollen wir aufgeklärt haben. Da lassen wir nicht locker.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zum Schluss noch ein persönliches Wort: Wir kennen uns schon lange, Herr Ministerpräsident, schon seit den Achtzigerjahren aus dem Kreistag. Wir hatten persönlich nie ein Problem miteinander und werden auch, so nehme ich an, persönlich nie ein Problem miteinander bekommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gemeinsam alt geworden! – Heiterkeit)

(Claus Schmiedel)

Ich habe Ihren Werdegang mit Respekt beobachtet. Sie waren in Ihren Überlegungen an der einen oder anderen Stelle

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weiter als Sie!)

weiter als die Mehrheit in Ihrer Partei. Wir hätten Ihnen gewünscht, Sie hätten mehr umsetzen können, beispielsweise im Bereich der Ganztagsschulen, bei denen Sie, wenn Sie draußen reden, eine klare Vision haben, dies aber nur stückchenweise umsetzen.

Wir verabschieden uns nicht, sondern Sie scheiden aus dem Amt. Was Sie über die Plakate am Bahnhof gesagt haben, möchte ich voll unterstreichen. Wenn wir uns nicht mit Respekt begegnen, wer soll uns dann von außen mit Respekt begegnen?

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Dann halten Sie sich aber daran! Unglaublich!)

Deshalb von unserer Seite der Dank an Sie für Ihren persönlichen Einsatz in Ihrem Amt, in den Ämtern davor, und alles Gute für Ihre neue Tätigkeit in Europa.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Pharisäerhaft! – Abg. Claus Schmiedel SPD gibt Ministerpräsident Günther Oettinger die Hand.)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 erhält jetzt der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Kretschmann, das Wort.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Ministerpräsident, ich gehe hier noch einmal heraus, weil ich Sie bis zur letzten Stunde ernst nehme. Sie sind schließlich noch immer der Ministerpräsident, und das bleiben Sie, bis ein neuer gewählt wird. So lange wollen wir hier bitte die Klingen kreuzen.

Jetzt haben Sie mich mit einem unparlamentarischen Ausdruck belegt, den ich in meiner Rede nicht wiederholen will, sonst werde ich noch gerügt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten aller Fraktionen – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Scheuermann CDU: In der Tat!)

Aber das, was ich gesagt habe, hat die Sache im Kern getroffen. Darum haben Sie jetzt so polemisch darauf reagiert. Es ist der Sinn einer freiheitlichen Demokratie und ihr innerstes Wesen, dass sich Menschen im freien Austausch der Argumente – in der modernen Demokratie geschieht dies über Parteien und Fraktionen – Alternativen aufbauen, wie man das Gemeinwesen gestalten soll.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: So ist es!)

Das gehört zum innersten Kern und zum Wesen der Demokratie. Wer Reden führt und sagt, das, was er vorträgt, sei alternativlos, weiß nicht, wovon er redet,

(Beifall bei den Grünen)

und wer dies bei Stuttgart 21 tut, wozu die Alternativen klar auf dem Tisch liegen, der weiß es erst recht nicht. Ich weiß nicht, was daran überhaupt falsch sein kann.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr nebulöse Alternativen, die nicht zu Ende gedacht sind!)

Und ich bin schon gar nicht alternativlos. Niemand ist unersetzlich, auch Kretschmann nicht.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Man muss nur auf den Friedhof schauen, dann weiß man, dass kein Mensch unersetzlich ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ernst sehen Sie aber nicht aus!)

Jetzt haben Sie noch einmal die Neubaustrecke Stuttgart–Mannheim bemüht. Wissen Sie, bei Verkehrsprojekten ist es so: Auch wenn ich dagegen war, nutze ich sie, wenn sie verwirklicht sind. Selbst wenn Sie Ihr Unsinnsprojekt Tiefbahnhof gegen alle Vernunft durchgesetzt haben werden und ich dann noch lebe, werde ich den Stuttgarter Bahnhof nicht meiden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das wäre nämlich ziemlich kindisch. Aber bei der Neubaustrecke Stuttgart–Mannheim war es so: Die Umweltverbände waren dafür, und die Gruppe GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg – wir hatten damals keinen Fraktionsstatus – war auch dafür – damit ich dies hier einmal klargestellt habe. Allerdings muss ich zugeben, dass der Parteitag damals anders entschieden hat. Das ist richtig. Das haben Sie noch richtig im Gedächtnis gehabt. Aber der Kollege Holger Heimann, der damals im Landtag war, hat dazu klare Worte gefunden.

Verstehen Sie: Der Widerstand gegen ein Projekt ist an sich nie richtig oder falsch. Es hängt vom Projekt und von den Argumenten ab, die man dafür hat. Diese Argumente muss man gewichten und abwägen und dann entscheiden.

Lassen wir einmal die Frage außen vor, ob das Projekt Stuttgart 21 verkehrspolitisch sinnvoll ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist elementar!)

Aber bei einem Projekt, bei dem die Kosten in diesem Maß explodieren, und zwar sozusagen im Monatstakt,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Je länger man wartet, desto teurer wird es! – Unruhe)

muss man doch einmal fragen, wann man besser aufhört. Bei jedem Projekt gehört das Preis-Leistungs-Verhältnis doch wohl mit zur Entscheidungsgrundlage einer vernünftigen Politik.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen wir doch!)

Ich kann doch nicht einfach nur Wünsche benennen und sagen: Woher das Geld kommt, ist mir egal.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja, so macht ihr das!)

(Winfried Kretschmann)

Diese Frage beantworten Sie nicht, und das können Sie auch nicht.

In dieser Phase ist die Hauptkritik an dem Projekt, dass die Kosten völlig aus dem Ruder laufen. Sie verpassen uns hier eine Hypothek für einen Gewinn, der, wenn man das Ganze mit der Alternative vergleicht, gar nicht besteht – wenn überhaupt, dann nur minimal.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Darum geht es in erster Linie. Das haben Sie zu verantworten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sollen wir jetzt mit der Gäubahn Gewinn erzielen?)

Sie wissen genau, dass die Kosten heruntergerechnet wurden, damit sie die Grenze von 4,5 Milliarden € nicht überschreiten. Dieser Betrag ist nach Herrn Grube sozusagen die Sollbruchstelle. Die Kosten sind heruntergerechnet worden, etwa durch Einsparungen beim Tunnel, die noch gar nicht genehmigt sind.

(Zurufe der Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Darum geht es in der Auseinandersetzung zunächst einmal. Ich weiß nicht, was da diese haltlose Polemik von Ihnen, Herr Ministerpräsident, soll.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Bleiben wir beim Thema. Es gibt natürlich bei allem, was die Politik heute macht, Konflikte. Sie haben das Beispiel Hamburg angeführt und gesagt, wir hätten den Ersten Bürgermeister Ole von Beust genötigt, eine andere Schulpolitik zu machen. Ich darf einmal aus einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ vom 7. Januar dieses Jahres zitieren, was er selbst sagt:

Das Thema Bildung als solches beschäftigt mich schon seit 30 Jahren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Erst? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht sehr erfolgreich!)

Ich war ja mal Vorsitzender der Schülerunion und glühender Verfechter der Dreigliedrigkeit des Schulsystems. Je länger ich mich mit dem Thema befasse, und das ging schon lange vor Schwarz-Grün los, umso mehr bin ich der Überzeugung, dass unser jetziges System falsch ist.

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Dieser alte bildungspolitische Ansatz, wonach es drei Grundtypen gibt – den handwerklich Begabten mit wenig Intellekt für die Hauptschule, den mäßig handwerklich Begabten mit mehr Intellekt, der auf die Realschule geht, und den wenig handwerklich begabten, aber dafür sehr intelligenten Schüler, der Abitur macht –, diese Dreiteilung ist Ausdruck veralteten, ständischen Denkens. Das passt nicht mehr in die Zeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Und die Volksinitiative?)

Das sagte Ole von Beust.

Sie haben gesagt: „Das bringt Probleme in Hamburg.“ Es gibt in diesem Zusammenhang eine Volksinitiative, die einen Bürgerentscheid anstrebt. Das ist ganz normal. Das begrüßen wir. Darum haben wir dort mehr direkte Demokratie eingeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum wollt ihr das dann abwürgen?)

Jetzt wird ein Moderator eingesetzt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, um das abzuwürgen! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Um den Bürgerentscheid zu vermeiden!)

Herr Otto, der dabei mit verhandelt. Das ist stilbildend. So geht man mit solchen Konflikten um.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist aber neu!)

Das ist genau das Richtige. So macht man das.

(Beifall bei den Grünen)

Man redet mit den Leuten. Man setzt sich mit ihnen auseinander.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil Sie Angst vor der Bevölkerung haben! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist genau der Unterschied zu Ihnen. Was machen Sie, wenn von der Basis Kritik erhoben wird? Ich verweise auf das Beispiel von Schulleitern aus Oberschwaben. Mit ihnen wird nicht geredet, sondern sie werden zum zuständigen Regierungspräsidium geschickt, um sich einen beamtenmäßigen Rüffel abzuholen. Das ist der Unterschied zwischen Hamburg und Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen den Bürgerentscheid verhindern! Kein Bürgerentscheid!)

Ich sage noch einmal, worum es eigentlich geht. Das haben SPD und Grüne hier schon gemeinsam vorgeschlagen. Worum geht es eigentlich? Es geht darum, dass Sie es zulassen sollen, wenn an der Basis Schulträger, Gemeinden und engagierte Schulgemeinschaften andere Schulmodelle errichten wollen. Darum geht es in erster Linie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Richtig!)

Es geht darum, dass Sie dort, wo neue Ideen, neue Gedanken entstehen, dort, wo die Leute andere Vorstellungen von Schule haben, entsprechende Modelle zulassen sollen.

(Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Das ist die Ebene, auf der wir argumentiert haben. Wir wollen nicht von oben herab das dreigliedrige Schulsystem um-

(Winfried Kretschmann)

wälzen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wir wollen, dass es sich von unten nach oben auswächst. Wir sind sicher, dass integrative Schulmodelle dann den Sieg davontragen werden.

Herr Ministerpräsident, es kann doch wohl nicht sein, dass man, wenn man eine andere Schule will als die, die Sie im Kopf haben – nach den veralteten Denkmustern, die Herr von Beust kritisiert hat –, eine Privatschule gründen muss, weil es nicht möglich ist, eine Modellschule im Land zu gründen. Das kann doch wohl nicht sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was haben Sie gegen Privatschulen? Sind Privatschulen etwas Schlechteres?)

Deshalb habe ich das Thema mit dem Begriff „Alternativlosigkeit“ angesprochen. Das, was Sie sagten, hat den Kern getroffen, um den es in dieser Auseinandersetzung geht. Es gibt immer Alternativen, und mit denen müssen Sie sich endlich auseinandersetzen. Diese müssen Sie zumindest in einem beschränkten Rahmen zulassen, wenn man dies auf kommunaler Ebene will. Dann kommen wir weiter und bringen dieses Land auf jedem Gebiet voran.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Untergang ist keine Alternative!)

Zum Schluss noch ein persönliches Wort. Herr Ministerpräsident, ich habe hier immer gern mit Ihnen die Klingen gekreuzt. Dass dies in der Regel mit dem Florett und nicht mit dem schweren Säbel geschehen ist, hat mir gut gefallen. Das halte ich auch für stilbildend. So müssen die Auseinandersetzungen stattfinden. Das muss hart, aber fair geschehen. Ich habe keinen Grund, mich zu beschweren; das hat so stattgefunden.

Es hat mir Freude gemacht, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Ich wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Zukunft in Brüssel.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 02 – Staatsministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5702.

Ich rufe auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abzustimmen. Wer Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5702, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02.

Ich rufe den **Buchstaben b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5707

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Berichterstatter für die Bereiche Wohnungswesen, Wohngeld, Denkmalpflege sowie Städtebau: Abg. Dr. Frank Mentrup

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Netzhammer für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die konjunkturelle Wende ist vollzogen. Baden-Württembergs Wirtschaft dürfte im ersten Quartal dieses Jahres um 1,25 % gegenüber dem Vorjahresquartal wachsen. Mit dieser Einschätzung des Statistischen Landesamts schauen die Unternehmen nach einem harten Jahr 2009 wieder mit vorsichtigem Optimismus in die Zukunft. So heißt es vom BWHT und in der neusten Studie von Ernst & Young.

Trotz eines historischen Produktionsrückgangs über nahezu alle Industriebranchen um 21 % im letzten Jahr haben wir im Land im Januar 2010 mit 5,6 % die bundesweit zweitniedrigste Arbeitslosenquote – im Bund liegt sie bei 8,6 % – und mit 4,3 % die bundesweit niedrigste Jugendarbeitslosenquote – im Bund liegt sie bei 7,5 %.

Angesichts der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das ein sehr gutes Ergebnis. Diese Tatsache ist einer sehr überlegten und verantwortungsbewussten CDU-geführten Politik in Bund und Land unter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Günther Oettinger zu verdanken, gerade auch in der Krise.

Nun zum Haushalt: Das Budget des Wirtschaftsministers gehört mit einem Gesamtetat von 671 Millionen € im Jahr 2010 und 642 Millionen € im Jahr 2011 zu den kleineren im Landeshaushalt, der immerhin 35 Milliarden € umfasst. Weitere Mittel stehen dem Wirtschaftsministerium aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm zur Verfügung.

Auch wenn in diesem Etat finanzkrisenbedingte Einsparauflagen erfüllt werden müssen, so können doch bewährte Programme fortgesetzt und neue Aufgabenstellungen angegangen werden. Unser Ziel ist, mitzuhelfen, dass die baden-württembergische Wirtschaft gestärkt aus der Krise hervorgeht. Dabei ist die Städtebauförderung ein bewährtes Konjunkturprogramm für die Kommunen. Sie ermöglicht innerörtliche Entwicklung, hemmt den Flächenverbrauch und unterstützt Mittelstand und Handwerk vor Ort. Deswegen haben wir die Ansätze auf jährlich 164 Millionen € bzw. 163 Millionen € erhöht, womit erfahrungsgemäß Investitionen in Höhe von 1,3 Milliarden € angeschoben werden können. Das ist ein wichtiger Konjunkturmotor.

Die neue Messe auf den Fildern ist trotz Bedenken für den Messestandort Baden-Württemberg eine absolute Erfolgsstory. Die Schuldendiensthilfe belastet diesen Landeshaushalt mit einer um 17 Millionen € niedrigeren Schlussrate zum letzten Mal. Damit hat das Land 240 Millionen € an Schuldendiensthilfe für dieses wichtige Infrastrukturprojekt geleistet. Aber für uns sind auch die örtlichen Messen, die Leistungsschauen in den kleineren Gemeinden wichtig, weil sie den mittelständischen Unternehmern und Handwerkern helfen, Aufträge aus dem regionalen Einzugsbereich zu akquirieren. Deswegen werden wir die Zuschüsse an die örtlichen Gewerbe- und Handelsvereine beibehalten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist im Bereich Forschung und Entwicklung bundesweit führend. Wir wollen, dass sich die von uns geförderten wirtschaftsnahen Forschungsinstitute mehr als bisher mit den Forschungsanliegen kleiner und mittlerer Unternehmen beschäftigen, und haben dafür die Haushaltsansätze zielgerichtet um 500 000 € erhöht. Das Erfolgsmodell Innovationsgutscheine setzen wir fort.

Mit der Landesinitiative Elektromobilität werden wir die Unternehmen beim Technologie- und Strukturwandel im Bereich der Fahrzeugmobilität aktiv begleiten. Im vorliegenden Doppelhaushalt stehen dafür insgesamt 15 Millionen € und für Maßnahmen und Projekte des Innovationsrats weitere 30,5 Millionen € zur Verfügung.

Zu Beginn des Aufschwungs dürfen wir aber die Sicherung des Fachkräftebedarfs und die Bewältigung des demografischen Wandels nicht aus dem Blick verlieren. Die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb haben wir im Bereich der beruflichen Bildung die Ausgabeansätze im nicht investiven Bereich auf rund 9 Millionen € erhöht. Damit stellen wir sicher, dass Auszubildende aus Insolvenzbetrieben ihre duale Ausbildung beenden können, und wir unterstützen die Verbundausbildung. Die Lehrgänge der ergänzenden überbetrieblichen Ausbildung können im bisherigen Umfang fortgesetzt werden.

In den vergangenen Jahren wurden Absolventen der sogenannten MINT-Fächer händeringend gesucht. Aufgrund der Wirtschaftskrise haben sich jetzt die Einstellungschancen verschlechtert. Wir wollen aber den betroffenen Absolventen Beschäftigungschancen bieten, denn im Aufschwung werden sie wieder dringend gebraucht. 500 Absolventinnen und Absolventen profitieren davon in einer ersten Tranche.

Angesichts des demografischen Wandels werden wir auch in Zukunft mehr Frauen in den sogenannten MINT-Berufen benötigen, damit unsere Unternehmen ihre Wachstumschancen wahrnehmen können. Mit dem neuen Programm „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft“, das auf eine Empfehlung des Innovationsrats zurückgeht, sollen hier ganz gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Verbesserung von Wiedereinstiegschancen und anderem ergriffen werden.

Die erfolgreiche Arbeit der zehn bestehenden Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wird fortgeführt, weil durch ihre Arbeit viele Frauen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und dadurch den Wiedereinstieg in den Beruf finden.

Die Modernisierung der überbetrieblichen Bildungszentren ist eine Daueraufgabe. Deswegen haben wir Koalitionsfraktionen uns im Finanzausschuss dafür eingesetzt, dass die Investitionsförderung auf 3,3 Millionen € bzw. 2,75 Millionen € erhöht wird. Damit können Modernisierungen in Tuttlingen und Freiburg sowie der Neubau der Bildungsakademie der Handwerkskammer in Singen umgesetzt werden.

Selbstverständlich nutzen wir die Mittelausstattung des Europäischen Sozialfonds mit 16 Millionen € insbesondere für die Bereiche der beruflichen Bildung und der Existenzgründungsförderung. Die Beratung von Mittelstand und Handwerk wird im bisherigen Umfang fortgesetzt. Ergänzend zur Krisenbe-

(Veronika Netzhammer)

ratung des Bundes fördern wir in diesem Jahr auch kurzfristige Beratung, auf die im akuten Krisenfall, z. B. zur Vorbereitung von Bankgesprächen, schnell und unbürokratisch zurückgegriffen werden kann.

Im Bereich der Energieförderung werden wir mit jährlich 2,1 Millionen € die Förderung erneuerbarer Energien sowie der rationellen Energieverwendung fortsetzen. Wichtig ist uns, dass geeignete Gemeinden mit dem Förderprogramm für Bioenergiedörfer Anreize erhalten, ungenutzte Wärme über Kraft-Wärme-Kopplung einer sinnvollen Nutzung zuzuführen und damit effektiv Energie einzusparen.

Der Einsatz neuer Technologien ist immer risikobehaftet. Die Stadt Staufen muss hier beim ökologisch gewünschten Ausbau der Geothermie teures Lehrgeld bezahlen. Das Land unterstützt die Stadt Staufen hier einmalig mit einer Landeshilfe in Höhe von 4 Millionen €.

Was den Tourismus angeht, war das Jahr 2009 für Baden-Württemberg ein interessantes Jahr. Mit einer Abnahme der Gästezahl um 2,5 % war der Rückgang im Tourismus deutlich schwächer als in anderen Branchen und ging im Wesentlichen auf den Geschäftsreiseverkehr zurück. Der klassische Erholungsurlauber ist anscheinend weitgehend krisenresistent. Dabei muss man wissen, dass die Zahl der Arbeitsplätze im Land im Tourismusbereich höher ist als im Automobilbereich.

Die Verluste waren hier bei den Gemeinden ohne Prädikat deutlich stärker als bei den prädikatisierten Urlaubsgemeinden. Dies beweist, dass Investitionen in touristische Infrastruktur Früchte tragen. Diesen Prozess müssen wir fortsetzen, denn auch hier bedeutet Stillstand Rückschritt. Mit einem Bewilligungsvolumen von jährlich 4,6 Millionen € und weiteren 4,3 Millionen € aus Spielbankerträgen für Tourismusmarketing und die Förderung privater Investitionen bleiben die Ansätze gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

Das Parkhaus am Feldberg ist aus unserer Sicht ein wichtiges Infrastrukturprojekt, insbesondere für den Skitourismus am Feldberg. Es wird zusätzlich aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums finanziert und geht nicht zulasten anderer Tourismusprojekte.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aus dem KIF!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushaltsentwurf ist aus meiner Sicht eine gute Basis für eine solide, zukunftsorientierte und nachhaltige Wirtschaftspolitik für den Mittelstand, die hilft, den Aufschwung zu sichern, und gleichzeitig den Erfordernissen der Haushaltskonsolidierung Rechnung trägt, u. a. auch durch die Streichung von 19 Stellen im Bereich des Wirtschaftsministeriums.

In meiner Funktion als Ausschussvorsitzende möchte ich dem Wirtschaftsminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Parlamentarischen Dienst für die gute und konstruktive Zusammenarbeit danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Jahreswende gibt es in China einen Brauch: Man zahlt seine Schulden zurück; das bringt Glück.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Daran könnt ihr euch einmal orientieren! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Wir haben einen solchen Brauch nicht. Aber der Brauch hat auch eine Schattenseite: Die Zahl der Eigentumsdelikte in China steigt sprunghaft an. Eine Neuverschuldung ist für uns alternativlos.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist eine Logik!)

Die Neuverschuldung in diesem Jahr in Höhe von 2,6 Milliarden € ist eine schwer zu greifende Zahl. Nehmen Sie diese Zahl in Sekunden. Gehen Sie auf der Zeitskala zurück. Dann befinden Sie sich in den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts und somit mitten in der Weltwirtschaftskrise.

Die Krise hat sich wiederholt, aber nicht ihre Folgen, auch nicht in Baden-Württemberg. Dennoch hat unsere exportorientierte Industrie mächtig Federn gelassen. Unser Bruttoinlandsprodukt ging um 8 % zurück. Die tiefste Rezession der Nachkriegsgeschichte hat dieses Land erfasst, aber die Wirtschaft des Landes nicht in ihren Fundamenten erschüttert.

Das hat viele Gründe: Unsere mittelständischen Unternehmen haben im letzten Jahr Auftragseinbrüche und Umsatzeinbußen von 30 bis 40 % hinnehmen müssen. Sie haben dieser Rezession, dieser Weltwirtschaftskrise getrotzt. Sicher, dabei hat das Kurzarbeitergeld geholfen. Ich finde es großartig, dass unsere Unternehmen auch in schlechten Zeiten an ihren Mitarbeitern festgehalten und Ausbildungsplätze gesichert haben. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unser Respekt.

Unser Land kann stolz auf seine Unternehmer sein. Diese Menschen beweisen täglich aufs Neue ihren Einfallsreichtum, ihre Anpassungsfähigkeit und ihren Unternehmergeist. Das ist alles andere als selbstverständlich. Das ist aber auch das Ergebnis einer soliden Wirtschaftspolitik und eines Konjunkturhaushalts, die unseren Unternehmen Vertrauen geben.

Unternehmen, die durch die Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten kamen, ihre Investitionen zu finanzieren, konnten auf unsere Bürgschaftsförderung setzen. Noch nie hat die Nachfrage nach Bürgschaften so stark wie derzeit zugelegt. Die Bürgschaftsbank hat im letzten Jahr 2 266 Anträge mit einem Volumen von 306 Millionen € bewilligt. Das ist weit mehr als bei jeder anderen Bürgschaftsbank in Deutschland. In manchen Regionen gab es Zuwächse von mehr als 50 %.

Das gleiche Bild gibt es bei der L-Bank: Im Jahr 2009 wurden 50 Anträge mit einem Volumen von 71,8 Millionen € bewilligt. Das sind 30 % mehr als im Vorjahr.

Im Wirtschaftausschuss genehmigten wir vier Anträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 280 Millionen €. Kein anderes Land hat ein vergleichbar erfolgreiches Liquiditätshil-

feprogramm starten können. Das war bei uns nur möglich, weil wir nach zwei Jahren mit einer Nullneuverschuldung auch die Reserven für diese Hilfen besaßen.

Die Konjunktur in Baden-Württemberg hat wieder Fahrt aufgenommen, wobei weniger der Binnenmarkt, sondern vielmehr die Nachfrage aus dem Ausland die Impulse antreibt. Alle Wirtschaftsbereiche stabilisieren sich. Allerdings bleibt der Maschinenbau ein Sorgenkind.

Sollte der Euro durch die Krise Griechenlands gegenüber dem Dollar an Wert verlieren, kann sich das aber schnell ändern. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die konjunkturelle Wende anhält und sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Der Aufschwung wird sich nicht selbst tragen, wenn wir nicht alle Wachstumskräfte mobilisieren. Das heißt – das ist auch ein Gebot der Fairness –, den Kampf gegen die zunehmende Schwarzarbeit zu verstärken.

Viele Unternehmen haben im Jahr 2009 nur geringe oder negative Erträge erwirtschaftet und verfügen nicht über ausreichendes Eigenkapital, um am Markt zu bestehen. Diese Ertragsschwäche wird sich in den Jahresabschlüssen zeigen. Die Folge ist eine Verschlechterung des Ratings bei den Kreditinstituten, sodass es schwierig wird, an Fremdkapital zu kommen.

Steigende Zinsen, höhere Sicherheitsanforderungen und noch mehr Dokumentationspflichten erschweren die Vorfinanzierung neuer Aufträge, halten die Investitionsneigung gering und behindern den wirtschaftlichen Aufschwung.

Stärkung des Eigenkapitals ist das Gebot der Stunde. Mezzanines Kapital kann hier stabilisieren. Aber auch die Nutzung des Beteiligungsangebots der MBG, die im vergangenen Jahr 45 Millionen € zugesagt hat, kann ein Baustein sein. Das Angebot der Deutschen Bank, das der Kollege Schmiedel hier so feierlich vorgestellt hat, brauchen wir gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

Wir haben keine Alternative, denn an Basel II beißen wir uns offenbar die Zähne aus.

Es wird eine zentrale Aufgabe des neuen Kreditmediators in unserem Land sein, die Angebote des Deutschlandfonds für unseren Mittelstand zur Finanzierung des Aufschwungs zu nutzen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Da sind wir gespannt!)

Die Angebote des Deutschlandfonds sind unübersichtlich und bürokratisch. Das überfordert unseren Mittelstand. Hier müssen wir ansetzen, ihm helfen und gleichzeitig die Banken ins Boot nehmen, damit unsere Unternehmen finanzielle Planungssicherheit für die nächsten Jahre haben.

Bei allem Wohlwollen gegenüber dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Dem wirtschaftlichen Erholungsprozess ist mehr geholfen, wenn wir rasch die Bestandteile der Unternehmensteuerreform korrigieren, die die Liquidität und die Substanz der Betriebe angreifen. Ich nenne hier nur die Zinsschranke und die gewerbesteuerrechtlichen Hinzurechnungen.

Ich halte es für geradezu kontraproduktiv für das Wachstum, wenn Kommunen jetzt die Gewerbesteuer oder sonstige Abgaben erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

So halte ich es auch für falsch, wenn öffentlich-rechtliche Anstalten die GEZ-Gebühren für PCs und internetfähige Mobiltelefone um 200 % anheben und sich das von kleinen Unternehmen bezahlen lassen, nur um ihr Internetabenteuer zu finanzieren.

Unser Land ist führend im Bereich Forschung und Entwicklung. Das haben wir nicht zuletzt bei der Exzellenzinitiative erfahren. Es muss aber gelingen, die hervorragenden Ergebnisse aus Forschungseinrichtungen und Universitäten auch kommerziell umzusetzen, um so bei uns Unternehmen in neuen, zukunftsfähigen Branchen anzusiedeln. In die Zukunft zu investieren heißt den Mut aufzubringen, innovative Unternehmen mit einer Risikokapitalfinanzierung zu begleiten.

Eine steuerliche Forschungsförderung für kleinere und mittlere Unternehmen halte ich für überfällig. Das ist nachhaltiger als jede Liquiditätshilfe.

Es muss gemeinsames Ziel sein, nach der im Jahr 2009 gestarteten Initiative für die Gründungsfinanzierung mit dem Seedfonds Baden-Württemberg den innovativen Unternehmen auch für die Zeit nach der Gründungsphase Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Der Seedfonds unterstützt mit Mitteln des Landes, der MBG, der L-Bank und der LBBW Venture Capital GmbH Hightechgründungen. Aber nach der Gründungsphase darf keine Lücke entstehen. Wir müssen aus diesen Gründen helfen, wirtschaftlich tragfähige Unternehmen aufzubauen. Dazu gehören Beratung und Kapital.

Mit dem Know-how der L-Bank und der LBBW im Bereich der Risikokapitalfinanzierung können wir mittelfristig 50 Millionen € für die Finanzierung von Wachstumsunternehmen mit EFRE-Mitteln aufbringen. Wir prüfen, schon im Jahr 2010 mit 20 Millionen € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zu starten.

Unsere Wirtschaftsstruktur und unser Arbeitsmarkt sind stark vom Maschinenbau und von der Automobilindustrie geprägt. Jeder sechste Arbeitsplatz hängt daran. Noch sind wir weltweit führend beim Bau von herkömmlichen Verbrennungsmotoren. Ein Strukturwandel hin zu neuen Mobilitätskonzepten zeichnet sich ab. Dieser wird die gesamte Prozess- und Wertschöpfungskette des Automobilbaus verändern.

Wenn wir uns das Ziel geben, bis zum Jahr 2013 die weltweite technologische Führung bei alternativen Antrieben zu übernehmen, heißt das, einen neuen Cluster aufzubauen, in die Infrastruktur, in die Telematik zu investieren und auch die Ausbildung in der Werkrealschule, in den Berufschulen und in den Universitäten zu verändern.

Das ist eine Herkulesaufgabe. Aber wenn wir sie nicht leisten: Die asiatische Konkurrenz wartet nicht. Mit der Landesagentur machen wir einen ersten Schritt. Der Weg ist noch weit.

Mit dem Innovationsrat haben wir ein Gremium, das uns bei all diesen Fragen qualifiziert beraten wird. Wir müssen diesen Weg gehen.

Wir fahren mit unserem Konjunkturhaushalt eine klare Linie: Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation. Wir stärken die Wettbewerbskraft unserer Unternehmen und fördern den Mittelstand.

Ich vermisse jede strategische Linie in den Anträgen der Opposition.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Hier werden ein paar Millionen Euro mehr gefordert – Deckungsvorschlag: Fehlanzeige! Dort wird wegen der Förderung von Leistungsschauen gemeckert, und es werden Vorwürfe wegen angeblicher Klientelpolitik erhoben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr! – Unruhe)

So sieht Ihre Wirtschaftspolitik aus.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Guckt euch einmal die Anträge an, die ihr eingebracht habt!)

Man kann darüber streiten, ob die makroökonomischen Theorien der Neoklassiker richtig sind oder ob eher die Theorien der modernen Ökonomen das richtige Konzept darstellen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das ist jedoch müßig. Wir haben das Geld nicht, und die Konsolidierung öffentlicher Haushalte ist auch ein Stabilitäts- und Wachstumsziel.

Steigende Lasten für Zins und Tilgung schränken den finanzpolitischen Spielraum für die Zukunft ein. Zudem sind wir gesetzlich zu einer Schuldenbegrenzung verpflichtet. Was die Opposition vorschlägt, ist keine Politik aus einem Guss.

Beim Thema Wohnraumförderung wird dies ganz offenkundig. Klar, bei der Wohnraumförderung hat der Rotstift eine einschneidende Wirkung. Zwar bleibt das Programm inhaltlich unverändert; es bleibt bei günstigen Darlehensbedingungen und verlorenen Zuschüssen. Es stehen aber nur noch 48,4 Millionen € in diesem Programm zur Verfügung, und nur noch 6,2 Millionen € hiervon kommen vom Land.

Zufrieden kann niemand damit sein. Der Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank, wie von der SPD vorgeschlagen, löst das Problem jedoch nicht. Das würde nur von der linken Tasche in die rechte Tasche gehen.

Besonders ärgert mich, wenn die Kritiker des Förderprogramms auf kommunaler Ebene eine völlig andere Politik machen. So haben Rot und Grün im Gemeinderat in Stuttgart jüngst sieben Baugebiete, auf denen 440 Wohnungen für junge Familien geplant waren, aus ideologischen Gründen kurzerhand gestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Zudem hat der Gemeinderat den Hebesatz für die Grundsteuer um 130 Punkte angehoben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wer hat denn die Nettonull beim Flächenverbrauch in die Diskussion gebracht? Welcher Ministerpräsident hat denn zu Beginn der Legislaturperiode die Nettonull beim Flächenverbrauch gefordert?)

Das sind 30 % mehr, und das bedeutet für Eigentümer und Mieter jährliche Mehrkosten von durchschnittlich 200 €. So sieht Ihre Wohnungsmarktpolitik aus. So wird auch der Mietwohnungsbau konterkariert.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Mietwohnungen zu schaffen muss für private Investoren jedoch auch eine Rendite abwerfen und darf nicht zur Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand werden.

Sie fordern vom Land mehr Geld und verteuern das Bauen in den Kommunen. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass junge Familien eine faire Chance haben, Eigentum zu erwerben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Dr. Löffler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja, gern.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Ich bitte aber, sich kurz zu fassen. – Herr Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Kollege Scheffold, ist Ihnen eigentlich bekannt – –

(Heiterkeit – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Auch ein guter Mann! – Minister Peter Hauk: Das ist unglaublich!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Löffler ist mein Name.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Entschuldigung. Herr Kollege Löffler, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass den Kommunen derzeit die Gewerbesteuereinnahmen in bislang ungekannter Höhe wegbrechen? Ist Ihnen bekannt, dass den Kommunen aufgrund dessen, dass sowohl der Bund als auch das Land sie alleinlassen, um ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge auch weiterhin gerecht zu werden, nichts anderes übrig bleibt, als Steuererhöhungen durchzuführen, so schwer das in dieser Zeit auch ist?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Mir ist das nicht unbekannt, Herr Kollege.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha!)

Das bedeutet aber nicht, dass man einseitig auf einem anderen Gebiet, nämlich beim Wohnen, die Kosten erhöhen kann.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Welche Alternative haben die Kommunen?)

Wir müssen die Gewerbesteuerreform ohnehin einmal anpacken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie denn? – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Abschaffen? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Weg damit!)

Wir müssen die Gewerbesteuer auf ein Niveau bringen, das die Lage für die Kommunen berechenbar und planbar macht.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Schuldenstopp!)

Das können wir jetzt nicht in epischer Breite diskutieren. Mit Sicherheit ist es aber keine Alternative, die Grundsteuer zu erhöhen, wenn die Gewerbesteuereinnahmen wegbrechen. Das ist für mich keine Alternative.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wie heißt denn die Alternative? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir werden, wenn die Bundesfördermittel auslaufen, die Wohnungsbauförderung neu strukturieren müssen. Das wird aber nur gehen, wenn Land und Kommunen dies als gemeinsame Aufgabe begreifen und alle politisch Verantwortlichen dies auch erkennen und mittragen.

Unser Industrieland braucht ein ganzheitliches Energie-, Rohstoff- und Klimakonzept, das Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz vereint und einen ausgewogenen Energiemix ermöglicht. Dieser Energiemix muss künftig die Stromerzeugung für die Grundlast gewährleisten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oje!)

Mit unserem Energiekonzept 2020 haben wir eine langfristige Ausrichtung der Energiepolitik entwickelt und Maßstäbe gesetzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh, klasse!)

Der Bund und andere Länder hinken da noch hinterher. Wir werden dieses Energiekonzept weiterentwickeln und unsere Energieinfrastruktur bei den regenerativen Energien weiter ausbauen. Den Vorwurf, wir seien nicht ehrgeizig genug, weise ich zurück.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der kommt erst noch! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja, gern. – Wir sind realistisch, und Realpolitik bei Energie- und Klimafragen dient unserer Wirtschaft und den Unternehmen mehr als ideologische Wunschvorstellungen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ihr seid Fundis in dieser Frage, nichts anderes!)

Meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich. Wir sind wirtschaftspolitisch gut aufgestellt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Redet euch das nur ein!)

Wir machen eine offensive Standortpolitik, schaffen attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und bieten Perspektiven für Wachstum und Lebensqualität. Auch wenn die Durststrecke noch nicht beendet ist: Es ist schon mehr Licht als Tunnel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wenn ein Chinese die Rede gehört hat, kriegst du keine Einreisegenehmigung!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo für die Fraktion der SPD.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt Zustimmung signalisieren!)

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie antwortet der Wirtschaftshaushalt auf die Wirtschaftskrise,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig!)

auf die in unserem Industrie- und Exportland besonders tiefe Krise? Reagiert er aktiv mit innovationsfördernden Impulsen in Technologie, Infrastruktur, Wohnungsmarkt? Wirkt er angesichts der Kreditklemme unterstützend, etwa durch Eigenkapitalbrücken? Setzt er ordnungspolitische Leitplanken, etwa im Energiemarkt oder mithilfe einer mittelstandsfreundlichen Vergabepraxis? Oder reagiert er wenigstens passiv durch Sparsamkeit und weniger Verschwendung? Um es gleich zu sagen: nichts von alldem.

Der Wirtschaftshaushalt mit seinem Zuschussbedarf von 450 Millionen € pro Jahr zeigt so gut wie keine eigene Antwort auf die Krise. Wie an einzelnen Stellen willkürlich gekürzt wird, das steht auch noch konträr zu den eigenen Zielen des Ministers.

Kostprobe: Innovationsgutscheine, das technologiepolitische Flaggschiff des Ministers – öffentlich als tolles, modernes, erfolgreiches Instrument gefeiert, mit steigendem Bedarf. Dieses Instrument wird gekürzt; es wird nicht nur gekürzt, sondern es wird glatt halbiert – ritsch, ratsch! Wo soll da eine Linie zu den Bekundungen sein?

Von ihrem wirtschaftspolitischen Gewicht hat unsere Regierung im letzten Sommer mehr als eine Kostprobe geliefert, und sie hat eine peinliche Offenbarungslektion erhalten. Als Porsche, dieser wichtige Standortfaktor, Technologieträger und Steuerzahler, sich spekulativ an Volkswagen heranmachte, kam das Echo aus der Regierung: „Wir kontrollieren künftig Wolfsburg von Zuffenhausen aus.“ Ich erinnere mich noch gut daran.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat das gesagt? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das habt ihr schon verdrängt!)

(Dr. Rainer Prewo)

Das Weitere kennen wir: Es war nicht einmal möglich, dem plötzlich an die Wand gepressten, hoch profitablen – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat das gesagt?)

– Sie wissen es so gut wie ich, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, wer hat es gesagt? Wer denn? Wem schreiben Sie dieses Zitat zu?)

– Das kam aus dem Staatsministerium.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Ministerpräsident, oder wer?)

Es war nicht einmal möglich, dem plötzlich an die Wand gepressten, hoch profitablen Unternehmen einen unproblematischen KfW-Kredit zu sichern – ohne Staatsgeld, ohne Bürgschaft –, weil das Kanzleramt und Niedersachsen etwas dagegen hatten.

War die politische Schwäche, die hier offenbar wurde, schon beschämend genug, so wurde sie noch beschämender durch die vorhergehende Großspurigkeit.

Inzwischen besteht breiter Konsens darüber – bei Verbänden, Banken, Wissenschaft, Gewerkschaften –, dass das virulenteste Problem im Mittelstand der krisenhafte Verlust von Eigenkapital bei sonst gesunden Unternehmen ist. Zu den Ersten, die das sahen, gehörte die SPD-Fraktion, besonders der Vorsitzende Claus Schmiedel –

(Minister Peter Hauk: Das ist ja wie im Anekdotenbuch!)

nicht weil wir hellsehen können, sondern weil wir mit den Unternehmen sprechen, und zwar ständig.

(Beifall bei der SPD)

Alles Nötige dazu ist heute Morgen gesagt worden. Jetzt kommt die CDU doch langsam schleichend nach. In der Krise können solche flachen Lernkurven aber immer wieder fatal sein.

Das Land ist in einer schwierigen Lage. Wir hatten im Jahr 2009 nicht nur – wie in ganz Deutschland – den schwersten Einbruch der Wirtschaftsleistung. Deutschland insgesamt hatte einen Einbruch um 4,8 %. Bei uns war er mit 8 % weitaus am stärksten. Doch nicht nur das. Der Einbruch war auch deshalb so stark, weil die Schwäche schon länger besteht.

(Minister Peter Hauk: Quatsch mit Soße!)

Unseren früheren Spitzenplatz in der Wirtschaftsleistung unter den Flächenländern, Herr Kollege Hauk, haben wir schon lange verloren. Zuerst haben wir den ersten Platz an Hessen verloren und dann auch noch den zweiten Platz an Bayern.

(Minister Peter Hauk schüttelt den Kopf.)

– So ist es leider. Das besagen die Zahlen des Statistischen Landesamts.

(Minister Peter Hauk: Sie müssen aber den Export berücksichtigen! Der spielt doch die entscheidende Rolle! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Nein.

(Minister Peter Hauk: Natürlich!)

Es geht nicht nur um die Krise. Es geht auch um die guten Zeiten. Da haben wir diesen Platz schon verloren. Seit zehn bis 15 Jahren – so lange regiert auch diese Koalition hier –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein Segen für unser Land!)

haben wir ein unterdurchschnittliches Wachstum. Das sind leider die Fakten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Das liegt nicht an unseren Unternehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit Jahrzehnten sind wir ein Notstandsgebiet im Vergleich mit SPD-regierten Ländern, oder?)

Wir haben hervorragende Unternehmen, Weltmarktführer, auch aus dem Mittelstand. Diese investieren viel im Ausland. Das ist auch richtig und nötig. Aber gleichzeitig ziehen wir im Land zu wenig Investitionen an, auch aus dem Ausland. Das weiß jeder, der sich ein bisschen damit auskennt. Auf die vernachlässigte Infrastruktur komme ich noch zu sprechen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auf Rheinland-Pfalz und Berlin!)

Der Fachkräftemangel ist sogar heute in der Krise ein Problem. Wir halten unsere Hauptschüler durch die unwürdige frühe Selektion darnieder.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Die Schulpolitik bremst den Ingenieurnachwuchs.

(Minister Peter Hauk: Wie viel Jugendarbeitslosigkeit haben wir? – Gegenruf von der CDU: Die niedrigste europaweit! – Minister Peter Hauk: Das ist ja Prewos Märchenstunde! Rosenmontag! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er wird demnächst zum „Satire Gipfel“ eingeladen!)

Noch eine Kostprobe – ich zitiere –:

Das Land unterstützt die Entwicklung alternativer Antriebe (Elektro- und Hybridantrieb).

Das hört man jetzt oft. Es stand aber schon im Generalverkehrsplan von 1995. Damals war die SPD an der Regierung beteiligt. Der damalige Wirtschaftsminister Spöri kümmerte sich um Technologie und Infrastruktur.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da kommt alles Übel her!)

Dann wurde es vergessen. Bekanntlich hat sich in dieser Zeit der Rückstand zu Japan aufgebaut. Jetzt, 15 Jahre nach dieser

(Dr. Rainer Prewo)

Festlegung im Generalverkehrsplan von 1995, gehen wir wieder zurück auf Los.

Unsere Industrie – auch die Industriestandortpolitik, meine Damen und Herren – muss in Baden-Württemberg, wie unser Kollege Peter Hofelich kürzlich geschrieben hat, wieder Herzenssache werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Minister Peter Hauk: Hofelich, der Industriepolitiker!)

Bei den Existenzgründungen liegen wir seit geraumer Zeit auf dem vorletzten Platz aller 16 Bundesländer. Wir von der SPD bemängeln seit Jahren die Ineffizienz der Förderinstrumente für Existenzgründer im Volumen von 2,1 Millionen €. Der Rechnungshof hat schon vor vier Jahren analysiert, dass diese Instrumente falsch konstruiert sind und deshalb ihre Wirkung verpufft. Deswegen haben wir dieses Ergebnis.

Demgegenüber haben wir noch immer unnütze Verschwendungspositionen im Haushalt. Mit Maßnahmen für 210 000 € Unternehmen über den demografischen Wandel aufzuklären ist lachhaft. Wir haben gesehen, wie prompt und sicher sie reagiert haben, da es galt, Fachkräfte zu halten, weil man sie später nicht mehr leicht gewinnt. Das ist ihre Aufgabe als Unternehmen.

Die Taskforce für PPP wird weitergeschleppt.

(Oh-Rufe von der SPD – Lachen des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Jede Kommune kennt die Gestaltungen und die Anbieter. Das ist ein reiner Lobbytitel für eine Handvoll großer Generalunternehmer, die unsere Handwerker in Gefahr bringen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Zum Mittelstand: Wir haben gefordert, dass die Bahn vom Land gedrängt werden muss, die Aufträge für Stuttgart 21 mittelstandsfreundlich auszuschreiben. Die Landesregierung hat erklärt, dass sie sich dafür einsetzen wird. Aber was macht das Land selbst? Der Wirtschaftsminister sagte im letzten Jahr sinngemäß: Wir wollen ja mittelstandsfreundlich sein; aber Projekte mit einem Volumen von über 10 Millionen € kann ein Mittelständler nicht ausführen. Stuttgart 21 ist ein Projekt von über 10 Millionen €.

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

– Darauf komme ich gleich zu sprechen, Herr Kollege. – Wie soll sich das Land nach diesen Aussagen des Ministers glaubwürdig dafür einsetzen? Für den Neubau des Innenministeriums, ein Projekt von 60 Millionen €, hat man die gewerkweise Ausschreibung von vornherein gar nicht einmal erwogen. Man hat sich von vornherein auf einen Generalunternehmer festgelegt. Den hat man aber nicht einmal verpflichtet, seinerseits nach VOB auszuschreiben – was man könnte. Das hat man nicht gemacht. Unsere Handwerker haben das Nachsehen.

Anders z. B. die Europäische Zentralbank mit der Errichtung ihres Hauptsitzes in Deutschland, einem Projekt von 800 Millionen €. Hunderte von Gewerken und Losen wurden gebildet, und das gibt einen richtigen Schub im Rhein-Main-Gebiet. Man benötigt nur eine gute Projektsteuerung, dann ist der mittelständische Anbietermarkt immer dabei, ganz egal, wie groß die Projekte sind.

Wir sehen aber: Das Problem liegt im Denken der Regierung, im Denken des Ministers und seines Ministeriums.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Wie bringen wir Forschung und Produktentwicklung enger zusammen? Der Innovationsrat soll Vorschläge machen. Wir haben vorgeschlagen, dass den Hochschulen erlaubt wird und sie dabei unterstützt werden, Forschungsplattformen einzurichten, an denen mittelständische Unternehmer selbst eigene Forschung und Verbundforschung betreiben können.

Ich komme jetzt einmal kurz zur Infrastruktur. Gestern haben wir wieder ein merkwürdiges Schwarzer-Peter-Schauspiel zwischen Land und Bund erlebt. Wir haben einmal genauer hingeschaut. Sie bekommen jetzt noch eine Kostprobe. Ich greife einmal die Autobahnen heraus. Der Bund zahlt, das Land plant und baut, abgestimmt mit dem Bund. Baden-Württemberg hat 1 039 Autobahnkilometer. Hier leben 13,1 % der Einwohner Deutschlands, aber wir haben nur 8,2 % der Autobahnlänge.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

In keinem anderen Flächenland gibt es eine so krasse Differenz. Bayern hat 20 % Einwohner mehr, aber 2,4-mal so viele Autobahnkilometer. Hessen – um nur die stärksten Wettbewerbsländer zu nennen –, das fast 40 % weniger Einwohner hat, verfügt über ein fast gleich umfangreiches Autobahnnetz. Schauen Sie einmal in der amtlichen Statistik nach. Laut Straßenstatistik hatten wir im Jahr 1995 1 020 km Autobahn. Heute sind es 1 039 km. Gerade einmal 19 km wurden seither dazugebaut. Ist der Bund zu Hessen und Bayern freundlicher als zu uns?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die beantworten auch Briefe aus Berlin!)

Projekte, die in den letzten zehn Jahren hätten gebaut werden sollen, hätten in den Neunzigerjahren geplant werden müssen. Damals, noch in Bonn, war Herr Wissmann Verkehrsminister. Mit Rot-Grün in Berlin gab es übrigens mehr Straßenbaumittel für Baden-Württemberg als damals.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Als wann?)

Ich sage Ihnen, wo des Pudels Kern liegt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Dieser liegt darin, dass die Regierung schon für die Planung keinerlei strategischen Ansatz und keine Prioritäten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb können Sie nicht stark verhandeln, und deshalb geben Sie keine Orientierung. Sie erteilen auch keine klaren Aufträge an die Planungsverwaltung. Das hat der Rechnungshof übrigens vor vier Jahren festgestellt und hat strategische und

(Dr. Rainer Prewo)

klare Prioritäten verlangt. Der Landtag hat das dann beschlossen. Bis heute weigert sich die Regierung, diesen Beschluss auszuführen.

Bei der Schiene ist es ganz genauso. Wir haben es schon gehört. Stuttgart–Mannheim war die erste Hochgeschwindigkeitsstrecke in Deutschland; sie ist im Jahr 1991 ans Netz gegangen und umfasst 99 km.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die die Grünen verhindern wollten! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den Verkehrshaushalt haben wir aber schon beschlossen!)

Seither sind viele, viele Hundert Kilometer Hochgeschwindigkeitsstrecke in Deutschland gebaut worden – in Baden-Württemberg nichts.

Stuttgart 21 konnte nur durch die SPD durchgesetzt werden. Mit der CDU wäre es schon einmal gar nicht gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Die CDU in Stuttgart war vor wenigen Wochen noch kurz vor dem Umfallen. Das konnte man überall lesen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt der kommunalpolitische Teil!)

Auch das Gerede von Baden-Württemberg 21 ist so schräg. Stuttgart 21 ist Stuttgart 21. Baden-Württemberg 21 umfasst Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm sowie die Rheintalbahn, die Südbahn und die Gäubahn Stuttgart–Zürich. Das alles sind Projekte, die geplant werden müssen, bei denen es teilweise Verträge mit Nachbarländern gibt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sind beim Wirtschaftshaushalt! Sie haben sich den falschen Berater ausgeguckt!)

All das gehört zu Baden-Württemberg 21, aber davon wollen Sie nichts wissen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er erklärt die Verkehrspolitik zum Ressort des Wirtschaftsministers!)

Der Bund und die Bahn sind an allem schuld? Nein, die Landesregierung von Baden-Württemberg – sie wird seit einiger Zeit von Ihnen gestellt – ist für die faire Durchsetzung baden-württembergischer Interessen verantwortlich – so, wie andere Regierungen das in ihren jeweiligen Ländern auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Gutachter über die volkswirtschaftliche Bedeutung von Stuttgart 21 – er kommt von der Universität Karlsruhe – schreibt in seinem umfangreichen Gutachten, in dem er das Projekt gut begründet, dass – ich zitiere, Herr Minister –

... ein großer Teil der baden-württembergischen Regionen in ihrem Wachstum durch unzureichende Verkehrsinfrastruktur beschränkt ist ...

Das steht in dem Gutachten; lesen Sie es nach.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann kommen Sie zur Landwirtschaft?)

Der Wirtschaftsminister muss sich – so war es schon immer – massiv um Infrastruktur kümmern. – Die Ressortaufteilung ist in dieser Beziehung auch schlecht.

Das ist das Panorama Ihrer Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Sie betreiben keine wirkungsvolle Wirtschaftspolitik für unser Land, keine Standortpolitik für das Land, keine Politik, die den Mittelstand stärkt. Sie betreiben fast eine Antiwirtschaftspolitik. Übrig bleibt eben, Herr Minister Hauk – jetzt ist er nicht mehr da –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den hat es gegraust!)

eine „Kies- und Schotterpolitik“ – kreisweise – auf Patenschafts- und Klientenebene. In dieser Hinsicht haben wir jüngst wieder eine Kostprobe erhalten.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie haben etwas vergessen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Krögner für die Fraktion der SPD.

Abg. Walter Krögner SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Die Landesregierung beschränkt sich darauf, den Wohnungsbau zu verwalten.

Das ist keine Aussage eines Oppositionsvertreters. Das ist vielmehr die Aussage des Präsidenten des Verbands baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen vbw, des Kollegen Bullinger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Guter Kollege! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Steilvorlage!)

Der Kollege ist gut, und er sitzt auch auf einem guten Posten. Nur richten sich seine Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen leider nicht nach dem, was er sagt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er könnte ja einmal mit uns stimmen!)

Schauen wir einmal, wie er und wie seine Fraktionskollegen sich bei der heutigen Abstimmung verhalten.

Beliebigkeit der Förderung ohne Zielorientierung, das scheint – Kollege Prewo hat es angesprochen – ein trauriger schwarz-gelber Faden zu sein – ich möchte gar nicht von einem „roten Faden“ sprechen –, der sich durch diese Haushaltsberatungen zieht.

Sich bei der Förderung mit wenig Geld auf den Bereich zu konzentrieren, in dem sie eigentlich erforderlich wäre: leider Fehlanzeige. Am 19. Januar 2010 fand im Wirtschaftsausschuss die Anhörung der Akteure der Wohnungswirtschaft statt. Alle Vertreter waren sich einig: zu wenig Differenzie-

rung bei der Vergabe von Fördermitteln, viel zu wenig Ausgaben für den Mietwohnungsbau. Je nachdem, mit wem Sie sprechen: 44 000, 50 000 neue Wohnungen pro Jahr werden in unserem Land zusätzlich benötigt.

Die Wohnraumförderung für dieses und das nächste Jahr sieht eine Förderung von gerade einmal knapp über 2 000 Wohnungen vor. Ich habe es bereits erwähnt: Der rote Faden fehlt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein, das Geld fehlt!)

– Der rote Faden fehlt. Es ist leider nur ein schwarz-gelber, Herr Löffler.

Die Schwerpunktsetzung ist falsch: 1 430 Eigentumsmaßnahmen und, wenn man es genau durchrechnet, gerade einmal 435 normale Mietwohnungen, wenn man den Bedarf für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Schwierigkeiten außen vor lässt; 435 normale Mietwohnungen für das ganze Land, für alle Ballungsräume, die unter Wohnungsnot leiden.

Demgegenüber lautet der ideologische Ansatz der schwarz-gelben Regierung: Eigentum muss sein, Eigentum muss gefördert werden. Damit gar kein Zweifel aufkommt: Wir als SPD haben auch nichts gegen Eigentumsförderung. Aber, wie gesagt: Es muss dann schon gerecht zugehen. Gerecht heißt in diesem Zusammenhang, das wenige Geld zu konzentrieren bzw. auf beide aufzuteilen, sowohl auf diejenigen, die sich mit geringem Einkommen Eigentum schaffen wollen, als auch auf diejenigen, die auf der Straße stehen.

Die Überschrift des Artikels, aus dem ich zitiert habe, lautet: „Angst vor dem Zündstoff Wohnungsnot“. Weiter heißt es dort:

> *Nicht nur die Opposition, sondern auch Politiker von CDU und FDP halten die Bauförderung des Landes für zu gering.*

Herr Kollege Löffler hat dies bereits angesprochen. Sie sollten – unser Fraktionsvorsitzender hat es eingeworfen – unserem Antrag zustimmen, damit 35 Millionen € mehr für dieses wichtige Thema der Daseinsvorsorge ausgegeben werden. Das ist unsere Vorstellung.

(Beifall bei der SPD)

Warum mehr Wohnungsraum? Warum mehr Mietwohnungen? Junge Menschen können sich heute nicht sofort nach dem Studium – zumal wenn sie noch einen Schuldenberg aus Darlehen zur Finanzierung der Studiengebühren zu tilgen haben – ein Eigenheim leisten. Sie müssen zunächst einmal von unserem Wirtschaftsraum angezogen werden. Deshalb ist es dringend notwendig, zunächst einmal dafür zu sorgen, dass diese jungen Menschen, die zu uns ins Land kommen möchten, eine vernünftige Wohnung zur Miete vorfinden.

Ihre ideologische Bevorzugung des Eigentums hemmt nicht nur die Entwicklung des Wohnungsangebots,

(Zurufe von der CDU)

sondern sie hemmt auch entgegen Ihren steten Beteuerungen die Konjunkturentwicklung. Die Konjunkturprogramme laufen im nächsten Jahr aus. Wenn Sie es mit der Verantwortung gegenüber der heimischen Wirtschaft ernst meinen – das ist vom Herrn Ministerpräsidenten vorhin noch einmal ausgeführt worden –, dann müssen Sie mehr Wohnungsbau betreiben als das, was Sie vorsehen. Das wäre ein deutlicher Beitrag zur Konjunkturbelebung in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als der Finanzminister Mitte Dezember den Haushalt eingebracht hat, hieß es in der Überschrift der Pressemitteilung hierzu:

> *Es liegt der Entwurf eines Doppelhaushalts vor, der durch gezielte Impulse, Zukunftsinvestitionen und Hilfen des Landes ein selbsttragendes Wachstum in den nächsten Jahren unterstützt.*

Weiter hieß es:

> *Wir legen damit den Grundstein dafür, dass Baden-Württemberg weiterhin an der Spitze in puncto Innovationsfähigkeit, Forschungsintensität und Zukunftsfähigkeit bleibt.*

Ähnlich hat es Herr Kollege Löffler zum Ausdruck gebracht. Er war zwar nicht ganz so euphorisch, aber auch er sagte, dass es ein Konjunkturhaushalt sei.

Wenn dies der Fall wäre, dann müssten diese Zielvorgaben im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums wiederzufinden sein. Wir haben uns den Einzelplan intensiv angeschaut. Wir kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass dies kein Konjunkturhaushalt ist. Mit diesem Haushalt werden keine neuen Impulse gesetzt; er zeugt nicht einmal von gutem Krisenmanagement, Herr Minister.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Sicher ist, dass dieser Haushalt mit den darin enthaltenen Projekten und Maßnahmen die Wirtschaft in Baden-Württemberg nicht aus der Krise führen wird. Wenn es einen Weg aus der Krise gibt – es gibt mittlerweile positive Anzeichen dafür –, dann liegt das sicherlich nicht an der Politik dieser Landesregierung, sondern es liegt an den vielen Unternehmerinnen und Unternehmern im Land, die die Herausforderungen der Zukunft – Energie- und Ressourcenknappheit, Klimawandel – erkannt haben. Sie setzen sich für neue Ideen ein, sie versuchen, die Krise als Chance zu nutzen, und sie erschließen neue Geschäftsfelder und Absatzmärkte. An diesen Unternehmen liegt es, wenn Baden-Württemberg aus der Krise kommt.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, außerdem liegt es an den vielen Beschäftigten in diesen Unternehmen, die nach neuen Wegen suchen, die neue Ideen entwickeln und diese umsetzen. Die-

(Edith Sitzmann)

se Beschäftigten waren im vergangenen Jahr bereit, auf vieles zu verzichten, beispielsweise auf Arbeitszeit. Nach Angaben des Statistischen Landesamts wurde im Jahr 2009 etwa 340 Millionen Stunden weniger gearbeitet als im Jahr zuvor. Sie verzichten zudem auf finanzielle Leistungen und auch auf Sicherheit.

Meine Damen und Herren, wenn Baden-Württemberg den Weg aus der Krise findet – davon sind wir überzeugt –, dann haben viele einen Beitrag dazu geleistet. An der FDP/DVP und dem ihr angehörenden Wirtschaftsminister liegt das jedoch nicht.

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir befinden uns in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer Wirtschaftsentwicklung von minus 8 % im vergangenen Jahr. Bei der Südwestindustrie zeigt sich ein Rekordumsatzminus von 24 %. 33 000 Arbeitsplätze wurden im letzten Jahr abgebaut. Es gibt 240 000 Beschäftigte, die in Baden-Württemberg von Kurzarbeit betroffen sind. Das sind deutlich mehr Menschen, als im öffentlichen Dienst dieses Landes beschäftigt sind, um einmal die Relation klarzumachen. Im Januar mussten wir leider feststellen, dass die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen ist. Fast 310 000 Menschen sind arbeitslos, davon 30 000 Jugendliche.

Es gibt keine Entwarnung. Wie lange das Kurzarbeitergeld noch tragen kann, ist offen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir fragen: Was plant diese Regierung, und was plant der Wirtschaftsminister, um 2010 und 2011 gut zu bewältigen und Wege aus der Krise zu finden? Wir haben keine Impulse und keine Wege gefunden, meine Damen und Herren, sondern eher „chronische Projektitis“.

(Beifall bei den Grünen)

Es war viel von Innovationspolitik die Rede. Wir brauchen innovative Köpfe, wir brauchen innovative Unternehmen, um aus der Krise zu kommen. Deshalb dachte ich mir gestern – das liegt eigentlich nahe –, einmal auf die Homepage des Wirtschaftsministeriums zu gehen und zu schauen, was da zum Thema „Innovation und Technologietransfer“ steht. Sie dürfen dreimal raten, welches die aktuellste Presseerklärung zu diesem Thema ist. Sie kommen nicht darauf. Die aktuellste Presseerklärung zum Thema „Innovation und Technologietransfer“ trägt die Überschrift „Internationale Kalenderschau 2010 eröffnet“.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Super!)

Das zeigt, was diese FDP/DVP und dieser Wirtschaftsminister unter Innovation verstehen.

Auch der Ministerpräsident hat 2008 eine große Innovationsoffensive angekündigt. 145 Millionen € für wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen sollen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land stärken. Gerade einmal eineinhalb Jahre später werden mit diesem Doppelhaushalt schon wieder 6 Millionen € bei diesen Programmen gekürzt. Wo bleibt da die Innovationspolitik der Landesregierung in der Krise?

Wir haben im vorletzten Sommer eine große öffentliche Aufführung zum Thema Innovationsgutscheine erlebt. Die wurden mit großem Tamtam eingeführt. Auch wir fanden: Das ist keine schlechte Idee. Die Gutscheine wurden nach und nach auch gut angenommen. Der Wirtschaftsminister erklärt, das sei ein so tolles Projekt, dass auch andere Länder jetzt diese innovative Idee übernehmen wollten. Auch die Begleitforschung kommt zu dem Ergebnis, dass das außerordentlich sinnvoll sei. Was passiert im Haushalt? Die ursprünglichen 2,7 Millionen € werden still und heimlich auf 1,4 Millionen € gekürzt. Das ist Innovationspolitik à la FDP/DVP, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Des Weiteren gibt es einen 50-köpfigen Innovationsrat. Den hat der Ministerpräsident ins Leben gerufen. Er hat jetzt zwei Jahre lang getagt. Das einzige konkrete Ergebnis, das wir bislang kennen, ist ein Programm für Hochschulabsolventen von MINT-Studienfächern. Das ist alles, was bislang an konkreten Ergebnissen da ist. In diesem Haushalt – allerdings nicht im Einzelplan 07, sondern im Einzelplan 12 – sind hierfür über 30 Millionen € eingestellt, meine Damen und Herren.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass diese Landesregierung nicht einmal in der Lage ist, ihre Pflichtaufgaben in der Bildung zu erfüllen – also gute Schulbildung für alle zu ermöglichen, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Schülerinnen und Schüler ausbildungsreif die Schulen verlassen, eine gute berufliche Ausbildung zu organisieren und die Hochschulen, die ja wohl für Innovation maßgeblich sind, endlich finanziell solide auszustatten. All das passiert leider nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da klar ist, dass wir in Baden-Württemberg gut aus- und weitergebildete Beschäftigte brauchen, bekommen wir Unterstützung von der Europäischen Union, durch den Europäischen Sozialfonds. Von 2007 bis 2013 sind das insgesamt 87 Millionen €. Was macht diese Landesregierung in der Krise? Sie kürzt bei der Kofinanzierung dieser Mittel und setzt damit das absolut falsche Signal. Dabei wäre es so einfach, denn den gleichen Betrag – 400 000 € – gibt der Wirtschaftsminister für den sogenannten „Automobilsommer 2011“ aus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sehen die ja rot!)

Wir sagen Ihnen: Dieser „Automobilsommer“ ist sinnlos und überflüssig. Er wird kein touristisches Highlight werden. Es wird ein Flop, und am Ende, wenn die Sponsoren nicht kommen, werden die Steuerzahler auf den Miesen sitzen bleiben. Mit Konjunkturhaushalt hat das nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Das Gleiche gilt für das geplante Parkhaus auf dem Feldberg. 3 Millionen € aus dem Kommunalen Investitionsfonds haben Sie im wahrsten Sinn des Wortes in diesem Haushalt versteckt, um dieses unsinnige Projekt zu fördern. Sie nehmen den Kommunen Investitionsmittel weg, damit für vielleicht 20 Tage im

(Edith Sitzmann)

Jahr, wenn Schnee liegt, die Parksituation auf dem Feldberg verbessert wird. Auch das, meine Damen und Herren, ist Politik von vorgestern, zumal in Zeiten des Klimawandels, und hat mit einem Konjunkturhaushalt nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Schluss zum Thema Wohnungsbauförderung in Baden-Württemberg. Herr Wirtschaftsminister Pfister ist vor nicht allzu langer Zeit komplett aus der Förderung des Mietwohnungsbaus ausgestiegen. Wir sind froh, dass Sie sich von den Grünen und von vielen Verbänden haben überzeugen lassen, dass es wichtig ist, in den Mietwohnungsbau zu investieren und ihn mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Sie sind im Jahr 2009 wieder in die Förderung eingestiegen, und Sie haben das Richtige getan, nämlich die Förderung auf Großstädte und Hochschulstandorte zu konzentrieren. Allerdings standen im vergangenen Jahr 120 Millionen € zur Verfügung, und für die nächsten beiden Jahre sind es nicht einmal mehr 50 Millionen €. Das ist viel zu wenig, um den Bedarf im Land zu decken.

(Beifall bei den Grünen)

Was ist zu tun? Es gibt zwei Varianten. Die eine Variante ist das, was die SPD vorschlägt: Man stockt das Volumen auf und nimmt dafür Geld –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kredit! Schulden!)

Geld, das in den nächsten Jahren fehlen wird. Man vertagt durch den vorgeschlagenen Verkauf von Forderungen die Finanzierung auf morgen. Das ist für uns Grüne nicht der richtige Weg.

Der andere Weg wäre, zu sagen: Wenn es zu wenig ist, dann haben wir doch den Mut und setzen Prioritäten. Diesen Weg gehen wir. Wir setzen die Priorität auf den Mietwohnungsbau. Das ist vielleicht nicht der Weg, den alle gut finden,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das stimmt!)

aber wir sind davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist. Setzen Sie auf den Mietwohnungsbau, um diejenigen Menschen im Land zu unterstützen, die sich ein Eigenheim nicht leisten können. Das ist der richtige Weg; der weist auch in die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

All diese Beispiele zeigen: Es ist kein Konjunkturhaushalt. Es gibt keine neuen Impulse. Das trifft nicht nur auf die von mir dargestellten Bereiche zu, sondern auch auf die Energiepolitik. Mein Kollege Franz Untersteller wird Ihnen jetzt sehr überzeugend darlegen, warum das so ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Muss das sein? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt plötzlich?)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller. Herr Abgeordneter, Sie haben noch fünf Minuten und 20 Sekunden Redezeit.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt kommen die Unterstellungen!)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Löffler hat vorhin in seiner Rede gemeint, man habe mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den energiepolitischen Ansätzen darin „Maßstäbe“ gesetzt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Jetzt wollen Sie mir beipflichten!)

Jetzt kommen wir einmal zu den Maßstäben. Ich will mit einem Zitat beginnen, an dem man sieht, welchen Maßstab Sie anlegen. Vor 24 Jahren, Herr Kollege Löffler, hat der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel, der spätere Ministerpräsident, in diesem Haus in einer Plenarrede im Landtag Folgendes gesagt:

Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen heute gestellt werden

– hören Sie gut zu –

und nicht erst im Jahr 2000. Jetzt

– wohlgemerkt: 1986 hat er das gesagt –

muss erforscht werden und entwickelt werden, was später in Serie genutzt werden soll. Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft, weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn es risikoärmere, gefahrlosere Arten der Energieerzeugung gibt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Und was wollen Sie mir jetzt vorhalten?)

Das ist der Maßstab. Und Sie erzählen uns im Jahr 2010, dass das Energiekonzept 2020, das dem Haushalt jetzt zugrunde liegt, zum Ziel hat: „Wir wollen Energie auch nach dem Jahr 2020 zu 50 % aus Kernkraft sowie zu 30 % aus fossilen und zu 20 % aus erneuerbaren Energieträgern erzeugen.“ Sie sagen, das sei ein Maßstab, der uns energiepolitisch voranbringe. Das kann nicht Ihr Ernst sein. Das ist rückwärtsgewandte Energiepolitik,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 30 Jahre zurück!)

die Sie betreiben, wenn man einmal überlegt, was Herr Teufel damals gesagt hat. Sie halten an einer völlig überkommenen Energiepolitik fest,

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

die diesem Land schadet, die uns nicht voranbringt, die uns auch in der Frage des Exports von Effizienztechnologien und Technologien zur Nutzung regenerativer Energien nicht voranbringt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir sind weiter als jedes andere Land!)

(Franz Untersteller)

Ich will Ihnen einmal ein paar Beispiele nennen: Nehmen Sie einmal die zuvor erwähnten Anteile von 50, 30 und 20 %. Sie wollen also den Anteil von 50 % Kernenergie, den wir heute haben, weiter beibehalten; 30 % der Energie sollen aus fossilen und 20 % aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt werden. Bei letzteren kommen wir bereits heute auf einen Anteil von 15 %. Wenn das Wasserkraftwerk in Rheinfelden dazukommt, erreichen wir in diesem Jahr 17 %, 18 %. Das heißt, Sie haben bis 2020 einen jährlichen Zuwachs um 0,2 Prozentpunkte zum Ziel.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wow!)

Herzlichen Glückwunsch! So viel zu dem Maßstab, den Sie anlegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Sie halten an Kraftwerkstechnologien fest, die einen Wirkungsgrad von knapp über 30 % haben.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wenn wir neue bauen wollen, sind Sie doch immer dagegen! Das ist ja unglaublich!)

Knapp 70 % der Energie gehen bei einem Kernkraftwerk als Abwärme ungenutzt ab. Dann stellen Sie sich hin und erzählen uns, wie toll dieses Energiekonzept sei. Andererseits wird aber vom Ministerpräsidenten, auch in der Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode, davon gesprochen, wie notwendig es sei,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wären Sie bereit, mit uns neue zu bauen? Das ist unglaublich! Er widerspricht sich selbst! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

dass wir mehr Effizienz in die Energieerzeugung hineinbringen. Das, was Sie tatsächlich machen, widerspricht dem diametral.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist doch nicht ernst zu nehmen! Und das bei einer Haushaltsrede! Also wirklich! Peinlich!)

Kommen wir einmal zu einem anderen Punkt. Wenn Sie mir schon das, was Ihre energiepolitischen Ansätze betrifft, nicht glauben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da können Sie sicher sein!)

empfehle ich Ihnen: Lesen Sie einmal das Positionspapier, das Ihnen zu dieser Frage in der vorletzten Woche vom Verband kommunaler Unternehmen vorgelegt wurde. Ich zitiere daraus einen Satz:

Der VKU Baden-Württemberg steht einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken angesichts der nach wie vor ungeklärten Endlagerung von Atommüll skeptisch gegenüber und hält aus energiepolitischen Erwägungen eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken für nicht erforderlich.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wer hat denn dafür gesorgt, dass das ungeklärt bleibt? – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Geschrieben wurde diese Presseerklärung von einem gewissen Dr. Tobias Bringmann. Er war bis letztes Jahr Pressesprecher der Landes-CDU. Ich kann nur sagen:

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'!)

Sobald die Leute die CDU-Führungsebene verlassen, fangen sie an, selbstständig zu denken. Das kommt doch da zum Ausdruck.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die meisten Grünen sind bei der EnBW gelandet! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Herr Kollege Löffler, betrachten wir noch einen anderen Maßstab, nämlich den der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg. Im vergangenen Jahr, im Jahr 2009, wurden laut offiziell vorliegenden Zahlen in Deutschland 952 Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 1 916 MW gebaut.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wo? Im Norden, wo es den meisten Wind gibt!)

Von diesen 952 Anlagen wurden in Baden-Württemberg 16 gebaut; das entspricht 1,7 %.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Super!)

Die Leistung dieser 16 Anlagen beträgt 29 MW. Das entspricht 1,5 % der bundesweiten Leistung. So viel zum Maßstab.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Schauen wir einmal in unser Nachbarland Rheinland-Pfalz. Es ist etwas mehr als halb so groß wie Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein bisschen weniger!)

Die Küstenregionen von Rheinland-Pfalz halten sich meines Wissens in engen Grenzen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Es liegt näher am Atlantik! – Weitere Zurufe)

In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr 50 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 94 MW neu gebaut. 94 MW sind ein Viertel dessen, was wir in Baden-Württemberg über die Jahre hinweg überhaupt installiert haben. Das heißt, Rheinland-Pfalz baut in einem Jahr das, was wir über zwei Jahrzehnte

(Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Untersteller, das alles ist doch nicht neu! Dafür haben wir mehr Wasserkraft, mehr Bioenergie und, und, und!)

hier mit Ach und Krach durchgesetzt bekommen. Das sind Ihre Maßstäbe, die Sie in der Energiepolitik setzen. Ich kann Sie nur auffordern: Wenn Sie den Klimawandel ernst nehmen, wenn Sie die Modernisierung des Energieerzeugungsstandorts ernst nehmen, dann werfen Sie dieses Energiekonzept 2020 in die Ecke, und denken Sie noch einmal neu darüber nach. Ideen und Konzepte gibt es wirklich genug.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Reden von Ihnen auch!)

(Franz Untersteller)

Es liegt an Ihnen, ob Sie bereit sind, diese Konzepte auch einmal in die Hand zu nehmen und wenigstens Teile davon ernsthaft umzusetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Uli, jetzt sag einmal, was Sache ist!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gestalten diesen Haushalt in der Tat aus einer Wirtschaftskrise heraus, die einigermaßen beispiellos ist. Der Kollege Löffler hat den Vergleich zur Weltwirtschaftskrise der späten Zwanziger-, der frühen Dreißigerjahre gezogen und kam richtigerweise zu dem Ergebnis: Die gegenwärtige Krise ist in ihrer Dramatik mit der damaligen Krise vergleichbar, aber ihre Auswirkungen sind glücklicherweise weniger dramatisch.

Die Zahlen wurden heute auch vom Ministerpräsidenten schon mehrfach zitiert: In der Tat ist das Bruttoinlandsprodukt bei uns um 8 % eingebrochen, während es im Vergleich dazu im Bund „nur“ um knapp 5 % zurückging. Gigantische Umsatzausfälle baden-württembergischer Unternehmen vor allem im Umfeld der Automobilwirtschaft und des Maschinenbaus von teilweise um die 40 %, 50 % sind zu verzeichnen. Allerdings liegt die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg momentan glücklicherweise nur bei etwas über 5 %, und in Baden-Württemberg konnten viele Unternehmenszusammenbrüche vermieden werden. Nach allen Daten, die jetzt wieder bei uns eintrudeln, hat es glücklicherweise den Anschein, als würden die meisten Branchen Licht am Ende des Tunnels sehen.

Nun muss man sich die Frage stellen: Wie kommt das? Herr Kollege Prewo, Frau Kollegin Sitzmann, wir sind uns in diesem Haus wahrscheinlich schnell einig: Das Hauptverdienst liegt bei den Unternehmerinnen und Unternehmern in Baden-Württemberg und ihren fleißigen Mitarbeitern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Locherer CDU)

Etwas anderes wurde von diesen Regierungsfraktionen nie gesagt. Denn im Unterschied zu manchen anderen sind wir immer der Überzeugung gewesen, dass Wirtschaft hauptsächlich in der Wirtschaft gemacht wird und nicht vom Staat.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr!)

Allerdings gibt es die Verpflichtungen der Wirtschaftspolitik, den Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Seite zu stehen und ihnen dabei zu helfen, möglichst gut aus dieser Krise herauszukommen. Da müssen Bundes- und Landeswirtschaftspolitik miteinander abgestimmt sein.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Eigentlich schon!)

Die Kurzarbeiterregelung war sicherlich richtig. Es war sicherlich auch richtig, die Banken zu retten und Investitions- bzw. Konjunkturprogramme aufzulegen. Das haben Sie immer unterstützt, obwohl es schon vorher Schulden gab. Das waren dann die „guten“, die „positiven“ Schulden, die man aufgenommen hat, weil man eine aktive Wirtschaftspolitik haben wollte.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das waren historische Schulden!)

Wenn nun die neue Bundesregierung ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz macht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bürokratiebeschleunigungsgesetz!)

dann sind das – das war auch heute wieder zu hören – in Ihren Augen die „bösen“ Schulden. Wenn man die Mitte der Gesellschaft entlastet, wenn man den Mittelstand entlastet, wenn man Familien entlastet, entstehen aus Ihrer Sicht daraus „böse“ Schulden, während die Investitions- und Konjunkturprogramme „gute“ Schulden auslösen.

Wenn Sie, Herr Schmiedel, jetzt wieder von Bürokratie reden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat Ihr Kollege aus Nordrhein-Westfalen gesagt!)

dann wollen Sie wahrscheinlich wieder die Mehrwertsteuerentlastung für das Hotelgewerbe geißeln, die beispielsweise Ihre Parteifreunde in Bayern auch vorgeschlagen haben, die alle Parteien in irgendwelchen Bundesländern vorgeschlagen haben, in denen der Tourismus eine Rolle spielt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Erzählen Sie das doch Herrn Pinkwart! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herrn Sellering!)

Und warum? Weil dort Landesinteressen wahrgenommen werden. – Herr Untersteller, ich habe das Herrn Pinkwart laut und vernehmlich gesagt und ins Stammbuch geschrieben.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Nur: In Nordrhein-Westfalen haben wir eben keinen bedeutenden Standortfaktor Tourismus, anders als das in Baden-Württemberg der Fall ist.

Wir sind hier den Landesinteressen verpflichtet. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass von 27 Ländern in der Europäischen Union 21 den ermäßigten Mehrwertsteuersatz haben, muss man sich schon die Frage stellen, ob es eine verantwortliche Politik im Sinne des Landes Baden-Württemberg wäre, wenn man unseren Unternehmen in der Tourismuswirtschaft diese Entlastung nicht zubilligen würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zur Bürokratie! – Weitere Zurufe von der SPD)

Insofern sind wir sehr wohl der Auffassung, dass das, was jetzt im Bund beschlossen wurde und was seit ziemlich genau

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

einem Monat gilt, ein Beitrag ist, um aus der Krise herauszukommen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Jetzt kommen wir zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums des Landes Baden-Württemberg. Von der Opposition in diesem Landtag ist sicherlich nicht zu erwarten, dass sie den Wirtschaftsminister lobt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Warum nicht?)

Ich habe sein Gesicht angeschaut; er war wenig überrascht, dass dieses Lob nicht kam.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Angemessen wäre es gewesen! – Abg. Thomas Knapp SPD: Schlimmer war es, als Sie vorn standen! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Denn die Wirtschaftspolitik in diesem Land ist eine Wirtschaftspolitik, die sich im Ländervergleich positiv abhebt. Das kann eigentlich niemand von Ihnen bestreiten. Der Kollege Prewo dagegen kommt immer mit irgendwelchen selbst gestrickten Statistiken, die kein Mensch versteht,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Frau Brenner ist nicht „selbst gestrickt“!)

aus denen er ableitet, das Land Baden-Württemberg sei ein Notstandsgebiet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Prewo, ich habe von Ihnen nur noch die Behauptung erwartet, das Land Baden-Württemberg sei ein Nehmerland und Berlin ein Geberland. Das hätte in die Struktur dessen, was Sie hier behaupten, hineingepasst.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Manfred Groh CDU)

Sie können nicht bestreiten, meine Damen und Herren, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg in den letzten 15 Jahren, seit diese Regierungskoalition existiert, positiv ist

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

und dass sich Baden-Württemberg hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ganz bestimmt nicht hinter der in anderen Ländern verstecken muss, wo in der Vergangenheit irgendwelche Genossen Verantwortung getragen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Der Wirtschaftshaushalt des Landes Baden-Württemberg spiegelt auch wider, dass dies ein Haushalt ist,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

der die Krise und die daraus entstehenden Erfordernisse annimmt und der dann, wenn wir aus dieser Krise hoffentlich einmal wieder herausgekommen sind, die entsprechenden Konsolidierungsbeiträge leistet.

Der Wirtschaftshaushalt hat im Jahr 2009 ein Volumen von etwa 636 Millionen € gehabt. 2010 sind es, der Krise geschuldet, etwa 671 Millionen €, und im Jahr 2011 wird der Haushalt wieder auf ein Volumen von ca. 642 Millionen € zurückgeführt. Das ist der Krise und einer aktiven Wirtschaftspolitik, um der Krise zu begegnen, geschuldet.

Nun kann man sich über jede Einzelmaßnahme streiten. Man kann zu dem Ergebnis kommen: „Dort gebt ihr zu viel Geld aus, dort zu wenig; wir würden es umgekehrt machen“ – so, wie es die Kollegin Sitzmann mit dem Vergleich zwischen der Wohnbauförderung im Eigentumsbereich und einer entsprechenden Förderung im Mietwohnungsbereich vorgeschlagen hat. Natürlich ist es legitim, sich in dieser Sache zu streiten. Was man aus diesem Haushalt, meine Damen und Herren, aber nicht herauslesen kann, ist, wie von Ihnen behauptet, dass dieser Haushalt überhaupt nicht auf die Wirtschaftskrise reagieren würde.

Beispiel Städtebauförderung: Hierfür gab es im Jahr 2009 etwa 145 Millionen €. 2010 erfolgt ein Anstieg auf 179 Millionen €; 2011 kommt es dann wieder zu einer leichten Rückführung auf etwa 172 Millionen €. Das sind Investitionsprogramme und Investitionsanschubprogramme, die der Krise geschuldet sind und die einen Beitrag dazu leisten, aus dieser Krise herauszukommen.

Auch die Städtebaufördermittel, meine Damen und Herren, sind durchaus dazu geeignet, an vielen Stellen im Land auch Mietobjekte zu unterstützen. Das ist in manchen Sanierungsgebieten durchaus der Fall.

Sie haben das Thema Bürgschaften angesprochen. Kollege Schmiedel hat bereits heute Morgen, als er vergeblich versuchte, den Ministerpräsidenten zu provozieren,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Weil Sie nicht reden wollten!)

die Stichworte Eigenkapital und Kreditklemme genannt. – Das war nicht notwendig, Herr Kollege Hofelich; das war wirklich nicht notwendig.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das war in der Tat nicht notwendig!)

Es gab keine Argumente, die eine Entgegnung gelohnt hätten.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Der Bürgschaftsrahmen wurde aufgrund dieser Krisensituation wesentlich aufgestockt. Ursprünglich umfasste er ein Volumen von etwa 150 Millionen €, wurde dann auf 600 Millionen € und schließlich auf 1,2 Milliarden € erhöht. Niemand kann behaupten, dass wir die baden-württembergische Wirtschaft an dieser Stelle alleingelassen hätten.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das war das Konjunkturprogramm des Bundes!)

Sowohl vom Ministerpräsidenten als auch vom Kollegen Löffler wurde aufgezählt, welche Möglichkeiten es im Land Baden-Württemberg gibt, an Eigen- und an Fremdkapital zu kommen. Zum wiederholten Mal hat diese Debatte deutlich

gemacht: Wir brauchen in Baden-Württemberg manches, aber eines mit Sicherheit nicht, nämlich den „Schmiedel-Fonds“. Der ist überflüssig wie ein Kropf,

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

und den wird es in Baden-Württemberg auch nicht geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie, Herr Kollege Prewo, kamen auf die Industriepolitik des Landes zu sprechen und haben den Vorwurf erhoben, beim Thema Porsche sei zu wenig getan worden. Ihre Aussage war im Übrigen zutiefst widersprüchlich. Zunächst haben Sie behauptet, aus dem Staatsministerium heraus sei angekündigt worden: „Wir beherrschen von Zuffenhausen aus Wolfsburg“, und haben das als „Großspurigkeit“ bezeichnet. Auf der anderen Seite werfen Sie dem Ministerpräsidenten vor, dass es keine Landesbürgschaft für Porsche gegeben habe. Ja, was denn nun? War es nun Großspurigkeit, oder lag eine Notwendigkeit für eine Landesbürgschaft vor?

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein, kein Kredit!)

Kollege Schmiedel hat das damals auch gefordert.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: 3 Milliarden € hat er gefordert! 3 Milliarden €! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die haben doch gar keine Bürgschaft beantragt! So ein Quatsch!)

– Sie haben auf jeden Fall staatliches Engagement gefordert. Auf der einen Seite geißeln Sie falsche unternehmerische Entscheidungen der Firma Porsche, und auf der anderen Seite fordern Sie dann ein Engagement des Steuerzahlers.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein, null!)

Das passt nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Null Ahnung, aber klatschen!)

Sie haben behauptet, in diesem Haushalt gebe es keine innovationspolitischen Impulse.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Sie haben glatt das Thema Elektromobilität unterschlagen, das in diesem Haushalt deutlich ausgewiesen ist, und die Initiativen des Wirtschaftsministeriums zusammen mit dem Wissenschaftsministerium, jeweils rund 30 Millionen € für neuere Technologien und wirtschaftsnahe Forschung. Das ist Ihrer Kenntnisnahme offensichtlich entgangen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Zu wenig!)

– Man kann natürlich immer sagen: zu wenig. Das ist klar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu wenig und zu spät, wie immer!)

Das ist ein relativ billiges Argument. Auf der einen Seite sagen Sie immer, das sei zu wenig,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und zu spät!)

und auf der anderen Seite prangern Sie uns als Schuldenmacher an. Das ist die Logik, die Sie in diesem Haus entwickeln.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die haben überhaupt keine Logik!)

In diesem Haushalt wird – als klassisches Element der Mittelstandsförderung – eine Menge für den Bereich der beruflichen Bildung getan. Das kam weder bei Ihnen noch bei Frau Sitzmann vor. Das, was wir für die überbetrieblichen Bildungszentren ausgeben, nämlich 3 Millionen € in diesem Jahr, 2,5 Millionen € im nächsten Jahr, ist Ihrer Aufmerksamkeit völlig entgangen, ebenso die Förderung im Bereich Grundsatzfragen für Mittelstand und Handwerk mit 5,7 Millionen € bzw. 4,9 Millionen €. Das alles spielt bei Ihnen offensichtlich ebenso wenig eine Rolle wie die Übernahmeprogramme für Lehrlinge aus insolventen Betrieben. Ich hätte mir ein Wort dazu gewünscht, was Sie von dieser Initiative halten. Das muss doch in Ihrem Selbstverständnis als soziale Partei durchaus Anerkennung finden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Man muss die Unternehmen vor der Insolvenz retten und nicht die Lehrlinge übernehmen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Auszubildende sind denen doch egal!)

Offensichtlich spielt das für Sie keine wesentliche Rolle.

Schließlich arbeiten Sie sich an den Innovationsgutscheinen ab. Meine Damen und Herren, unbestreitbar ist es so, dass die anderen Bundesländer nach anfänglicher Skepsis in Baden-Württemberg auf der Matte stehen und sich das Instrument der Innovationsgutscheine anschauen. Der Nächste, der es übernimmt, ist der Bund.

Nun betrachten Sie es rein fiskalisch und sagen: „In diesem Haushalt ist nicht mehr so viel vorgesehen wie im letzten.“ Das hat einen ganz einfachen Grund: weil wir dieses Volumen nicht brauchen. Wir stellen Mittel so weit zur Verfügung, wie sie von der Wirtschaft nachgefragt werden. Das ist ein nachfrageorientiertes Instrument. Von Ihrer ökonomischen Denkweise her sollten Sie nachfrageorientierte Instrumente nicht so denunzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wofür braucht Herr Prewo einen Innovationsgutschein?)

Letztes Stichwort: Energie. Da haben wir wieder einmal einen typisch unterstellerschen Auftritt erlebt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe nur Herrn Teufel zitiert!)

Da geht der Begriff „Kernenergie“ durch den Raum, und sofort steigt die Schaumbildung vor seinem Mund, wenn er nur an Kernenergie denkt,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Der Vortrag war absolut sachlich!)

weil jetzt natürlich auch die Laufzeitverlängerung weiter in die Nähe rückt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da rückt gar nichts in die Nähe! Das ist ja lächerlich!)

– Die rückt sehr wohl in die Nähe, Kollege Schmiedel. Das werden Sie sehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da sieht man, wie weit Sie drin sind! Keine Ahnung!)

Eine andere Möglichkeit wird es auch nicht geben, wenn Sie einerseits Ihr Mantra des Klimaschutzes aufrechterhalten wollen und andererseits keine neuen Kohlekraftwerke bauen wollen.

Herr Kollege Untersteller, ich empfehle Ihnen dringend die Lektüre dieses Energieprogramms. Darin steht nirgends, was den Anteil regenerativer Energien betrifft: „Wir dürfen nicht mehr als 20 % im Jahr 2020 erreichen." Wir wollen vielmehr mindestens 20 % erreichen. Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind richtig.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 0,2 Prozentpunkte!)

Wir sind momentan bei knapp 15 % und werden in absehbarer Zeit schon 17 % erreichen. Das heißt, wir werden höchstwahrscheinlich 20 % deutlich überschreiten.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

Sie werden nicht erleben, dass die CDU-Fraktion in diesem Haus, meine Fraktion oder der Wirtschaftsminister sagt: „Oh Gott, oh Gott. Das wird zu viel. Wir müssen jetzt bremsen."

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann ist er nicht mehr Wirtschaftsminister!)

Vielmehr schaffen wir die Voraussetzungen für einen möglichst hohen Anteil an regenerativen Energien in Baden-Württemberg.

(Unruhe)

Natürlich müssen wir uns die Frage stellen: Wie finanzieren wir den Ausbau und die Erforschung der erneuerbaren Energien? Dabei wären Sie gut beraten, den Weg mitzugehen, der in unserer Koalitionsvereinbarung steht und den auch der Bund gehen will, nämlich die Erträge aus den Laufzeitverlängerungen mindestens zur Hälfte abzuschöpfen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gibt keine Laufzeitverlängerung! Was träumen Sie denn da?)

damit diese Mittel in den Ausbau der regenerativen Energien fließen können. Ansonsten werden Sie das Ziel, über das in diesem Haus offensichtlich Konsens besteht,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

nämlich irgendwann 100 % des Energiebedarfs in Baden-Württemberg regenerativ zu decken, nicht erreichen können. Über dieses Ziel besteht überhaupt kein Dissens in diesem Haus. Die Frage ist nur, wann und auf welchem Weg dies geschieht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Untersteller?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gern.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte schön.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Kollege Rülke, ist Ihnen bekannt, …

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Er hat doch noch gar nicht gefragt!)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: … dass es gelungen ist, den Anteil der erneuerbaren Energien im Stromsektor in Deutschland in den letzten zehn Jahren von 4,3 % auf 17 % hochzutreiben, sprich zu vervierfachen, ohne dass da irgendwelche staatlichen Gelder hineingeflossen sind, sondern allein über das EEG?

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ohne staatliche Gelder gemäß dem EEG? Also Herr Untersteller!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 8 Milliarden € von der Allgemeinheit! – Weitere Zurufe)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Allein über das EEG.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ist Ihnen bekannt, dass es, wenn wir dieses Instrument für die nächsten Jahre weiter beibehalten werden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das EEG ist gut, sehr gut sogar, aber es kostet Geld: 8 Milliarden €!)

locker möglich ist, in Deutschland bis zum Jahr 2020 – das sind nicht meine Zahlen, sondern Zahlen des Bundesumweltministeriums – den Ausbau auf über 30 % voranzutreiben? Das größte Problem, das wir haben, ist nicht fehlendes Geld in diesem Bereich, sondern das größte Problem sind fehlende Standorte bzw. die Genehmigungsverfahren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Rülke ist das größte Problem!)

Aber es fehlt in Sachen Ausbau der erneuerbaren Energien nicht am Geld.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Untersteller, es enttäuscht mich schon etwas, dass Sie behaupten, das EEG wäre in der Vergangenheit ohne Subventionen gelaufen.

(Lebhafte Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Franz Untersteller: Das habe ich doch nicht gesagt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Staatliche Gelder!)

Sei's drum. Das ist vielleicht ein Problem, das Sie dann in der eigenen Fraktion und Partei zu klären haben.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich gebe diese Subvention gern; das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ihr habt es abgelehnt!)

Es ist natürlich auch ein Unterschied, Herr Kollege Untersteller, ob man den Anteil der erneuerbaren Energieträger von 4 % auf 17 % steigert oder man irgendwann einmal in Richtung 100 % kommen will. Da vergleichen Sie doch Äpfel mit Birnen. Ganz klar ist: Wenn man die Kernenergie irgendwann vollständig substituieren will – das wollen wir – und die fossilen Energieträger vollständig substituieren will – das wollen wir auch –, braucht man Zeit und erhebliche Investitionen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Sie haben bisher nicht deutlich machen können, wie Sie diese Investitionen tätigen wollen, wenn Sie den Weg, den diese Landesregierung und die Bundesregierung vorschlagen, nicht mitgehen wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, über welches Land die Oppositionsredner in ihrem Horrorszenario, das sie da aufgebaut haben, geredet haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Über Baden-Württemberg!)

– Über Baden-Württemberg können sie nicht geredet haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Über Ihren Haushalt!)

Denn ich kenne 13, 14 oder 15 Bundesländer, die froh wären, wenn sie die wirtschaftlichen Verhältnisse von Baden-Württemberg hätten. Darüber können sie nicht geredet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass auch dieses Land eine ordentliche Delle abbekommen hat. Die Zahlen sind genannt worden. Natürlich ist klar, dass in einem Land, von dem 40 % der dort fertiggestellten Produkte ins Ausland exportiert werden, bei einer Weltwirtschaftskrise die Delle in der Exportwirtschaft besonders hoch sein wird. Natürlich ist klar, dass wir mit unserer hohen Industriedichte da besonders betroffen waren. All das ist bekannt. Das braucht man nicht zu wiederholen.

Aber zwei Punkte möchte ich ansprechen. Das eine ist, meine Damen und Herren – darüber sind wir alle froh –: Die Zahl der konjunkturpolitischen Schwalben nimmt eindeutig zu. Wenn Sie sich den Geschäftserwartungsindex für Baden-Württemberg anschauen, stellen Sie fest, dass dieser in den letzten Monaten und Quartalen deutlich angestiegen ist.

Aber auch die harten Fakten zeigen in diese Richtung. Z. B. sind bei den Wachstumsraten seit dem dritten, vierten Quartal 2009 und auch im ersten Quartal 2010 schwarze Zahlen zu verzeichnen. Wir können damit rechnen, dass wir in Baden-Württemberg – nicht bundesweit – im Jahr 2010 ein Wachstum haben werden, das an die 2 % herankommen wird.

Diese Zahlen sind günstig. Aber das alles darf nicht darüber hinwegtäuschen, meine Damen und Herren, dass wir aus einem tiefen Tal kommen. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung um 8 % ist genannt worden. Es wird schon noch einige Zeit brauchen, bis wir aus diesem tiefen Tal ordentlich nach oben gekrabbelt sind und wieder Verhältnisse haben, wie sie etwa im Jahr vor der Krise, im Jahr 2008, bestanden.

Man kann es so zusammenfassen, dass das Jahr 2010 aus meiner Sicht ein Jahr der konjunkturellen Erholung sein wird. Aber es wird noch nicht das Jahr eines selbsttragenden Aufschwungs sein.

Dies alles soll uns aber nicht daran hindern, schon jetzt gewissermaßen die Startlöcher zu buddeln, die wir brauchen, um möglichst schnell – möglichst schneller als andere – aus dieser Situation herauszukommen. Genau darum geht es: dass diese Startlöcher gebuddelt werden. Dazu muss selbstverständlich auch der Haushalt einen Beitrag leisten.

Ich glaube, dass dieser Haushalt auf der einen Seite ein schlanker Haushalt sein muss, der auf eine ganz, ganz schwierige Finanzsituation Rücksicht nimmt, der also auch auf das Gebot und die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung Rücksicht nimmt. Es muss auf der anderen Seite ein Haushalt sein, der zukunftsorientiert ist, der wachstumsorientiert ist, der also auch entsprechende Impulse setzt. Beides ist schwer miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Anders ausgedrückt, um noch einmal auf die Notwendigkeiten und auf die Startlöcher zu kommen: Wir müssen gewissermaßen einen wirtschaftspolitischen Fünfkampf bestehen, indem wir versuchen müssen, fünf Dinge gleichzeitig auf den Weg zu bringen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir müssen erstens die Kreditfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft sicherstellen.

Zweitens müssen wir schauen, dass wir in der Innovation stark sind, das heißt, wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die baden-württembergischen Unternehmer auch in der Zukunft in der Lage sind, schneller als andere mit neuen Produkten und mit neuen Dienstleistungen auf die Märkte zu kommen. Das ist in der Vergangenheit hervorragend gelungen – da gibt es auch eindeutige Daten und Zahlen –, und das muss auch in der Zukunft gelingen.

Dritter Punkt: Trotz schwieriger Verhältnisse müssen Investitionen möglich sein. Da kann ich nur daran erinnern, was uns geraten wurde, etwa vom ehemaligen Bundesfinanzminister Steinbrück von der SPD und vom ehemaligen Bundesbauminister Tiefensee von der SPD. Die haben mich und alle anderen Wirtschaftsminister und Infrastrukturminister angeschrieben mit der Bitte, uns ernsthaft darüber Gedanken zu machen, wie in einer Zeit der knappen Kassen notwendige Investitionen trotzdem getätigt werden können. Sie haben uns dringend gebeten, das Modell PPP, Public Private Partnership, in

den Ländern stärker zu fahren, als es in der Vergangenheit der Fall war. Diesen Rat aus der SPD haben wir befolgt, Herr Kollege Schmiedel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Der vierte Punkt: Wir müssen selbstverständlich auf Bildung setzen.

Der fünfte Punkt, den ich kurz ansprechen möchte: Man muss auch Instrumente aufzeigen, mit denen diese Krise im Einzelnen bewältigt werden kann.

Lassen Sie mich zum Thema Innovation kommen. Das, was Sie hierzu erzählen, ist einfach nicht in Ordnung. Es ist nicht in Ordnung, wenn Sie behaupten, dieser Haushalt setze, gerade was die Innovationsfähigkeit für die Zukunft angehe, keine Impulse.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Die können nicht lesen!)

Selbstverständlich setzt der Haushalt solche Impulse. Wir haben in Baden-Württemberg im Grunde drei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit muss der Bund realisieren. Sie wissen, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene eindeutig festgelegt worden ist, dass in der Zukunft auch Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen steuerlich gefördert werden sollen. Das ist ein guter Ansatz. Das will ich auch. 15 von 21 OECD-Staaten tun dies schon heute, Deutschland tut es noch nicht. Es ist ein richtiger Ansatz, FuE-Maßnahmen in der Zukunft auch steuerlich zu fördern. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Baden-Württemberg ist bekanntlich nicht nur das hochschulreichste Bundesland in Deutschland, was die Grundlagenforschung angeht. Vielmehr ist Baden-Württemberg auch das Land, das mit 29 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen – ich wiederhole: 29 – eine Infrastruktur hat, über die kein anderes Land verfügt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit dieser Forschungsinfrastruktur soll insbesondere erreicht werden, dass es nicht bei Ergebnissen der Grundlagenforschung bleibt. Vielmehr sollen diese Ergebnisse auch in neue Produkte und neue Dienstleistungen transferiert werden. Nur so kann neue Wertschöpfung und können neue Arbeitsplätze entstehen. Wir haben also 29 wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen.

Im letzten Jahr haben wir beschlossen, dass vom Jahr 2009 bis zu den Jahren 2015/2016 250 Millionen € zur Verfügung gestellt werden sollen, um diese wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen wieder auf Vordermann zu bringen,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

also zu sanieren, aber auch mit neuen Forschungsschwerpunkten zu versehen. Wer dann, obwohl wir diese Summen zur Verfügung stellen, behauptet, wir würden nichts für Innovationen tun, hat entweder keine Ahnung oder sagt bewusst die Unwahrheit. Beides wäre schlimm genug; damit dies auch klar ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Drittens stehen wir vor der Situation – ich habe oft darauf hingewiesen –, dass wir in Baden-Württemberg sehr viele kleine und mittlere Unternehmen haben, die nicht über eine eigene Forschungsabteilung verfügen. Große Betriebe haben eine eigene Forschungsabteilung. Aber wenn wir den Weg in eine technologisch orientierte Industriegesellschaft gehen wollen – dieser Weg ist Teil einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik – und die kleinen und mittleren Unternehmen dabei mitnehmen wollen, dann müssen wir ihnen etwas anbieten. Denn sie verfügen nicht über eine eigene Forschungsabteilung.

Darauf ging die Idee mit den Innovationsgutscheinen zurück. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, reichen völlig aus, um Schritt für Schritt noch mehr Unternehmen an diese Innovationsgutscheine heranzuführen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Wissen Sie, meine Damen und Herren, was das erfolgreichste Element der Innovationsgutscheine ist? Das erfolgreichste Element ist, dass etwa 70 % der rund 1 100 Anträge auf Innovationsgutscheine von kleinen Unternehmen stammen, die in der Vergangenheit noch nie etwas mit Forschung und Entwicklung zu tun hatten und erst aufgrund der Innovationsgutscheine an Forschungseinrichtungen herangeführt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Genau das ist unser Ziel, und dies müssen wir auch in Zukunft verfolgen.

Wir haben Investitionen zu tätigen; ich habe es gesagt. Wir werden das auch über diesen Haushalt tun. Ich brauche das jetzt nicht im Einzelnen zu wiederholen. Führen Sie sich beispielsweise nur einmal die Städtebauförderung im Umfang von allein jeweils rund 175 Millionen € vor Augen, und denken Sie daran, welche Folgewirkungen es hat, welche Investitionen ausgelöst werden, wenn Landesmittel im Umfang von 175 Millionen € eingesetzt werden.

Ich nenne die Förderung der kommunalen Tourismusinfrastruktur, für die in unverändertem Umfang Mittel zur Verfügung stehen. Ich nenne die Denkmalpflege, für deren Förderung die Mittel deutlich erhöht worden sind. Vieles andere mehr ließe sich anführen. An diesen wenigen Beispielen sehen Sie, dass wir auch in einer schwierigen Situation das Thema Investitionen nicht vergessen haben; ganz im Gegenteil.

Wir haben ein Problem – das ist angesprochen worden – beim Wohnungsbau. Ich habe nicht beim Wohnungsbau gekürzt, meine Damen und Herren. Wenn Sie sich die Entwicklung der Fördermittel des Landes und des Bundes in diesem Bereich in den vergangenen zehn Jahren anschauen, dann werden Sie feststellen, dass das Mittelvolumen immer zwischen 48 Millionen € und 50 Millionen € lag. Ich habe nicht gekürzt.

Der Grund für den Rückgang ist, dass die sogenannten Restmittel, die uns der Bund bereitgestellt hat – das sind Mittel, die im Sinne des Wohnungsbaus beantragt worden sind, aber aus irgendwelchen Gründen nicht abgerufen worden sind –, im vergangenen Jahr ausgegeben worden sind und daher in

diesem Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies gilt ebenso für die Mittel aus den Konjunkturprogrammen. Ich habe diese Mittel nicht gekürzt.

Natürlich sind die Mittel in diesem Jahr geringer als im vergangenen Jahr. Wir müssen uns vor allem schon heute damit beschäftigen, dass der Bund angekündigt hat – Stichwort Föderalismusreform –, ab dem Jahr 2013 den Ländern überhaupt keine Mittel mehr für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Das ist natürlich eine Situation, auf die wir reagieren müssen.

In der Tat werden in Bayern mehr Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Trotzdem ist auch in Bayern die Zahl der Wohnungen, die gebaut worden sind, deutlich nach unten gegangen.

Meine persönliche Meinung ist, dass wir dem Rat der Fachleute folgen müssen. Alle Fachleute sagen uns: Wenn ihr etwas für den Wohnungsbau tun wollt, wenn ihr den Wohnungsbau beflügeln wollt, dann müsst ihr zweierlei tun: Zunächst einmal müsst ihr an der steuerlichen Front bei den Abschreibungsmöglichkeiten wieder etwas positiv gestalten. Das ist der wichtigste Aspekt. Wenn ihr darüber hinaus wollt, dass auch im Mietwohnungsbau etwas passiert, dann solltet ihr die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ein Stück weit liberalisieren und Anreize dafür schaffen, dass in Zukunft überhaupt wieder jemand auf die Idee kommt, Mietwohnungsbau zu betreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Dann kommen die alten Kamellen zur Deckung der Forderungen, die von der Opposition gestellt worden sind. Das ist der alte Wanderpokal des Verkaufs von Darlehensforderungen. Ich kann Ihnen nur sagen: Zunächst einmal sollten Sie daran denken – darauf wurde schon hingewiesen –, dass ein solcher Forderungsverkauf europaweit ausgeschrieben werden müsste. Wer diese Forderungen letzten Endes kauft, weiß kein Mensch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja und?)

Ob dies im Interesse der Darlehensnehmer ist, weiß auch kein Mensch. Sicherlich ist richtig – auch darauf wurde schon hingewiesen –, dass der Verkauf von Darlehensforderungen im Grunde nichts anderes bedeuten würde, als dass Haushaltsmittel vervespert würden und für zukünftige Haushalte nicht mehr zur Verfügung stünden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wer auf der einen Seite fordert, man solle den Haushalt in Ordnung bringen, und auf der anderen Seite einen Wechsel auf die Zukunft ausstellt und damit zukünftige Haushalte so gravierend belastet, der hat für mich jeglichen Anspruch auf Seriosität in der Haushaltspolitik verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! So ist es!)

Ich möchte noch den Punkt Liquidität aufgreifen. Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass das Thema Liquidität auch unter dem Blickwinkel der Eigenkapitalschwäche der baden-württembergischen Firmen insbesondere im Jahr 2010 gesehen werden muss. Das kann man nicht abstreiten. Insofern geht es darum, dass wir auch in Zukunft Kredite vergeben können. Es geht auch darum, dass diese Kredite verbürgt werden sollen. Natürlich ist es gut, dass 99,5 % aller Bürgschaften, die das Land übernommen hat, an kleine und mittlere Unternehmen gegangen sind. Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass wir auf dem richtigen Weg sind und vieles erreicht haben, um diese Liquidität sicherzustellen.

Es geht aber auch um Eigenkapital. Hierzu will ich hervorheben – ich glaube, der Herr Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen –: Wenn wir alle Möglichkeiten zusammennehmen, z. B. Beteiligungskapital, stille Beteiligungen und Genussrechte, dann haben wir in Baden-Württemberg derzeit mindestens 1 Milliarde € auf dem Markt, um die Eigenkapitalbasis unserer Unternehmen zu verbessern. Deshalb tun wir gut daran, dafür zu werben – auch aktiv zu werben, auch als Wirtschaftsministerium –, dass diese Möglichkeiten für stille Beteiligungen auch wirklich genutzt werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf darum bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Solange diese Möglichkeiten nicht ausreichend genutzt werden, brauchen wir keinen neuen Topf, brauchen wir keinen Fonds. Der ist in der Tat unnötig wie ein Kropf.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Einen letzten Punkt will ich in aller Kürze noch ansprechen, weil er ein Schlüsselbereich ist: berufliche Bildung und Fachkräftesicherung. Sie haben gesagt, auch hier täten wir nichts, würden wir keine Impulse setzen. Doch, wir setzen Impulse, weil wir ganz genau wissen, was auf uns zukommt.

Ich habe Ihnen schon von dieser Prognos-Studie erzählt; Sie kennen sie. Prognos hat zum Jahreswechsel gemeldet, dass in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2015 demografisch bedingt 280 000 Beschäftigte nicht mehr zur Verfügung stehen. Zehn Jahre später werden es bereits 500 000 Beschäftigte sein, die uns nicht mehr zur Verfügung stehen – 70 % davon entweder mit dualer Ausbildung oder auch mit akademischer Ausbildung, also jedenfalls qualifizierte Leute.

Das ist die Entwicklung, von der wir im Augenblick ausgehen. Deshalb muss doch alles getan werden, was wir überhaupt tun können, um schon heute die Startlöcher dafür zu buddeln, dass diese für das Land, für die Wirtschaftsstruktur des Landes so wichtige Qualifikation auch in der Zukunft vorhanden sein wird.

Ich will nur an ein paar Beispielen aufzeigen, was wir tun. Wir werden wohl nicht verhindern können, dass es im Jahr 2010 Insolvenzen in Baden-Württemberg gibt, vielleicht sogar mehr

als im vergangenen Jahr. Das kann niemand ausschließen. Aber wir wollen nicht, dass ein junger Mensch, den wir in dieser Gesellschaft brauchen, wegen der Insolvenz eines Unternehmens auf der Straße steht. Um dies zu verhindern, haben wir die Mittel deutlich aufgestockt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Und Sie sind dagegen! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich sage das nur deshalb, weil Sie uns vorwerfen, wir täten nichts, um die Wirtschaft in Baden-Württemberg auf dem Laufenden zu halten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht mehr als die Pflicht!)

Wir machen das übrigens genauso bei den jungen Leuten, die in Betrieben mit Kurzarbeit beschäftigt sind. Auch hier wird dafür Sorge getragen, dass diese jungen Leute ausgebildet werden können. Wir tun das in unserem eigenen Interesse.

Drittens – um das Thema Frauen anzusprechen – setzen wir zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg das Programm Kontaktstellen „Frau und Beruf“ flächendeckend um. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes gibt es die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ flächendeckend in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Bravo!)

Das ist eine hervorragende Möglichkeit, um zu erreichen, dass die Menschen endlich einsehen, dass ohne Frauen kein Staat zu machen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber wir müssen angesichts dieser Situation allmählich auch begreifen: Ohne Frauen ist auch keine Wirtschaft zu machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben doch wir mit Herrn Spöri ins Leben gerufen! Das ist ein Uraltzopf! Der kommt aus dem letzten Jahrhundert! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Gern.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Minister, ich habe jetzt sehr wohl gehört, welche Maßnahmen Sie vor dem Hintergrund der Aussagen der Prognos-Studie vorschlagen. Aber das, was Sie jetzt hier vorgeschlagen haben, geht diese Problematik im Kern überhaupt nicht an. Was macht die Landesregierung eigentlich, um dem sich in naher Zukunft sehr verschärfenden Problem, nämlich dem Fachkräftemangel, wirklich zu begegnen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nichts!)

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Die Frage ist absolut berechtigt. Ich sehe das genauso wie Sie, Herr Kollege. Wir stehen gewissermaßen vor einem Paradigmenwechsel. In der Vergangenheit war es so, dass wir uns anstrengen mussten, um genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und damit die jungen Leute unterzubringen. Das war die Aufgabe der letzten zehn Jahre. Der Paradigmenwechsel bedeutet, dass wir in den nächsten zehn, 15, 20 Jahren eine ganz andere Aufgabe haben: Wir müssen schauen, dass wir die Köpfe haben, die jungen Leute haben,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Die muss man ausbilden!)

die Menschen insgesamt haben, die eine entsprechende Ausbildung machen.

(Zurufe, u. a. Abg. Claus Schmiedel SPD: Und jetzt?)

Deshalb habe ich gesagt, dass ich an zwei, drei Punkten ansetzen will. Das geht übrigens aus dem Haushalt hervor; wir sprechen ja über den Haushalt. Ich will erstens an dem Punkt ansetzen, dass kein einziger junger Mann, keine einzige junge Frau ohne eine adäquate Ausbildung ins Berufsleben entlassen werden soll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Davon sind wir aber noch weit, weit weg!)

Das ist die erste Möglichkeit, die wir schaffen müssen.

Zum Zweiten müssen wir schauen: Wo gibt es noch Potenzial für Ausbildung? Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Es gibt in Baden-Württemberg 300 anerkannte Ausbildungsberufe.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

60 % aller jungen Frauen stürzen sich genau auf zehn dieser 300 anerkannten Ausbildungsberufe. Man kann sich vorstellen, welche das sind.

Ich will also – dafür haben wir Programme –, dass die Begeisterung der Mädchen, sich in stärkerem Maß in gewerblich-technischen Berufen ausbilden zu lassen, steigt, weil auf diese Weise eine Lücke, die auf uns zuzukommen droht, geschlossen werden kann.

Dritte Möglichkeit: Wir haben bei jungen Leuten mit sogenanntem Migrationshintergrund viel zu wenig getan.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr richtig! Seit Jahren sagen wir das!)

Die Zahlen sind bekannt. Diese jungen Leute brauchen wir.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit wann regieren Sie jetzt? Seit 14 Jahren! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort hat der Herr Minister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Mir ist die Frage gestellt worden: Wie können wir es schaffen, dass diese drohende Lücke aus wirtschaftspolitischen Gründen geschlossen werden kann? Ich habe Ihnen jetzt Beispiele genannt, die aufzeigen, wie wir dieses Thema angehen wollen. Das sind aber natürlich alles Beispiele, die auch ihren Niederschlag im Haushalt finden. Deshalb gehört das zum Thema Haushaltspolitik.

(Minister Ernst Pfister)

Allerletzte Bemerkung, meine Damen und Herren, zur Außenwirtschaftspolitik. Baden-Württemberg ist ein Exportland. Deshalb wird das Thema Außenwirtschaftspolitik immer eine wichtige Rolle spielen. Der Vorwurf, wir hätten keine Außenwirtschaftsstrategie, ist absurd. Er kann schon deshalb nicht stimmen, weil wir einen sehr genauen Abgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft auf der einen Seite – da bin ich nicht allein; da sitzen alle an einem Tisch, wie man weiß – und den Interessen der Länder, mit denen wir Außenwirtschaft betreiben, auf der anderen Seite vornehmen.

Wir haben in der Vergangenheit zusammen mit Bayern mit Sicherheit die erfolgreichste Außenwirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Das werden wir auch in der Zukunft machen. Ihr Vorwurf, wir hätten hier eine falsche oder gar keine Außenwirtschaftsstrategie, ist absurd. Auch das gehört zur Diskussion über diesen Haushalt, dessen Volumen übrigens, was die Außenwirtschaftsstrategie betrifft, nicht um einen einzigen Cent gekürzt worden ist.

Meine Damen und Herren, zum Thema Energiepolitik: Herr Kollege Untersteller, ich will jetzt gar nicht die Atomdiskussion führen – die haben wir oft genug geführt –, sondern ich möchte Ihnen nur sagen, wo der Haushalt im Energiebereich besondere Schwerpunkte setzt: Das ist zunächst bei der Biomasse.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Damit habe ich kein Problem!)

– Aber Sie haben nichts dazu gesagt. Sie haben nur gesagt, wir würden vor uns hindämmern und schlafen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben nicht alle so viel Redezeit!)

– Meine Redezeit ist jetzt auch zu Ende. Das stimmt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wenn Sie überziehen, kommen wir noch einmal dran!)

Ich glaube, wenn wir das Ziel erreichen wollen, mindestens 20 % des Stroms und mindestens 16 % der Wärme aus regenerativen Energien zu gewinnen, dann müssen wir an allen Ecken und Enden versuchen, etwas dafür zu tun.

Ich komme jetzt auf den Wärmebereich zu sprechen; den Strombereich hatten Sie und auch Herr Dr. Rülke angesprochen. Ich glaube, dass das Land Baden-Württemberg gerade bei der Biomasse eine ganze Menge machen kann. Das hängt auch damit zusammen, dass 30 bis 35 % der Flächen in Baden-Württemberg Waldflächen sind. Da fällt Biomasse an. Deshalb werden wir uns im Wärmebereich jetzt darauf konzentrieren und unsere Ziele entsprechend setzen. Wir werden den Bioenergiewettbewerb, der hervorragend läuft, fortsetzen. Er gibt unseren Landwirten die Möglichkeit, im ländlichen Raum dezentral und mit eigener Wertschöpfung in der Region ein zweites Standbein zu entwickeln. Bioenergiewettbewerb ist ein Punkt.

Der zweite Punkt sind die Bioenergiedörfer, von denen wir in der Zwischenzeit 16 haben. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Jahr 2020 100 Bioenergiedörfer in Baden-Württemberg auf den Weg zu bringen und zu fördern

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen)

mit dem Ziel, dass diese Bioenergiedörfer energetisch autark sind, sich also selbst mit Energie versorgen können oder sogar noch Energie abführen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Abführen ist gefährlich!)

Das alles ist aber ausdrücklich im Haushalt enthalten. Deshalb ist es einfach nicht richtig, wenn Sie sagen, wir täten hier überhaupt nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss zum Schluss kommen. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, worauf es mir ankommt: Dies ist ein Haushalt, der auf die allgemeine Finanzlage Rücksicht nehmen muss. Das tut er auch. Alle meine Kolleginnen und Kollegen mussten irgendwo einen Sparbeitrag erbringen. Solch einen Sparbeitrag musste auch ich erbringen. Dafür können Sie mich nun wirklich nicht tadeln.

Auf der anderen Seite ist es wichtig – ich habe versucht, es Ihnen an Beispielen klarzumachen –, dass im Haushalt eindeutige und klare Akzente für die Förderung der Wirtschaft gesetzt werden – im Innovationsbereich, im Investitionsbereich, im Bereich der beruflichen Bildung, bei der Liquidität, bei der Kreditversorgung unserer Unternehmen und in der Energiepolitik, in der Nachhaltigkeit der Politik –, um aus dieser Lage herauszukommen. Insofern glaube ich, dass dies ein Haushalt ist, der beiden Anforderungen gerecht wird.

Ich möchte mich bei den Koalitionsfraktionen sehr herzlich für eine wirklich großartige Unterstützung zum Erreichen dieser Ziele bedanken. Ich bin ganz sicher, dass wir mit diesem Haushalt eine gute Grundlage dafür gelegt haben, dass Baden-Württemberg stärker, schneller und besser als andere Bundesländer aus dieser Krise herauskommen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5707. Die Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung.

Ich rufe auf

Kapitel 0701

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0701 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5807-7.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/5807-7 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0702 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0707

Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5807-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0707 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5807-2, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5807-3.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/5807-3 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0710 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Minister Ernst Pfister unterhält sich mit Abg. Norbert Zeller SPD, und Abg. Dr. Dietrich Birk CDU unterhält sich mit Abg. Peter Hofelich SPD.)

– Ich darf bitten, während der Abstimmung keine Gespräche zu führen. Das ist ein bisschen irritierend, Herr Minister.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Minister Ernst Pfister: Herr Minister! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also Herr Minister! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Na, na! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Keine Einheitsschule auskungeln! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich rufe auf

Kapitel 0711

Energie und Wohnungsbau

und dazu die entsprechenden Änderungsanträge.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5807-4, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5807-5, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5807-6, ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun noch über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5807-8, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über Kapitel 0711 – Energie und Wohnungsbau – in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir stimmen ab über

Kapitel 0712

Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Wir haben nunmehr über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5707, abzustimmen. Wer dem Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Zweiten Beratung des Einzelplans 07 angelangt.

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:36 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich stelle fest, dass der Landtag drastisch geschrumpft ist. Trotzdem müssen wir nun beginnen.

Ich rufe den **Buchstaben c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5708

Berichterstatterin: Abg. Christine Rudolf

Das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, die nicht ausgeschöpft werden müssen.

Die Berichterstatterin wünscht das Wort nicht.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich nun Herrn Abg. Locherer für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ein guter Mann! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Der Beste!)

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft steht im Zentrum der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik. Zunächst einmal gründet sich das auf den Wechsel zwischen Hoch und Tief bei den Agrarpreisen. Nach wie vor haben wir ein absolutes Preistief bei Milch, Getreide und bei der Schweinehaltung. Das hat bereits zu Protesten und Streikmaßnahmen geführt.

Deshalb braucht die Landwirtschaft Aufmerksamkeit; sie verdient die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Politik. Sie verdient und braucht dabei übrigens nachhaltige Aufmerksamkeit.

Die Landwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Sie stellt mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen 10 % aller Arbeitsplätze. Sie ist ein Musterbeispiel für direkte, regionale Wertschöpfung mit einem hohen Standard – selbstverständlich im Spannungsbogen zwischen Klimaeffizienz und Wirtschaftlichkeit. An die Adresse der Kollegen von den Grünen sage ich: Wir sollten diesen Bogen nicht zu weit in Richtung Klimaeffizienz überspannen.

Die Landwirtschaft steht für hochwertigste Lebensmittel „made in Baden-Württemberg“; sie steht für Kulturlandschaftspflege und für Rohstoffsicherung. Dies alles ist einen auskömmlichen Preis und gesellschaftliche Anerkennung wert.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Herr Kollege Pix, da werden Sie mir sicherlich nicht widersprechen.

Lassen Sie mich deshalb den Appell an die Verbraucher insgesamt, auch an die jungen Zuhörerinnen und Zuhörer oben auf der Tribüne, richten: Das Motto „Geiz ist geil“ ist out. Es zählen Regionalität und vor allem Qualität. Zur Existenzsicherung der Landwirtschaft trägt eben auch ganz entscheidend das Verhalten an der Ladentheke bei.

Vorhin haben wir wieder einmal beklagt, dass die Discounter schon wieder an der Preisschraube nach unten drehen. Wir müssen allerdings auch einmal darüber nachdenken, von wem sie diese Marktmacht bekommen. Sie bekommen sie eben auch von uns. Deshalb müssen auch wir Verbraucher uns umstellen und müssen über unser Einkaufsverhalten nachdenken und dann entsprechend handeln.

Vergessen sollten wir außerdem nicht, dass die Landwirtschaft auch eine wichtige Kulturträgerin im ländlichen Raum ist. Unser Vereinsleben, beispielsweise die Feuerwehren, würde nicht funktionieren, wenn wir die Landwirtinnen und Landwirte nicht hätten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war auch schon besser!)

Ich freue mich, dass wir in unserem Haushalt auch die Landfrauen und die Landjugend nachhaltig und gut unterstützen. Da werden Sie mir auch nicht widersprechen können, Herr Kollege Gall.

(Beifall bei der CDU)

Zum Haushaltsentwurf 2010/2011: Dieser Haushalt bedeutet Kontinuität und Verlässlichkeit gegenüber den Erzeugerinnen und Erzeugern, Verlässlichkeit für eine nachhaltige Zukunft des ländlichen Raums, Verlässlichkeit gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Kommen wir zu den Erzeugern. Auf unzähligen Versammlungen hören wir, wenn wir nach draußen gehen und mit den Leuten reden,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir sind draußen!)

die Klagen der Landwirte über einbrechende Erzeugerpreise. Diese Klagen sind berechtigt. Eines ist klar, meine Damen und Herren: Die Politik macht nicht den Preis; sie kann aber flankierend begleiten. Patentlösungen per Knopfdruck gibt es auch nicht. Aber mit vielen Maßnahmen begleitet die CDU-

(Paul Locherer)

geführte Landesregierung unsere Landwirte, was sich auch im Landeshaushalt eindrucksvoll niederschlägt.

Lassen Sie mich konkrete Beispiele nennen. Im MEPL II, dem Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum, wurde der Mittelrahmen aufgestockt, und diesen aufgestockten Mittelrahmen geben wir mit den entsprechenden Komplementärmitteln 1 : 1 an unsere Landwirte weiter. Wir halten unser Versprechen, dass mehr Geld aus der Modulation dort bleibt, wo es herkommt und hingehört, nämlich bei den Landwirten.

Wir verstärken unsere Anstrengungen bei der Investitionsförderung und stärken damit auch die Wettbewerbsfähigkeit. Herr Kollege Dr. Murschel, dabei ist eben nicht immer nur Wachstum angesagt, sondern z. B. Kostensenkung, Energieeffizienz und Erleichterung der harten Arbeit auf unseren Höfen. Wir stärken die Ausgleichszulage, um Wettbewerbsnachteile gerade in unseren ländlichen Regionen auszugleichen. Wir fördern die Diversifizierung, die Regionalität, Gutes und Gesundes aus der Nähe. Hier gelten als Beispiel unsere PLENUM-Gebiete.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

Wir stärken die Beratungsoffensive. Wir verstärken die Forschung. Übrigens: In einem Antrag der Grünen habe ich gesehen, dass das hinterfragt wird. Ich sage Ja zur Forschung, gerade für unsere kleinen Molkereien und Käsereien, die auf die Begleitung durch das Land angewiesen sind. Wir stocken die Mittel im Agrarumweltprogramm MEKA und in der Landschaftspflege auf. Wir haben das vorbildliche Biosphärengebiet Schwäbische Alb.

Wir betreiben Ernährungsinformation und Ernährungsbildung – Ausbildung und Fortbildung – und fördern die landwirtschaftlichen Beratungs- und Kompetenzzentren, die unsere Unterstützung in den vorhandenen Strukturen im ländlichen Raum ebenfalls landesweit brauchen.

Zudem machen wir eines: Wir sind da, wenn man uns braucht.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Andere nicht! Jawohl! Sehr gut! – Beifall des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

Meine Damen und Herren, ich erinnere an den Hagelschlag vom 26. Mai 2009. Mit den Kollegen vor Ort, mit Uli Müller und Rudi Köberle, sowie den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft haben wir uns gekümmert, haben uns die Sorgen und Nöte der Obstbauern und auch der Getreidebauern angehört.

Vor Ort übrigens, meine Damen und Herren, waren am 6. Juli 2009 viele von der CDU, der FDP und der SPD; Grüne gleich null. Wenn es brennt, tauchen Sie ab, meine Herren Pix und Dr. Murschel.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hört, hört! – Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Wir waren schon vorher da!)

Aber nicht nur Worte und Gesten, sondern auch Taten zählen: 3,5 Millionen € Soforthilfe und der Antrag der CDU-Landtagsfraktion auf jeweils 1 Million € für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 für die Förderung der Hagelversicherung.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, wir lassen unsere Bauern nicht im Stich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Lassen Sie mich zum ländlichen Raum kommen. Ich komme aus einer Region mit der geringsten Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg und einer der geringsten Arbeitslosenquoten in Deutschland, nämlich aus der Region Allgäu-Oberschwaben. Das ist ländlicher Raum pur. Unser Erfolg spricht selbstverständlich für den Fleiß und die Anstrengung der Menschen im ganzen Land Baden-Württemberg. Aber er ist auch ein Paradebeispiel für die erfolgreiche Politik des Landes Baden-Württemberg für den ländlichen Raum.

Dieser zeigt sich auch in der Krise stabil. Wir wollen uns tatsächlich – das schafft die Politik – ausgewogen und auch fair auf Augenhöhe mit den Metropolregionen bewegen.

Mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum fördern wir Arbeit und Grundversorgung, innerörtliches Wohnen. Hier stehen wirtschaftliche und auch ökologische Komponenten im Mittelpunkt. Wir fördern generationsübergreifende Gemeinschaftseinrichtungen und finden damit auch eine Antwort auf die demografische Entwicklung. Die Stärkung der Ortskerne, die Entflechtung von Gemengelagen, die Wiedernutzung von Gewerbebrachen und die gezielte Förderung von interkommunalen Investitionen stehen für mehr Wirtschaftlichkeit und für die Vermeidung von unangemessenem Flächenverbrauch, meine Damen und Herren.

Bei den betrieblichen Investitionen fördern wir insbesondere unsere kleinen und mittleren Gewerbebetriebe, unsere Handwerksbetriebe, und machen sie damit in einem breiten Branchenmix wohnortnah krisensicher.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

Lassen Sie mich hier im Hohen Haus ein großes Dankeschön und große Anerkennung an unsere vielen familiengeführten Betriebe und an alle Unternehmen im Land aussprechen, die eben keine Hire-and-fire-Politik betreiben, sondern in der Krise treu zu ihren Mitarbeitern stehen und so klug sind, zu verstehen, dass wir auch angesichts der demografischen Entwicklung schauen müssen, dass wir unsere Arbeitnehmer halten.

Ein Lob übrigens auch an die Arbeitnehmerschaft, die ebenfalls flexibel reagiert, wenn es darum geht, die Arbeitsplätze zu sichern.

Unverzichtbar ist Verlässlichkeit auch, wenn es um den Verbraucherschutz geht. Vertrauen ist die Währung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Mit der verbraucherpolitischen Strategie setzt unser Land – bisher einmalig in Deutschland – Leitplanken für Verbraucherinformation und Verbrauchersicherheit. Neben dem Schwerpunkt der Kontrolle gibt es Schwerpunkte in den Bereichen Energie und Finanzdienstleis-

(Paul Locherer)

tungen. Wie uns die Erfahrung zeigt, tut es dort ganz besonders not, die Verbraucher aufzuklären.

Lassen Sie mich auf einzelne Anträge eingehen.

Mit der im Finanzausschuss auf einen Änderungsantrag der Regierungsfraktionen hin beschlossenen Gewährung von Zuschüssen für den Bau und die Sanierung von Tierheimen leisten wir einen wertvollen Beitrag für den Tierschutz. Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich allen ehrenamtlichen Kräften, die sich in unseren Tierheimen engagieren und sich überhaupt für den Tierschutz einsetzen, Dank und ein herzliches Lob aussprechen. Das ist bürgerliches Engagement für den Tierschutz par excellence, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Anträge der Oppositionsfraktionen lehnen wir ab.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja, klar! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist ja etwas ganz Neues!)

So führt z. B. der Antrag der Fraktion GRÜNE für ein neues Programm im MEKA zur Minimierung klimaschädlicher Emissionen ins Leere, da die Förderung des Klimaschutzes durch markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung bereits erfolgt. Ich beweise es Ihnen: Wir vermeiden in der Landwirtschaft einen Ausstoß von 109 Millionen t CO_2 und haben dort eine positive CO_2-Bilanz, eben auch durch den steigenden Anteil nachwachsender Rohstoffe in der Landwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Der weitere Antrag der Opposition auf Abschaffung der Förderung des Wegebaus im Rahmen der agrarstrukturellen Flurneuordnung hätte einen Verzicht auf Bundesmittel zur Folge. Deswegen lehnen wir das ab.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, mit unseren Haushaltsansätzen bei den Ausgaben von 758 Millionen € im Jahr 2010 und 758,4 Millionen € im Jahr 2011 sehen die Zahlen für den Einzelplan 08 verlässlich und stabil aus. Auf unsere solide und nachhaltige Politik für den ländlichen Raum, für die Landwirtschaft und für die Menschen in unserem Land ist Verlass.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das ist einer der Vernünftigeren!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum steht in den Haushaltsberatungen genauso wie die anderen Einzelpläne unter dem Vorzeichen der Kreditkrise, der Finanzkrise, der Wirtschaftskrise. Die Landwirte sind durch die Interaktion von Kaufen und Verkaufen genauso betroffen. Dies zeigt sich bei den Landwirten vor allem an der zurückgehenden Investitionsbereitschaft, aber erst recht auch Investitionsfähigkeit in einer Situation, in der der Agrarmarkt verunsichert ist.

Die Anforderung an den Haushalt lautet heute „gestalten"; „verwalten" war gestern. Die Weltmärkte sind einigermaßen positiv für die Landwirte. Die Exporte sind stabil, allerdings nicht die Preise. Das ist eine der Schwierigkeiten, mit denen sich die Landwirte herumschlagen.

Noch ein Hinweis zu den Weltmärkten: Wir hatten in den letzten 30 Jahren eine Produktionszunahme in der Landwirtschaft um jährlich ca. 2 %. Gemessen am Zuwachs der Weltbevölkerung brauchten wir eine Produktionszunahme in der Landwirtschaft von jährlich 3,5 %. Wir hinken hinterher. Das bedeutet einerseits eine große Zukunftschance für die Landwirtschaft schlechthin. Aber trotzdem zeigt sich auch ein Widerspruch. Denn jegliche Zunahme landwirtschaftlicher Produktion erfordert zusätzlichen Einsatz von Energie. Eine Produktionssteigerung wird nur durch den verstärkten Einsatz fossiler Energieträger erreicht, und dieser wird bekanntlich zurückgehen.

Insofern wird es schwierig, in den nächsten 20 Jahren die Zuwachsziele der Landwirtschaft zur Sicherung der Welternährung bei gleichzeitiger Reduzierung des Einsatzes fossiler Energieträger und damit einhergehender Verteuerung von Energieträgern zu erreichen. Aus diesem Kreis ist die Landwirtschaft noch lange nicht herausgekommen; sie ist noch nicht einmal richtig drin.

Immerhin haben wir den Verfall der Milchpreise in einem nicht funktionierenden, asymmetrischen Markt im vergangenen Jahr und auch zuvor schon beobachten können. Wir beobachten die hohe Volatilität des Marktes, das heißt, Märkte und Erzeugerpreise wandern, gehen hin und her und sind von der Landwirtschaft kaum noch beeinflussbar. Das macht für den Landwirt die Investitionsplanung und überhaupt die Planung, was er im nächsten Jahr machen soll, schwierig.

Die EU hat darauf mit Sonderhilfen, u. a. für Milcherzeuger, reagiert. Der Bund hat im Rahmen des Konjunkturprogramms nachgeholfen. Von ca. 91 Millionen € profitieren die Landwirte in Baden-Württemberg – aber diese Mittel kommen von Bund und EU und sind keine eigenen Leistungen.

Allerdings gibt es noch immer das Prinzip Gießkanne. Noch immer werden diese Beträge – und sie werden knapper – nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet. Einzelne strategische Förderungen und Ziele sind nicht ersichtlich, auch nicht in diesem Haushaltsplan.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja?)

Man kann das auch einer Äußerung von Minister Hauk entnehmen. Im Wochenblatt „BWagrar" äußerte er in diesem Jahr:

Nachholbedarf gibt es in der Strukturförderung.

Sehr richtig, Herr Minister. Gut gesagt. Die Analyse stimmt. Aber das Handeln fehlt. Es ist keine Haushaltstherapie ersichtlich.

(Alfred Winkler)

Sie haben im gleichen Bericht weiter gesagt:

> *Gemeinsam müssen wir die Kräfte bündeln, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen.*

Gießkanne ist das Gegenteil von Bündeln. „Gestärkt aus der Krise hervorgehen“, das haben wir bei der Haushaltsberatung im Finanzausschuss vor zwei Wochen vom Kollegen Mappus gehört. Das ist ein wohlfeiler Satz, der gar nichts Konkretes beinhaltet. Er soll eigentlich nur eine beruhigende Wirkung haben. Das ist lediglich eine Worthülse. Hier jedoch ist Substanz gefragt.

Angesichts der immer globaleren Märkte spielen die gezielt vermarkteten regionalen Produkte in der Region eine immer größere, eine wachsende Rolle. Für viele Menschen ist es wichtig, zu wissen, woher die Lebensmittel kommen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt werden, und vor allem sicherzugehen, dass diese nicht um den halben Globus transportiert wurden. Das ist eine wachsende Chance für regionale Produkte, für heimische Produkte. Dahinter steht das verarbeitende Gewerbe mit einem Faktor von annähernd 10, wenn die Produkte bei uns im Land weiterverarbeitet werden.

Im ländlichen Raum wird durch die Wirtschaftskrise deutlich, dass die neuen Medien, Breitbanddatenautobahnen, als Strukturverbesserung immer wichtiger für die Zukunft im ländlichen Raum sind. Die kleinen Gemeinden suchen Partner, suchen Geld, suchen Lösungen. Die Hilfen sind noch immer bescheiden.

Wie innovativ ist dieser Haushaltsplan? Kollege Kübler hat 2009 in seiner Rede zum Haushaltsplan gesagt:

> *Die Kontinuität der Politik in Förderung und Unterstützung ist Kennzeichen unserer Landwirtschaftspolitik.*

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Stimmt!)

Das Motto heißt: Im Westen nichts Neues. Ihre Kontinuität verpasst sowohl den Anschluss an die Veränderung der Struktur der Landwirtschaft vor Ort, regional, als auch den Anschluss an die globale Veränderung der Marktstrukturen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wird also fortgeführt nach dem Motto: Wo es ein Programm gibt und wir Finanzmittel abgreifen können, machen wir das auch. Dabei entsteht trotz dieser Bemühungen ein Förderdschungel, den auch ein Fachmann fast nicht mehr durchschaut. Jeder Geheimdienst würde sich die Zähne ausbauen – –

(Zurufe: Ausbeißen!)

– Jeder Geheimdienst würde sich die Zähne ausbeißen, müsste er Ihr kunstvolles Haushaltskonstrukt dechiffrieren, Herr Minister.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das ist aber nicht englisch, das ist deutsch! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war fast alemannisch!)

Es ist ungeheuer schwierig, einigermaßen den Überblick über die Vielfalt der Programme zu erhalten, die sich überdecken und überschneiden und bei denen nicht ersichtlich ist, welchem Zweck sie dienen und ob sie diesen erreichen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil bei uns nach wie vor noch immer keine Prüfung über die Verwendung, über die Zielfunktion und die Zielerreichbarkeit von Programmen durchgeführt wird.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Aber nur, wenn man nicht lesen kann!)

Ich nenne Beispiele: erstens Energie aus nachwachsenden Rohstoffen, für viele Landwirte ein Standbein – Biogaserzeugung, Fotovoltaik, trockene Biomasse. Hier vermissen wir besondere Anstrengungen. Hier vermissen wir Zeichen.

Beispiel 2: Gentechnik. Zunehmend wird deutlich, dass die grüne Gentechnik in Europa auf dem Rückzug ist. Den maßlosen Heilsversprechungen und Werbephrasen glauben Landwirte mittlerweile auch nicht mehr. Wir brauchen die Gentechnik nicht. Wir brauchen gentechnikfreie Zonen. Allerdings findet sich im vorliegenden Haushaltsplan nichts zur Unterstützung derjenigen Menschen, die die Gentechnik nicht wollen – kein Wort und schon gar nicht ein einziger Euro.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Beispiel 3: Verbraucherschutz und Kontrollen. Die Situation der Lebensmittelkontrolle wird allmählich entschärft. Das sehen wir so. Aber immerhin: Vier Jahre lang blieben unsere Forderungen ohne Resonanz.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wird auch die nächsten Jahre so sein!)

Noch immer fordert der Landkreistag mehr Stellen für die Lebensmittelüberwachung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Diese Forderung ist ein gesellschaftliches Anliegen, meine Damen und Herren, an dessen Erfüllung wir überhaupt nicht vorbeikommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Mangel an Veterinären schwächt den Verbraucherschutz. Ob bei Bedarfsgegenständen, Kleidung, technischen Geräten: Was die Kontrollen in den Stadt- und Landkreisen angeht, so wird das erforderliche Pensum nicht mehr erbracht und vielen Vorgaben nicht mehr entsprochen, oder es besteht zumindest die Gefahr, dass es dazu kommt.

Zum Bereich Naturschutz: Leider ist trotz aller Freude über das Biosphärenreservat festzustellen, dass der Naturschutz nicht wirklich vorankommt. Uns erreichen Zuschriften von Umweltverbänden, Initiativen, die darüber aufklären, dass ihnen Mittel, die sie für die allerdringlichsten Maßnahmen zur Umsetzung von Natura 2000 offenbar benötigen, gekürzt wurden. Doch gerade unten, beim praktischen Einsatz für Biotope, brauchen wir diese Mittel, damit der Artenschwund gestoppt und die Vielfalt von Pflanzen und Tieren gesichert werden kann. Wir haben deswegen gefordert, zur Verstärkung zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million € in den Haushalt ein-

(Alfred Winkler)

zustellen. Leider haben wir uns mit dieser Forderung nicht durchgesetzt.

Eine Bemerkung zum Tierschutz: Der Kollege Locherer hat erwähnt, dass für den Tierschutz, zum Bau von Tierheimen, Mittel eingestellt worden sind.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Auf unseren Antrag hin haben Sie das dankenswerterweise gemacht,

(Lachen des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Nein, nein! Das haben wir selbstständig gemacht! – Abg. Paul Locherer CDU: Ihr schmückt euch mit fremden Lorbeeren!)

wenn auch nicht ganz in der Höhe, die wir gefordert haben. Wir waren erfreut darüber, dass wir das bei den Haushaltsberatungen erfahren haben.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Das war eine Sternstunde für euch!)

Das war in Ordnung. Damit sind wir zufrieden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir auch! Wir sind mit euch zufrieden!)

auch wenn die Mittel nicht ganz in der Höhe eingestellt werden, wie wir sie gefordert hatten. Das ist in Ordnung.

Die Tierschutzvereine haben eine wichtige Aufgabe in unserem Land. Sie erbringen ihre Aufgabe ehrenamtlich, und sie sind überfordert, wenn sie die benötigten Beträge selbst aufbringen müssen. Wir hatten 1,2 Millionen € beantragt. Im Doppelhaushalt wurden, glaube ich, schließlich 1 Million € veranschlagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt setzt keine Zeichen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Für uns schon!)

Dieser Haushalt reagiert nicht auf die Umwälzungen auf dem Agrarmarkt. Dieser Haushalt ist nicht strukturierend, sondern unverbindlich.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Verbraucherschutz ist nicht agierend, sondern reparierend. Der ländliche Raum ist vertreten, aber ohne klare Linie, ohne roten Faden. Wir verwalten noch immer, anstatt das zu gestalten, was die zukünftigen Ziele erfordern.

Jede Zeit braucht ihre eigene Lösung. Der Einzelplan 08 bleibt die Antwort auf die Lösung der Probleme der heutigen und der zukünftigen Zeit noch immer schuldig.

(Beifall bei der SPD – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Man muss nur lesen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn das Finanzkonstrukt des Einzelplans 08 dadurch, dass es sehr, sehr viele Förderprogramme gibt, dass es Kofinanzierungen gibt, dass es Querfinanzierungen gibt, wirklich schwer zu durchschauen ist, bleibt dennoch eines ganz klar:

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dieser Haushalt hat Kontinuität. Er wird gerade so weitergeführt wie bisher. Es ist ein „Weiter so wie bisher!“. Zwischen den Haushalten der Vergangenheit und dem jetzigen Vorschlag gibt es keine großen Unterschiede. Sie von der Regierung lassen sich hier vielleicht feiern. Aber angesichts der Herausforderungen der Haushalts- und der Finanzlage, der neuen Herausforderungen, die auch von der EU kommen, und der Situation bei den Landwirten enthält dieser Einzelplan keine Antworten; er gibt nur unzureichende Antworten auf das, was heutzutage gefragt ist.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wo wollen wir denn in der Landwirtschaft hin, und wie sieht es real aus? Wir wollen eine Landwirtschaft, bei der die Bauern von ihrer Landbewirtschaftung und ihrer Tierhaltung leben können.

Herr Locherer, Sie haben vorhin kritisch angemerkt, die Grünen würden immer wieder in ein nostalgisches Bild einer Landwirtschaft abgleiten, von der heute niemand mehr leben kann. Faktisch ist es andersherum. Seit Jahren zeigt sich ein Höfesterben; seit Jahren können immer weniger Landwirte von dem leben, was sie auf ihrer Scholle verdienen. Sie sagen, dies sei die Struktur, dies sei Ihre Agrarpolitik und dies sei richtig. Sie sagen, man müsse lediglich investieren, um wettbewerbsfähig zu werden, und dann gehe es unseren Bauern gut. Selbst wenn der letzte Bauer seinen Hof geschlossen hat, wird das wahrscheinlich noch immer Ihre Argumentationsschiene sein.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Was ist Ihr Vorschlag? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ich halte durch!)

Wir wollen, dass die Landwirte von ihrer Arbeit leben können. Hierfür werde ich noch Beispiele bringen. Wir wollen Qualität hineinbringen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie?)

Wir wollen tiergerechte Bedingungen in den Vordergrund rücken. Wir wollen Genfreiheit als Markenzeichen, und wir wollen regionale Produkte unterstützen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das geht doch gar nicht! Jedes Tier hat Gene! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Sie wissen doch genau, was ich meine.

Die Welternährung, die vorhin bereits von meinem Vorredner angesprochen worden ist, werden wir nicht durch eine Intensivierung der Landwirtschaft in Europa oder Nordamerika retten. Der Weltagrarbericht hat eindeutig zum Ausdruck gebracht: „Business as usual is not an option.“

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Übersetzen!)

(Dr. Bernd Murschel)

Das heißt, Ihr Ansatz, die Fortsetzung einer Landwirtschaftspolitik, die auf eine hohe Intensivierung mit all ihren negativen Folgen setzt – in Baden-Württemberg setzen wir, beispielsweise über die SchALVO, seit Jahrzehnten große Beträge für die Nitratreduzierung ein, um die Auswirkungen der Agrarpolitik zu bekämpfen, damit wir wieder „gesundes" Wasser haben –, wird das Problem der Welternährung nicht lösen.

Im Gegenteil, es ist eine energieeffiziente Landwirtschaftsform geboten. Energieeffizienz bedeutet nicht die 12 000-Liter-Kuh im Stall mit allen Inputs, die diese Kuh braucht, die nur noch Maschine ist, was mit „tiergerecht" nichts mehr zu tun hat. Energieeffizienz bedeutet vielmehr eine deutlich reduzierte Form der Landwirtschaft mit einer 6 000-Liter-Kuh, die, gemessen am wesentlich geringeren Input an Energie, eine wesentlich höhere Effizienz aufweist.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Sie sollten auch einmal die Forschungsberichte lesen, die etwa von der Universität Hohenheim oder von anderen Agrarforschungseinrichtungen verfasst worden sind.

Wir haben Vorschläge gemacht, die darauf abzielen, strukturell etwas in diesem Haushalt zu verändern. Wir wollen zweistellige Millionenbeträge bei der Flurneuordnung einsparen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wo bitte?)

Das ist vorhin bereits angesprochen worden. Über 60 % der Mittel, die in die Flurneuordnung gesteckt werden, sind für den Wegebau vorgesehen. Deshalb frage ich, weshalb wir ein verstecktes Wegebauprogramm brauchen, das das Land finanziert. Das muss nicht sein.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich erkenne die positiven Aspekte einer Flurbereinigung durchaus an.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das heißt Flurneuordnung!)

Die Flurneuordnung soll ihren Zweck in der Verbesserung der Kulturlandschaft und der Bedingungen für die Landwirte haben. Wenn damit Wegebau verbunden ist, dann sollen das die Kommunen machen und hinterher auch finanzieren.

(Zuruf von der CDU: Und woher nehmen die das Geld?)

Zum Stichwort „Klimaschutz in der Landwirtschaft und bei der Nahrungsmittelproduktion": Herr Locherer, Sie haben gesagt, wir dürften den Bogen beim Klimaschutz in der Landwirtschaft nicht überspannen. Darin klingt an: Bitte macht nicht allzu viel.

(Zuruf von der CDU: Es geht auch um Wettbewerbsfähigkeit!)

Das ist genau das, was dabei herauskommt. Bei der Beratung des Einzelplans 07 hat der Wirtschaftsminister vorhin gesagt: Wir wollen 20 % des Stroms und 16 % der Wärme regenerativ erzeugen. Außerdem wollen wir 100 Bioenergiedörfer in der Zeitspanne XY. Na, klasse! Ob das nun ein ambitioniertes Ziel ist, weiß ich nicht. Das ist ja wirklich gar nichts. Da überholen uns alle links und rechts und vorn und hinten und machen wesentlich mehr, und wir lehnen uns zurück und sagen: 16 % Wärme. Früher gab es einmal 100 % Regenerativwärme. So kommen wir dem Ziel nicht nahe,

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

das wir beim Klimaschutz in der Landwirtschaft erreichen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen den Klimaschutz und die Landwirtschaft zusammenbringen. Die Landwirtschaft ist einerseits Opfer, andererseits aber auch Täter. So wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Klimarelevante Gase" der Universität Hohenheim ermittelt, dass die landwirtschaftlich genutzten Flächen in Baden-Württemberg derzeit durchaus noch nicht, wie Sie meinten, Herr Locherer, als Senke für klimarelevante Gase fungieren und bis zu 10 % dieser Gase binden; vielmehr werden mindestens 10 % der Treibhausgase durch die Landwirtschaft freigesetzt. Hier zeigt sich derzeit also eine gegenläufige Entwicklung, und es besteht ein großes Potenzial, von 10 % plus auf 10 % minus zu kommen. Vorschläge gibt es dazu genügend. Die müssen in die entsprechenden Programme umgesetzt werden. Da nützt es nichts, zu sagen: Das haben wir doch alles im MEKA drin; das funktioniert doch alles.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie denn?)

Wir haben mit unseren Anträgen eine ganze Reihe von Vorschlägen eingebracht, die in Richtung Stickstoffoptimierung gehen: stickstoffsparende Produktion, mineralische Dünger, Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe, konkrete Maßnahmen beim Grünland, Verbot des Umbruchs von Niedermooren und Anmooren, nachhaltige Produktion von Biomasse mit klaren Qualitätskriterien. Das geht weiter bei den Fragen, wie Regionalität stärker gefördert werden kann und wie der Fleischkonsum, sage ich einmal, auch von einer Landesregierung mitgesteuert werden kann.

Wir wollen

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Was?)

die Modulationsmittel nicht nur in die Milch fließen lassen. Denn angesichts der neuen Herausforderungen ist es ein Trugschluss, zu meinen, man könnte mit Umschichtungen in Höhe von ein paar Millionen Euro die Milchbauern zufriedenstellen. Das greift zu kurz; denn dieses Geld ist hinterher für Maßnahmen beispielsweise im Interesse des Klimaschutzes nicht mehr vorhanden. Das greift viel zu kurz. Damit wird einfach nur das Ventil ein bisschen geöffnet, damit die Landwirte, im konkreten Fall die Milchbauern, nicht so stark protestieren. Strukturell hilft das den Milchbauern nicht. Sie müssen hier in die Mengensteuerung hineingehen, und davor drücken Sie sich und versuchen, mit ein bisschen Geld, das hinterher an anderer Stelle fehlt, etwas zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Schon einmal etwas von Marktwirtschaft gehört?)

– Ja, genau. Sie wollen das mit marktwirtschaftlichen Methoden steuern, indem Sie Geld hineinpumpen. So viel Geld kön-

nen Sie aber gar nicht hineinpumpen. Das Geld, das bundesweit zur Verfügung steht, würde gerade einmal reichen, um das auszugleichen, was in Baden-Württemberg notwendig ist – ganz zu schweigen von dem, was für die anderen Bundesländer notwendig ist. Das ist also Augenwischerei, was Sie da machen. Das bringt überhaupt nichts.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sie brauchen wie viel?)

Sie haben immerhin eines verstanden: Der Klimaschutz ist auch ein Thema für die Landwirtschaft. Das entnehme ich Ihrer Aussage, Sie wollten hinsichtlich der Gefahr von Hagelschlag etwas für die Obstbauern tun. Dann haben Sie sehr freundlich und sehr ausdrucksvoll gesagt: Die CDU-

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Regiert hier!)

Fraktion war die einzige Fraktion, die die Obstbauern unterstützt; Sie seien jetzt dafür, dass es einen Zuschlag zur Hagelversicherung gibt, und Sie wollten sogar einen Beitrag von 40 000 € für den Hagelflieger leisten. Dann klopfen Sie sich stolz auf die Schultern und sagen ganz deutlich: Aber die Grünen waren nicht dabei.

Wir waren nicht dabei, weil wir schon zwei Wochen zuvor dort unten gewesen waren und Gespräche geführt hatten.

(Abg. Paul Locherer CDU: Wir waren schon vor euch dort! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Streiten wir uns doch nicht! – Unruhe)

– Nein, nein. Wir waren als Allererste dort und hatten die Forderung auch deutlich in den Raum gestellt. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie unseren Forderungen jetzt folgen. Da sind wir völlig d'accord.

Der Verbraucherschutz muss auf neue Füße gestellt werden. Das ist ganz klar. Wir brauchen mehr Lebensmittelkontrolle, wir brauchen auch mehr Lebensmittelüberwachung. Die Tierärzte klagen, dass sie ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können. Es gibt also noch eine ganze Reihe von Baustellen in diesem Agrarhaushalt, die Bedarf aufweisen. Dieser Haushalt hier ist ein „Weiter so!" und gibt keine Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP trinkt einen Schluck aus dem am Rednerpult stehenden Glas Wasser. – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Du kannst doch jetzt nicht dem Murschel sein Wasser wegtrinken! – Heiterkeit)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Helmut, daraus hat Herr Murschel nicht getrunken. Außerdem besteht aktive Immunisierung darin, dass man möglichst viel Kontakt mit der Umwelt hat.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Beratung dieses Einzelplans gelten gestaffelte Redezeiten. Ich werde allerdings alles insgesamt abhandeln. Denn ich nehme auch sonst gelegentlich mehr als eine Treppenstufe.

Wenn ich über den Etat des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum spreche, spreche ich nicht über den Etat eines Bauernministers oder eines Bauernministeriums, aber auch nicht darüber, was die große Politik letztendlich vorgibt. Denn Sie wissen ja: Die Agrarpolitik als solche geschieht bei WTO-, bei GATT-Verhandlungen, auf Weltwirtschaftsgipfeln, ob in Brüssel oder in Berlin. Ich spreche dieses Mal gezielt über das Ganze im ländlichen Raum, gerade hier im Hightechland Baden-Württemberg, wo auf die Landwirtschaft überhaupt nicht verzichtet werden kann.

Da insbesondere du, lieber Paul, als einer meiner Vorredner die Landesagrarpolitik sehr eingehend erläutert hast, werde ich schwerpunktmäßig einen Blick in die Zukunft des ländlichen Raums richten und mich mit den Auswirkungen des globalen Marktes befassen. Ich werde Richtiges nicht wiederholen, denn das würde die Aussprache sicherlich nicht bereichern. Ich werde auch nicht auf die Themen und Anmerkungen des Kollegen Murschel eingehen. Ich möchte mich nämlich nicht mit Agrarromantik und Laienspielerdingen auseinandersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ich werde auch nicht über die Glaubwürdigkeit der Verbraucher sprechen, von denen angeblich 82 % Bioprodukte wollen, jedoch keine 5 % bereit sind, den erforderlichen Mehrpreis dafür zu zahlen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich werde auch nicht über Nischen sprechen, denn Nischen sind nur deshalb Nischen, weil entsprechende Tätigkeiten nur von wenigen ausgeübt werden. Ich werde auch nicht darauf eingehen, dass sich 80 % der Bevölkerung, auch im ländlichen Raum, wünschen, dass der ÖPNV verbessert wird, von diesen 80 %, die sich dies wünschen, aber laut Umfrage 50 % ausschließlich mit dem Auto fahren.

Meine Damen und Herren, es gäbe viel zu sagen, auch zu der Entwicklung nach der Agrarreform 2013. Die Teilmärkte Milch, Rindfleisch, Schweine- und Ferkelzucht oder -mast, Geflügel, Getreide, Obst- sowie Wein- oder Gemüsebau sind bereits angesprochen worden. Das gilt auch für den Verbraucherschutz, der bei uns eine große Bedeutung hat. Hier darf ich dem Agrarministerium für die gute Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutzverband danken.

Auch der Tierschutz hat bei uns eine entsprechende Berücksichtigung und eine Aufwertung erfahren. Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass hinter dem Zweck, für den die Regierungsfraktionen gemeinsam eine Aufstockung der Mittel beantragt haben, sehr viel ehrenamtliches Engagement steckt.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Genau!)

An dieser Stelle danke ich auch den vielen Landwirtschaftsfamilien dafür, dass wir einen so reichlich gedeckten Tisch

(Dr. Friedrich Bullinger)

mit den hochwertigsten Nahrungsmitteln, die es je gab, haben. Ich danke unseren Bauernfamilien, die mit Fleiß und Können unsere Kulturlandschaft pflegen. Sie sind ein unschätzbarer Reichtum unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Der ländliche Raum hat vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nur dann eine Perspektive, wenn er dauerhaft auch für junge Menschen und Familien attraktiv bleibt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die gemeinschaftliche Politik der EU für ländliche Räume hat auch etwas Verführerisches an sich. Das Zauberwort heißt Kofinanzierung. Die Versuchung, aus 1 € über Kofinanzierung 2 € oder 3 € zu machen, ist groß. Es wird oft nur kurz darüber nachgedacht, ob die Programme auch wirklich immer bei uns passen. Schlimmer noch: EU-Programme werden beschlossen und müssen umgesetzt werden. Das gilt für die FFH-Richtlinie, Natura 2000, die Wasserrahmenrichtlinie oder andere EU-Programme, die über Jahrzehnte Hunderte von Millionen Euro verschlingen und damit jeglichen finanziellen Spielraum des Landes beschränken.

Aber das Land beugt sich der Pflicht, kassiert und setzt auch um. Von Subsidiarität habe ich allerdings andere Vorstellungen, nämlich mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort. Eigene Programme für die Kür, also für Maßnahmen von lokaler Bedeutung im Bereich der Landschaftspflegeverbände und im freiwilligen Naturschutz, wären hier natürlich oft besser.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Die Finanznot wird uns aber zukünftig dazu zwingen, diese Programme zu bündeln, zu straffen und das eine oder andere Mal auch nicht in Anspruch zu nehmen.

Blüht die Industrie, blühen die Dienstleistungen, nähren sie Mensch und Vieh. Was will ich damit sagen? Wir müssen den ländlichen Raum als Wirtschaftsraum mit der Landwirtschaft und mit den Arbeitsplätzen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen als Ganzes, und zwar vor Ort, betrachten. Die Wirtschaftskraft des ländlichen Raums beruht neben der klassischen Agrarwirtschaft weitgehend auf den Leistungen mittelständischer Unternehmen. Land- und Forstwirtschaft, Dienstleistungsgewerbe und Handwerk bilden das Rückgrat der ländlichen Räume. Diese gilt es – vor allem auch unter verlässlichen Rahmenbedingungen – weiterhin zu fördern und zu unterstützen.

Gemeinsam stehen jedoch alle – das ist wichtig – im internationalen Wettbewerb. Wir sind keine Insel der Seligen. Diese Betriebe brauchen daher faire Wettbewerbsbedingungen, Rahmenbedingungen, verlässliche politische Entscheidungen, so, wie dies in diesem Land über Jahrzehnte erfolgt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, weiterhin brauchen wir auch eine Entlastung von Bürokratie. Herr Minister, hier sind vor allem die Behörden vor Ort in den Landratsämtern mit der Landwirtschafts- und Forstverwaltung, in den Gemeinden, aber auch die Regierungspräsidien und das Ministerium gefordert. Wir brauchen weniger Fesseln und weniger bürokratische Hürden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch im Landtag unsere Aufgabe, für weniger Vorschriften und weniger Gesetze zu sorgen. Ein guter Landtag macht möglichst wenig Gesetze und achtet darauf, dass die Regierung möglichst nur bürgerfreundliche Vorschriften erlässt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, deshalb achten wir von der FDP/DVP-Fraktion darauf, dass EU-Regeln 1 : 1 in nationales Recht umgesetzt und nationale Sonderwege vermieden werden.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Subsidiarität!)

Ein Draufsatteln darf es nicht geben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das Land hat auch für gleiche Bildungschancen in ländlichen Räumen – dies ist ein ganz wichtiger Punkt – und für eine intakte Verkehrsinfrastruktur zu sorgen. Meine Damen und Herren, Verkehrsadern in ländlichen Räumen sind Wirtschaftsadern.

Was die Autobahnen für den Straßenverkehr sind, ist für eine moderne Volkswirtschaft – gerade auch im ländlichen Raum – die schnelle Internetverbindung. Der Konstruktionsingenieur in Gaildorf, in Amtzell, im Odenwald, im Jagsttal

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Salem!)

muss weltweit mit Wirtschaftspartnern und Kollegen korrespondieren können. Er muss über IT mit Japan, mit Ostasien korrespondieren können, wenn er seinen Arbeitsplatz vor Ort erhalten möchte.

Deshalb ist es wichtig, dass wir gerade auch im Bereich der Breitbandversorgung weiter vorwärtsgehen und möglichst flächendeckend die beste Ausrüstung bekommen, um diese wichtigen Dienstleistungs- und Zukunftsarbeitsplätze in ländlichen Räumen zu sichern, damit unsere jungen Leute nach dem Studium – sofern sie ihr Wahlfach nicht vor Ort an einer der vielen Fachhochschulen und Berufsakademien absolvieren können – auch gern wieder zurückkommen

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und das vorfinden, was sie brauchen, um den ländlichen Raum als Wirtschaftsraum zu stabilisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Schutzgebiete und Biotope, Biosphärengebiete im ländlichen Raum gilt es auch weiterhin zu unterstützen; das ist natürlich klar. Auch diese tragen zum Wohl des gesamten Landes bei und sichern vor allem den Tourismusstandort Baden-Württemberg.

Die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft gibt es jedoch nicht zum Nulltarif. Auch hierfür müssen wir unsere Landwirte und Landschaftspfleger, z. B. die Schäfer, entlohnen. Ich sage bewusst: entlohnen. Es sei jedoch angemerkt, dass wir in einer von Menschen über Jahrhunderte gestalteten Kulturlandschaft leben und nicht in einer Naturlandschaft oder im Urwald.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Die Lebensbedingungen und die Lebensqualität sind entscheidend, um ländliche Räume zu stabilisieren. Meine Damen und Herren, wir wollen den Bäcker, wir wollen die Post und wir wollen auch die Bank möglichst im Dorf lassen. Wir müssen jedoch dafür sorgen, dass durch intelligente Maßnahmen, wie beispielsweise mobile Pflegedienste, aber auch durch Telekommunikationstechnik, durch Bürgertaxen oder Ähnliches, auch die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im ländlichen Raum weiterhin gesichert leben können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht doch einmal! Ihr bringt ja gar nichts auf die Reihe! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Frau Kollegin Haußmann, wo leben Sie denn? – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Kollegin Haußmann, bitte!)

Wer im Ostalbkreis wohnt, weiß das zu schätzen. – Liebe Ulla, ich hoffe, du weißt es auch zu schätzen.

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

Wir wollen aber auch die schulischen Angebote entsprechend ausbauen und erhalten. Meine Damen und Herren, auch bei Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es Handlungsbedarf, damit Beruf und Familie auch in ländlichen Räumen organisierbarer werden.

Vorgestern besuchte ich eine Werkrealschule in der Gemeinde Frankenhardt, die auch zukünftig Bestand haben wird,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

und zwar einzügig, lieber Helmut. Dort gibt es engagierte Eltern, engagierte Lehrer, dort gibt es Gemeinderäte und Bürgermeister, die nicht den Kirchturm sehen, sondern das Wohl der Kinder. Eine solche Entscheidung wird den ländlichen Raum stärken.

Wenn man dazu noch, lieber Kollege, Gymnasien, berufliche Gymnasien hat, dann muss man sich Folgendes auf der Zunge zergehen lassen: Z. B. hat man im Hohenlohekreis beim Übergang ins Gymnasium eine Quote von etwa 30 %, 35 %, in Heidelberg eine Quote von über 50 %. Allerdings ist die Zahl der erfolgreichen Hochschulabsolventen im Hohenlohekreis höher, und zwar deshalb, weil wir in Baden-Württemberg durch die beruflichen Gymnasien und die Berufsschulen eine tolle Bildungslandschaft haben. Das gilt es auch weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dass das Land Baden-Württemberg hier auf dem richtigen Weg ist, zeigen auch die Arbeitslosenquoten. Sie betragen im Februar 2010 im Landkreis Biberach 4,1 %, im Alb-Donau-Kreis 4,3 %, im Main-Tauber-Kreis 4,2 % und im Landkreis Schwäbisch Hall 4,9 %. Das alles sind ländliche Regionen. Dazu, meine Damen und Herren, die Quote im Bundesdurchschnitt: Sie beläuft sich auf 8,6 %. Von den neuen Bundesländern möchte ich gar nicht sprechen.

Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass unsere Maßnahmen im ländlichen Raum greifen. Deshalb ist mir auch nicht bange.

Allerdings: Der demografische Wandel holt uns jetzt ein. Wir müssen eines klar und deutlich sehen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Bullinger, bitte kommen Sie allmählich zum Schluss.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wäre recht!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich komme allmählich zum Schluss.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Redezeit ist von allen sehr gut eingehalten worden. Ich kann bei Ihnen nicht noch etwas dazugeben.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, Ihnen entgehen jetzt wichtige Zahlen, die ich Ihnen gern noch mit auf den Weg gegeben hätte.

(Heiterkeit)

Ich werde Ihnen die Zahlen dann oben in Ihr Fach legen.

(Heiterkeit)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir werden diesem Agrarhaushalt natürlich zustimmen und wünschen uns, dass wir weiterhin so erfolgreich Politik für den ländlichen Raum machen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Landwirtschaftsminister Hauk das Wort.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Er kann jetzt die richtigen Zahlen bringen!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst herzlich für die konstruktiven Ausschussberatungen zum Einzelplan 08 bedanken. Es ist bei der Gesamtdebatte nicht möglich, dass wir in wenigen Minuten alle Ziele, Maßnahmen und Initiativen umfassend darstellen. Zu vielfältig sind die Aufgaben. Ich will aber gerade auch nach dieser Debatte feststellen: Die Unionsfraktion mit dem Kollegen Locherer wie auch die FDP/DVP mit dem Kollegen Dr. Bullinger sind, glaube ich, die Einzigen, die erkannt haben, was integrierte Politik für den ländlichen Raum letztlich bedeutet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben erkannt, dass die Landwirtschaft dabei ein ganz wichtiger Pfeiler ist. Sie ist der zentrale Pfeiler, von dem alles ausgeht. Hinzu kommen aber eben gleichermaßen die Fragen nach der Struktur der ländlichen Räume, nach dem Ver-

braucherschutz sowie den flächengebundenen Aufgaben im Naturschutz und im Bereich der Waldwirtschaft. Man kann das eine nicht vom anderen isolieren.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Das sagt auch die EU!)

Lieber Kollege Winkler, wenn Sie der Landesregierung vorhalten, sie würde ihre Ausgabepolitik nach dem Gießkannenprinzip gestalten, dann muss ich schon sagen: Da sind Sie weit, weit ab von der Welt.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Überhaupt nur in Baden-Württemberg werden im Bereich der Landwirtschaft bei der Frage des Klimaschutzes, der Landschafts-, der Kulturlandschaftspflege und -erhaltung und natürlich bei der Frage der Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel strukturell spürbare Zahlungen geleistet und damit strukturell spürbare Effekte ausgelöst.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aber niemand kennt sie!)

Das kann man in der Tat aus dem Haushalt ersehen.

Herr Kollege Dr. Murschel, Sie haben mir vorgeworfen, das Ganze sei ein bisschen schwer zu durchschauen. Wenn ich, der ich – so würde ich sagen – mit einer mittleren Intelligenz ausgestattet bin, das schaffe, dann will ich das doch auch für Sie annehmen.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sie haben es ja auch nicht erklären können!)

Für uns, für die Union, gilt: Nicht nur fördern, sondern auch fordern. Wir fordern allerdings auch die Grünen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wenn also ich das schaffe, dann werden es auch andere Leute schaffen.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sie haben es ja nicht geschafft!)

Wir erteilen gern Nachhilfe.

Es ist doch ganz entscheidend, dass man die Zielsetzungen gemeinsam sieht, als neue Herausforderungen begreift, sie letztlich aber integrativ anpackt.

Ich will es an einem Beispiel festmachen. Sie haben den Klimaschutz erwähnt. Im Bereich des Klimaschutzes ist die größte Leistung, die wir in diesem Land überhaupt erbringen können – – Da geht es nicht um die Frage, ob die Kuh nun 8 000 oder 10 000 Liter Milch gibt. Nein, meine Damen und Herren, die zentrale Frage ist doch, ob in unserem Land Grünland als CO_2-Speicher und damit als CO_2-Senker überhaupt erhalten bleiben kann. Das ist die größte Herausforderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Dieser Herausforderung müssen wir uns doch stellen.

Deshalb greifen wir, wenn man so will, an diesem Punkt auch integrativ ein. Einerseits geschieht das über das MEKA und andererseits über die Ausgleichszahlungen. Zum Dritten erfolgt das im Naturschutzbereich durch die Pflege von Grünlandflächen, und zwar gerade von solchen Flächen, die extensiv bewirtschaftet werden und die für den Naturschutz wichtig sind. Es geht darum, dass auch solche Flächen erhalten bleiben und weiter bewirtschaftet werden können. Das ist ein aktiver Beitrag sowohl zur Generierung hochwertiger Nahrungsmittel als auch gleichermaßen zum Klimaschutz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Alfred Winkler SPD: Ein Beiträgle!)

Insofern sind das Synergieeffekte, die wir mit unserer Politik erreichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Mir stellt sich das so dar, als lebten Sie auf einer Insel.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Die Agrarpolitik hat sich in den letzten zehn Jahren gravierend verändert. Wir werden in Stuttgart, in Freiburg und wo auch immer das Rad nicht mehr zurückdrehen können. Denn hier gelten die Rahmenbedingungen von Europa.

In dieser Situation geht es wirklich darum, dass unsere Bauern heute mit den Weltmarktpreisen in allen Bereichen – nicht nur bei Schweinefleisch, bei dem das schon immer so war, sondern auch bei Raps, Getreide, Milch, Fleisch, Rindfleisch etc. – mithalten können müssen; sie sind in allen Bereichen in den Weltmarkt hineingestellt. Damit sind sie direkt, wie die Industrie und das Handwerk, betroffen. Im Unterschied zu Handwerk und Industrie sind sie jedoch flächengebunden – das Kapital bleibt also in der Fläche –, und das führt zu einer Kapitalintensität, mit der sie es noch nie zu tun hatten, weil sie noch nie in dieser Richtung unternehmerisch gearbeitet haben. Das muss man doch auch einmal sehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Vorstellung!)

Genau in dieser Situation, in einer Situation, in der sich innerhalb weniger Jahre tatsächlich ein politischer Paradigmenwechsel vollzogen hat, muss man neu justieren. Da dürfen wir aber den Landwirten kein X für ein U vormachen. Sie forderten, die Quote aufrechtzuerhalten, und stellten sich dabei in eine Reihe mit Demonstranten etc. Herr Murschel, das ist doch Populismus pur.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie in anderen Bereichen auch!)

Damit streut man den Menschen doch Sand in die Augen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Murschel als Sandmännchen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Da machen wir nicht mit. Das tun wir nicht, sondern wir handeln mittel- und langfristig; denn es geht uns mittel- und lang-

fristig darum, dass auch morgen noch landwirtschaftliche Familienbetriebe – wohlgemerkt: Familienbetriebe – diese Kulturlandschaft bewirtschaften.

Als Bürger und als Konsumenten möchten wir einen möglichst hohen Ertrag an gesunden, regionalen Nahrungsmitteln, gekoppelt möglichst auch mit sinnvollen Carbon Footprints. Wir möchten als Bürger und als Verbraucher auch, dass wir, wenn wir morgens aus unserem Schlafzimmerfenster schauen, eine ordentliche, gepflegte Kulturlandschaft vor Augen haben. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Da muss man auch ein paar Neuerungen hinnehmen. Ich will in Bezug auf den Landwirtschaftssektor nur den Bereich der grünen Gentechnik ansprechen. Ich bin nun wirklich kein Fetischist. Aber wir müssen – um das einmal deutlich zu sagen – die Tür offenhalten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aber welche?)

Wir müssen eigene Forschung und dabei auch angewandte Forschung betreiben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Welche Forschung?)

– Wir müssen uns doch nicht unbedingt auf das Thema Transgenetik, also das Kreuzen mit artfremden Genen, einlassen. Es kann auch Cisgenetik sein. Die Biotechnologie kann der Beschleunigung der herkömmlichen Kreuzung dienen. Hierzu gibt es jedoch von Ihnen keine Antworten. Sie lehnen vielmehr alles pauschal ab. Das ist doch unser Problem.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch nicht das Problem!)

Das ist der Grund, weshalb wir in diesem Bereich gar nicht vorwärtskommen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich will keiner Gruppe in Deutschland und in Baden-Württemberg, keiner Berufsgruppe staatlicherseits irgendwelche Chancen verbauen; ganz im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Dort, wo Mittelständler produzieren – die Bauern haben mittelständische Betriebe –, hat der Staat auch die Pflicht und die Schuldigkeit, ihnen bei der Forschung, der angewandten Forschung etc. ein paar Vorleistungen zu erbringen. Das machen wir in anderen Bereichen z. B. durch Transferzentren gleichermaßen. Dort, wo es um unsere Lebensgrundlagen geht, muss das doch letztlich ähnlich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Winkler hat vorhin gesagt, unser Haushaltsplan hätte keine Struktur, wir würden auf den Strukturwandel nicht reagieren etc. Ich wundere mich ja: Die SPD-Fraktion legt Anträge vor, in denen sie fordert, beim Regionalprogramm zu kürzen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was? Unglaublich! Unerhört!)

Nun muss man wissen, was darin steht. Darin steht z. B., dass wir als Reaktion auf neue Herausforderungen – Klimaschutz und Strukturwandel – auch mehr Investitionsmittel an bäuerliche Familienbetriebe vergeben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig!)

Wir machen nichts anderes, als eine Eigenkapitalbeihilfe zu geben,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig!)

damit die Betriebe, die morgen am Markt sind, mit möglichst viel Eigenkapital – was alle wollen – ihre Aufgabe erfüllen können. Gerade in diesem Bereich wollen Sie jetzt streichen, obwohl man gerade in der jetzigen Situation dort handeln muss.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist ja nicht ausgeschöpft!)

Herr Kollege Winkler, ich verstehe Sie letztendlich nicht. Der Kollege Murschel schlägt vor, 5 Millionen € aus der Flurneuordnung herauszunehmen, weil es dort hauptsächlich um den Wegebau gehe. Auch dazu muss man feststellen: Die Rahmenbedingungen sind in Baden-Württemberg etwas schlechter, weil unser Land topografisch und klimatisch Nachteile aufweist. Hinzu kommt noch die Historie der Realteilung. Aufgrund der Realteilung haben wir auch viele Wege und Schleichwege und dergleichen mehr.

Herr Kollege Murschel, bevor wir heute Flurneuordnung machen, gibt es eine ökologische Ressourcenanalyse. Nach Abschluss des Flurneuordnungsverfahrens gibt es wieder eine ökologische Ressourcenanalyse. Seitdem wir das machen, ist die Bilanz in allen Fällen positiv, nicht negativ. Auch das muss man doch einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl! So ist es!)

Wir bauen durch die Flurneuordnung nicht mehr Wege, sondern da kommen doch Wege heraus.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es!)

Nur: Die, die gemacht werden, werden besser. Das ist doch der entscheidende Punkt. Bei Ihnen ist es nur reine Ideologie. Das ist doch der Knackpunkt.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 08 beinhaltet natürlich nicht nur die Landwirtschaft. Lassen Sie mich deshalb noch einiges zu den weiteren Herausforderungen der Gegenwart sagen, auf die wir aktuell reagieren: in der Strukturentwicklung unserer ländlichen Räume, unserer Dörfer und Gemeinden, wenn es um die Frage der Innenentwicklung und der Außenentwicklung geht.

(Unruhe auf der Zuhörertribüne)

– Herr Präsident, vielleicht können Sie einmal die Zuhörer bitten, sich in der Lautstärke zu beschränken.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die können es nicht mehr hören! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich bitte die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, beim Verlassen des Saals leiser zu sein. Denn sonst wird es hier unten schwierig, zuzuhören.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Hinsichtlich der Strukturentwicklung unserer Dörfer und Gemeinden gibt es zwei zentrale Herausforderungen. Die erste ist der Flächenverbrauch der freien Landschaft. Eine Dimension des Flächenverbrauchs ist die dörfliche Innenentwicklung.

Die andere Dimension liegt im sozialen Bereich. Es geht auch darum, dass wir in unseren Dörfern und Gemeinden das soziale Netzwerk stärken. Das stärken wir nicht dadurch, dass wir junge Leute ins Neubaugebiet schicken, während im alten Ortskern – das gilt übrigens für die Städte gleichermaßen – nur noch alte Menschen wohnen. Es geht darum, dass wir beide Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Genau deshalb verstärken wir die Innenentwicklung und geben denjenigen, die im Innenbereich sanieren oder dort auch abreißen und etwas Neues bauen, einen Zuschuss. Ich glaube, es ist ein Gebot der Zeit – auch aufgrund der demografischen Entwicklung –, dass wir das Wohnen im Innenbereich unserer Dörfer und Gemeinden – das gilt auch für die Innenstädte; in der Stadtsanierung läuft es ähnlich – wieder attraktiv machen. Denn wenn im Gefolge dessen im Innenbereich wieder Leben herrscht, beklagen wir uns auch nicht mehr über aussterbende Fußgängerzonen. Dann ist z. B. der Tante-Emma-Laden auf einmal wieder interessant, weil er eben vor der Haustür liegt. Das ist der eine Punkt.

Die zweite Herausforderung der Gegenwart ist das Thema Breitbandversorgung. Was ich dazu von den Grünen höre, wundert mich nicht. Dort, wo Sie herkommen, ist das kein Thema. Sie haben ja überall Vollversorgung. Aber Tatsache ist: Ein guter Teil der Bevölkerung – wir kennen seinen Umfang gar nicht genau; aber wir merken es an dem, was an Anträgen kommt – hat eben keine vollständige Breitbandversorgung.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben schon einen Abgeordnetenbrief von mir bekommen!)

Deshalb handelt es sich eigentlich um eine Bundesaufgabe. Nachdem sich der Bund dieser Aufgabe elegant entzieht und nichts tut, bleibt nichts anderes übrig: Städte und Gemeinden einerseits und das Land andererseits müssen handeln.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir versetzen die Bürger in die Lage, einen breitbandigen Zugang zu erhalten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist doch kein Streitthema!)

– Das ist kein Streitthema, aber wir tun es ja. Entschuldigen Sie, Herr Untersteller: Vorhin wurde behauptet, es gäbe keine Struktur; wir würden uns der Herausforderung der Gegenwart nicht stellen. Wir machen das, wir tun das. Ich glaube, das ist einer der ganz entscheidenden Punkte – ich will nur diese beiden Beispiele aufnehmen –, bei denen wir gerade im Bereich der ländlichen Entwicklung weitergehen.

Als Vorletztes will ich das Thema Naturschutz ansprechen. Das war früher immer ein Streitthema bei uns im Landtag. Da kam regelmäßig, gebetsmühlenartig – vor allem von den Grünen, zum Teil auch von der SPD – die Aussage, wir würden im Bereich des Naturschutzes viel zu wenig tun. Ich will nur einmal festhalten: Noch niemals haben wir in Baden-Württemberg so viel Geld für den Naturschutz ausgegeben, wie es in den Jahren 2010 und 2011 vorgesehen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Aber ich gestehe Ihnen zu: Das geschieht nicht ideologisch, sondern das meiste oder ein guter Teil dessen geht auch an die Landwirte, damit sie für den Naturschutz wichtige Flächen pflegen und in einem Zustand erhalten, der es ermöglicht, dass dort seltene Tierarten und Pflanzenarten weiter leben können. In der Summe belaufen sich die Ausgaben in diesem Bereich jährlich auf 26,7 Millionen €. Das sind 2,3 Millionen € mehr an Landesmitteln als in der Vergangenheit. Hinzu kommen noch 9 Millionen € an europäischen Mitteln. Damit ist der Naturschutz nun wirklich – Gott sei Dank, muss ich sagen – gut aufgestellt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das sehen die Verbände aber anders!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es gerade für die schwierigen Jahre 2010 und 2011 das Ziel sein muss, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Wir wollen auch in der Zukunft eine leistungsfähige Landwirtschaft. Wir wollen einen starken und innovativen ländlichen Raum mit einer starken Wirtschaftsstruktur, auch mit einer starken Bevölkerung. Wir wollen eine Politik im Interesse der Verbraucher, die auch die Wirtschaft nicht aus dem Blick verliert. Und wir wollen eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Ressourcen im Einklang mit der Natur. Daran wollen wir im Interesse unseres Landes auch in den kommenden beiden Jahren erfolgreich arbeiten. Dafür ist der vorliegende Haushalt eine hervorragende Grundlage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler für die SPD-Fraktion.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: A wa! Nichts gelernt bei der Nachhilfe?)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei Stichworte greife ich auf, die der Herr Minister losgelassen hat.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wehe, wenn sie losgelassen!)

Er hat gesagt, noch nie sei so viel Geld für den Naturschutz bereitgestellt worden. Jetzt darf ich einfach daran erinnern, dass man dann, wenn ein großes Gebiet wie ein Biosphärenreservat hinzukommt, das man mit ein paar Hundert Euro un-

terstützt, gut behaupten kann, noch mehr Geld als im vergangenen Jahr auszugeben – auch wenn die Mittelausstattung weit von dem entfernt ist, was diese zusätzliche Maßnahme an zusätzlichen Mitteln braucht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie wollen Sie das finanzieren?)

Sie haben zu wenig Mittel eingestellt, um solch ein großes Projekt auf die Schiene zu setzen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Reden Sie nicht alles schlecht! Es ist alles gut bei uns!)

Es sind weniger Mittel für den Rest vorhanden. Daran führt nichts vorbei.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Zweiter Punkt: Breitbandversorgung. Lieber Herr Minister, Sie verweisen jetzt auf Berlin. Vor zwei Jahren haben Sie hier gesagt, das sei Privatsache der Telekommunikationsunternehmen, das sei Privatsache der Kunden. Da wussten wir schon lange, dass die Versorgung des ländlichen Raums – die in den Ballungszentren kein Problem ist – nicht Privatsache bleiben kann. Jetzt steigen Sie darauf ein. Jetzt ist es nicht mehr Privatsache. Sie haben hier Unterricht genommen, Sie haben Ihre Auffassung geändert. Hören Sie jetzt aber auf, auf den Bund zu verweisen. Es ist Landessache. Die Leute leben hier im Land, und sie brauchen auch im ländlichen Raum Anschluss.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt – damit es klar wird –: Flächenverbrauch. Wir alle wollen und fordern die Eindämmung des Flächenverbrauchs. Wir alle brauchen eine Autobahn, einen viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn, eine Verstärkung der Schnellbahntrassen. Wir alle brauchen Flächen, weil wir solche Maßnahmen fordern. Fordern Sie also bitte nicht auf der einen Seite scheinheilig einen Rückgang des Flächenverbrauchs, wenn Sie auf der anderen Seite tagtäglich die Nutzung dieser Flächen fordern.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich will schlagwortartig noch Folgendes ansprechen:

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Flurneuordnung: Herr Minister, Sie sagen, am Ende werde eine positive Bilanz stehen. Das Ziel einer positiven Bilanz dürfen Sie beibehalten. Das geht aber auch, ohne dass wir als Land den Straßen- und Wegebau fördern.

Gentechnik: Sie beziehen sich auf die Mittelständler. Hier geht es aber nicht um Mittelständler. Hier geht es um Agrarkonzerne wie Monsanto, und es geht um Drittmittelforschung, darum, dass im Auftrag von Monsanto an Forschungseinrichtungen geforscht wird. Das geschieht zum Schaden der Landwirte hier.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Milch: Sie sagen, wir würden Sand in die Augen streuen. Zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 2 oder 3 Millionen € werden vom Land für die Milchbauern ausgegeben. Gebraucht werden aber 300 Millionen € pro Jahr. Wer streut denn da Sand in die Augen?

Sie sagen: Durch Grünland leisten wir einen positiven Beitrag zum Klimaschutz. 2,5 % Grünlandverlust gab es jedoch allein zwischen 2002 und 2008. Die EU hat den Grenzwert auf 5 % gesetzt. Das heißt, in wenigen Jahren werden wir die Grenze erreicht haben, von der an die EU beim Grünlandverlust einschreiten muss. So viel zum Thema Klimaschutz.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur A b s t i m m u n g.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5708. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich jeweils bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0801

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Hier gibt es zwei Änderungsanträge. Der erste ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5808-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der zweite ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5808-4. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich komme jetzt zu der ursprünglichen Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Hier gibt es drei Anträge. Zuerst der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5808-1. Wer diesem Antrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der nächste Antrag zu diesem Kapitel ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5808-5. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Als Nächstes kommt zu diesem Kapitel der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5808-6. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zu der ursprünglichen Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu Kapitel 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Können wir über die Kapitel 0804 bis 0827 insgesamt abstimmen, oder wird Einzelabstimmung gewünscht? Ein Änderungsantrag liegt erst wieder zu Kapitel 0829 vor.

(Zurufe von der SPD: Einzelabstimmung!)

Es wird Einzelabstimmung gewünscht.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Später kann man zusammenfassen!)

– Vielleicht kann man das anschließend so machen.

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0806

Vermessung und Flurneuordnung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0809

Landwirtschaftsverwaltung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0810

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bis 0819! – Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Nein, bis 0816!)

– Also die Kapitel 0810 bis 0816.

Ich rufe auf

Kapitel 0810 bis Kapitel 0816

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diesen Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0818

Haupt- und Landgestüt Marbach

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Da kann niemand dagegen sein! – Zuruf: 0817?)

– Deswegen rufe ich es ja auf. – Weil der Zwischenruf kommt: Kapitel 0817 fehlt, das gibt es nicht. Ich wollte das nur sagen.

(Heiterkeit)

Wer dem Kapitel 0818 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0819

Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei Baden-Württemberg

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0820

Landesanstalt für Schweinezucht

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0826

Veterinärwesen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 14/5808-7 und 14/5808-8, vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/5808-7 abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 14/5808-7 abgelehnt.

Ich lasse über den zweiten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5808-8, abstimmen. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 14/5808-8 abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0829 – Naturschutz und Landschaftspflege – in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel 0829 mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Wer stimmt für dieses Kapitel? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Kapitel 0833

ForstBW

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5808-2, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel 0833 – ForstBW – in der ursprünglichen Fassung. Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum – ist damit abgeschlossen.

Damit ist Buchstabe c der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen jetzt zum **Buchstaben d** der Tagesordnung:

Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5709

Berichterstatterin: Abg. Heiderose Berroth

Die Berichterstatterin, Frau Abg. Berroth, wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Klenk das Wort.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns – dies war in den Beratungen über die öffentlichen Haushalte über alle Bereiche hinweg zu hören – in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, wie wir sie bislang noch nicht kannten. Bei allen weiteren Entwicklungen – auch beim ersehnten Aufschwung – gilt für die Sozialpolitik: Wir können und dürfen niemanden am Rand zurücklassen.

Aufgabe der Sozialpolitik ist es aber auch, unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit mit dafür zu sorgen, dass wir kommenden Generationen noch genügend Luft zum Atmen lassen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Andernfalls, liebe Kolleginnen und Kollegen, wären die Probleme, die wir heute wälzen, marginal.

Ich darf mit Zustimmung des Herrn Präsidenten die Berichterstatterin im Finanzausschuss zitieren, die gesagt hat, der Einzelplan 09 biete eine hohe Transparenz.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das stimmt!)

Trotz der erbrachten Einsparauflagen – die Betonung liegt auf „erbrachten“ – erfahren die Bürger und Verbände – dies war bei den ohnehin knapp bemessenen und oft seit Jahren unveränderten Ansätzen ein großes Anliegen auch unserer Fraktion – keine Kürzungen. Dabei bedarf es besonderer Erwähnung, dass die bisherigen Ansätze nicht einfach fortgeschrieben, sondern strukturell verändert wurden. Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man auch politische Schwerpunkte setzen und aktuellen Entwicklungen entgegentreten.

Allerdings ist Geld auch bei der Familienpolitik nicht alles, meine sehr verehrten Damen und Herren. So hat z. B. das Elterngeld den Trend bei der Geburtenrate bislang nicht wirklich umgekehrt. Wer verunsichert ist – etwa durch die Wirtschaftskrise –, stellt Kinderwünsche unter Umständen hintan. Während im Jahr 1980 Frauen mit durchschnittlich 25 Jahren ihr erstes Kind bekamen, liegt das Durchschnittsalter heute bei fast 30 Jahren; denn die Frauen wollen beruflich rasch wie-

(Wilfried Klenk)

der Fuß fassen, um nicht den Anschluss zu verlieren. Wir stehen deshalb zu einem bedarfsgerechten Ausbau – die Betonung liegt auf „bedarfsgerecht“ – der Kleinkindbetreuung. Bei allem Verständnis können wir aber die Hauptlastträger in der jetzigen Situation nicht überfordern.

Um bestehende oder zu erwartende Not- und Konfliktlagen zu bewältigen, wollen wir eine Initiative des EAK aufgreifen und dessen Notlagenfonds für Schwangere „Kind willkommen“ gern einmalig unterstützen.

Als eine segensreiche Einrichtung kann man die vom Land bereits im Jahr 1980 gegründete Stiftung „Familie in Not“ bezeichnen. Aufgabe dieser Stiftung ist es, Familien und werdenden Müttern in Not- und Konfliktsituationen zu helfen, wenn andere Hilfen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen. Die Vertreter der im Landtag vertretenen Fraktionen, die Mitglied im Stiftungsrat sind, wissen, wovon ich spreche.

Das aktuelle Stiftungsvermögen beträgt knapp 8,2 Millionen €. Die Zahl der Bewilligungen ist, bedingt u. a. durch die aktuelle ökonomische Lage, aber auch durch die aktuelle Situation auf dem Kapitalmarkt, deutlich zurückgegangen. Außerdem verringerte sich die Höhe der Stiftungsleistung pro Bewilligung. Während sie im Jahr 2000 noch bei 2 750 € lag, betrug sie im Jahr 2008 gerade noch 1 157 €. Wir wollen in der Familienpolitik einen nachhaltigen Beitrag leisten, indem wir das Stiftungskapital um 800 000 € aufstocken.

Etwas Kummer – das geben wir zu – macht uns die mobile Jugendarbeit. Wir sind von ihrem Erfolg überzeugt und wollen daran festhalten bzw. sie weiter ausbauen. Obwohl es sich um eine kommunale Aufgabe handelt, sehen wir das Land in der jetzigen Phase durchaus auch hier weiter mit in der Verantwortung. Die im vergangenen Jahr durchgeführte landesweite Erhebung hat gezeigt, wie wichtig die mobile Jugendarbeit ist,

(Zuruf von der SPD: Oha!)

um besonders benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene, die von den bestehenden Angeboten nicht oder nur teilweise erreicht werden, zu erreichen.

Die Fachkolleginnen und -kollegen haben im Rahmen der bisherigen Haushaltsberatung die Entwicklung natürlich mitbekommen. Da sich die Kommunen, die ohnehin, auch in Zukunft, 80 % der Stellenkosten zu tragen haben, aufgrund der derzeitigen Lage der kommunalen Haushalte schwertun, bestehende Angebote auszubauen bzw. neue aufzubauen, ist es unseres Erachtens unabdingbar, die Landesförderung entsprechend fortzuführen. Ansonsten bestünde aus den zuvor erwähnten Gründen sogar die Gefahr, dass auch bestehende Angebote abgebaut werden müssen.

Die Notwendigkeit haben wir mit unseren Fraktionsmitgliedern im Sonderausschuss „Amoklauf“ besprochen. Deshalb bitten wir um Vertrauen darauf, dass dies in der Folge auch so beschlossen wird. Dies mag dem einen oder anderen verfahrenstechnisch nicht ganz einleuchten. Ich gebe zu, dass ich auch nicht ganz verstanden habe, warum wir so damit umgehen. Ich denke aber, dass es andererseits – das ist entscheidend – auch Sinn macht, wenn der nach dem schrecklichen Amoklauf eigens eingerichtete Sonderausschuss ein Maßnahmenpaket schnürt und wir uns bei diesem wichtigen Thema – ich denke, dabei sind wir uns im Hohen Haus alle einig – nicht verzetteln, sondern miteinander ein Gesamtpaket schnüren.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir alle gemeinsam das erreicht haben, was wir letztendlich wollen.

Ich füge aber noch hinzu: Neben dem Vertrauen auf den Sonderausschuss habe ich auch Vertrauen in das Sozialministerium, wenn es darum geht, die Zeit bis zur Verabschiedung der Beschlussempfehlung des Sonderausschusses so zu überbrücken, dass die Förderung im derzeitigen Umfang gesichert ist. Ich denke, dies ist insbesondere gegenüber den Trägern ein wichtiges Signal.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

– Das ist nicht unglaublich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Doch! Das ist unglaublich!)

Aber auch die Umsetzung der Ergebnisse aus dem Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ und weitere Projekte zur Prävention liegen uns am Herzen, weshalb wir uns hier für eine weitere Förderung einsetzen.

Nachdem uns im letzten Haushalt der Einstieg in die Erhöhung der Zahl der Plätze für das freiwillige soziale Jahr gelungen ist, begrüßen und unterstützen wir es ausdrücklich – dies war damals auch unser Ziel –, dass die Gesamtzahl der geförderten Plätze mit Blick auf die steigende Nachfrage nicht zuletzt wegen der aktuellen konjunkturellen Lage, aber auch im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2012 in diesem Jahr auf 5 600 Plätze und 2011 auf 5 800 Plätze erhöht wird. Wir danken der SPD,

(Zuruf von der CDU: Oi!)

dass sie mit uns der Auffassung ist, dass eine Abschaffung bzw. Umwidmung des Landeserziehungsgelds nicht erfolgen darf,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

da gerade in der jetzigen Situation zahlreiche Familien darauf angewiesen sind. Ich erinnere hierbei an die Worte unseres früheren Ministerpräsidenten Erwin Teufel, der uns immer gemahnt hat: Lasst die Finger davon, denn dieses Geld kommt gerade den Familien zugute, die es am bittersten nötig haben.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sicher auch der Presse entnommen, dass die neue Bundesfamilienministerin alle familienpolitischen Leistungen – es sind, glaube ich, über 150 – auf den Prüfstand stellen will, jedoch – das ist wichtig – mit dem Zusatz, das geschehe nicht, um Geld einzusparen, sondern um sie auf deren Zielgenauigkeit zu überprüfen.

Immer wieder flammte in den letzten Monaten die Diskussion auf, ob die Mittel für die Verteilung von Bildungsgutscheinen nicht zugunsten aufsuchender Angebote umgewidmet

(Wilfried Klenk)

werden sollten. Aktuell haben wir dazu jetzt auch einen Antrag vorliegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, man sollte das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das Einkommen einer Familie sagt noch gar nichts darüber aus, inwieweit man in dieser Familie mit einer neuen Situation fertig wird. Wir wollen mit den Gutscheinen einen Anreiz zum Besuch von entsprechenden Bildungsangeboten für alle schaffen. In diesem Zusammenhang sei auch einmal erwähnt, wie viele sehr gute Angebote dadurch in den letzten Jahren überhaupt erst entstanden sind.

Meine Damen und Herren, der Rat der Europäischen Union hat zur Unterstützung der Gemeinschaft bei der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Da bei EU-finanzierten Maßnahmen in der Regel eine Kofinanzierung auf nationaler Ebene erforderlich ist, sind auch der Bund und die Länder gefordert, im Jahr 2010 entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Wir möchten, dass sich unser Land an geeigneten Aktionen finanziell beteiligt und so auch eigene Akzente setzt. Vorrangig werden die Veranstaltungen aber wohl von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, durch bürgerschaftliches Engagement und von den Kirchen durchgeführt werden.

Nach Aussagen der Liga der freien Wohlfahrtspflege leben in Baden-Württemberg derzeit 9 906 Menschen ohne Wohnung. Mit Besorgnis stellt die Liga dabei fest, dass 1 265 junge Menschen unter 25 Jahren wohnungslos sind. Hier ist die freie Wohlfahrtspflege zusammen mit den kommunalen Trägern zwar selbst gefordert, jedoch sind wir der Auffassung, dass in den Jahren 2010/2011 ein Beitrag des Landes in Form eines Sonderinvestitionsprogramms speziell für diese jungen Menschen auf den Weg gebracht werden soll. Sie erinnern sich: In den Jahren 2008 und 2009 haben wir mit großem Erfolg ein Sonderinvestitionsprogramm für wohnungslose Frauen aufgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, dass wir Probleme nicht nur situativ thematisieren und problematisieren dürfen, um sie danach ganz schnell wieder zu vergessen. Als Beispiel seien aktuelle menschenunwürdige Formen von Prostitutionsausübung genannt. Deshalb halten wir die Kofinanzierung des Bundesmodellprojekts „Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution“ für unterstützungswürdig.

Mit dem demografischen Wandel ist auch die Anzahl demenzieller Erkrankungen in den letzten Jahren stark angestiegen. Dieser Trend wird sich vermutlich in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen. Dies hat u. a. auch die Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion bestätigt. Das bedeutet für die Familien selbst, für das Gemeinwesen und die Sozialpolitik eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre.

Obwohl in den vergangenen Jahren durch vielfältige Initiativen bereits deutliche Fortschritte erreicht wurden, wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Dabei muss man allerdings auch immer wieder darauf hinweisen, dass dies nur gesamtgesellschaftlich zu bewältigen ist.

Nach unserer Intention sollten die zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel der Verbesserung und Verbreitung der Erkenntnisse, z. B. in Bezug auf Hilfestellungen nach der Diagnose Demenz, Gewalt gegen Demenzkranke, Einsatz innovativer Technologien für Demenzkranke und Behinderung bei Demenz, dienen.

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind unsere Anmerkungen zum Einzelplan 09.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Hinblick auf den Sozialetat der Landesregierung gibt es drei Botschaften: eine gute, eine schlechte und eine ganz schlechte.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Komm! Noi! Das kann aber nicht sein!)

Ich fange mit der guten Botschaft an. Trotz Rekordverschuldung des Landes Baden-Württemberg enthält der Haushalt des Sozialministeriums unterm Strich nur Kürzungen um 2 % im Vergleich zum Vorjahr. Das ist zunächst einmal gut so, weil jeder weiß, dass es für die öffentlichen Haushalte falsch wäre, auf dem Höhepunkt einer Wirtschaftskrise massiv zu kürzen. Das gilt ganz besonders für den Sozialetat.

In der Regel werden die Ansätze der Vorjahre beibehalten,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das reicht jetzt schon einmal so!)

und dort, wo es Kürzungen gibt – etwa bei der Investitionsförderung von Pflegeeinrichtungen –, waren diese häufig bereits lange angekündigt, oder es konnten, wie beim Landeserziehungsgeld, geringere Ansätze verwendet werden, aber nicht weil die Leistungen zurückgehen, sondern weil die Zahl der Kinder, deren Eltern diese Leistungen beanspruchen können, abgenommen hat.

So wie es aussieht, wird die Landesregierung, wenn wir über die Empfehlungen des Sonderausschusses „Winnenden“ beraten, sogar einen Teil der Kürzungen – hier spreche ich insbesondere die Förderung der mobilen sozialen Jugendarbeit in Problemgebieten an – in Form eines dann zusätzlich ausgewiesenen Finanzbeitrags des Landes zur Vermeidung weiterer Gewalttaten von Jugendlichen wieder zurücknehmen. Rechte Tasche, linke Tasche, Frau Ministerin. Dieser Vorgang ist finanzpolitisch völlig unsinnig und geht zulasten der Planungssicherheit der Träger in der Jugendsozialarbeit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die grundsätzliche Übernahme der Haushaltsansätze der Vorjahre leitet aber schon zur schlechten Botschaft über: Der Etat wurde so geschrieben, dass es keine Weiterentwicklung gibt. Damit erzeugen wir zwar keine Aufschreie bei den Betroffenen, aber dringend notwendige oder mehr oder minder bereits zugesagte Erhöhungen erscheinen auch nicht. Ich denke da ganz besonders an den Ausbau der U3-Kinderbetreuung,

(Ursula Haußmann)

den Kinderschutz und die Investitionsförderung bei den Krankenhäusern.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr viel getan!)

Nun komme ich zur ganz schlechten Botschaft. Im Zusammenspiel der Politik der Landesregierung mit der Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition im Bund, die trotz ohnehin zu erwartender Steuermindereinnahmen als eine der ersten Amtshandlungen Steuerrabatte für Haushalte mit hohem Einkommen und für Hoteliers gewährt hat,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vor allem für Familien!)

brechen nicht nur dem Land, sondern vor allem den Kommunen in Baden-Württemberg die Einnahmen weg. Da ist es kein Wunder, wenn die Kommunen in Baden-Württemberg entsprechend reagieren. Der Gemeindetag Baden-Württemberg stellt das Wirksamwerden des Rechtsanspruchs auf Kleinkindbetreuung ab dem Jahr 2013 infrage. Die kommunalen Gebühren werden allerorten erhöht. In Stuttgart z. B. werden die Beiträge für die Kindertageseinrichtungen um 12 € pro Monat erhöht.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Schon heute müssen viele Familien mit wenig Geld über die Runden kommen. Aber weitere Kostensteigerungen werden hinzukommen. Der Eintritt ins Schwimmbad oder die Benutzungsgebühren für die öffentlichen Bibliotheken werden steigen. Die Untätigkeit des FDP-Bundesgesundheitsministers und die Klientelpolitik beim Bund führen jetzt zur Einführung der Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Liebe Frau Fauser, auch das wird Familien vor Ort hart und schmerzlich treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Schwarz-Gelb im Bund plus Schwarz-Gelb im Land bedeutet gleich weniger Netto vom Brutto.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist die bittere finanzielle Realität vieler Familien in Baden-Württemberg.

Mit der Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung geht dann die Umverteilung von unten nach oben noch weiter.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sprechen Sie zum Haushalt des Landes Baden-Württemberg! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Hinzu kommt die Tatenlosigkeit bei Verwerfungen, die nun auch den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg erreicht haben. Frau Ministerin Stolz, sprechen Sie doch einmal mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Schlecker, bei Mr. Wash – wir haben heute Morgen davon gesprochen – oder bei den Friseurdiscountern. Wenn Sie in der Stellungnahme zu unserem Antrag schreiben, dass Sie gesetzliche Mindestlohnregelungen ablehnen und Lohnfindung grundsätzlich nicht Sache des Staates sei, auch wenn es in diesen Fällen ein Schutz vor Ausbeutung wäre, und wenn Sie am liebsten noch die Kündigungsschutzregelungen aufweichen würden, dann arbeiten Sie gegen die Interessen der Beschäftigten in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wer sagt das? Niemand sagt das!)

Wer Vollzeit arbeitet, sollte von seinem Einkommen auch leben können. Das fordern nicht nur Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und die SPD, sondern auch – man höre und staune – die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was schauen Sie uns an?)

– Sie schaue ich gar nicht an, denn das ist mir einfach zu blöd.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ignorieren! – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Dieter Hillebrand CDU)

Wie Sie merken, bin ich noch immer bei den schlechten, bei den ganz schlechten Botschaften. Dazu gehören auch die angekündigte Unterstützung der weiteren Steuersenkungsorgien im Bund

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Orgien?)

und die nicht zu umgehende Tatsache, dass infolgedessen auch in Baden-Württemberg gespart werden muss – natürlich erst nach den Landtagswahlen.

Den designierten Ministerpräsident, Herrn Mappus, der heute nicht hier sein kann,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wo ist er?)

darf ich wie folgt zitieren:

> *Wenn wir aus den Sozialhaushalten nicht in erheblichem Umfang einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bringen können, dann werden wir es nicht schaffen.*

Warten wir einmal ab, Herr Mappus, was das Bundesverfassungsgericht nächste Woche zum Thema Hartz IV sagen wird. Kürzungen bei Hartz IV zu fordern, ohne zu sagen, wo, ist Stammtischniveau.

(Abg. Walter Heiler SPD: Nichts gegen Stammtische!)

Anders kann ich das nicht bezeichnen.

Der andere ganz konkrete Kürzungsvorschlag, der schon heute schriftlich fixiert von der Haushaltsstrukturkommission vorliegt, der der Herr Mappus angehört, betrifft die Abschaffung der unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein Prüfauftrag!)

(Ursula Haußmann)

Langzeitarbeitslose mit insgesamt zwei Millionen Kindern im Hartz-IV-Bezug sowie schwerbehinderte Menschen sollen also als Erste leiden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein Prüfauftrag!)

Dabei gibt es ein weiteres Zitat von Herrn Mappus, unserem designierten Ministerpräsidenten:

Keine Kürzungen bei den Schwächsten.

Merken Sie da nicht einen gewissen Widerspruch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen?

Ich fasse unsere grundsätzlichen Aussagen zum Sozialetat zusammen. Wer die Politik der Landesregierung unterstützt, der stimmt für Stillstand bis zu den Landtagswahlen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oh!)

lässt die Kommunen in Baden-Württemberg gerade bei den sozialen Aufgaben finanziell im Regen stehen und leitet bereits jetzt Kürzungen ein, die ab dem Jahr 2011 unweigerlich anstehen werden.

Zum Schluss, Frau Ministerin Dr. Stolz, komme ich nicht daran vorbei, noch einmal das Thema SGB-II-Reform anzusprechen. Wer mit Plänen aus seinem Haus die Bundestagsfraktion der CDU/CSU infiltriert und somit einen von Olaf Scholz ausgearbeiteten Kompromiss zu Fall bringt, dem alle Bundesländer zugestimmt hätten, der sollte sich schon sicher sein, dass er wenigstens seine eigenen Parteifreunde für sich erwärmen kann. Das Tohuwabohu nach dem Schreiben von Roland Koch, mit dem sich Frau von der Leyen auseinandersetzen muss, ist wirklich hausgemacht. Wir werden am Sonntag erleben, was passiert, wenn sich Frau von der Leyen mit allen Ministerpräsidenten der Bundesrepublik trifft.

Eine getrennte Trägerschaft bei den bisherigen Jobcentern ist eine Katastrophe für die Verwaltungen und deren Angestellte, eine Katastrophe für die Arbeitsmarktpolitik und vor allem eine Katastrophe für fünf Millionen Menschen mit schwerwiegenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt sowie für zwei Millionen arme Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erhält weiter Frau Abg. Wonnay das Wort.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich dachte, es gibt eine zweite Runde!)

– Die SPD hat ihre Redezeit aufgeteilt. Frau Kollegin Wonnay, Sie haben noch drei Minuten.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in der verbleibenden Redezeit für meine Fraktion auf zwei wesentliche Punkte eingehen, bei denen ich erwartet hätte, dass sie hier im Haus durch eine große Einigkeit geprägt wären.

Das eine ist der Anspruch, den insbesondere CDU und FDP/DVP verkünden, nämlich nicht nur ein „Kinderland“, sondern ein „Kinderland plus“ zu sein.

Bevor man sich anschaut, was bei einem der wesentlichen Vorhaben, nämlich beim Ausbau der Kleinkindbetreuung, konkret im Haushalt steht,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zu Hause betreut man die Kleinkinder!)

muss man zunächst feststellen, dass Sie da überhaupt erst einmal die Nachhilfe aus Berlin von Rot und von Rot-Grün gebraucht haben, um zu erkennen, dass das eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir uns dann anschauen, was im Haushalt für diese wichtigen Aufgaben, frühkindliche Bildung voranzutreiben, Eltern zu unterstützen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, steht, dann muss man sagen: Sie tun zu wenig. Sie lassen die Kinder, die Eltern, aber auch die Kommunen bei dieser Aufgabe im Stich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer will denn das Landeserziehungsgeld streichen? Ihr! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Grünen!)

Deshalb geben wir Ihnen die Chance, dass Sie an dieser Stelle zumindest einmal – „Kinderland plus“ ist ja schon übertrieben – den Anspruch, „Kinderland“ zu sein, erfüllen, indem Sie unserem Antrag auf Erhöhung der Mittel zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Wonnay, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

Abg. Marianne Wonnay SPD: Wenn ich fertig bin, können Sie gern fragen, Herr Kollege.

Ich komme zum zweiten Punkt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir wissen aus dem Gender-Atlas,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich kenne nur den Shell Atlas!)

den das Sozialministerium von Baden-Württemberg gemeinsam mit der früheren Bundesministerin für Gleichstellung erstellt hat, dass wesentliche Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels die Kreativität und das Potenzial der Frauen sind, und dass wir im Land Baden-Württemberg hier zulegen müssen. In diesem Haushalt ist die Antwort darauf Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Für mich war es heute Morgen geradezu typisch, als der Herr Ministerpräsident – man soll ja Scheidenden nichts Böses nachsagen – von der Zukunftsbewältigung gesprochen hat: Er sprach immer nur von den Arbeitnehmern, den Unternehmern, den Wissenschaftlern. Genau das spiegelt sich in diesem Haushalt wider: Die Frauen kommen nicht vor.

Ich will Ihnen dies an einem Punkt verdeutlichen. Vorab will ich klarstellen – damit hier gar nicht erst ein Misston aufkommt –: Wir von der SPD schätzen alle vier Räte: den

Landesjugendring, den Landesseniorenrat, den Landesfamilienrat und den Landesfrauenrat. Der Landesfrauenrat hat sich über viele Jahre um das Thema Gleichstellung verdient gemacht. Dass es in diesem Haushalt nicht gelingt, endlich eine Anhebung der Förderung des Landesfrauenrats vorzunehmen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn es mehr Kinder bringt, warum nicht?)

den wir alle wertschätzen – das tun Sie in Ihren Sonntagsreden auch, aber wenn es darum geht, im Haushalt konkret einer Erhöhung zuzustimmen, bleiben Sie die Antwort schuldig –, ist bedauerlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist der zweite Punkt. Wir haben in diesem Haushalt eine eklatante Schieflage zwischen dem, was Sie dem Landesseniorenrat an Unterstützung geben, und dem, was Sie dem Landesfrauenrat gewähren. Ich will die Räte durchaus nicht gegeneinander ausspielen. Ich bitte Sie aber: Nutzen Sie jetzt die Chance hier im Parlament, um dem Landesfrauenrat gegenüber ein wichtiges Signal zu geben, indem Sie dem Antrag auf Erhöhung der Fördermittel, den wir vorgelegt haben, zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Dr. Wetzel, Ihre Zwischenfrage.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Ich bin ganz Ohr.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Kollegin Wonnay, Sie haben gerade von der frühkindlichen Bildung gesprochen und haben behauptet, diese sei in Baden-Württemberg schlecht. Würden Sie das neueste Ergebnis der Bertelsmann Stiftung zur Kenntnis nehmen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Dieses besagt, dass Baden-Württemberg in Bezug auf das Zahlenverhältnis zwischen Kindern und Erziehern nach Rheinland-Pfalz und Bremen auf dem dritten Platz liegt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Die Katastrophe, von der Sie gesprochen haben, gibt es nicht. Vielmehr liegt Baden-Württemberg hier auf dem dritten Platz.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Kollege Wetzel, genau das ist das Problem. Das zeigt symptomatisch, wie Sie hier arbeiten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Sie suchen sich immer das kleine Fitzelchen heraus, das gut ist,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und Sie schmeißen ein Haar in die Suppe, um es hinterher herauszufischen!)

und wiederholen dann wie ein Mantra: „Alles ist gut, und wir sind auf einem guten Weg."

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie lang doch drei Minuten sein können! Sie haben jetzt Zeit genug gehabt! – Unruhe)

– Sie haben mich etwas gefragt, und ich antworte Ihnen, Herr Kollege Wetzel.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Wonnay, bitte warten Sie einen Moment. – Herr Kollege Zimmermann, wenn Sie irgendetwas kritisieren wollen, dann tun Sie dies bitte nicht hier im Saal, sondern wenden sich an das Präsidium. Hier ist eine Frage gestellt worden, und diese Frage kann die Abgeordnete nach meiner Weisung so ausführlich beantworten, wie sie will. Dies wird nicht auf die Redezeit angerechnet. Das ist bei jedem Redner so.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Als ich geredet habe, wurde mir nachdrücklich das Ende der Redezeit vorgehalten! Sie hat schon vor der Frage zu lange geredet!)

– Widersprechen Sie mir nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Endlich kommt einmal Stimmung herein!)

Diese Vorgehensweise ist doch klar.

Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Kollege Wetzel, wenn Sie meinen, wir seien auf einem solch guten Weg, dann sage ich Ihnen umgekehrt: Das ist ein Indiz, und da hat sich tatsächlich etwas verbessert.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Es gibt jedoch auch noch andere Indikatoren, und diese müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen. Gerade in der jetzigen Situation, die insbesondere Sie – deshalb verstehe ich gar nicht, dass Sie sich da jetzt so ans Mikrofon drängen – mit herbeigeführt haben, in der nämlich den Kommunen die Mittel fehlen,

(Abg. Walter Heiler SPD: So ist es!)

um den Ausbau der Kleinkindbetreuung voranzubringen,

(Beifall bei der SPD und des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Gute Frau! Sehr gut!)

bleiben Sie die Antwort schuldig. Dazu aber müssten Sie sich hier nicht ans Mikrofon stellen, sondern Sie sollten im Haushalt eine Antwort geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen in der Sozialpolitik einen Haushalt, der für Selbstbestimmung, Teilhabe und eine verlässliche materielle Absicherung der Menschen steht. Das ist gerade in Krisenzeiten, in finanziell unsicheren Zeiten, wichtig, denn in diesen Zeiten stehen Themen wie „Soziale Gerechtigkeit“ und „Soziale Sicherung“ natürlich im Mittelpunkt des Interesses der Menschen.

Aber immer mehr Menschen nehmen unsere Gesellschaft als ungerecht und blockiert wahr: blockiert, wenn es darum geht, unabhängig vom sozialen Status gleiche Bildungschancen zu erhalten, und ungerecht, wenn es um die materielle Absicherung der Menschen geht. Dabei spielt das Thema Armut auch im reichen Baden-Württemberg eine Rolle. Besonders betroffen von Armut sind Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Die neue Studie der Caritas hat im letzten Jahr aufgezeigt, dass im Südwesten jedes achte Kind armutsgefährdet ist.

Was bedeutet dies konkret? Bei Armutsgefährdung geht es nicht nur um die Höhe des Einkommens, sondern um eine viel komplexere Problemlage: die Benachteiligung bei Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten. Armut grenzt aus, ist entwertend, macht perspektivlos und krank. Wenn gut 12 % der Kinder in Baden-Württemberg von Armut betroffen sind, dann ist das keine Randerscheinung, sondern ein zentrales Problem. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie konkrete Wege zur Bekämpfung der Armut aufzeigt, und appelliere nochmals, dass die Erstellung eines Armutsberichts für Baden-Württemberg dafür die richtige Grundlage liefern würde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, überwinden Sie Ihre Angst vor unangenehmen Wahrheiten, und setzen Sie sich für einen Armutsbericht ein. Sozialpolitik will keine Almosen verteilen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Auch der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagsschulen trägt zum Abbau von Kinderarmut bei und stärkt und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse. Deshalb setzen wir uns auch in diesem Doppelhaushalt wieder für eine bessere Kinderbetreuung ein. Wir wollen mehr in die frühkindliche Bildung investieren, einen schnelleren Ausbau der Kleinkindbetreuung und Kindertageseinrichtungen, die auch eine Anlaufstelle für Familien darstellen.

Die durchschnittlichen Investitionen pro unter zehnjährigem Kind liegen in Baden-Württemberg unter den Durchschnittsausgaben in Westdeutschland, sagt die Bertelsmann-Studie. Das heißt, es besteht Nachholbedarf in Baden-Württemberg. Um einen bedarfsgerechten und qualitativ guten Ausbau im Bereich der Kinderbetreuung zu erreichen, müssen wir noch viel Geld investieren. Dabei muss eines klar sein: Der Ausbau der Kleinkindbetreuung und die Qualitätssicherung in den Kindertageseinrichtungen können nicht zulasten der Kommunen gehen, die sich ebenfalls in wirtschaftlich und finanziell sehr schwierigen Zeiten befinden.

Dazu kommt noch die zusätzliche Belastung der Kommunen durch die Steuersenkungen der schwarz-gelben Koalition in Berlin, deren Vertreter als ganzjährige Weihnachtsmänner auftreten und Steuergeschenke verteilen, die dann bei den Kommunen zu riesigen Einnahmeausfällen führen und die die Kommunen dann als die Buhmänner über Gebühren und Steuererhöhungen bei den Bürgern wieder eintreiben müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Land, das ebenfalls schwarz-gelb regiert wird, hat dagegen nichts getan. Deshalb ist das Land jetzt in der Pflicht, die Kommunen in der Frage der Investitionen nicht alleinzulassen. Sonst sparen Sie auf Kosten der Kinder, und dann können Sie ihr Logo vom „Kinderland“ gleich an den Nagel hängen.

Die Eltern nehmen nämlich keine Rücksicht auf das vom Land vorgegebene Zeitfenster, erst ab 2013/2014 für 34 % der Kinder einen Betreuungsplatz zu schaffen. Der Bedarf an Kleinkindbetreuung steigt schneller als erwartet. Zurzeit beträgt die Betreuungsquote im Land 17,5 %. Um angemessen auf den kommenden Rechtsanspruch reagieren zu können, muss die Anzahl der Plätze schneller erhöht werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das Land muss sich ab sofort und nicht erst ab 2013 mit der versprochenen Drittelfinanzierung an den Betriebskosten beteiligen.

Wir haben den Antrag eingebracht, die Mittel hierfür um 33 Millionen € pro Haushaltsjahr zu erhöhen. Über diesen Antrag wird beim Einzelplan 12 diskutiert. Wir haben auch in diesem Jahr als Gegenfinanzierung die Umwidmung des Landeserziehungsgelds vorgeschlagen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

aber natürlich nur die von Verpflichtungsermächtigungen freien Mittel. Diese 33 Millionen € wollen wir in den Ausbau der Infrastruktur stecken.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha! Den Eltern nehmen und den Einrichtungen geben, das wollen Sie!)

Das ist eine bessere Armutsprävention und eine nachhaltigere Maßnahme für junge Familien als reine Transferleistungen.

(Beifall bei den Grünen)

Zur Bekämpfung von Armut ist die Landesregierung in der Pflicht – darüber haben wir hier, glaube ich, schon dreimal diskutiert –, in Richtung Bund Druck zu machen. Wir warten noch immer auf die angekündigte Erhöhung und Anpassung der Kinderregelsätze und auf die Erhöhung der Kindergrundsicherung.

Familien- und gleichstellungspolitisch erfolgreiche Länder investieren nicht in Transfer, sondern in Dienstleistungen für Familien wie Kinderbetreuung und Bildung. Familien- und gleichstellungspolitisch erfolgreiche Länder investieren und pflegen ebenso ihre Strukturen und Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Geschlechterpolitik und der Frauenförderung tätig sind.

(Brigitte Lösch)

Nun spreche ich unseren zweiten Antrag an, den Antrag auf Erhöhung der institutionellen Förderung, die der Landesfrauenrat gefordert hat, wie übrigens – die Kollegin Wonnay hat es vorhin schon angesprochen – der Landesseniorenrat auch. Der Unterschied dabei ist nur, dass dem Landesseniorenrat die Erhöhung zugebilligt worden ist, dem Landesfrauenrat aber nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist etwas ganz anderes!)

Es geht in diesem Fall nicht um das Ausspielen gegeneinander. Aber was für die einen recht ist, muss für die anderen auch gelten. Ich sage Ihnen, wie das ankommt: Es kommt an wie reine Klientelpolitik. Sind die Älteren der Landesregierung mehr wert als die Frauen, oder hat der Landesfrauenrat vielleicht zu viele Resolutionen und Beschlüsse gefasst, die der Politik der Landesregierung entgegenstehen? Wo ist da das Herz der FDP für die Frauen? Sie haben Geld übrig für den Landesseniorenrat, ja sogar für ein Ruderboot,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was haben Sie gegen ein Ruderboot? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da dürfen sogar Frauen mitfahren!)

aber die Frauen lässt man im Regen stehen, Kollegin Berroth. Da kann doch irgendetwas nicht stimmen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir lassen unsere Frauen nicht im Regen stehen!)

Ein letzter Satz zum Landesfrauenrat. Der Landesfrauenrat erfüllt seine Aufgaben durch die gewählten ehrenamtlichen Vorstände. Die Aufgaben des Landesfrauenrats sind gewachsen, insbesondere bei der Mitwirkung in Beiräten und Gremien

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

und bei Projekten der Landesregierung, Kollege Birk.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ich lasse meine Frau nicht im Regen stehen! Das wissen Sie! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Eine tolle Anmerkung!)

– Das weiß ich nicht, Kollege Birk. – Um diese wachsenden Aufgaben des Landesfrauenrats weiterhin im Ehrenamt wahrnehmen zu können, ist eine Steigerung der hauptamtlichen Unterstützung notwendig. Der Landesfrauenrat braucht zum einen mehr personelle Unterstützung. Zum anderen plant der Landesfrauenrat viele themenorientierte Projekte. Zum Dritten geht es um die zunehmende Präsenz und Öffentlichkeitsarbeit des Landesfrauenrats.

Das ist die gleiche Argumentation wie diejenige, die dazu geführt hat, dass der Landesseniorenrat mehr Geld bekommt. Daher frage ich Sie: Warum gilt das für die einen, aber nicht für die anderen? Das ist nicht nachvollziehbar. Das hat nichts mit transparenter Politik zu tun. Deshalb fordere ich Sie auf, unserem Antrag und dem Antrag der SPD hierzu zuzustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Noch ein letzter Satz zum Thema Gesundheitspolitik. Meine Kollegin Mielich kann heute leider nicht da sein. Daher werde ich meine restliche Redezeit von zwei Minuten jetzt noch nutzen, um Ausführungen zur Gesundheitspolitik zu machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir freuen uns schon jetzt!)

– Ja, Herr Rülke, dann hören Sie zu. Ich habe etwas gelernt. Da können Sie bestimmt auch noch etwas dazulernen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist eine gute Übung für Ravensburg! Machen Sie weiter!)

Im Bereich der Gesundheitspolitik, Kollege Zimmermann, können wir konstatieren, dass der große Investitionsstau bei Krankenhäusern im letzten Jahr deutlich abgebaut werden konnte. Das betrifft auch Sie, weil auch Sie im Landkreis Esslingen davon profitiert haben. Dies war durch die zusätzlichen Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes in Höhe von insgesamt 155 Millionen € und die eingesetzten Landesmittel möglich. Das ist positiv, da kann man wirklich nichts sagen –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

auf den ersten Blick. Aber auf den zweiten Blick bleibt ein Investitionsstau von immerhin 1 Milliarde € stehen. In Baden-Württemberg fehlt nach wie vor ein zukunftweisendes Konzept für den Aufbau einer Krankenhauslandschaft, die sowohl die Grundversorgung in der Fläche sicherstellt als auch die medizinisch notwendige Spezialisierung in ausreichendem Umfang sichert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber die Leute bleiben doch jetzt gesünder! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie kommen Sie darauf? Wer sagt denn das?)

Jetzt kommen wir zu einem zweiten Thema, Herr Kollege. Das ist der demografische Wandel. Dieses Thema wurde schon heute Morgen kurz angesprochen. Wir alle wissen, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 um 50 % steigen wird. Wir müssen uns deshalb heute und nicht erst übermorgen dringend Gedanken darüber machen, wie wir dieser Tatsache begegnen. Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich zu Hause leben. Deshalb brauchen wir Strukturen, die das Leben im Quartier, in der Gemeinde und im gewohnten Umfeld sichern.

Um neue Strukturen zu entwickeln, um zu schauen, wie es andere Bundesländer vormachen, und um Modelle zu erproben, müssen wir aber Kapazitäten schaffen. Ihnen, meine Damen und Herren von der Landesregierung, ist dies gerade einmal 1,5 Millionen € wert, beginnend ab dem nächsten Jahr.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Deshalb haben wir den Antrag eingebracht, Kollege Birk, 6,5 Millionen € zusätzlich in die Entwicklung von wohnortnahen Versorgungsstrukturen zu stecken, weil wir Modellprojekte auf den Weg bringen wollen, mit denen neue Wohn- und Lebensformen für alte Menschen erprobt werden. Davon profi-

tiert der Landkreis Göppingen, davon profitiert Stuttgart, und davon wird auch der Landkreis Ravensburg profitieren.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP/DVP: Warum nicht Reutlingen? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nur nicht die Stadt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der wichtigste Satz im Bericht zum Haushalt des Sozialministeriums lautet – er ist heute schon einmal zitiert worden –: „Leistungen an Bürger/Verbände erfahren deshalb keine Kürzungen."

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Gut so. Aber ein bisschen nachdenklich muss man natürlich trotzdem werden. Gestern wurde von der Büchse, vom „Füllhorn der Pandora" gesprochen. Das Füllhorn hat offensichtlich noch nicht ausgedient. Die Büchse der Pandora scheint mir bei dieser Verschuldungshöhe doch grenzwertig zu sein. Ich schlage deshalb vor, zu den nächsten Haushaltsberatungen, bei denen ich nicht mehr dabei sein werde, einen Bericht der Demografiebeauftragten zum Thema Generationenbilanz anzufordern. Vielleicht fällt es dann bei künftigen Haushaltsberatungen leichter, auch der Bevölkerung klarzumachen, dass Einsparungen nicht um des Sparens willen, sondern im Interesse künftiger Generationen unverzichtbar sind.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Denn eines gilt für immer: Auf Schuldenbergen werden Kinder nicht spielen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich nun zum Sozialhaushalt kommen. Sein Anteil am gesamten Landeshaushalt beträgt gerade einmal 3,5 %. Lassen Sie mich sagen: Mit diesem vergleichsweise wenigen Geld schaffen wir es zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, den bürgerschaftlich Engagierten, den Kommunen, den Verbänden der Wohlfahrtspflege und den Selbsthilfegruppen, hier im Land Baden-Württemberg Großes für die soziale Landschaft zu erreichen und zu stabilisieren.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Deswegen stehe ich dazu und finde es richtig, dass wir bei unseren Zuschüssen an keiner Stelle gekürzt haben – bei all dem von mir Genannten. Dazu, dass wir an der einen oder anderen Stelle etwas draufgelegt haben, sage ich nachher noch etwas. Das kann man durchaus unterschiedlich sehen.

Witzig finde ich allmählich, dass man sich noch rechtfertigen muss, wenn man in einem Bereich einmal zur Verfügung stehende knappe Mittel zusätzlich ausgibt. Ein Stück weit, liebe Kollegin Wonnay, ist das für mich dann schon ein Ausspielen der Verbände gegeneinander. Aber wir kommen noch dazu.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber Sie wissen schon, über welche Beträge wir reden, Herr Kollege! Das Dreifache ist das!)

Das Thema Demografie – das hat der Kollege Klenk auch angesprochen – beinhaltet immer zwei Aspekte. Der eine Aspekt ist die finanzielle Situation von Familien. Da muss ich schon noch einmal sagen, dass unter Rot-Grün und auch noch unter der schwarz-roten Bundesregierung Kinder- und Familienarmut nachweislich zugenommen hat. Das heißt, dass Sie bei den Transferleistungen die Entlastungen und die Zuschüsse offensichtlich nicht entsprechend angepasst haben. Deswegen lassen Sie mich noch einmal klipp und klar sagen: Der Hauptbrocken der Entlastung, die wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen haben, ist die Entlastung von Familien.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Freibeträge für die Besserverdienenden!)

– Danke für den Zuruf „Freibeträge". Lieber Herr Schmiedel, Sie wissen vielleicht nicht, wie hoch der Anteil ist, der über das Kindergeld an Familien fließt. Sie wissen, Kindergeld erhält der, der nicht besonders viel verdient, denn sonst könnte er Freibeträge nutzen. Die Zahl lautet 4,2 Milliarden €. Sie fließen an Familien, die kindergeldbezugsberechtigt sind, und 400 Millionen € – also 10 % – gehen an solche, für die der Freibetrag günstiger ist. Da soll mir noch jemand erzählen, das sei eine besondere Klientel.

Da darf ich schon noch einmal den Vergleich zu Ihrem Konjunkturprogramm ziehen. Gerade die 4 Milliarden € können wir einmal herausgreifen. 4 Milliarden € über die Jahre, aber mit einer dauerhaften, zuverlässigen monatlichen Zahlung an die Familien sind mir allemal lieber als ein Jahr lang 4 Milliarden € für eine Abwrackprämie.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Und was haben Sie für die Kinder gemacht?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Für die Kinder haben Sie eine Einmalzahlung in Höhe von 100 € beschlossen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist doch ein Witz. Das war eine soziale Schieflage.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das, was wir jetzt angedacht haben, wird den Familien tatsächlich helfen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich würde jetzt gern einmal am Stück argumentieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein. Gut.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wenn der Präsident wieder ganz scharf auf die Zeit schaut, dann lasse ich eine Nachfrage zu. Dazu gibt es später Gelegenheit.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass es schon aus demografischen Gründen wichtig ist, dass Kinder nicht zum Armutsrisiko werden. Deswegen wird übrigens auch die Leistung des Bundes für Hartz-IV-Empfänger angepasst werden müssen. Dazu hätten Sie viel Zeit gehabt. Diese Anpassung haben Sie nicht vorgenommen. Jetzt muss man auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts warten.

Aber das andere – dabei sind vorrangig das Land und die Kommunen zuständig – ist die Frage, die viele Familien und vor allem die Frauen beschäftigt: Wie kann ich die Erziehung eines Kindes mit meinem beruflichen Fortkommen vereinbaren? Es geht also um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Genau da müssen wir auch im Land Baden-Württemberg Schwerpunkte setzen. Das werden wir auch tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was machen Sie denn konkret? Null machen Sie!)

Dazu haben Sie jetzt Änderungsanträge gestellt. Weil Sie sagen, das Land gebe zu wenig Geld, darf ich, liebe Ulla Haußmann, noch einmal daran erinnern: Ich lobe die frühere Bundesregierung ja dafür, dass sie da auch zusätzliches Geld aus erhöhten Umsatzsteueranteilen gibt. Das Land Baden-Württemberg gibt etwas dazu. Die Hauptlast tragen natürlich die Kommunen.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Wir haben gemeinsam mit den Kommunen den stufenweisen Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren beschlossen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Das könnte schneller gehen. Es geht aber nicht deswegen nicht schneller, weil das Geld nicht käme. Vielmehr kann man nachweisen, dass das Geld zeitgerecht fließt, aber die Kommunen mit dem Ausbau der Betreuungsplätze nicht nachkommen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es, Frau Wonnay! Zuhören!)

Ich kann Ihnen die Zahlen und die Antwort auf das, wonach Herr Wetzel gefragt hat, gern zur Verfügung stellen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Reden Sie einmal mit dem Städtetagspräsidenten! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Uns war klar, dass sich auch diese Betreuungsquoten im Land deutlich unterscheiden. Es gibt Universitätsstädte, die weit über dem angestrebten Ziel sind. Aber es gibt auch andere Gemeinden, die noch weit darunter sind, u. a. auch deshalb, weil der Bedarf regional möglicherweise sehr unterschiedlich ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Weil sie kein Geld haben!)

– Nein, das stimmt eben nicht. Ich habe doch gerade gesagt, dass das Geld bereitgestellt wird.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Liebe Brigitte Lösch, ich kann die Unterlagen nachher gern zur Verfügung stellen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich auch noch einmal hervorheben will. Das ist nämlich genau ein Punkt, bei dem wir als Fraktion aus den Mitteln, mit denen wir noch Schwerpunkte setzen können, etwas Zusätzliches getan haben. Das ist der Bereich der Tagespflege. Sie wissen: Es war auch Teil der Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem Land, dass wir nicht ausschließlich Institutionen – also Kindertageseinrichtungen –, sondern eben auch die Tagespflege fördern wollen. Sie ist gerade in ländlichen Gebieten, aber nicht nur dort, eine besonders flexible Möglichkeit der Betreuung von Kindern unter drei Jahren, übrigens natürlich auch von Kindern über drei Jahren.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Deswegen konnten wir für den Landesverband der Tagesmütter-Vereine noch Geld drauflegen. Das ist eine überschaubare Summe von jeweils 25 000 €. Ich muss Ihnen einfach sagen: Die Aufgaben, die dieser Landesverband gegenüber den Kreisverbänden zu erfüllen hat, sind mit der Pflichtfortbildung und mit der Gewinnung von Tagesmüttern, um eben den Ausbau vornehmen zu können, so deutlich gestiegen, dass man – er wird auch ehrenamtlich geführt; da steht übrigens wohl auch irgendwann ein Generationswechsel an – schlicht und einfach vielleicht gar niemanden findet, der einen solchen Verband ehrenamtlich führt, wenn man ihn finanziell nicht so ausstattet, dass es dann auch einigermaßen auskömmlich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zu dem „Täglich-grüßt-das-Murmeltier“-Antrag, nämlich zu dem Antrag, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dicke Bretter bohren!)

Das hat von der FDP/DVP-Fraktion übrigens niemand gefordert. Dabei ist offensichtlich etwas missverständlich herübergekommen. Die Frage ist doch, ob wir nicht ohne großen ideologischen Streit gemeinsam überlegen sollten, ob es nicht sinnvoll ist, das, was Frau von der Leyen angekündigt hat – – Wie heißt ihre Amtsnachfolgerin noch?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Köhler!)

– Danke. Frau Köhler. Man hört noch so wenig von ihr.

Man sollte einmal überprüfen, ob unsere etwa 150 Familienleistungen – wenn es so viele sind; ich habe sie nicht nachgezählt – effizient ausgestaltet sind. Das darf man durchaus einmal hinterfragen.

Ich nenne nur ein Beispiel, das auch im Landeshaushalt nachzulesen ist: Bei der Auszahlung des Bundeselterngelds – das ist inzwischen eine Lohnersatzleistung;

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Im Gegensatz zum Landeserziehungsgeld!)

es wird einem sofort klar, dass man dabei vieles überprüfen muss, im Gegensatz zum Landeserziehungsgeld, bei dem man aber auch viel überprüfen muss – muss das Land Baden-Württemberg 20 Millionen € an Verwaltungskosten tragen. Der Bund beschließt, und wir tragen die Verwaltungskosten.

Wir tragen diese Kosten gern, wenn es denn den Familien zugutekommt. Daran sieht man aber, dass es möglicherweise Instrumente sind, die viel Geld kosten und viel Bürokratie verursachen. Dieses Geld würde ich lieber für die Familien ausgeben.

Lasst uns also darüber diskutieren – wenn die Gesamtübersicht vorliegt –, ob wir auch im Land Baden-Württemberg – das wird aber nicht mehr in dieser Legislaturperiode passieren – im Lichte der Neuordnung der Familienförderung vielleicht einmal überlegen sollten, ob das, was wir umgestaltet haben, richtig ist.

Ich komme zum Programm STÄRKE. Das war eine Umgestaltung, liebe Kollegin Lösch. Damit wollten wir die Erziehungsfähigkeit der Eltern stärken, und zwar völlig unabhängig von der sozialen Zugehörigkeit. Wir wissen nämlich, dass Eltern aller sozialen Schichten bei der Erziehung möglicherweise Probleme haben und dankbar sind, wenn man ihnen Hilfen anbietet. Deshalb haben wir versucht, diese Hilfen zunächst einmal jedem diskriminierungsfrei anzubieten. Wir haben keine Problemgruppen identifiziert, sondern haben die Hilfen über Gutscheine angeboten.

Ich rate, zunächst einmal abzuwarten, wie diese Gutscheine angenommen werden. Tröstlich ist, dass die Mittel für die Gutscheine, die nicht eingelöst werden, nicht in die Tasche des Finanzministers fließen. Vielmehr werden diese Mittel für die Unterstützung von Familien in Problemsituationen eingesetzt. So können die Jugendämter vor Ort ganz gezielt Hilfestellung leisten. Lasst uns also erst einmal das testen, was wir geschaffen haben, und dann können wir weiter darüber reden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich freue mich natürlich sehr, dass mehr Mittel für die milieusensible Jugendarbeit – federführend ist der Landesjugendring – bereitgestellt werden. Für die Jugend gilt genauso wie für das Alter: Die Menschen sind so unterschiedlich und bunt wie die gesamte Gesellschaft. Manchmal ist es sinnvoll, über die bewährten Instrumente hinaus neue Instrumente anzudenken. Dazu soll dieser erhöhte Zuschuss einen Beitrag leisten.

Lassen Sie mich noch etwas zum Landesseniorenrat sagen, weil dieser schon mehrfach angesprochen worden ist. Über 50 % der Menschen im Seniorenalter sind Seniorinnen. Ich möchte jetzt aber nicht Frauen gegen Männer ausspielen. Diese Mittel, die wir für die nächsten zwei Jahre veranschlagt haben, sind nicht für die Schaffung von Stellen oder den Ausbau von Geschäftsstellen gedacht, sondern für die Durchführung des Landesseniorentags. Das ist eine der wichtigsten Veranstaltungen, die inzwischen mit bis zu 2 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in riesengroßen Hallen stattfindet.

Der Vorstand war doch auch bei Ihnen und hat gesagt: Wir können das nicht mehr durchführen. Ich glaube, wir schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Damit wird zunächst einmal Aufklärungsarbeit im Hinblick auf die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft geleistet. Außerdem sind wir doch froh, dass wir inzwischen landesweit flächendeckend Seniorenräte auf allen Ebenen haben. Den Mitgliedern dieser Seniorenräte soll nun einmal im Jahr eine kostenlose Fahrt und vielleicht ein kostenloses Essen in einer schönen Halle angeboten werden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich bitte darum, keine Neidkomplexe zu schüren. Vielmehr sollten wir klipp und klar sagen: Ja, wir sind froh, dass es gelungen ist, dies für die nächsten zwei Jahre für den Landesseniorenrat zu retten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Noll, Sie hatten zugesagt, noch eine Frage zu beantworten.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, ich halte Zusagen ein.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Lieber Herr Kollege Noll, würden Sie mir zugestehen, dass es überhaupt nichts mit einer Neiddebatte zu tun hat, wenn wir an dieser Stelle insistieren? Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen: Wir reden bei der bisherigen Bezuschussung des Landesfrauenrats über einen Betrag von 80 000 €. Sie wissen, dass das, was beim Landesseniorenrat insgesamt mit der Zuwendung für den wichtigen Landesseniorentag – dessen Wichtigkeit streiten wir nicht ab – …

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist schon einmal gut.

Abg. Marianne Wonnay SPD: … jetzt an Förderung ankommt, nahezu das Dreifache ausmacht und dass dies angesichts gestiegener Aufgaben eben auch für den Landesfrauenrat gelten sollte. Schauen Sie sich einmal an, liebe Kolleginnen und Kollegen, was in dem Gender-Atlas für uns in Baden-Württemberg an Hausaufgaben enthalten ist: Der größte Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern ist in Baden-Württemberg festzustellen, die wenigsten Frauen in Führungspositionen sind in Baden-Württemberg zu finden. Da sind doch genauso Aufklärung, Sensibilisierung und Mobilisierung notwendig. Das ist der Grund, weshalb wir sagen: Es darf nicht eine solche Ungleichbehandlung geben. Deshalb sagen wir: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie jetzt zu! Darum geht es, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich darf noch einmal nach Ihrer Frage an den Kollegen Dr. Noll fragen. „Haben Sie das jetzt verstanden?“, oder was war die Frage?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich habe es verstanden.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Die Frage hatte ich ganz am Anfang gestellt.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Die Frage war, ob Kollege Noll mir zugesteht, dass es nicht um eine Neiddebatte, …

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein.

Abg. Marianne Wonnay SPD: … sondern um Gleichbehandlung geht.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich nehme das Wort „Neiddebatte“ ausdrücklich zurück, weil ich weiß, dass es wirklich ernsthafte Argumente gibt. Aber dann sage ich Ihnen: Es gibt einen Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte. Da könnte ich auch fragen: Warum bekommt der bloß 40 000 € – so viel sind es, glaube ich – pro Jahr?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das macht es jetzt aber nicht besser!)

Wir hatten das Prinzip, ungekürzt das fortzuführen, was wir bisher gemacht haben. Wir haben jetzt an einer Stelle aus einem bestimmten Grund projektbezogen etwas daraufgelegt. Sie wissen, dass das haushaltstechnisch geht und dass es nicht möglich ist, zu sagen: „Ihr bekommt mehr Stellen.“ Genau das scheint mir ein bisschen das Missverständnis zu sein, dass offensichtlich nicht klar war, dass es nicht um eine Aufstockung der Stellen bei der Geschäftsstelle des Landesfrauenrats ging. Das ist mir erst heute nahegebracht worden.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber es ist doch noch nicht zu spät!)

Aber jetzt sage ich einfach einmal: Darüber muss man noch einmal reden,

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Sie müssen bloß zustimmen!)

wenn es um konkrete Projekte geht, die mit der Durchführung eines Landesseniorentags vergleichbar sind. Ich glaube, dass sich die Damen, insbesondere aber auch die Herren in diesem Hohen Haus noch einmal auf Diskussionen einlassen könnten und projektbezogen durchaus Überlegungen anstellen könnten.

Nur: So, wie es bisher beantragt worden ist, passt es schlicht und einfach nicht in die bisherige Haushaltssystematik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung darf ich Frau Sozialministerin Dr. Stolz das Wort erteilen.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist jetzt der vierte Einzelplan eines Ressorts, der heute beraten wird. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Beratung dieses Doppelhaushalts wirklich auch im Lichte einer Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgt, die uns alle gefangen hält. Ich will so anfangen wie alle meine Vorredner auch: Es besteht die Notwendigkeit, mit diesem Haushalt zu sparen, zu konsolidieren, die geringeren Mittel, über die wir verfügen, auch sinnvoll einzusetzen.

Wir konnten im Sozialressort zwar einsparen – das ist gut so –, aber trotz dieser Einsparungen ist es nicht zur Kürzung von Leistungen an Bürgerinnen und Bürger sowie an Verbände gekommen. Es sind keine Kürzungen notwendig gewesen. Das verdeutlicht die Notwendigkeit, auch weiterhin zu beachten, dass es nicht immer unbedingt nur um die Menge des Geldes geht. Vielmehr geht es wirklich darum, das Geld, das wir haben, sinnvoll und effizient einzusetzen.

Deswegen sollten wir nicht reflexhaft immer nach mehr Geld rufen und auch nicht reflexhaft reagieren, wenn Effizienz und Effektivität von Maßnahmen überprüft werden, sondern die Zielsetzung bei allem, was wir machen, muss sein, dass die Menschen, die Unterstützung und Hilfe brauchen, diese auch bekommen. Daran müssen wir arbeiten. Effizienz und Effektivität heißt, die Mittel wirklich dort einzusetzen, wo wir Hilfe gewähren wollen. Auf Bundesebene wird sicher darüber diskutiert: Wie gestalten wir das Hartz-IV-System sinnvoll weiter? Wo setzen wir die richtigen Anreize? Wo werden Fehlanreize gesetzt? Das betrifft genauso unser Ressort und die Fragen: Wo stellen wir Hilfen zur Verfügung? Und kommt das Geld wirklich dort an, wo wir es haben wollen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das wird auch die Aufgabe der zukünftigen Haushalte sein. So viel nur zum Anfang.

Wir wissen auf der einen Seite, dass wir konsolidieren müssen, aber wir wissen auf der anderen Seite auch, dass wir im Rahmen dieser Wirtschaftskrise nach wie vor stabilisierende und fördernde Maßnahmen durch den Staat brauchen. Wir brauchen in Zeiten der Unterbeschäftigung zielgerichtete Maßnahmen, und wir brauchen die Unterstützung der Unternehmen und die der Bürgerinnen und Bürger.

Dass ein rigoroser Sparkurs in allen Bereichen nicht angezeigt sein kann, belegt schon der Erfolg der Konjunkturprogramme und der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Ich wollte eigentlich nicht auf die Konjunkturprogramme eingehen, aber ich muss für unser Ressort einfach sagen: Dieses Konjunkturprogramm hat den Krankenhäusern einen zusätzlichen Schub gegeben. Frau Lösch, von Ihnen kommt immer diese reflexhafte Forderung nach Konzepten. Ich bitte Sie: Schauen Sie sich doch einfach einmal die Dinge richtig an – dann entdecken Sie auch das Konzept –, bevor Sie reflexhaft immer nach Konzepten rufen. Wir haben ein Konzept, das die Krankenhäuser betrifft. Wir haben z. B. eine Schlaganfallversorgung, die in der Bundesrepublik vorbildlich ist, ein beispielhaftes Konzept der abgestuften Versorgung. Es gab erst jetzt eine Untersuchung, die ergab, dass in Baden-Württemberg aufgrund seiner abgestuften Versorgungsstruktur in vorbildlicher Weise 70 % der Schlaganfälle wirklich rechtzeitig und frühzeitig so versorgt werden, wie sie versorgt werden müssen. Einen solchen Anteil erreicht kein anderes Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Dahinter steckt ein Konzept.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Es ist schon komisch, dass Baden-Württemberg in den Rankings hinsichtlich der Krankenhausstruktur als vorbildhaft dargestellt wird, was Effizienz und Versorgung betrifft. Sie fragen immer nach dem Konzept. Schauen Sie es sich doch einfach einmal an, bevor Sie reflexhaft solche Forderungen stellen. Aber das wollte ich eigentlich gar nicht erwähnen.

Mir ist auch in diesen Krisenzeiten wichtig: Wir brauchen auf der einen Seite eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, und wir brauchen auf der anderen Seite zielgenaue Instrumente zur Abfederung der Krise. Ich will nur zwei Beispiele nennen. Das eine ist das Thema Kurzarbeit. Mit der Kurzarbeit ist es in der Tat gelungen, die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt wirklich erheblich zu mildern. Ohne Kurzarbeit hätten wir in Baden-Württemberg 75 000 Arbeitslose mehr. Wenn jetzt Überlegungen im Raum stehen, die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld zu verlängern, so werden wir das vom Land Baden-Württemberg auch unterstützen, weil wir wissen: Das hilft unseren Unternehmen, durch die Krise zu kommen, um dann gestärkt wieder loslegen zu können, wenn sich die Konjunktur weiter verbessert hat. Wir werden uns für eine Verlängerung einsetzen.

Ich will auf der anderen Seite den Europäischen Sozialfonds in Baden-Württemberg erwähnen, der kofinanziert wird und einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Arbeitsmarktpolitik liefert. Wie Sie wissen, umfasst das Programm in der Förderperiode von 2007 bis 2013 ein Volumen von über 500 Millionen €. Mit diesem Geld erreichen wir pro Jahr rund 30 000 Menschen aller Altersgruppen, die überwiegend zu den Benachteiligten am Arbeitsmarkt zählen.

Das sind zwei wichtige Beispiele für Sozialleistungen, die wir in der jetzigen Zeit brauchen.

Es ist wichtig, dass wir in dieser Zeit an einem Strang ziehen. Ich möchte auch die Anstrengungen hervorheben, die die Beschäftigten, die Unternehmer und die Sozialpartner mit dem Abbau von Arbeitszeitkonten, mit betrieblichen und tariflichen Beschäftigungssicherungsvereinbarungen leisten und schon unternommen haben. Da wurden auch Opfer gebracht mit dem Ergebnis, dass Deutschland und gerade Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen europäischen Ländern für die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise gut gerüstet sind.

Ich will an dieser Stelle einmal sagen: Auch wenn wir viel über Krise reden, ist es kein Zufall, dass es bei uns im internationalen und innerdeutschen Vergleich die wenigsten armen, die gesündesten und die optimistischsten Menschen gibt und dass bei uns die höchste Lebenserwartung besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist das Land der Chancen, das Land mit einem Höchstmaß an sozialem Ausgleich und sozialem Frieden. Ich glaube, das darf man an dieser Stelle auch einmal feststellen.

So sollte es aber auch bleiben. Damit es so bleibt, müssen wir weiterhin für einen gesellschaftlichen Ausgleich sorgen. Ich verhehle nicht, dass durchaus Zeichen der sozialen Wirklichkeit – gerade in dieser Krisenzeit – im Sinne einer höheren Armutsgefahr und im Sinne von Tendenzen sozialer Ausgrenzung vorhanden sind.

Auch wenn uns diese Phänomene weniger als andere Bundesländer treffen, werden wir gerade bei dieser Diskussion über die Armutsgefährdung auch ein Zeichen setzen. Dazu wird sich das Land im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einbringen. Ich bin den Regierungsfraktionen sehr dankbar dafür, dass sie ein deutliches Zeichen setzen und dass wir in Bezug auf das Thema Armut im Jahr 2010 etwa 550 000 € und im Jahr 2011 – wenn ich die Maßnahmen zusammenrechne, die hier ergriffen werden – etwa 1 Million € zur Verfügung stellen. Wir leisten unseren Beitrag zu einem Thema, das uns nicht unberührt lassen darf.

Wichtig ist – darauf verweist die nationale Strategie der Bundesregierung zur Umsetzung dieses Europäischen Jahres 2010 – die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Lassen Sie mich zu diesem Thema „Stärkung des sozialen Zusammenhalts“ zwei Punkte ansprechen:

Der erste ist das Thema Familien. Die Familien sind die Kernstrukturen unseres Landes. Sie sind auch die Keimzellen der Solidarität und des Zusammenhalts. Deswegen müssen auch diese Strukturen gestärkt werden.

Liebe Frau Lösch, jetzt zweitens zum Armutsbericht: Wir können Papiere mit Dingen vollschreiben, die wir wissen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich verstehe nur nicht, dass Sie einen Armutsbericht fordern, obwohl wir genau wissen, wo die Armutsrisiken liegen. Sie liegen in der Tat bei Alleinerziehenden, aber besonders eben auch bei Familien mit mehreren Kindern. Wenn Arbeitslosigkeit dazukommt, sind die Risiken noch höher. Deswegen verstehe ich nicht, warum das Landeserziehungsgeld infrage gestellt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Das ist das ureigene Instrument des Landes Baden-Württemberg, durch das wir das deutliche Zeichen setzen, dass wir dort, wo wirklich ein Armutsrisiko besteht, Gelder hinfließen lassen. Ihre Haltung ist mir unverständlich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die wollen nur staatliche Erziehung!)

Das Landeserziehungsgeld erreicht und unterstützt zielgenau Eltern, deren Kinder durch geringes Einkommen am ehesten von Kinderarmut betroffen sind. Die Einkommensgrenzen werden erhöht, sodass noch mehr Familien in den Genuss dieser Leistung kommen. Ich sage ganz offen: Ich möchte auf dieses deutliche Zeichen, dass wir die Familien auch beim Thema Armut unterstützen, nicht verzichten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Lösch?

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Lassen Sie mich erst einmal zu Ende reden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber am Schluss! Nachher!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich frage nur. Also nicht jetzt, sondern später. Danke.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Vielleicht beantwortet es sich, wenn ich weiterrede.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein! Das wird es nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Abwarten!)

Das Thema „Unterstützung und Begleitung von Familien“ ist mir wichtig, wenn es darum geht, die Strukturen des sozialen Zusammenhalts in diesem Land zu stärken. Dazu gehört natürlich auch die Kinderbetreuung. Die Anstrengung, die die Kommunen und das Land gemeinsam mit dem Bund hier unternehmen, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir das tun, was notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

In diesen Haushalt sind für das Jahr 2010 108 Millionen € für die Kinderbetreuung eingestellt. Für das Jahr 2011 sind es 151 Millionen €. Es besteht eine klare Vereinbarung mit den Kommunen, was entlang des Bedarfs, der entsteht, leistbar ist. Ich verstehe nicht, warum man diese Vereinbarung mit den Kommunen, wie wir zu einer Bedarfsdeckung kommen, immer wieder infrage stellt.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Die Kommunen sagen uns – wir sehen das an den Investitionsfördermitteln, die abfließen –, dass sie dieses Tempo auch meistern müssen. Da hilft es nicht, 30 Millionen € mehr einzustellen, wenn dieses Tempo gar nicht eingehalten werden kann. Ich würde also einfach darum bitten, zu berücksichtigen: Es gibt eine klare Vereinbarung mit den Kommunen darüber, was wir wollen – darüber, dass wir diese Betreuung ausbauen wollen, gibt es überhaupt keine Diskussion mehr – und wie wir das gemeinsam mit den Kommunen schaffen wollen. Die Mittel, die hier eingestellt werden, sind auch ein deutliches Zeichen.

Ich sage es noch einmal: Wenn wir über Familien reden, ist die Kinderbetreuung eine ganz wichtige Leistung, um die Familien in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen. Aber Familie findet eben zum größten Teil außerhalb dieser Betreuungszeiten statt. Familie findet nicht nur als Betreuung in Einrichtungen statt. Deswegen müssen wir die Familien auch anderweitig unterstützen und dürfen nicht nur eine begleitende Betreuung anbieten. Deswegen ist mir das Programm STÄRKE auch wichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will noch einmal deutlich sagen: Familie findet wirklich mehr außerhalb der Kinderbetreuung statt. Sie findet am Abend statt, sie findet am Wochenende statt, und da muss die Familie den Auftrag leisten, der für das Kind – ich sage es einmal so – noch wesentlich bestimmender ist.

Deswegen ist es mir wichtig, dass das Programm STÄRKE weiterläuft. Es befindet sich auf einem guten Weg. Das ist ein Programm, das eine gewisse Vorlaufzeit erfordert und auch wachsen muss. Die Programmumsetzung in den Kreisen ist in der Tat unterschiedlich. Da gibt es sehr engagierte Kreise, da gibt es Kreise, die auch noch ein bisschen abwarten. Aber die Erfahrungen zeigen, dass diese Landesmittel gut angelegt sind und dass aufgrund dieses Konzepts die Planungs- und Vernetzungsarbeit vor Ort wesentlich verbessert wurde.

Auch die Anzahl der geplanten Kurse für besondere Lebenssituationen, also für besonders belastete Familien, ist 2009 sprunghaft gestiegen. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier noch mehr erreichen.

Besonders erfreulich ist auch die Steigerung der Familienbildungsarbeit durch Fachleute für physische und psychische Gesundheit von Kindern. Wichtig dabei ist, dass verschiedene Einrichtungen wie Kindergärten und Kirchengemeindehäuser diese Veranstaltungen ebenfalls anbieten.

Das Programm STÄRKE bietet nicht nur eine Unterstützung der Familien bei ihrer ureigenen Erziehungsarbeit, sondern es ist auch eine wesentliche Maßnahme des Kinderschutzes.

Auch der Kinderschutz erfährt in diesem Haushalt eine Stärkung. Wir haben zusätzlich 160 000 € eingestellt, um das Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ weiterführen zu können. Wir wollen keine Strohfeuer, sondern wir wollen sinnvolle, effektive Maßnahmen und diese dann auch weiterführen.

Lassen Sie mich noch eine andere Struktur ansprechen, die mir wichtig ist, wenn es um den sozialen Frieden und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht, und die auch dieses Land Baden-Württemberg prägt. Es ist das bürgerschaftliche Engagement. Wir brauchen Bürger, die zusammenhalten, die sich verantwortlich fühlen, die in diesen Zeiten auch Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das werden immer weniger Bürgerinnen und Bürger!)

Wir haben hier in Baden-Württemberg hervorragende Strukturen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements. Aber ich meine, wir müssen hier noch mehr Kreise einbeziehen. Wir müssen auch diejenigen erreichen, die vielleicht mehr außen vor stehen, die Arbeitslosen, auch die Menschen mit Migrationshintergrund. Es gilt, diese noch mehr in das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement einzubeziehen, weil dieses Engagement Verantwortung, Selbstbestätigung, aber auch ein Mitarbeiten an der gemeinsamen Solidarität mit sich bringt.

Wenn ich zusammenrechne, komme ich auf fast 3 Millionen €, die wir in diesem Haushalt für die Strukturen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements, für das Stützen dieser Tätigkeit durch die Menschen in unserem Land zur Verfügung stellen. Ich bin davon überzeugt, dass gerade dieses hohe Engagement im Land Baden-Württemberg auch ein Baustein ist, wenn davon die Rede ist, dass die Menschen in Baden-Württemberg, was die Lebensqualität betrifft, ihr Land im Ranking ganz oben sehen. Das ist ein Stück dieser gesellschaftlichen Solidarität, die natürlich auch von uns gefördert wird, sehr wertgeschätzt wird und weiter ausgebaut werden soll. Dazu gehört eben auch das Engagement unserer jungen Leute im freiwilligen sozialen Jahr,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und das Engagement der Frauen, das gehört auch dazu!)

für das die Mittel auch aufgestockt wurden.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Meine Damen und Herren, ich habe einige Beispiele genannt, die zeigen sollen, dass die Landesregierung gerade auch in Zeiten der Krise eine verlässliche Politik betreibt und die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nimmt. Wir wollen zielgerichtet und wirksam Maßnahmen ergreifen, aber den Blick für das finanziell Machbare auch nicht verlieren. Ebenso wenig wollen wir den Blick für geteilte Verantwortlichkeiten in unserem Staat verlieren.

Ich bin davon überzeugt, dass der von uns vorgelegte Haushalt eine gute Grundlage für diese Politik ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Soziales.

Abstimmungsgrundlage ist Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5709. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Jetzt frage ich: Kann ich die Kapitel 0902 bis 0917 zusammen aufrufen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein!)

– Nein.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0905

Hilfen für behinderte Menschen

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5809-3, vor. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0918 – Jugendhilfe – in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieses Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0919

Familienhilfe

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5809-1, vor. Wer diesem Antrag zustimmen will, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle das Kapitel 0919 – Familienhilfe – in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung. Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5809-2, vor. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle das Kapitel 0920 – Altenhilfe – in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung. Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen nun zu

Kapitel 0921

Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja!)

Hierzu liegen zwei Anträge vor. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5809-4, ist der weiter gehende. Ich stelle diesen Antrag daher zuerst zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nun den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5809-5, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Kapitel 0921 – Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern – in der ursprünglichen Fassung. Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel mehrheitlich so beschlossen worden.

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5709. Wer diesem Abschnitt II zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Man kann nicht gegen Kenntnisnahme sein!)

Meine Damen und Herren, damit ist der Einzelplan 09 beschlossen und erledigt.

Wir kommen jetzt zum **Buchstaben e** der Tagesordnung:

Einzelplan 10: Umweltministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5710

Berichterstatterin: Abg. Dr. Gisela Splett

Die Berichterstatterin wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für diesen Einzelplan eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich darf für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Scheuermann das Wort erteilen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Das ist gut so! „Uns Winfried“!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich tummle mich jetzt 15, 16 Jahre in der Umweltpolitik, und dies ist heute sicherlich meine letzte Rede zu einem Doppelhaushalt des Umweltministeriums.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was wir bedauern!)

Einmal muss man seinem Alter Tribut zollen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das bedauern wir alle, Herr Kollege.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist der demografische Wandel!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Deswegen ist meine erste Aussage: Im Laufe der letzten zehn bis 15 Jahre hat sich der Stellenwert der Umweltpolitik deutlich erhöht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Erlauben Sie mir, auch das zu sagen, was mir eine ganz besondere Freude ist: Der Einfluss der Umweltpolitiker in der CDU-Fraktion hat ebenfalls deutlich zugenommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Immerhin! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das hat aber nichts mit den Grünen zu tun!)

Sie erlassen mir, das jetzt im Einzelnen darzustellen; es wäre aber gar nicht schwer.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Interessantes Thema!)

Worauf ist der gesteigerte Einfluss der Umweltpolitik zurückzuführen?

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Auf die gute Opposition!)

Er ist einmal darauf zurückzuführen, dass hier in den letzten Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten, eine vernünftige Umweltpolitik gemacht worden ist, oft in Übereinstimmung mit der Opposition, aber in entscheidenden Fragen auch allein mit den Koalitionsfraktionen. Diese gesteigerte Bedeutung der Umweltpolitik ist auch darauf zurückzuführen, dass wir kompetente und glaubhafte Umweltpolitiker haben. Da schaue ich ganz besonders in Richtung unserer Umweltministerin und vor allem auch zu ihrem „Braintrust“, der hinter ihr sitzt.

Jetzt lassen Sie mich ganz kurz ein paar Beispiele anführen, die für den Erfolg der Umweltpolitik stehen. Ich nenne an erster Stelle die Abfallwirtschaft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wenn man sich überlegt, wie wir uns vor 15, 20 Jahren bei diesem Thema die Köpfe eingeschlagen haben und wie lautlos das heute funktioniert, dann muss man sagen: Das ist doch ein tolles Beispiel für einen Erfolg der Umweltpolitik.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Verdienstmedaille an die Bürgerinitiativen!)

Es redet niemand mehr über Abfallwirtschaft, höchstens wenn der eine oder andere Kreis in der Lage ist, die Gebühren zu senken.

Das Einzige, was im Moment aktuell ist: Wir sind zu Recht dabei, uns zu überlegen: Ist die Kompostierung des Biomülls noch zeitgemäß, oder gehört er nicht eher vergärt und dann verstromt?

Ein zweites Beispiel: Ich nenne hier ganz bewusst die regenerativen Energien. Heute Morgen haben wir gehört: Wir sind nun eher bei 20 % als bei 10 %, was den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung betrifft.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber noch immer mäßig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber ohne große Landesinitiative!)

Jetzt darf ich mich einmal auf den Kollegen Dr. Rülke beziehen, der heute Morgen zu Recht gesagt hat: Wenn wir einen Anteil von 20 % erreicht haben, wie er als Ziel in irgendwelchen Plänen steht, wären wir doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir sagen würden: „Ziel erreicht, fertig."

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr bremst doch nach wie vor die Windkraft!)

– Ich komme gleich zur Windkraft. – Denn mit jedem Prozentpunkt, der bei den regenerativen Energien über 20 % liegt, sparen wir bei der Kernenergie und/oder bei den fossilen Energien ein.

Nun, Herr Schmiedel, zur Windkraft. Ich habe hier einmal Aufsehen erregt, als ich für die CDU – im Gegensatz zu dem einen oder anderen meiner Kollegen – gesagt habe: Wir müssen die weitgehende Ablehnung der Windenergie auch in Baden-Württemberg aufbrechen. Nun kann ich mit Freude feststellen, dass einiges passiert ist.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

In dem Energiekonzept 2020 ist eine Verdreifachung des Anteils der Windenergie an der Stromerzeugung vorgesehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ach! Von welcher Basis aus?)

– Langsam, langsam. – Wenn Sie jetzt sagen: „Das ist doch viel zu wenig", dann sage ich: „Zwischen uns beiden besteht darin Übereinstimmung." Aber wichtig ist, dass nicht nur das Ziel erhöht worden ist, sondern dass inzwischen auch das Wirtschaftsministerium einiges unternommen hat, um dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen. Worüber wir uns mit dem Wirtschaftsministerium noch streiten, ist die Frage: Was machen wir mit den einzelnen Anlagen außerhalb der Vorranggebiete? Können wir da mit Zielabweichungsverfahren etwas machen, oder können wir rechtlich gar nichts machen?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Untersteller?

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ja, sicher.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Scheuermann, Sie haben gerade gesagt, man habe im Bereich der Windenergie eine gewisse Kursänderung erreicht. Wie erklären Sie sich dann, dass von den 952 Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 1 900 MW, die im letzten Jahr bundesweit errichtet wurden

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Installiert!)

– installiert wurden –,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht immer mit falschen Zahlen kommen, Herr Kollege!)

ganze 16 Anlagen – sprich 1,6 % – in Baden-Württemberg errichtet wurden?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist die Verdreifachung!)

Finden Sie, dass das ein Ausweis dafür ist, dass es wirklich zu einer Kursänderung gekommen ist?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Oder sind Sie mit mir der Meinung, dass es notwendig ist, grundsätzlich einmal die Schwarz-Weiß-Lösung, die wir heute haben, zu überdenken, um dann auf das Niveau zu kommen, das beispielsweise das Land Rheinland-Pfalz schon heute hat?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Lieber Herr Untersteller, Sie dürfen nicht so viel reden, denn meine Redezeit läuft weiter.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Jörg Döpper CDU: Das ziehen wir ab!)

Zur Antwort: Zunächst einmal sage ich, dass es immerhin 16 Anlagen sind.

(Beifall des Abg. Jörg Döpper CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann sind Sie aber bescheiden geworden!)

– Langsam. Lassen Sie mich doch den Satz noch zu Ende sagen. – Ich sage zunächst einmal, dass es immerhin 16 Anlagen sind. Ich habe versucht, darzustellen, dass das Wirtschafts-

ministerium im Moment dabei ist, einige Bremsen bei der Windenergie zu lösen.

Lassen Sie mich als drittes und vorletztes Beispiel für den Erfolg der Umweltpolitik auf die Luftreinhaltung zu sprechen kommen.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Wenn wir einmal den Feinstaub und die Stickoxide außen vor lassen, dann sind die letzten zehn bis 15 Jahre, was die Luftreinhaltung betrifft, eine einzige Erfolgsgeschichte. Wenn die Lebenserwartung unserer Bevölkerung in Baden-Württemberg stetig zunimmt, hat das sicherlich unterschiedliche Ursachen. Aber eine Ursache ist auch die, dass wir nicht mehr so schlechte Luft atmen müssen wie noch vor zehn oder 15 Jahren.

Mein letztes Beispiel für den Erfolg der Umweltpolitik ist ein Beispiel aus der Verkehrspolitik, nämlich der ÖPNV. Ich sage es immer wieder: Das ist eine Erfolgsgeschichte schlechthin. Jede vermiedene Fahrt mit einem Kfz ist ein wesentlicher Beitrag zur Minderung der CO_2-Emissionen.

Meine verehrten Damen und Herren von den Grünen, die Neubaustrecke und Stuttgart 21, gegen die Sie noch immer sind, sind natürlich nicht nur ein Beitrag für den Fernverkehr, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr.

(Beifall bei der CDU)

Meine zweite generelle Aussage lautet: Wir haben in der Umweltpolitik in unserem Land Daueraufgaben, bei denen wir schon in der Vergangenheit Erfolge vorweisen konnten, die uns aber auch als Daueraufgabe in der Zukunft gestellt sind.

Das erste Thema in diesem Zusammenhang ist die Klimapolitik. Jetzt muss ich auch sagen: Bei einer Haushaltsberatung unter den finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die wir gegenwärtig haben, haben wir natürlich bei unseren Programmen, die mit Geld unterlegt werden müssen, keine Steigerungen. Wir haben aber cum grano salis auch keine wesentlichen Einsparungen auf diesem Gebiet.

Gott sei Dank basiert Klimapolitik jedoch nicht nur auf dem, was das Land als Förderung zur Verfügung stellen kann. Ich will drei Beispiele nennen, die das Land so gut wie kein Geld kosten, sondern die lediglich argumentativer Unterstützung bedürfen, die aber wichtig sind.

Mittlerweile haben wir mit einer Anschubfinanzierung in Baden-Württemberg praktisch ein flächendeckendes Netz von Energieberatungszentren. Jeder, der als Privatmann ein solches Energieberatungszentrum aufsucht, ist willens, etwas für die Umwelt zu tun, und hat auch schon irgendwie im Hinterkopf, dass er etwas investieren möchte.

Ich nenne als zweites Beispiel den Wettbewerb für den European Energy Award. Es sind mittlerweile, glaube ich, über 40 Gemeinden, die an diesem Wettbewerb teilnehmen. Ich kenne mich ein klein wenig aus, weil die Gemeinde Wiernsheim im Enzkreis eine der ganz wenigen Gemeinden in Deutschland ist, die schon den Goldenen Award bekommen haben. Da ist kaum Geld vom Land geflossen. Was aber in solchen Gemeinden hinsichtlich der CO_2-Verminderung geschieht, ist wirklich bewundernswert.

Ich sage ein Drittes, das wir nicht vernachlässigen dürfen: Die Forschungsprogramme, die das Umweltministerium mit relativ wenig Geld durchführt, haben einen Schwerpunkt: Was muss getan werden, um Auswirkungen der Klimaerwärmung einigermaßen in den Griff zu bekommen?

Das nächste Thema – auch das stellt eine Daueraufgabe dar – ist der Flächenverbrauch. Auch hierzu habe ich schon einmal mit einer Rede ein wenig Aufsehen erregt. Hierbei freue ich mich, zwei Aspekte ansprechen zu können. Erstens hat mittlerweile das Wirtschaftsministerium Gott sei Dank so etwas wie Leitlinien herausgegeben, anhand derer die Träger der Bauleitplanung bemessen können, wie viele Bauflächen sie in der Zukunft ausweisen oder nicht ausweisen.

Das ist ein erster Versuch. Sie können besser werden. Sie sind für den Verdichtungsraum nicht streng genug und auch für den ländlichen Raum zu großzügig. Aber wenn man einmal ein oder zwei Jahre Erfahrungen hat, kann man sie auch korrigieren. Es sollte in unser aller Interesse sein, zusammen mit den zuständigen Ministerien zu einer noch strengeren Observanz zu kommen, als dies Leitlinien zur Empfehlung sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle darf mir auch einmal gestattet sein, Folgendes zu sagen: Ich halte es für die Flächenverbrauchspolitik nicht gerade für förderlich, wenn wir drei Ministerien haben, die hierfür zuständig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir stehen vor einer Regierungsneubildung. Wenn man diese Zuständigkeit einmal in einem Haus sammeln würde, wäre das auch schon ein wesentlicher Beitrag, dem Flächenverbrauch entgegenzuwirken.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen wir im Wirtschaftsministerium!)

– Ich sage gar nicht, in welchem Haus. Aber wenn Sie von mir eine Antwort wollen, dann würde ich sagen, man sollte es dort konzentrieren, wo gegen den Flächenverbrauch wirklich etwas getan wird und wo man den Minister nicht zum Jagen tragen muss; denn so war es bisher beim Wirtschaftsministerium.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Widerspruch des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch auf eine Veränderung des Haushalts zu sprechen kommen, die die Koalitionsfraktionen erreicht haben. In jedem Jahr werden 1 Million € zur Verfügung gestellt, damit wir den Gemeinden, die wirklich konsequent eine Baulückenerhebung gemacht haben, auch die Möglichkeit geben, aus der Baulückenerhebung Konsequenzen zu ziehen. Ich habe immer den Eindruck, dass viele Bürgermeister draußen meinen, wenn sie die Baulückenerhe-

bung gemacht haben, dann hätten sie des Guten genug getan. Das ist aber erst eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Arbeit beginnen kann. Denn dann muss man mit den Eigentümern, die eine Baulücke haben, in ein ernstes Gespräch eintreten und darf nicht warten, bis von 100 vielleicht zwei freiwillig in das Rathaus kommen.

Meine Damen und Herren, letzter Punkt bei den Daueraufgaben: der Hochwasserschutz. Auch hier haben wir als Koalitionsfraktionen eine Änderung im Haushalt erreicht, nämlich für die beiden Haushaltsjahre jeweils 1 Million € als Erhöhung der Unterhaltsmittel für die Gewässerdirektionen bei den Gewässern I. Ordnung.

Im Übrigen bleibt der Hochwasserschutz eine Daueraufgabe. Auch beim Hochwasserschutz haben wir in diesem Haushalt weder bei den Landesmitteln noch bei den Mitteln des Kommunalen Umweltschutzfonds nennenswerte Kürzungen zu beklagen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Aber die Verfahren müssen schneller kommen! Die darf man nicht verschleppen!)

– Sie sorgen ja jetzt dafür, dass das eine Verfahren schneller erledigt werden wird.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Lieber Herr Kaufmann, wir brauchen heute Abend doch nicht mehr die Debatte von heute Morgen zu führen. Diese Debatte wird ja irgendwie weitergeführt. Dazu brauchen wir heute Abend nichts mehr zu sagen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einige aktuelle Themen der Umweltpolitik ansprechen. Ich beginne bewusst mit dem freiwilligen ökologischen Jahr. Im Haushalt haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir die Zahl der Plätze um 30 erhöhen können. Aber wir haben uns fest vorgenommen, im nächsten Nachtragshaushalt, wenn es irgendwie möglich ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass zu den 30 Plätzen vielleicht weitere 30 Plätze hinzukommen können.

Jetzt will ich an dieser Stelle noch etwas zu unserer Atomdebatte sagen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Oh, gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kernkraftdebatte!)

Es ist bekannt, dass wir dafür sind, für eine gewisse Zeit aus dem Ausstieg auszusteigen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber das kriegt ihr nicht durch!)

– Langsam.

Mich ärgert dabei immer das Argument derjenigen auf dieser Seite, die anderer Meinung sind und sagen: „Wir haben kein Endlager.“ Wenn es Ihnen mit diesem Argument ernst wäre, dann hätten Sie in der Zeit der von Rot-Grün geführten Koalition und in der Zeit der Großen Koalition in Berlin nicht alles unternehmen dürfen, um Fortschritte in Bezug auf das Endlager zu torpedieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Zurufe der Abg. Thomas Knapp SPD und Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Lieber Herr Knapp, lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Ich will Ihnen einmal unabgesprochen einen persönlichen Vorschlag machen.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Wie wäre es, wenn Sie als Gegner eines Ausstiegs aus dem Atomenergieausstieg auf uns zukommen und sagen würden: „Lasst uns einmal ein ernstes Wort über die Frage reden, wie wir in Bezug auf das Endlager wesentliche Fortschritte machen können“? Dann wäre ich bereit, zu sagen: Jetzt können wir auch darüber reden, das eine oder andere Atomkraftwerk nicht weiterlaufen zu lassen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Das wird ohnehin abgeschaltet! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber es bringt natürlich auch nichts, wenn man sich praktisch wie bei einer Schlacht gegenübersteht – mit ideologischen Scheuklappen – und sich niemand bewegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da gibt es doch einen Vertrag und ein Gesetz!)

– Sie wissen doch, dass wir das Gesetz ändern wollen und dass es eine Mehrheit für die Änderung gibt.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Dann macht es doch! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Scheuermann, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, auch wenn dies voraussichtlich Ihre letzte Haushaltsrede ist.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ich brauche nur noch die Zeit, die ich durch die Frage von Herrn Untersteller verbraucht habe. Dann bin ich fertig.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Jörg Döpper CDU)

Ich möchte ein letztes aktuelles Thema ansprechen, nämlich die Änderung der gesetzlichen Voraussetzung für die Erhebung des Wasserpfennigs. Sie alle wissen, dass wir in der Vergangenheit vor allem mit den großen Energieerzeugern, die viel Kühlwasser brauchen, große Schwierigkeiten hatten. Das hat bis hin zu Prozessen geführt. Im Moment befindet sich eine entsprechende Gesetzesnovelle in der Anhörung. Sie trägt sicherlich dazu bei, die Frage nach der Ermäßigung auf sicherere gesetzliche Grundlagen als bisher zu stellen. Wir gehen davon aus, dass wir dann, wenn wir dieses Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode verabschieden können, ein

zugegebenermaßen nicht ganz wesentliches, aber ein für die Umweltpolitik wichtiges Problem gelöst haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir überall in der Landespolitik so gut wären und Schritt für Schritt solche Fortschritte machen würden wie in der Umweltpolitik, dann wäre es gut.

Ich darf mich bei allen, die mir zugehört haben und die jeweils auch ihren Beitrag zu einer erfolgreichen Umweltpolitik geleistet haben und hoffentlich noch weiter leisten, bedanken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt jetzt mein besonderer Gruß dem neuen Schweizerischen Generalkonsul, Herrn Hans Dürig. Er hat Anfang Januar die Nachfolge von Herrn Generalkonsul Renggli angetreten und stattet dem Landtag heute seinen ersten offiziellen Besuch ab.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul Dürig, ich darf Sie im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit in unserer Landeshauptstadt Stuttgart wünschen.

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Knapp für die Fraktion der SPD.

Abg. Thomas Knapp SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs möchte ich sagen: Herr Scheuermann, wir haben Ihnen schon des Öfteren Respekt gezollt, wenn Sie Ihrer eigenen Fraktion den Spiegel vorgehalten haben oder sogar, wie in einem Einzelfall geschehen, den scheidenden Ministerpräsidenten vorgeführt haben.

Ich möchte zwei Beispiele benennen: Sie haben damals, als es um den CO_2-Ausstoß von Kraftfahrzeugen ging, dem Ministerpräsidenten ins Gebetbuch geschrieben, dass er nicht den Weg gehen sollte, den er gehen wollte, nämlich alles aufzuweichen und weniger konkrete Schritte zu gehen. Sie haben damals dafür gekämpft, dass die Vorgabe eines maximalen Ausstoßes von 120 g CO_2 pro Kilometer auch von Baden-Württemberg vorangetrieben wird. Das war eine tolle Leistung; das muss ich wirklich sagen.

Man könnte noch vieles anführen. Ich möchte nur ein zweites Beispiel anführen, nämlich die Windkraft. Sie haben damals hier gesagt, die Bremser beim Windkraftausbau in Baden-Württemberg säßen meist in Ihrer Fraktion.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da hat er unrecht! – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

– Da hat er nicht unrecht. Herr Kollege Döpper, ich schaue Sie an. Sie hatten damals einen Gesichtsausdruck, der alles gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Eines muss man aber wirklich festhalten – dann komme ich inhaltlich zu unseren Themen –: Herr Kollege Scheuermann ist einer der wenigen von Ihrer Seite, der sich getraut hat, eine eigene Meinung zu vertreten, und der versucht hat, Umweltpolitik ordentlich voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist er bei Ihnen meist gescheitert.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt aber inhaltlich zu dem, was in der Umweltpolitik vorangegangen ist: Vor drei Jahren ist ohne unsere Stimmen das Erneuerbare-Wärme-Gesetz beschlossen worden – ohne unsere Stimmen deshalb, weil es unseres Erachtens nicht sein kann, dass die Landesimmobilien außen vor sind. Die Mehrheit hatte das Gesetz aber beschlossen. Im Grundsatz war dieses Gesetz jedoch nicht so schlecht.

Frau Gönner, jetzt melden Sie über die Presse, man müsse die Vorgaben verschärfen, es sei zu wenig, es werde nichts erreicht. Pro Jahr werden maximal 2 % der Gebäude energetisch saniert. Das heißt, wir schaffen es mit Mühe und Not bis zum Jahr 2050, dass dann in etwa die Hälfte der Immobilien energetisch saniert sind. Sie stellen sich damit selbst ein Armutszeugnis aus, wenn Sie sagen, es werde nichts erreicht und Sie hätten nichts vorangebracht.

Daher kann ich nicht nachvollziehen, dass unsere Anträge im Ausschuss abgelehnt worden sind, mit denen wir 70 Millionen € für den Wohnungsneubau gefordert haben, der energetisch natürlich deutlich besser ist als der Wohnungsbestand. Außerdem wollen wir in diesem Doppelhaushalt 30 Millionen € veranschlagen, damit im Altbestand energetische Maßnahmen durchgeführt werden können. Es wird zwar genickt, aber man lehnt es zunächst einmal pauschal ab; denn alles, was von uns kommt, wollen Sie schlechtmachen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Obwohl es gut ist!)

obwohl es gut ist. Beim Gebäudebestand muss deutlich mehr gemacht werden. Sie haben sich dadurch ein Armutszeugnis ausgestellt, dass Sie beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz die Landesimmobilien außen vor gelassen haben. Null Vorbild! Das merkt der Bürger draußen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt haben Sie ein Programm aufgelegt – man muss sich das einmal vorstellen –, bei dem sich die ersten 50 % der Investitionen innerhalb von sieben Jahren amortisieren. Es wird aber nichts eingestellt. Dass dann später die Renovierung immer schwieriger wird, ist auch klar. Bis dahin werden aber auch die Energiepreise gestiegen sein. Dann würde sich eine energetische Gebäudesanierung wieder rechnen. Es ist aus unserer Sicht völlig unverständlich, wenn man Maßnahmen, die sich nach Ihren eigenen Angaben in sieben Jahren amortisieren, nicht ergreift.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist das Integrierte Rheinprogramm. Da haben wir uns – das muss man jetzt wirklich sagen – über Jahre hinweg zusammen mit dem

früheren Umweltminister Müller immer dafür verkämpft, dass Haushaltsmittel hierfür eingestellt werden.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Die sind doch auch drin!)

Vor zwei Jahren wurden 15 Millionen € mehr eingestellt. Wir haben im Ausschuss gesagt: Man muss jetzt auch dafür sorgen, dass das Geld abgerufen wird. Dann hat man gesagt: „Na ja, da wird man schon schauen." Jetzt müssen wir lernen – wahrscheinlich auch der Kollege Müller, relativ neu –, dass man das abrufen könnte. Aber dann gibt es einzelne Abgeordnete – ich schaue einmal Sie an, Herr Fleischer –, die versuchen, zu hintertreiben, wo es nur geht, obwohl man doch festhalten muss: Zum Integrierten Rheinprogramm haben alle Fraktionen gesagt: „Da sind wir dafür; wir brauchen das, weil die Oberlieger dafür sorgen müssen, dass bei den Unterliegern weniger passiert." Dann wird mit irgendeinem Schotter- und Kiesabbau das Integrierte Rheinprogramm hintertrieben.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das ist eine blanke Lüge!)

Das ist ein völlig unmögliches Verhalten, das hier an den Tag gelegt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Den Kollegen Kaufmann können Sie nachts wecken – egal, zu welcher Uhrzeit –, der kann Ihnen alle Maßnahmen im Detail aufzählen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben uns immer dafür ausgesprochen und verkämpft, und dann wird es blockiert, weil man sagt: „Nein, das gefällt uns nicht, wir wollen den Kies in eine andere Richtung schieben." Das ist ein völlig unmögliches Verhalten.

(Zurufe der Abg. Gundolf Fleischer und Karl Zimmermann CDU)

Ich möchte jetzt noch ein paar andere Aspekte ansprechen. Herr Scheuermann, Sie haben das Thema Flächenverbrauch angesprochen. Auch da sind wir uns einig. Auch das muss jeder vor Ort aushalten. Sie wissen, dass ich in meinem Wahlkreis Kritik bekommen habe, weil ich genau das, was wir eigentlich gemeinsam wollten – allerdings ohne die FDP/DVP –,

(Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Langsam! Das stimmt so nicht!)

auch vor Ort umsetzen will, indem die klare Vorgabe gemacht wird, die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren und mehr Innenentwicklung zu betreiben. Das, was Sie hier als toll ansprechen und von dem Sie sagen, dass da Erfolge erreicht wurden, muss man jetzt endlich auch einmal umsetzen. Da muss auch draußen in den Kommunen einmal etwas ankommen. Das wird aber nicht anders gehen, als dass man auch einmal klare Vorgaben macht, damit es da auch keine Diskrepanzen mehr

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

zwischen dem Verband Region Stuttgart, der hier schon weiter ist, und den umliegenden Regionen gibt. Denn das ist ein ruinöser Wettbewerb, den wir uns auf Dauer nicht mehr werden leisten können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Bopp CDU)

Dann ist das freiwillige ökologische Jahr von Ihnen angesprochen worden. Das ist auch ein Thema, über das man sich im Umweltausschuss im Grunde einig war. Man will mehr machen, man will auch mehr Plätze für die Schulabgänger des doppelten Abiturjahrgangs 2012 anbieten. Aber was macht man? Man sagt: Für ein Jahr stellen wir jetzt einmal die 30 zusätzlichen Plätze ein

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Für zwei!)

und die Maßnahmen, die wir brauchen, und für das zweite Jahr – das sagten Sie gerade eben nochmals – machen wir es im Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Das ist doch keine strategische Entwicklung, zu sagen: „Machen wir das wieder einmal abhängig davon, ob man ein freiwilliges ökologisches Jahr macht. Machen wir einen Nachtragshaushalt; da müssen wir einmal schauen, wie es wird." Ich kann Ihnen sagen, was herauskommt. Das wird wieder nichts mit einem deutlichen Ausbau werden. Das halte ich für falsch. Denn mit solchen freiwilligen ökologischen Jahren bildet man Multiplikatoren aus, zieht man Multiplikatoren heran. Jeder, der ein solches Jahr absolviert – das ist genauso wie beim freiwilligen sozialen Jahr –, ist nachher ein Multiplikator für das Thema Ökologie.

Deshalb halte ich es für richtig, solche Maßnahmen durchzuführen. Darüber waren wir uns im Grundsatz auch einig. Aber leider ist alles, was von uns gekommen ist, wieder abgelehnt worden. Jetzt wollen Sie es in den Nachtragshaushalt für das nächste Jahr schieben. Das ist wirklich eine Sache, die einfach nicht funktioniert.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Scheuermann?

Abg. Thomas Knapp SPD: Gern, von Herrn Scheuermann immer. Das kann nur positiv sein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Abwarten!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Knapp, bloß damit es richtig im Raum stehen bleibt: Erkennen Sie bitte an, dass ich vorhin gesagt habe: Wir haben für zwei Jahre – 2010 und 2011 – die Voraussetzungen geschaffen, dass wir 30 Plätze m e h r haben.

Abg. Thomas Knapp SPD: Ja.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Dann habe ich dazugesagt: Wir halten das noch nicht für genug. Lasst uns deshalb bei der Beratung des nächsten Nachtragshaushalts darüber reden.

Also: 30 zusätzliche Plätze sind sicher. Erkennen Sie wenigstens das an?

Abg. Thomas Knapp SPD: Das erkenne ich an.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Also.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Abg. Thomas Knapp SPD: Das habe ich auch gesagt. Aber die nächsten 30 Plätze für 2012 sind nicht sicher, und die zweiten 30 Plätze wollen Sie erst im Nachtragshaushalt schaffen. Das funktioniert aber einfach nicht.

Ich erkenne jedoch absolut an: Der erste Schritt ist getan.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Danke!)

Bloß weiterlaufen wollen Sie halt im Moment noch nicht.

Ich möchte als Letztes noch das Thema Kernenergieausstieg ansprechen. Herr Kollege Scheuermann, Sie haben es glücklicherweise auch schon angesprochen. Ich habe schon gedacht, Sie drücken sich davor, aber das machen Sie nicht.

Ihr Angebot, sich einmal darüber zu unterhalten, was man machen kann, wie das Ganze funktioniert und welches Kraftwerk man dann abschaltet, klingt vordergründig schon einmal ganz interessant. Auf den ersten Blick könnte man sagen, es ist in Ordnung, aber auf den zweiten Blick muss man natürlich sagen: Sich über ein Endlager zu unterhalten, bei dem Gutachter mehr oder weniger politisch beeinflusst worden sind – dazu wird es einen Untersuchungsausschuss geben –, das wird so nicht funktionieren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Jetzt haben Sie gesagt, im Hinblick auf den Atommüll seien wir in Baden-Württemberg in den Jahren weitergekommen, in denen Sie maßgeblich mitgemacht haben. Sie haben recht. Aber wir haben einen Autarkiebeschluss. Sie werden hier in Baden-Württemberg massive Widerstände beim Thema „Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken“ bekommen, wenn Sie entsprechend dem Autarkiebeschluss sagen: Unser Atommüll bleibt im Land.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das hat doch nichts miteinander zu tun!)

Sie sehen das ist immer so locker.

Da produziert Baden-Württemberg 30 % des Atommülls in Deutschland, sagt aber: Der Müll, die Entsorgung und die Lagerung gehen uns nichts an. Herr Kollege Scheuermann, so geht es bei diesem Thema natürlich auch nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Man muss ein Zweites dazu sagen. Auf der einen Seite will man Laufzeitverlängerungen. Die Umweltministerin hat immer propagiert, man müsse Gewinne aus der Laufzeitverlängerung abschöpfen. Kein Mensch weiß aber, wie viel man abschöpft, kein Mensch weiß, wie man es rechtlich abschöpft. Dann diskutiert man darüber, welcher Gewinn durch eine Laufzeitverlängerung erzielt werden kann.

Ich sage Ihnen eines: Im Moment wird die Solarförderung nach dem EEG – Frau Umweltministerin, da macht die schwarz-gelbe Regierung wieder Schnellschüsse, die ich wirklich für falsch halte – ab dem 1. April um 15 % gesenkt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Man kann darüber diskutieren, ob so etwas geht oder nicht. Aber das macht die deutsche Wirtschaft kaputt. Das Schlimme ist jedoch die Begründung für die Senkung der Solarförderung: Die Argumentation war – das kann man nachlesen –, die Investoren in Fotovoltaik nähmen über 12 % Gewinn mit, diese Investoren erzielten also richtige Windfall-Profits. Aber den großen Vier, die Kernkraftwerke betreiben, die teilweise kein Projekt unter 13 % Rendite machen, wollen Sie mit der Laufzeitverlängerung noch mehr schenken. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Zum Schluss möchte ich zum Kollegen Ehret kommen. Er hat mich zwar gebeten, hierzu nichts zu sagen, aber, lieber Dieter, ich sage es trotzdem. Heute läuft über den Ticker:

FDP-Abgeordneter Ehret steigt 2011 aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wegen der CDU!)

Der Weisweiler FDP-Landtagsabgeordnete Dieter Ehret kandidiert 2011 nicht mehr. Als Grund nannte er seinen Protest gegen die von der Bundesregierung

– schwarz-gelb –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

vorgesehene Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hört, hört! – Zuruf von der SPD: Hohe Anerkennung!)

Lieber Dieter, hohe Anerkennung. Beifall!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Lieber Dieter, ich habe dich bei einer Podiumsdiskussion einmal als das Trojanische Pferd in der FDP bezeichnet.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Du weißt, wie das damals ausgegangen ist. Man hat ein Pferd hineingeschickt, hat sogar die Mauer aufgerissen, damit man es hineinziehen konnte, und aus dem Pferd sind nachts die Krieger ausgestiegen und haben Troja eingenommen. So lautet zumindest die Sage.

Leider – das muss ich heute sagen – kann ich dich nicht mehr als Trojanisches Pferd bezeichnen. Du bist zwar hineingegangen, aber du hast den Erfolg, die FDP zu ändern, nicht erreicht. Du bist als Trojanisches Pferd – zumindest inhaltlich – wieder hinausgeschoben worden.

Ich möchte dir deshalb zum Abschluss meiner Rede noch eine Beitrittserklärung der SPD überreichen.

(Abg. Thomas Knapp SPD hält eine Beitrittserklärung hoch. – Heiterkeit – Zurufe)

(Thomas Knapp)

Darauf sind sehr viele Bilder, u. a. von Kurt Beck und Gerhard Schröder. Hier in der Mitte, wo man noch ein Passbild einfügen kann, steht ganz klein: Dein Platz in unserer Mitte.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Knapp SPD überreicht Abg. Dieter Ehret FDP/DVP eine Beitrittserklärung der SPD.)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ein paar Worte zum Kollegen Scheuermann. Sie haben auch heute wieder viel Richtiges gesagt. Ich und wir alle zollen Ihnen Respekt für das, was Sie im Umweltbereich, insbesondere beim Thema Flächenverbrauchsreduzierung, vorangetrieben haben.

Ich möchte mich aber auch noch auf Aussagen eines anderen Mitglieds Ihrer Partei beziehen, und zwar auf Aussagen von Ministerpräsident Oettinger. Dieser hat in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode auf die umweltpolitischen Herausforderungen hingewiesen. Er hat wichtige und richtige Fragen gestellt wie z. B.: Wo liegen die Grenzen des Wachstums? Wie viel Konsum können wir uns leisten? Wie können wir schädliche Emissionen reduzieren? Wie können wir den Klimawandel stoppen? Er hat von Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gesprochen. Auch hat er das Ziel der Nettonull beim Flächenverbrauch gesetzt.

Wie passt der Entwurf des Haushaltsplans der Regierung für das Umweltressort dazu?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gut! Sehr gut!)

Ich sage: gar nicht. Statt das Umweltressort zu stärken, werden die Mittel Jahr für Jahr gekürzt, und zwar stärker als in anderen Bereichen. Gerade noch 0,94 % der Gesamtausgaben des Landes entfallen auf das Umweltressort.

Die Umweltverwaltung war auch schon bei den Personalkürzungen in den vergangenen Jahren überproportional betroffen. Im gesamten Ressort gibt es jetzt noch 860 Personalstellen. Das sind etwa vier Promille der beim Land Beschäftigten.

(Zurufe von der CDU)

Statt den Umweltbereich kleinzusparen, bedürfte es einer Stärkung, insbesondere der Arbeitsbereiche, die sich mit Zukunftsfragen beschäftigen, die konzeptionell arbeiten, die neue Ideen entwickeln und befördern.

Stattdessen hält man an den bestehenden Strukturen fest. Man schiebt das eine oder andere Referat in eine andere Abteilung, aber man ändert nichts an der Gewichteverteilung.

Der stärkste Bereich im Umweltministerium ist nach wie vor die traditionell starke Wasserwirtschaft.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein, die Pressestelle!)

Andere, zukunftsgerichtete Bereiche wie die Umweltforschung oder das Aufgabenfeld Nachhaltigkeit bleiben schwach und schmächtig.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Die LUBW, die auch Aufgaben im konzeptionellen Bereich hat, die als Ideenschmiede dienen könnte und wichtige Beiträge zur Beantwortung der von Ministerpräsident Oettinger aufgeworfenen Fragen liefern müsste, dient als Sparschwein. Jedes Jahr wird hier um 1 Million € gekürzt, sodass am Ende kaum noch die Pflichtaufgaben erfüllt werden können.

Dementsprechend sieht die Umweltpolitik der Landesregierung auch aus: Solide, aber ganz und gar nicht innovativ.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Gegenruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

In weiten Teilen läuft man Vorgaben der EU hinterher, ohne eigene Akzente zu setzen. Die einzige Ausnahme aus den vergangenen Jahren, die mir einfällt, ist das Erneuerbare-Wärme-Gesetz.

Auch die Nachhaltigkeitsstrategie ändert nichts an diesem Bild. Sie besteht aus vielen kleinen Projekten. Es fehlt das klare Profil. Bezeichnend ist auch, dass keiner meiner Vorredner auf die Nachhaltigkeitsstrategie eingegangen ist. Insgesamt fehlt also der Einfluss auf die Landespolitik.

Wenn ich mir allein das Ziele-Sammelsurium anschaue, das für jegliche Art der Projektsteuerung völlig ungeeignet ist, dann ist klar, dass das Konstrukt dem Begriff „Strategie“ nicht gerecht wird.

Haushaltsberatungen – das haben mir auch die Finanzausschussberatungen sehr bewusst gemacht – sind nur bedingt geeignet, um die eigenen Vorstellungen deutlich zu machen und punktgenau Akzente zu setzen.

Wir haben im vergangenen Jahr wieder viele inhaltliche Vorschläge gemacht, die auch mit finanzwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden sind. Wir haben Vorschläge zur Abwasserentsorgung gemacht, bei der wir eine weitere Erhöhung des schon sehr hohen Anschlussgrads für ökonomisch und ökologisch unsinnig halten.

Auch der Hochwasserschutz ist bereits angesprochen worden. Auch hierbei gehen ökologische und ökonomische Optimierung Hand in Hand. Der von den Regierungsfraktionen eingebrachte Antrag auf weitere Anhebung der ohnehin schon erhöhten Mittel für die Unterhaltung wasserbaulicher Anlagen steht für ein „Weiter so!“, aber nicht für die notwendige Optimierung der Gewässerunterhaltung in ökologischer und ökonomischer Hinsicht.

Die „Kies-Affäre“, zu der schon heute Morgen Wesentliches gesagt worden ist, zeigt sehr deutlich, dass der Hochwasserschutz noch unter ganz anderen, von der Regierung hausgemachten Blockaden leidet. Mehr Geld hilft hier gar nicht weiter.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das stimmt!)

(Dr. Gisela Splett)

Beim Flächenverbrauch setzen wir – im Übrigen im Einklang mit dem Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg und mit der Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamts – auf wirksame Instrumente, wie handelbare Flächenzertifikate. Wir setzen auch auf die konsequente Anwendung dessen, was rechtlich möglich ist.

Immer mehr Modellprojekte, auch noch auf mehrere Ressorts verteilt – es wurde schon angesprochen; auf diesem Feld tummeln sich nicht nur das Umweltministerium, sondern auch das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum –, bringen uns nicht weiter. Mehr Förderprojekte stehen für Aktivismus, aber nicht für eine zielgerichtete Vorgehensweise.

Der Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik weltweit und in Baden-Württemberg. Wir reden hier viel von Klimaschutz, aber die Landesregierung wird ihrer Verantwortung nicht gerecht. Das zeigt sich auch an diesem Haushalt, selbst wenn ich die vom Kollegen Scheuermann genannten nicht finanzwirksamen Maßnahmen berücksichtige.

Die „Klimaschutz-Plus“-Programme laufen so vor sich hin.

Besonders bedeutungsvoll ist der Zustand der landeseigenen Gebäude. Das Land ist direkt dafür verantwortlich, dass zur Deckung des Energieverbrauchs in den 8 900 Landesgebäuden 460 000 t CO_2 im Jahr erzeugt werden. Wir haben aufgezeigt, dass es beim jetzigen Sanierungstempo 150 Jahre dauern würde, bis alle Gebäude saniert wären.

Wir haben bei der Verabschiedung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Druck gemacht, damit sich auch die öffentliche Hand und nicht nur die Privaten bei der Gebäudesanierung anstrengen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber nichts hat geholfen! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das Kabinett hat Ende 2008 selbst beschlossen, dass dafür mindestens 25 Millionen € eingesetzt werden müssen. Aber die Mittel sind weg, bei Ihnen durchs Raster gefallen.

Sie haben aber noch eine Chance: Sie können nämlich morgen unserem Antrag, im Staatlichen Hochbau mehr Mittel in die Sanierung der Landesgebäude zu stecken, zustimmen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Noch ein Wort zu dem Antrag der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10. Diesem Antrag können wir leider nicht zustimmen. Es geht zwar um die Sanierung von Gebäuden – das ist richtig und wichtig –, aber der Bund steckt im Jahr 2010 allein 319 Millionen € in das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm der KfW. Dazu kommen die Mittel für private Hausbesitzer aus dem Marktanreizprogramm. Es ist richtig, dass der Bund das macht und dafür Erlöse aus dem Handel mit CO_2-Zertifikaten verwendet werden.

Lassen Sie uns vor diesem Hintergrund die Mittel auf das konzentrieren, wofür das Land die Verantwortung hat, nämlich auf die Landesgebäude.

(Beifall bei den Grünen)

Der diesjährige Doppelhaushalt ist ein Haushalt der Rekordverschuldung. Es ist nicht der Zeitpunkt für große Wünsche. Das spiegelt sich auch in unseren Anträgen wider, die sich auf einige wenige Punkte beschränken.

Wir können die Kürzungen im Bereich Immissionsschutz nicht mittragen. Hier wurde schon im vergangenen Jahr gekürzt, und das, obwohl es sowohl in der Luftreinhaltung als auch beim Lärmschutz noch viel zu tun gibt. Das Land hinkt hier den europaweiten Zielsetzungen mühsam hinterher. Lärmaktionspläne werden verspätet aufgestellt, und dann bremsen Landesbehörden die Kommunen bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbeschänkungen regelrecht aus.

Würden die Autos so langsam fahren, wie sich die Landesregierung beim Lärmschutz bewegt, dann hätten wir im Übrigen gar kein Lärmproblem.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wäre ein Vorschlag!)

Bei der Luftreinhaltung wird ebenso halbherzig reagiert. Mein Ordner zu den Themen Feinstaub, Stickoxide und Umweltzonen ist jedenfalls in der vergangenen Zeit schon ordentlich angewachsen, ohne dass wir durchschlagende Erfolge verzeichnen können. Jetzt genau in diesem Bereich wieder Mittel herunterzufahren heißt, an der falschen Stelle zu sparen.

Nicht mittragen können wir auch die erneuten und erheblichen Mittelkürzungen bei der LUBW. Darauf bin ich schon eingegangen.

Dringenden Mittelbedarf sehen wir für die Einrichtung und die dazugehörige Beratungs- und Koordinationsleistung von weiteren Energieeffizienztischen für kleine und mittlere Unternehmen. Hierzu hatten wir in den Ausschussberatungen einen Antrag gestellt.

Möglichkeiten für zusätzliche Einnahmen sehen wir beim Wasserpfennig. Rabatte ausgerechnet für die großen Energieunternehmen mit ihrem gigantischen Kühlwasserbedarf gehen in die falsche Richtung und setzen ein falsches Signal. Wäre der Wasserpfennig richtig bemessen, brauchte es die zusätzlichen Anreize überhaupt nicht, die Sie mit Ihrer Neuregelung anstreben.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Haushaltsentwurf reagiert nicht auf die großen Herausforderungen im Umweltbereich. Er ist wie bei vielen anderen Ressorts auch ein „Weiter so!“, ein Verwalten statt Gestalten, und er findet deshalb nicht unsere Zustimmung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schade, schade!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich hoffe, Sie sind heute bei mir nicht allzu streng mit der Redezeit. Angesichts der vielen Herausforderungen

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Dieter Ehret)

werde ich sonst wohl mit meinen vielen Punkten nicht durchkommen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Präsidentin nicht, aber wir! – Abg. Hans Heinz CDU: Da hat er schon Kredit verschenkt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wo ist Herr Kollege Knapp? Herr Kollege Knapp, ich muss Sie enttäuschen. Sie kommen leider zu spät. Bereits auf einer Großdemonstration im vergangenen Jahr gegen das Kernkraftwerk Fessenheim hat mir ein Kreistagskollege der Grünen einen Aufnahmeantrag übergeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oi! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Sie haben hoffentlich zugeschlagen? – Abg. Thomas Knapp SPD: Da müssen Sie zuschlagen!)

Ich will dazusagen: Die FDP im Landkreis Emmendingen hat eine lose Verbindung mit den Grünen. Ich habe den Antrag aber dennoch abgelehnt, denn ich bin durch und durch ein Liberaler und werde es auch bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Thomas Knapp SPD: Sie bleiben unser Trojanisches Pferd!)

Ich will dazu aber auch sehr offen sagen, dass ich mich in einer äußerst liberalen Fraktion befinde. Sonst wäre ich wohl auch nicht mehr hier. Diese Fraktion lässt Andersdenkende zu

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

und strengt nicht gleich Parteiausschlussverfahren an. Ich weiß – das weißt du auch –, dass es auch in eurer Partei, insbesondere bei den Europaabgeordneten, viele gibt, die für eine Laufzeitverlängerung sind.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das sind Alt-Europaabgeordnete!)

So viel dazu.

Lieber Herr Kollege Scheuermann, das Thema Kernkraft ist angesprochen worden. Bei diesem Thema sind wir beide uns nicht einig. Wir sind uns aber ansonsten, wenn ich die letzten vier Jahre Revue passieren lasse, bei fast allen umweltpolitischen Themen einig gewesen. Genauso wie Sie habe ich damals zum Thema CO_2-Ausstoß sehr deutliche Worte gefunden, ebenso wie zum Thema Windkraft. Das ist damals auch durch die Presse gegangen. Ich will es sehr deutlich sagen: Es gibt in unserer Fraktion kaum Widerspruch in Bezug auf Veränderungen, die auch ich beim Thema Windkraft als zwingend nötig erachte.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber warum lehnt ihr sie dann im Landtag ab? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Wir lehnen sie nicht ab. Die FDP/DVP hat Neuerungen beim Thema Windkraft noch nie abgelehnt, und das gilt auch für den Minister. Ganz im Gegenteil: Der Minister leistet hier Vorarbeit. Gemeinsam gehen wir auf die Regionalverbände zu.

Damit auch das einmal klar und deutlich gesagt wird: Die Initiative zu diesen Arbeitskreisen ist vom Landtagsabgeordneten Ehret – wenn auch als Regionalratsmitglied in Südbaden – gekommen, und das ist aufgegriffen worden. Auch ich schätze den Arbeitskreis, der im Ministerium gegründet wurde. Dieser Arbeitskreis ist für mich ein guter Fortschritt.

Was ich aber sagen will: Für mich – das gilt auch für einen Großteil meiner Fraktion – ist ganz klar: Es gibt kein Entweder-oder zwischen Wirtschaft und Umweltschutz. Für uns sind ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichberechtigt.

(Unruhe)

Ich werde auch weiterhin – wenn Sie schon Presseberichte zitieren, dann dürfen Sie auch dies anführen – in der FDP für diese Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und sozialem Miteinander kämpfen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich werde die Entwicklungen in Berlin sehr genau beobachten, und ich hoffe und bin guter Dinge. Ich bin mit Umweltpolitikern und Wirtschaftspolitikern gleichermaßen im Gespräch. Es ist noch nichts entschieden; da wird sich noch einiges tun.

Natürlich bringen die ökologischen Herausforderungen für unsere Wirtschaft gewaltige Chancen mit sich. Wir sehen in der führenden Stellung der baden-württembergischen Wirtschaft, gerade in der Umwelttechnologie, ein bedeutendes wirtschaftliches Potenzial für die Zukunft.

Den Vorsprung unseres Landes, der durch hohe Standards und durch große Forschungs- und Entwicklungsleistungen an Hochschulen und Unternehmen geschaffen wurde, gilt es weiter auszubauen. Dafür müssen wir aber die Rahmenbedingungen für die Vermarktung von Umwelttechnologien und für deren Weiterentwicklung sowie für Forschung und Lehre kontinuierlich verbessern.

Frau Kollegin Splett, selbstverständlich wird Baden-Württemberg weiterhin seinen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten, und zwar nicht nur durch den Export von Umwelttechnologien; auch bei den öffentlichen und privaten Haushalten und im Verkehr kann noch viel für die Umwelt getan werden.

Beim Neubau von Wohngebäuden und bei der Sanierung von Altbeständen lässt sich beweisen, dass sich innovativer Umweltschutz auch rechnet.

Noch eine Anmerkung zu dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das ich maßgeblich für unsere Fraktion mit erarbeitet habe und das auch sehr gut ist: Wir haben von Anfang an gefordert, die Liegenschaften des Landes, die nicht Wohngebäude sind, in einem Stufenplan zur Sanierung vorzubereiten, Analysen zu machen und finanzielle Mittel einzustellen – nur damit das auch hier einmal klargestellt ist.

Zu dem innovativen Umweltschutz rechne ich auch die Elektromobilität. Für uns als führendes Forschungs- und Automobilland ist es von besonderer Bedeutung, dass wir uns diesem Thema künftig verstärkt widmen.

(Dieter Ehret)

Zum Thema Klimaschutz ist schon alles genannt worden: Gebäudesanierung, Energieeffizienz in Industrie, Gewerbe und Haushalt, regenerative Energien. Hierbei halte ich große zentrale Anlagen wie Offshoreparks oder Solaranlagen in der Wüste und dezentrale Anlagen für gleich wichtig. Der Vorteil der dezentralen Anlagen ist natürlich die Wertschöpfung in den Regionen. Ich habe ja gesagt, gerade im Windbereich müssen wir auch onshore, das heißt hier im Ländle, deutlich vorankommen.

Neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien und dem kommunalen Klimaschutz ist uns als FDP/DVP-Fraktion die Energieeinsparung in Landesgebäuden von besonderer Wichtigkeit.

Meine Damen und Herren, nur was sich ökologisch rechnet, ist langfristig wirtschaftlich. Vorbeugender Umweltschutz ist preiswerter als die Sanierung von Umweltschäden. Dies gilt nicht nur bei der Luftreinhaltung, sondern auch entscheidend beim Lärmschutz.

Im Zuge der Umgebungslärmrichtlinie wurden die Schallpegel, z. B. in den Ballungsräumen Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, die Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnlinien und Großflughäfen kartiert. Die Kommunen stellen Lärmaktionspläne auf; das wurde gesagt. Es bedarf sicher einer großen finanziellen Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um die in diesen Lärmaktionsplänen vorgesehenen Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen. Besser ist es allerdings, schon bei der Realisierung neuer Projekte große negative Beeinträchtigungen von Mensch und Natur zu vermeiden.

Als Abgeordneter aus Südbaden liegt mir natürlich der Schienenverkehr und hier insbesondere der Ausbau der Rheintalbahn am Herzen, der ökologisch und ökonomisch sehr wichtig ist. Meine Damen und Herren, das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn – das wurde gestern auch schon angesprochen – dürfen nicht nur verkehrsgerecht, sondern müssen auch menschen- und umweltgerecht ausgebaut werden. Das Land unterstützt die berechtigten Forderungen der Region und hat ein sehr gutes finanzielles Angebot der Beteiligung an den Mehrkosten gemacht. Jetzt fordere ich und fordern wir die Bahn und den Bund auf, schnell einzulenken. Diese Forderung habe ich direkt an Herrn Dr. Ramsauer geleitet. Mein herzlicher Dank gilt insbesondere unserem Landesverkehrs- bzw. -innenminister, Herrn Rech.

Der Wirtschaftsminister hat heute Morgen ausführlich über die Steigerung des Einsatzes der Bioenergie, Biomasse geredet. Er hat aber auch über die positiven Effekte der Außenwirtschaftspolitik geredet. Insbesondere die Vermittlung baden-württembergischer Umwelttechnologien ist zu einem Schwerpunkt dieser Politik geworden. Herr Minister, herzlichen Dank dafür.

Ebenso Erfreuliches gibt es aus der Abfallwirtschaft zu berichten. Das wurde auch schon angesprochen.

Dasselbe gilt für das Thema Altlastensanierung. Im Altlastenbereich wurden seit 1988 über 640 Millionen € – das ist eine erstaunliche Summe – investiert. Das hat insgesamt Investitionen von über 850 Millionen € ausgelöst. Das ist ein enormer Betrag.

Ähnliche Beträge wurden in den Bereich Grundwasserschutz investiert. Hier wird uns die Europäische Wasserrahmenrichtlinie in den nächsten Jahrzehnten Investitionen von mehreren Hundert Millionen Euro abverlangen. Das wird für uns sehr schwierig werden. Hier müssen wir Prioritäten setzen.

Jetzt komme ich zum Hochwasserschutz. Das ist ein sehr wichtiges Thema. In den letzten zehn Jahren wurden hierfür über 550 Millionen € bereitgestellt, im Jahr 2009 70 Millionen € für technische Maßnahmen und für naturnahe Gewässerentwicklung, zusätzliche Mittel dann über das ZIP, das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, ergänzt durch das Landesinfrastrukturprogramm. In vielen Einzelmaßnahmen wurde der lokale Hochwasserschutz an Neckar und Donau und an den Rheinzuflüssen weiter verbessert. Im Rahmen des IRP wurde mit dem Bau weiterer Hochwasserrückhaltemaßnahmen begonnen.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Darauf warten wir!)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, sprechen uns weiterhin für große finanzielle Anstrengungen im Hochwasserschutz aus. Doch ich mahne an: Nur ökologisch verträglicher Hochwasserschutz ist ökonomisch und damit auch nachhaltig. Ich habe diese Aussagen von Herrn Dr. Henrichfreise vom Bundesamt für Naturschutz schon oft zitiert,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das wird dadurch nicht besser!)

weil sie meinem Verständnis von Hochwasserschutz völlig entsprechen, und zwar nicht nur aus ökonomischer Sicht, Frau Kollegin Splett, sondern auch hinsichtlich des Klimaschutzes. Das müssen Sie sich einmal deutlich anhören.

In der Frage, was ökologisch verträglicher Hochwasserschutz ist, gehen die Meinungen in der Tat auseinander. Es gibt gerade in der Region Südbaden, die grundsätzlich zum Hochwasserschutz steht, gute Alternativvorschläge. Ich habe schon oft die Umweltpolitiker und die Ministerin eingeladen, zu uns zu kommen. Wir haben Schaugerüste. Wir können Ihnen vor Ort mit Förstern, mit vielen Experten das Programm vorstellen. Dieses Angebot bzw. diese Aufforderung erneuere ich. Ich will aber dazusagen: Es müssen auch die Forstexperten des Landes und der Kreise hinzugezogen werden; denn sie bezweifeln stark den möglichen Umbau des Waldes. Extrembeispiele sind der Polderraum Wyhl/Weisweil und der geplante massive Querdamm im Polderraum Breisach/Burkheim. Hier sind die Anforderungen an einen echten Fließpolder nicht gegeben.

Zum Thema Flächenverbrauch möchte ich nur eines sagen. Das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium und die Regierungspräsidien werben verstärkt für die sinnvolle Innenentwicklung; wir auch. Nur: Wir haben eine differenziertere Position. Aber wir sind uns fraktionsübergreifend darin einig und haben auch jetzt im Haushalt Anreize geschaffen, Innenentwicklung zu forcieren.

Nun zum Thema Wasserpfennig: Im Kapitel 1005 ist beim Wasserentnahmeentgelt eine deutliche Erhöhung zu verzeichnen. Grund ist mit die erhoffte längere Laufzeit des Kraftwerks Neckarwestheim. Meine Damen und Herren, Sie ken-

(Dieter Ehret)

nen meine Einstellung zur Atomkraft. Deshalb werde ich persönlich konsequenterweise der Erzielung von Mehreinnahmen durch längere Laufzeiten von Atomkraftwerken nicht zustimmen. Meine Fraktionskollegen und -kolleginnen tragen diesen Teil mit und werden dem Umwelthaushalt insgesamt zustimmen.

Ich danke der Ministerin und dem Umweltministerium für die stets konstruktive Zusammenarbeit und biete unsererseits weiterhin gute Zusammenarbeit an, auch beim Hochwasserschutz, damit wir gemeinsam nachhaltige und ökologisch verträgliche Lösungen finden. Herr Bauer hat sich ja freundlicherweise bereit erklärt, mit Frau Dr. Dahlbender die Polderräume in Südbaden zu besuchen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Im Umweltbereich ist in Baden-Württemberg in der Vergangenheit viel geschehen; wir haben viel erreicht. Wir als FDP/DVP-Fraktion werden auch in Zukunft unserer Verantwortung gerecht, Umwelt- und Wirtschaftspolitik gleichberechtigt zu gestalten, und dies trotz der enormen Haushaltszwänge, die in den kommenden Jahren sicher nicht geringer werden. Dies werden wir gemeinsam mit der Landesregierung tun.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

Umweltministerin Tanja Gönner: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Debatte. Natürlich gilt für den Umwelthaushalt in Zeiten schwieriger Haushaltslage, dass gerade das Ministerium, das für Nachhaltigkeit zuständig ist, das einen Schwerpunkt bei der Nachhaltigkeit setzt, auch bereit ist – was uns schwerfällt –, bei der Frage der finanziellen Nachhaltigkeit seinen Beitrag zu Einsparungen zu erbringen. Natürlich tut jede Einsparung weh, wenn man weiß, wie man finanzielle Mittel einsetzen könnte. Aber gerade ein Haus, das möchte, dass Nachhaltigkeit Einzug hält, muss dann auch seinen Beitrag erbringen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kürzungen, die in diesem Haushalt beinhaltet sind – liebe Frau Dr. Splett, wir haben Ihnen als Berichterstatterin das auch erklärt –, haben u. a. auch damit zu tun, dass wir im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds statt Barmitteln Verpflichtungsermächtigungen haben, die es den Kommunen ermöglichen, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten im Laufe der Zeit entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Wenn man diese VEs wiederum in Barmittel umrechnet, wird man feststellen: Das Programmvolumen bleibt. Damit sind die Kürzungen im Haushalt deutlich geringer, als sie von Ihnen dargestellt werden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Milchmädchenrechnung!)

– Nein, das ist keine Milchmädchenrechnung. Ich finde es spannend, dass ausgerechnet jemand, der im kommunalen Bereich unterwegs ist, so etwas sagt. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie – –

(Abg. Thomas Knapp SPD: Der weiß das! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Offensichtlich nicht. Offensichtlich wissen Sie nicht, was Programmvolumen, was Barmittel und was VEs sind. Ansonsten hätten Sie diesen Zwischenruf so nicht vornehmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Johannes Stober: Sie wissen nicht, was an Maßnahmen ansteht!)

Ich will noch eines sagen, weil Sie, Frau Dr. Splett, über das Thema „Personelle Kürzungen“ gesprochen haben.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Zum einen ist es, glaube ich, ein bisschen schwierig, die Zahl der Mitarbeiter eines Umweltministeriums im Gesamtverhältnis darzustellen, wenn man weiß, dass der Schwerpunkt des Personals in einem Landeshaushalt vorrangig in der Lehrerversorgung und der Polizeiversorgung liegt. Insofern kann eine Verwaltung nur einen kleinen Anteil dazu beitragen.

Die Darstellung ist aber auch insofern nicht richtig, als wir allein im letzten Jahr 36 neue Stellen für die Marktüberwachung geschaffen haben; das heißt, dass gerade in unserem Bereich sogar Stellen hinzugekommen sind. Auch da gilt der Satz: Wir arbeiten daran, wie wir in der vergangenen Zeit Umweltpolitik gemacht haben. Qualität, nicht Quantität ist entscheidend. Ich bin der Überzeugung, dass es uns in den vergangenen Jahren gelungen ist, deutlich zu machen, dass wir hier stark sind.

Eine letzte Bemerkung zum Thema Personal: Wenn Sie sagen, der stärkste Bereich sei die Wasserwirtschaft, Umwelttechnik habe wenig Personal, dann lohnt es sich, einmal in den Einzelplan hineinzuschauen, um zu sehen, dass wir die Umwelttechnik und das Referat für Umwelttechnik durchaus gestärkt haben. Im Übrigen finden die technischen Entwicklungen nicht in einem Ministerium statt; sie finden vielmehr draußen in den Forschungseinrichtungen, bei mittelständischen Unternehmen und in der Industrie statt. Genau das ist das Wesentliche.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder verteidigt, dass dieses Haus einen entsprechenden Etat für die Entwicklung von Umwelttechnik hat. Den haben wir auch weitergeführt, weil es für uns wichtig ist, dass wir Umwelttechnik draußen machen und nicht in der Verwaltung. Denn ich glaube, dass uns da auch die notwendigen Kenntnisse fehlen würden. Nicht die Entwicklung von Technik ist Aufgabe der Verwaltung, sondern deren Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Klimaschutzpolitik ist im Bereich eines Umweltministeriums wichtig und entscheidend, auch und gerade auf Landesebene, wo es darum geht, Dinge in die Umsetzung zu bringen.

(Ministerin Tanja Gönner)

Aber gestatten Sie mir zu sagen: Auch hier kann man natürlich mit Geld vieles umsetzen. Wir setzen unsere Fördermittel, die wir im Bereich Klimaschutz haben, auch sehr zielgerichtet ein. Herr Kollege Scheuermann hat bereits auf die Energieberatungszentren und die Energieagenturen hingewiesen. Es gibt kein anderes Land in Deutschland, das dabei eine Flächendeckung in diesem Maß erreicht hat. Das war für uns wichtig, weil wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Ansprechpartner vor Ort haben.

Wir haben eine Informationskampagne „Zukunft Altbau“, mit der wir breitflächig informieren, was im Bereich der Sanierung beim Altbau möglich ist.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

– Herr Knapp, ich komme gleich auch noch zu Ihrem Antrag.

Wir haben darüber hinaus den Energiesparcheck, den wir auch in Zukunft fortführen werden, ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger, sich den Zustand ihrer Immobilie darlegen zu lassen, um daraus abgeleitet entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Und wir haben – dafür brauchte ich kein Geld – das Erneuerbare-Wärme-Gesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will jetzt doch einmal mit einigen der Punkte, lieber Herr Knapp, über die wir schon öfter gesprochen haben, aufräumen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Achtmal das EEG abgelehnt!)

– Ach, Herr Knapp, ich habe Ihnen doch vorhin gesagt: Lassen Sie es bleiben. Denn hätten wir im EEG nicht eine Änderung vorgenommen, wären Sie heute nicht so glücklich, wie Sie sind. Also vorsichtig.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es!)

Ihr Kollege Gabriel hat es nicht machen wollen. Wir haben es gemacht. Sie mussten in der Zeitung zugeben, dass wir die nötige Änderung vorgenommen haben.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! – Abg. Thomas Knapp SPD: Das hätte es ja sonst gar nicht gegeben!)

– Lieber Herr Knapp, die entscheidende Frage ist: Wie gestaltet man Gesetze richtig? Genau das haben wir gemacht.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Aber lassen Sie uns zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz kommen. Entgegen Ihrer Aussage – darauf lege ich wirklich Wert; ich verstehe, dass Sie als SPD noch immer darunter leiden, dass Sie beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz, anders als die Grünen, nicht mitgestimmt haben, weil Sie glaubten – –

(Zurufe der Abg. Franz Untersteller GRÜNE und Thomas Knapp SPD)

– Ich freue mich immer, wenn wir ein bisschen Stimmung in das Verhältnis zwischen uns und der Opposition hineinbekommen. – Sie glaubten, dass Sie von Baden-Württemberg aus so viel Einfluss in Berlin haben, dass dort ein gescheites Gesetz herauskommt.

(Unruhe)

– Das lassen wir jetzt einfach einmal so stehen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aber es geht um etwas ganz anderes. Ich halte es nicht für richtig, wenn Sie behaupten – auf diese Feststellung lege ich wirklich Wert; denn es steht nirgends in diesem Gesetz –, wir hätten Landesgebäude ausgeschlossen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja!)

Das ist falsch. Sie werden in dem gesamten Gesetzestext nicht ein einziges Wort darüber finden.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

– Nein, jetzt lassen Sie mich einfach ausreden. – Lieber Winfried, ich stelle fest, dass du immer, wenn du gesagt hast: „Jetzt lassen Sie mich diesen Satz noch sagen“, eher Erfolg hattest. Das mag an der langjährigen Erfahrung liegen.

Wir haben gesagt, wir setzen an den Wohngebäuden an, weil das der Bereich ist, in dem am meisten Wärme entsteht und in dem man auch sehr schnell Veränderungen vornehmen kann.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wo Wärme entsteht?)

– Wo Wärme benötigt wird. Herzlichen Dank. Es ist in Ordnung. Ich nehme auch gern einmal etwas von der Opposition auf. So ist es ja nicht.

Das war der Grund dafür, dass wir gesagt haben: Wohngebäude. Im Übrigen sind wir gerade auch mit dem, was seit dem 1. Januar dieses Jahres für die Einbeziehung des Bestands gilt, weit über das hinausgegangen, was auf Bundesebene gilt.

Aber wir haben – das ist mir auch wichtig – mit der Verabschiedung des Gesetzes in diesem Haus zugleich gesagt: Wir werden ein Konzept für die Landesliegenschaften vorlegen. Es ist vorgelegt worden.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Wir haben gesagt: Wir werden es dann auch ausstatten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie blenden dabei aber eines aus – das halte ich für nicht richtig –: Wir haben im vergangenen Jahr – die Programme wirken bis Ende 2011 – Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und des Landesinfrastrukturprogramms in den Haushalt eingestellt, mit denen wir in nicht unerheblichem Maß gerade in die energetische Sanierung von Landesgebäuden hineingehen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das war der Grund dafür, dass wir bei diesem Haushalt angesichts der schwierigen Finanzlage gesagt haben: Wir sind bereit, die 25 Millionen €, die in Zukunft eingestellt werden, zu

schieben. Aber – noch einmal –: Wir haben über das ZIP und das LIP sehr viel Geld in den Bereich der energetischen Sanierung der Landesimmobilien hineingegeben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Konjunkturprogramm habe ich immer so verstanden, dass es obendrauf kommt!)

Lieber Herr Knapp, zu Ihrer Forderung, 30 Millionen € für ein Zinsverbilligungsprogramm zur Verfügung zu stellen: Wir setzen derzeit 1,5 Millionen € an Landesmitteln ein, um damit Zinsverbilligungen bei der L-Bank zu erreichen. Wir schaffen es, dass wir ein Kreditvolumen von rund 45 Millionen € um rund 0,5 Prozentpunkte verbilligen können.

Wer derzeit bei einer Bank vorspricht, weiß, dass wir in einer Niedrigzinsphase sind, wie es sie selten gegeben hat. Ich habe es nicht durchrechnen lassen, aber ich komme zu dem Ergebnis: Hätte das Land die 30 Millionen €, die Sie gefordert haben, bereitgestellt, hätte ich zur Bank gehen und sagen können: „Ich hätte gern einen Kredit. Ich zahle aber nicht nur keine Zinsen, sondern ihr gebt mir auch noch Geld.“ Insofern sollte man immer überlegen, wie man mit dem Geld umgeht.

Wir erreichen eine Zinsverbilligung auf 3,4 % mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Dieser Zinssatz ist so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Deswegen sind die 1,5 Millionen €, die wir zu diesem Zweck eingesetzt haben – –

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn es 15 Millionen € wären, könnte man das Zehnfache machen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Umweltministerin Tanja Gönner: Herr Knapp, wir wissen, dass die 45 Millionen € in der Nachfrage ausreichend sind, weil wir im Übrigen – das vergessen Sie – auch noch ergänzende Mittel des Bundes haben. Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass sich das Land Baden-Württemberg immer darüber freut, wenn Bundesmittel nach Baden-Württemberg fließen. Denn damit können wir auch etwas anfangen. Warum sollen wir das Geld des Bundes in andere Länder geben? Wir freuen uns, wenn es zu uns kommt.

(Zurufe der Abg. Thomas Knapp SPD und Franz Untersteller GRÜNE)

– Genau, Herr Knapp. Dazu komme ich jetzt.

Ich darf zunächst einmal darauf hinweisen, dass eine Sanierungsrate von 2 % niedrig ist. Im Übrigen: Im Bundesdurchschnitt liegt die Sanierungsrate zwischen 1 und 1,5 %.

Seit dem 1. Januar 2010 gilt das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg auch für Bestandsgebäude. Daraus haben wir noch keine weitere Entwicklung abgeleitet; vielmehr haben wir immer gesagt: Im Jahr 2011 werden wir eine Zwischenbilanz ziehen. Was wir in diesem Bereich erreicht haben, steht auf einem anderen Blatt.

Ich finde, es ist normal, dass ich meiner Enttäuschung über die Sanierungsrate Ausdruck gebe. Denn das verbinde ich mit der Bitte an die Bevölkerung, einmal zu überlegen: Was bringt es, wenn man selbst in die energetische Sanierung hineingeht? Ich habe den Vorteil: Ich weiß, was es bringt, denn ich habe es getan. Deshalb, finde ich, darf ich bei den Bürgerinnen und Bürgern auch für energetische Sanierung werben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Stichwort Hochwasserschutz.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Schotter!)

Ich danke zunächst den Regierungsfraktionen ganz herzlich dafür, dass sie zur Gewässerunterhaltung einen zusätzlichen Betrag zur Verfügung stellen wollen. Denn – das will ich deutlich sagen – jedes zusätzliche Rückhaltebecken, das wir haben und das wir im Interesse des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger auch benötigen, führt zwangsläufig dazu, dass die Unterhaltungskosten steigen.

Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob wir in irgendeiner Form etwas verändern müssen. Denn Sie, Frau Dr. Splett, haben gesagt, man würde die in ökologischer und in ökonomischer Hinsicht notwendigen Optimierungen nicht vornehmen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Vielmehr sind für die vorhandenen Hochwasserrückhaltebecken entsprechende Unterhaltungsmaßnahmen vorgesehen.

Herr Knapp, Sie sagten, die Mittel aus dem IRP würden nicht abfließen. Das ist falsch. Die Mittel für den Hochwasserschutz fließen ab. Richtig ist aber, dass wir Planfeststellungsbeschlüsse benötigen, und richtig ist auch, dass Planfeststellungsbeschlüsse so aufgestellt werden müssen, dass man sie nicht gegen die Bevölkerung macht. Auch das gehört dazu. Jeder Planfeststellungsbeschluss, der konträr zu den Interessen der Bevölkerung gefasst wird, bedeutet drei Instanzen bis hin zum Bundesverwaltungsgericht, sodass man eine lange Zeit unterwegs ist. Auch dies gehört zum Thema.

Zum IRP kann ich Ihnen sagen: Bei der Rheinschanzinsel sind wir am Bauen. Der erste Abschnitt Weil–Breisach ist im Bau. Im Bereich Schwanau setzen wir derzeit die ersten Maßnahmen um. Das Geld für den Hochwasserschutz im Rahmen des IRP fließt also ab. Außerdem haben wir durch das Zukunftsinvestitionsprogramm und das Landesinfrastrukturprogramm eine Verstärkung der Mittel erreicht, vor allem um notwendige Deichsanierungen voranzubringen. Die Gelder für den Hochwasserschutz fließen ab, weil es uns wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger geschützt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal zurück zum Thema – –

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Kies?)

– Nein, nicht zu diesem Thema.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Schade!)

Ich dachte, dass man in diesem Haus auch über den Haushalt sinnvoll diskutieren kann.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

(Ministerin Tanja Gönner)

Wenn Debatten am Vormittag polemisch geführt wurden, müssen sie nicht auch noch am Nachmittag polemisch geführt werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Was war denn daran polemisch? Wir reden über Fakten!)

Was die landeseigenen Gebäude angeht, so hatten wir in den vergangenen zehn Jahren – vorhin haben Sie von einem CO_2-Ausstoß von 460 000 t gesprochen – eine Reduktion der CO_2-Emission um 25 % zu verzeichnen. Das zeigt, dass wir sukzessive am Thema arbeiten.

Liebe Frau Dr. Splett, Sie haben vorhin zu einem Antrag der Grünen bezüglich der Energieeffizienztische gesprochen, der zwar im Finanzausschuss gestellt, jetzt aber nicht nochmals eingebracht wurde.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Den haben die Regierungsfraktionen abgelehnt!)

– Sie könnten ihn aber dennoch hier einbringen.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir bringen nicht alles noch einmal ein!)

Dieser Antrag ist höchst spannend. Sie wollen dem Umweltministerium 500 000 € für fünf Energieeffizienztische geben. Erstens wird dieses Modell zwischenzeitlich vom Bund gefördert, nachdem es in Baden-Württemberg entwickelt und optimiert wurde. Zweitens brauchen wir für einen kompletten Energieeffizienztisch durchschnittlich zwischen 60 000 € und 80 000 €. Drittens waren die Energieeffizienztische immer so aufgestellt, dass nur ein Drittel der Mittel gegeben wurde und der Rest von denen kam, die sich daran beteiligten.

Ich freue mich über alle Mittel, die ich bekommen soll. Man sollte aber wissen, worüber man spricht, bevor man großzügig Geld verteilt. Deshalb sage ich auch in diesem Fall, dass Qualität und nicht Quantität entscheidend ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch die Solarförderung ansprechen, weil Sie, Herr Knapp, dies im Zusammenhang mit der Kernenergie thematisiert haben.

(Zuruf von der SPD: Schnellschuss!)

Wir haben bereits im Rahmen der Koalitionsvereinbarung sehr intensiv darüber debattiert, wie wir in diesem Bereich vorangehen. Sie vergessen dabei aber eines, und es wundert mich, dass Sie das so herunterschlucken. Das gilt sowohl für die Grünen, die ansonsten gern die Verbraucherzentralen hochhalten, als auch für die SPD, die ebenfalls immer ausgesprochen gern den Fokus auf die Verbraucherzentralen legt und sich auf diese beruft. Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat darauf hingewiesen, dass die Verbraucher durch die EEG-Umlage überproportional belastet werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Herr Krawinkel – ich zitiere nur – spricht von einer Reduktionsmöglichkeit der Einspeisevergütung um 40 %. Das übernehmen wir nicht. Fakt ist aber, dass das EEG immer auch dazu da war, technologisch voranzukommen und dafür Sorge zu tragen, dass es uns gelingt, technisch führend zu sein. Gleichzeitig wird die Zielsetzung verfolgt: Je mehr produziert wird, umso geringer muss der Stückpreis werden.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Im vergangenen Jahr hatten wir einen deutlichen Preisverfall zu verzeichnen. Interessanterweise ist dieser Preisverfall aber nicht an die Verbraucher weitergegeben worden. Das Problem ist, dass das EEG sehr starr ist, weil die Sache auf vier Jahre angelegt ist. Deshalb haben wir gesagt, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie das gehen kann.

Ich habe deutlich gemacht, dass ich den 1. April für zu früh halte. Ich bin im Übrigen auch überrascht worden. Das will ich deutlich sagen.

(Zurufe, u. a. der Abg. Thomas Knapp SPD und Hagen Kluck FDP/DVP)

Es muss auch für Dachflächen Investitionssicherheit geben. Was für Freiflächen gilt, gilt auch für Dachflächen. Auch bei einer Dachfläche ist es nicht so, dass Sie morgens aufstehen und sagen: Übermorgen ist die Dachanlage drauf.

Deswegen glaube ich, dass wir im anstehenden Verfahren – mit diesem Verfahren ist noch nicht einmal begonnen worden; deswegen bin ich immer so erstaunt – im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, versuchen müssen, uns einzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 1. April wäre nur dann zu halten, wenn es einen gemeinsamen Regierungsantrag von den Fraktionen der CDU und der FDP/DVP geben würde. Nach meinem Kenntnisstand wird es den nicht geben. Deshalb streiten wir uns also um des Kaisers Bart. Ich gehe davon aus, dass wir gemeinsam auf den 1. Juli gehen. Dann halte ich es auch für vertretbar, das zu machen. An diesem Punkt, lieber Herr Knapp, gibt es allerdings einen Unterschied, und deswegen habe ich vorhin gesagt: Der Unterschied zwischen VWL und BWL leuchtet nicht jedem ein.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die EEG-Umlage bedeutet: Die Allgemeinheit bezahlt. Sie zahlt die Rendite für Dritte.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Beim Thema Laufzeitverlängerung geht es um die Fragen: Wie gehen wir mit vorhandenem Vermögen

(Abg. Thomas Knapp SPD: Die Rendite für die Konzerne zahlt auch die Bevölkerung!)

volkswirtschaftlich um? Ist es sinnvoll, nach 32 Jahren Volksvermögen – für das im Übrigen, um Ihre Argumentation aufzunehmen, bereits bezahlt worden ist – in dieser Weise zu vernichten? Das ist der zentrale Punkt.

Jetzt will ich eines sagen: Für eine Partei wie die CDU und auch für die FDP ist schon die Formulierung der Idee, man wolle mindestens die Hälfte davon abschöpfen, eine durchaus interessante Entwicklung.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Da sind Sie aber bescheiden! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

(Ministerin Tanja Gönner)

– Das haben aber jetzt Sie gesagt. – Aber ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Es hat sich in der Kernenergiefrage niemand so sehr bewegt, wie die Union es in den vergangenen Jahren getan hat, um die Themen „Erneuerbare Energien“ und „Nutzung der Kernenergie“ zusammenzubringen. Denn wir wollen eine CO_2-freie Energieversorgung. Dann kann ich eben nicht den Zwischenschritt über Kohlekraftnutzung gehen. Das wäre ansonsten aber notwendig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Zum Thema Endlager will ich noch sagen: Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung stand hierzu – –

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Asse!)

– Diese Debatte könnten wir gern führen. Ich bin mir nur nicht sicher, ob Sie dann in den Einzelheiten auch so gut drin sind wie ich.

(Zurufe der Abg. Reinhold Pix und Jürgen Walter GRÜNE)

– Jederzeit gern, aber nicht im Rahmen der Haushaltsdebatte.

Das Thema Asse hat mit dem Thema „Endlagerung von Kernbrennstäben“ relativ wenig zu tun. Es mag politisch für Sie wunderbar sein, das zu nutzen; das, was Sie hier machen, hat aber mit politischer Verantwortung nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das ist für Emotionalität gut, aber für politische Verantwortung nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt zum Thema Endlager. Ich komme wieder auf den Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung zurück.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Darin stand, man wolle die Endlagerfrage „zügig und ergebnisorientiert“ angehen. Ich weiß nicht, was Ihr derzeitiger Parteivorsitzender unter „zügig und ergebnisorientiert“ versteht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Wer ist da gerade Parteivorsitzender? Wer ist das diese Woche?)

Wenn er Sie so „zügig und ergebnisorientiert“ wieder in Regierungsverantwortung bringen will, wie er sich darum gekümmert hat, dann mache ich mir überhaupt keine Sorgen um die Frage, wie lange Schwarz-Gelb auf Bundesebene regieren wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Wer ist bei der SPD diese Woche Parteivorsitzender? – Abg. Thomas Knapp SPD: Das habe ich jetzt nicht verstanden!)

– Ich kann es Ihnen erklären, wenn Sie es jetzt nicht verstanden haben. Das macht mir aber jetzt wieder Sorge, Herr Knapp; denn ich habe Sie bisher immer als intelligent angesehen.

(Unruhe)

Er hat nämlich gar nichts gemacht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Er hat vielleicht erkannt, dass Tausende Gutachten da waren! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt lasst sie doch einmal ausreden! Dann kann sie euch das erklären, damit ihr das kapiert! – Unruhe)

Er hat schlicht und ergreifend gar nichts gemacht.

Im Übrigen: Das Interessante ist – das wird den Kollegen Gabriel, glaube ich, am meisten ärgern –: Die Unterlagen, die jetzt alle hochgezogen werden, sind komischerweise in der Zeit, als er Regierungschef in Niedersachsen war und vollumfänglich Zugriff auf diese Unterlagen gehabt hätte, nicht nach oben gelangt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist natürlich sehr ärgerlich für den Kollegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Am Schluss wird es ärgerlich für Sie! Am Ende wird es richtig ärgerlich für Sie!)

Aber immerhin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Frage nach der politischen Verantwortung interessant. Ich bin mir nicht sicher, ob die Frage der oberirdischen Zwischenlagerung politisch eher verantwortbar ist – das ist im Übrigen eine Entscheidung von Ihnen gewesen – als die Suche nach einem Endlager.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir haben aber nicht die Verantwortung!)

Sie haben entschieden, keine Verantwortung für die Endlagerung zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Widerspruch der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Deswegen haben Sie die Gorleben-Erkundung ausgesetzt.

(Unruhe)

Sie haben die Erkundung von Gorleben ausgesetzt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die SPD hat die Kernkraft forciert! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Frau Dr. Splett, ich könnte es mir einfach machen und sagen: Die Entscheidung ist getroffen worden, als ich noch im Quark war.

Wichtig ist, dass derjenige, der politische Verantwortung hat, zu dem Zeitpunkt, zu dem er Verantwortung hat, diese dann

(Ministerin Tanja Gönner)

auch trägt. Genau diese Verantwortung haben Sie beim Thema Endlagerung nicht übernommen, sondern Sie haben sie vor sich hergeschoben,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Und Ihre Partei steht zu ihrer Verantwortung?)

und zwar aus rein taktischen Überlegungen, damit Sie nämlich dann, wenn die Debatte aufkommt, in der Lage sein würden, das fehlende Endlager als Argument zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wenn es uns nicht gäbe, hätten Sie doch noch mehr Müll!)

Deswegen glaube ich, dass man immer auch darauf achten sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte jetzt eigentlich nicht so stark in die Kernenergiedebatte einsteigen, aber es ist klar, dass eine Debatte über Umwelt nicht ohne die Kernenergiedebatte stattfinden kann.

Ich will gleich noch die Gelegenheit nutzen, etwas zum Thema FÖJ zu sagen. Zunächst aber ein herzliches Dankeschön auch für die Mittel zum Thema Flächeneinsparung, für die sich die Fraktionen eingesetzt haben. Das hilft uns, dort wirklich voranzukommen, um das Ziel der Innenentwicklung in den Kommunen, die den Weg mit uns gehen wollen, zu erreichen. Ein ganz herzliches Dankeschön an die Fraktionen.

FÖJ: Das, was wir uns jetzt in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 vornehmen, wird dazu führen, dass wir die Zahl der Plätze um 25 % anheben können. Ich freue mich über die Signale, dass wir, wenn es zu einem Nachtragshaushalt kommen sollte, noch einmal hierüber reden können. Trotzdem ist es ein wichtiges Signal, dass wir schon jetzt um 25 % erhöhen: Ich halte das für richtig.

Ich bedanke mich abschließend ganz herzlich bei den Regierungsfraktionen, vor allem bei meiner Fraktion, für die gute, konstruktive Zusammenarbeit.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber konstruktiv sind wir auch!)

Ich will eines sagen: Lieber Winfried Scheuermann, es war zwar heute deine letzte Haushaltsrede, aber ich freue mich sehr darüber, dass wir noch mindestens 14 Monate haben, in denen wir die Umweltpolitik für dieses Land gemeinsam so voranbringen können,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

wie wir es in den vergangenen fünf Jahren schon gemacht haben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wollte der Winfried auch hören! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich freue mich in diesem Sinn auf diese Zeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 10 – Umweltministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5710. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1001

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1001 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1002 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1005

Wasser und Boden

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1005 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1006

Immissionsschutz, Arbeitsschutz, Abfallwirtschaft

und hierzu die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5810-1. Wer dieser Ziffer 1 des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über das Kapitel 1006 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1006 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1007

Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Technik

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5810-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über Kapitel 1007 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1007 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

und dazu die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5810-1. Wer dieser Ziffer 2 des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 2 des Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über Kapitel 1010 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1010 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt unter Buchstabe e erledigt.

Ich rufe den **Buchstaben f** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5704

Berichterstatterin: Abg. Margot Queitsch

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Schebesta für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 04 des Staatshaushaltsplans für 2010/2011 enthält gute Zahlen für die Schulen in unserem Land und damit für eine gute Bildung unserer Kinder.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Volker Schebesta CDU: Im Jahr 2011 werden allein in diesem Einzelplan des Landeshaushalts knapp 9 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Die für 2010 veranschlagten Mittel steigen gegenüber 2009 um fast 5 %. Für 2011 ist gegenüber 2010 eine Steigerung um 4 % vorgesehen. Insgesamt macht der Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport im Jahr 2011 über ein Viertel des gesamten Landeshaushalts aus.

Diese Mittelsteigerungen kommen vor allem durch die Verankerung der Qualitätsoffensive Bildung im Haushaltsplan zustande. In das entsprechende Kapitel zur Qualitätsoffensive Bildung waren schon im Jahr 2009 über 36 Millionen € eingestellt. Im Jahr 2010 werden es über 97 Millionen € und im Jahr 2011 werden es 143 Millionen € sein.

Mit diesem Geld wird vor allem die weitere Senkung des Klassenteilers umgesetzt. Schon im laufenden Schuljahr haben wir den Klassenteiler an Hauptschulen, an Realschulen und an Gymnasien von 33 auf 32 reduziert. Im Schuljahr 2010/2011 wird der Klassenteiler in diesen Schularten und in den beruflichen Schulen von 32 auf 31 reduziert. Im Schuljahr 2011/2012 werden diese Schularten und die Grundschulen einen Klassenteiler von 30 haben. Dies ist eine deutliche Verbesserung der Situation an unseren Schulen, die sehr viel Geld kostet. Das ist sie uns aber wert.

So, wie wir jetzt – trotz schwieriger Haushaltssituation – die Klassenteilersenkung umsetzen, werden wir auch für die nächste Legislaturperiode die angekündigte weitere Reduzierung des Klassenteilers in allen Schularten auf 28 umsetzen.

Bis zum Schuljahr 2011/2012 werden allein dafür zusätzlich über 2 800 Stellen in den Schulen geschaffen. Im Jahr 2009 sind insgesamt 5 000 Einstellungen zustande gekommen. Durch die Schaffung von Neustellen, deren Anzahl über den Ersatz für die ausscheidenden Lehrkräfte hinausgeht, erreichen wir bei den Einstellungen wieder die Spitzenzahlen der letzten Legislaturperiode. Dies dient der Erleichterung der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer.

Herr Schmiedel hat heute Vormittag ein Zerrbild von Lehrerausbildung und Schulwirklichkeit dargestellt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ha! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

als ob Frontalunterricht das Leitbild der Schulen in Baden-Württemberg wäre. Individuelle Förderung findet in den Schulen schon statt. Sie wird weiter verbessert, und das ist bei kleinen Gruppengrößen leichter möglich. Ich setze darauf, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihre gute Arbeit an unseren Schulen weiter verstärken und damit weiter verbesserte Bildungsleistungen erreichen. Dafür ist auch eine gute Motivation der Lehrkräfte wichtig. Deshalb ist es bei allen politischen Entscheidungen von Bedeutung, dass wir die Motivation der Lehrkräfte im Blick haben.

Dies gilt auch für die Dienstrechtsreform, mit der wir das Pensionseintrittsalter erhöhen. Dabei sollte für die Lehrerinnen und Lehrer nicht jeder Schritt, mit dem man das Pensionseintrittsalter monatsweise erhöht, sofort für die Verlängerung der Arbeitszeit um ein Jahr stehen. Wir halten es für richtig, dass man die Vorgabe, gleich ein Schuljahr länger arbeiten zu müssen, durch einen Abschlag bei der Pension ausgleichen kann. Wir würden uns darüber freuen, wenn unser Koalitionspartner dabei mitspielte. Ich halte es für notwendig – gerade mit Blick auf das richtige Signal an die Lehrerinnen und Lehrer –, dass wir dies tun.

Die Wirkungen der Einstellungen sind deutlich zu spüren. Überall dort, wo Anspannungen in der Unterrichtsversorgung gegeben waren, sind deutliche Verbesserungen eingetreten. Daran ist also keine Kritik mehr möglich, und deshalb spielen jetzt die Themen Krankheitsvertretungen und Ersatz für

(Volker Schebesta)

Elternzeitfälle eine größere Rolle, wobei die Entwicklung, wenn man die Augen offen hat, wenn man die politischen Entscheidungen verfolgt, völlig nachvollziehbar ist. Sie sollte auch für Sie, Frau Berroth, nachvollziehbar sein. Vielleicht ist es besser, die Augen offen zu halten, als dass Mitglieder Ihrer Partei am Dreikönigstag vom Parteitreffen aus oder Sie heute Vormittag hier vom Rednerpult aus so herumpoltern.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Durch die hohe Zahl der Einstellungen vieler junger Lehrerinnen sind natürlich auch viele Schwangerschaften mit den entsprechenden Auswirkungen in den Schulen festzustellen. Zum Glück bekommen die vielen jungen Lehrerinnen auch in diesem Umfang Kinder.

Deshalb ist der Ersatzbedarf in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Wir haben darauf reagiert. Es gibt für diese Situationen die sogenannten Schöpfmittel; das ist das Geld, das nicht abfließt, weil für eine Stelleninhaberin keine Bezahlung – z. B. in der Elternzeit – erfolgt. Diese Mittel stehen dem Haushalt als Schöpfmittel zur Verfügung und können für Vertretungen eingesetzt werden.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber sie werden es nicht!)

Die Mittel waren gedeckelt, und wir haben diese Deckelung schon vor einigen Jahren aufgehoben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Davon merkt man nichts!)

Jetzt entsteht die Situation, dass die geschöpften Mittel immer mehr ausgeschöpft werden. Deshalb müssen alle Maßnahmen, die für Krankheitsvertretungen und für den Ausgleich von Elternzeitfällen vorhanden sind, genutzt werden. Die kennen Sie, Frau Rastätter, genauso wie wir. Wir haben nämlich neben den Vertretungen innerhalb des eigenen Kollegiums, neben Mehrarbeit dort, eine feste Krankenvertretungsreserve mit 1 266 Stellen,

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

die vom Umfang her allein 60 Millionen € ausmacht. Wir haben für längerfristige Krankheitsvertretungen von mehr als drei Wochen 13,2 Millionen €; Schöpfmittel können diese Krankheitsvertretungsmittel erhöhen, und schließlich stehen die Schöpfmittel selbst für den Ersatz z. B. von Elternzeitfällen zur Verfügung.

Insgesamt sind im Jahr 2009 – so die Schätzung des Ministers, die er im Finanzausschuss vorgetragen hat – 70 Millionen € aus Krankheitsvertretungsmitteln und Schöpfmitteln an den Schulen über die Krankheitsvertretungsreserve hinaus finanziert worden. Ich glaube, das zeigt, dass wir über diese Möglichkeiten alles versuchen und diese Möglichkeiten auch an den Schulen genutzt werden, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Was das in den öffentlich und auch hier heute Morgen diskutierten Fällen heißt, wird der Minister nachher, denke ich, zum Ausdruck bringen.

Eine weitere Maßnahme im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung ist die Verbesserung der Leitungszeit für die Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir haben mithilfe von Zulagen auch zusätzliche Ingenieure an den beruflichen Schulen untergebracht. Wir haben Evaluatoren gewonnen, auch dort mit Unterstützung durch Zulagen; die Evaluation leistet für die Entwicklung der Schulen einen wichtigen Beitrag. Die Bildungsregionen können an den Start gehen.

Eine weitere zentrale Maßnahme im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung ist die Umsetzung des Konzepts für die Werkrealschule. Den Schulverwaltungen liegen über 500 Anträge auf Einrichtung solcher Werkrealschulen vor. Rund zwei Drittel der bisherigen Hauptschulen werden zu Werkrealschulen weiterentwickelt werden. Ich glaube, das zeigt deutlich, dass wir mit diesem Konzept, mit dieser neuen pädagogischen Konzeption von Werkrealschulen auch für die Standortentwicklung ein attraktives Angebot zustande gebracht haben.

An diesen Schulen ist überall etwas in Bewegung: durch die Umsetzung des pädagogischen Konzepts auf zwei Abschlüsse hin mit mehr individueller Förderung, durch all die Maßnahmen, die an den Hauptschulen schon zur Verfügung stehen, mit der beruflichen Orientierung über die Berufswegeplanung hinaus, mit Wahlpflichtfächern und der Kooperation mit der Berufsfachschule in der zehnten Klasse.

Wir haben bis zum Sommer des letzten Jahres, bis zur Änderung des Schulgesetzes, politisch viel gearbeitet. In den Kommunen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls viel gearbeitet worden, ebenso in der Schulverwaltung: im Entscheidungsprozess, die Kommunen zu begleiten und darüber hinaus das Verfahren zur Genehmigung zu betreiben. Die Lehrerinnen und Lehrer arbeiten an der Umsetzung. Herzlichen Dank hierfür. Ich glaube, dass es sich für die Kinder sehr lohnen wird.

(Beifall bei der CDU)

Über die Qualitätsoffensive Bildung hinaus ist die Finanzierung der Sprachförderung ebenfalls in diesem Haushalt verankert. Allgemein spielt in der Arbeit im Kindergarten die Sprachförderung durch die Umsetzung des Orientierungsplans eine Rolle. Für diese Umsetzung werden wir den Personalschlüssel erhöhen. Dafür sind Mittel in Höhe von 200 Millionen € erforderlich; das Land trägt davon 133 Millionen €. Wir werden am Ende der schrittweisen Umsetzung in den Regelgruppen die Stellenzahl um 20 % erhöht haben, und die öffentlichen Mittel für die Kindergartenarbeit werden um 15 % erhöht sein. Ich glaube, auch das zeigt deutlich, welches Gewicht wir auf eine gute, frühe Förderung in unseren Kindertageseinrichtungen legen.

Darüber hinaus wird die Finanzierung der besonderen Sprachförderung nach der Sprachstandsdiagnose im Rahmen der Einschulungsuntersuchung in den Haushalt übernommen. Bisher hatte die Landesstiftung diese Finanzierung geleistet. Mittel für die Sprachstandsdiagnose sind im Haushalt schon verankert gewesen, und im Haushaltsjahr 2010 kommen nun auch Mittel für die Sprachförderung hinzu. Wir brauchen auch dazu keine Änderungsanträge. Die Aussage von Herrn Ministerpräsident Oettinger steht, dass bei Bedarf weitere Mittel über die angesetzten 10 Millionen € hinaus zur Verfügung gestellt werden.

In der öffentlichen Diskussion steht das Thema Privatschulfinanzierung vor allem deshalb, weil nach dem Bruttokosten-

modell die Kostendeckungsgrade laut dem Privatschulbericht von 2009 gegenüber dem Stand von 2006 gesunken sind. Dies erklärt sich allein dadurch, dass die Ausgaben in den Schulen in der Trägerschaft der öffentlichen Hand erhöht worden sind. Wir haben darüber hinaus steigende Schülerzahlen in den Schulen in privater Trägerschaft. Deshalb geht die in der Koalitionsvereinbarung aufgestellte Rechnung nicht auf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Volker Schebesta CDU: Danach war vorgesehen, bei zurückgehenden Schülerzahlen in den Privatschulen den Haushaltsansatz gleich zu belassen und damit die Kostendeckungsgrade zu erhöhen.

Aber im Rahmen einer Haushaltsberatung ist der Hinweis, glaube ich, angebracht, man möge doch auf den tatsächlichen Mittelansatz sehen. Der Mittelansatz für die Privatschulfinanzierung betrug 2009 643,9 Millionen €. 2010 sind 697,3 Millionen € verankert; das ist eine Steigerung um 8,3 %. Im Jahr 2011 werden wir 731,9 Millionen € verankert haben; das ist nochmals eine Steigerung um 5 %. Das bedeutet für ein Gymnasium, dass der Zuschuss pro Schüler, der im Jahr 2007 4 077 € betragen hatte, im Jahr 2011 über 4 400 € betragen wird. Ich meine, auch das ist schon eine ansehnliche Steigerung.

In den Haushaltsansätzen enthalten sind zusätzliche 3 Millionen € im Jahr 2010 und zusätzliche 7 Millionen € im Jahr 2011, mit denen wir die Zuschüsse für den einzelnen Schüler in verschiedenen Schularten erhöhen und damit die Kostendeckungsgrade aus der letzten strukturellen Erhöhung bei mindestens 70,5 % halten. Während wir in der letzten Legislaturperiode zum Teil deutlich unter diesem Satz waren, halten wir nun die 70,5 %. Für eine Hauptschule bedeutet das pro Schüler gegenüber 3 305 € im Jahr 2007 nun 4 500 € im Jahr 2011. Das ist eine noch deutlichere Steigerung.

Die Opposition will immer mehr. Das ist ihr gutes Recht, und es ist auch ihre Aufgabe, Verbesserungsvorschläge zu machen. Es geht aber nicht an, auf der einen Seite Mehrausgaben zu verlangen, auf der anderen Seite jedoch die Haushaltskonsolidierung einzufordern

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr!)

und beides nicht miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Renate Rastätter und Winfried Kretschmann GRÜNE)

– Ganz vorsichtig! – Deshalb war ich sehr erstaunt über die Deckungsvorschläge der Grünen in der Beratung des Finanzausschusses, Frau Rastätter. Denn wenn die Grünen vorschlagen, Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zur Deckung zu verwenden, dann ist das zum einen inhaltlich infrage zu stellen,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn!)

da die Frage des Finanzausgleichs und des Solidaritätszuschlags Bedingungen für die Föderalismuskommission II waren. Zum anderen ist das auch über das Inhaltliche hinaus fragwürdig,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das war ein Entschließungsantrag!)

denn eine entsprechende Bundesratsinitiative, die Sie anstrengen wollen, allein bringt uns noch kein Geld. Man kann das Geld nicht verplanen, bevor die politische Entscheidung getroffen worden ist.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das haben wir auch gar nicht gemacht! Was soll denn das? – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das hat er nicht verstanden!)

Sie haben schon seriösere Deckungsvorschläge eingebracht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das war nicht als Deckungsvorschlag vorgesehen! Unsinn!)

Noch einfacher macht es sich die SPD. Ein Abgeordneter sagte im Finanzausschuss, er halte es „für schwierig, als Bildungspolitiker Ziele und Instrumente der Mittelherkunft zu benennen“. Prima! Mehrforderungen kann man aufstellen. Woher das Geld dafür kommt, glaubt man als Fachpolitiker noch nicht einmal ansprechen zu müssen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wir haben auch entsprechende Vorschläge gemacht!)

So geht seriöse Haushaltspolitik nicht. Deshalb können wir auch Ihren Änderungsanträgen nicht zustimmen.

Ich möchte mich zum Abschluss bei Minister Helmut Rau und dem Kultusministerium für die Zusammenarbeit bei der Haushaltsaufstellung bedanken. Ich möchte mich auch beim Finanzminister und beim Finanzministerium für die Zusammenarbeit bei der Etatisierung bedanken und dafür, dass wir dann gemeinsam zu dieser Verankerung gekommen sind. Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, dass sie die Mehrausgaben in haushaltsmäßig schwierigen Jahren mittragen. Ich freue mich auf die Umsetzung im Interesse der Kinder.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunnemer.

Abg. Elke Brunnemer CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind bei der heutigen Beratung auf der Zielgeraden. Daher möchte ich nur in aller Kürze ein paar wichtige Anmerkungen zum Sporthaushalt machen.

Nach wie vor ist der CDU-Fraktion eines ganz besonders wichtig: Wir danken allen, die sich auf unterschiedliche Weise für den Sport einsetzen und eingesetzt haben. Dies gilt auch für die Sportpräsidenten und die Verantwortlichen beim Landessportverband. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, bereits im Jahr 2006 ist es gelungen, den ersten Solidarpakt zwischen Landesregierung und

(Elke Brunnemer)

Landessportverband abzuschließen. Danach werden im Sporthaushalt bis 2010 jährlich ca. 64,8 Millionen € zur Verfügung gestellt. Damit haben wir in guten wie in schlechten Zeiten eine verlässliche Förderung geschaffen.

Jetzt geht es um den Doppelhaushalt für 2010/2011. Unsere gewaltigen Haushaltsprobleme machen sich natürlich auch beim Sport bemerkbar. Wir können das noch so sehr bedauern; es hilft überhaupt nichts, darüber zu jammern. In Zeiten einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise müssen wir erst einmal auf Sicht fahren. Daher ist es folgerichtig, dass der 2010 auslaufende Solidarpakt um ein Jahr verlängert wird. Damit ist bewiesen: Der Sport hat in Baden-Württemberg auch in Zeiten knappen Geldes einen hohen Stellenwert, und die vielfachen Leistungen des Sports für unsere Gesellschaft werden anerkannt und unterstützt.

Verständlich ist der Wunsch des LSV nach zusätzlichen Mitteln, verständlich auch deswegen, weil es bei noch immer steigenden Mitgliederzahlen zunehmend schwieriger wird, in den Vereinen und Verbänden die ehrenamtliche Arbeit im gleichen Umfang wie bisher fortzuführen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Übungsleiterpauschale!)

Daher müssen wir rechtzeitig Gespräche mit den sportpolitischen Akteuren über die Weiterentwicklung der Sportförderung führen. Dann können wir verantwortungsbewusste und zielgerichtete Entscheidungen treffen.

Im Sporthaushalt stehen jährlich auch 12 Millionen € aus dem KIF für die kommunale Sportstättenförderung zur Verfügung. Es war auch richtig, dass wir im letzten Jahr aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes Mittel für Bau und Sanierung von Sportstätten zur Verfügung gestellt haben. Damit konnte der Antragsstau zurückgeführt werden.

Es ist auch wichtig, dass wir für den Nachwuchs- und den Spitzensport Investitionen tätigen. Wir setzen einen Schwerpunkt beim Olympiastützpunkt Stuttgart. Auf Initiative der CDU-Fraktion werden im Haushalt 2010 zusätzliche Mittel für Sanierung und Erweiterung der Molly-Schauffele-Halle bereitgestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Damit ist der Landesanteil gesichert. Nun müssen der Bund und die Stadt Stuttgart ihren Anteil erbringen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Abschließend kann ich für unsere Fraktion feststellen: Wir müssen der überaus wichtigen Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft weiterhin gerecht werden. So werden wir den Sport auch weiterhin nach Kräften fördern und unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup für die Fraktion der SPD.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 04, der heute vorgelegt wird, setzt wichtige Merkmale auch für das, was im Hinblick auf die Landtagswahl in der Bildungslandschaft passiert. Der unmittelbare Zusammenhang wird an einer Stelle ganz besonders deutlich.

Die erste Feststellung ist, dass der Anteil des Kultushaushalts am Gesamthaushalt – anders als im Jahr 2009 – gestiegen ist. Während er zum Jahr 2009 von 23,9 % auf 23 % gesunken ist, steigt er in den kommenden beiden Haushaltsjahren auf etwas über 25 %. Herr Schebesta hat schon dargestellt, woran das liegt. Für die Bildungsoffensive werden zusätzliche Mittel aus einer Rücklage entnommen und in den Haushalt eingespeist. Wir haben auch sehr stark steigende Pensionslasten.

Damit wird haushaltstechnisch wieder nicht versucht, schon im Grundhaushalt einen neuen Schwerpunkt in der Bildung zu setzen, sondern man führt die bisherige Politik fort. Zu hoffen, dass man mit der Auflösung einer Rücklage über diesen anwachsenden Berg an Bildungsaufgaben hinwegkommt und dann vielleicht bei sinkenden Schülerzahlen wieder mit dem ursprünglichen Ansatz auskommt, ist nicht die Prioritätensetzung, die wir uns vorstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt möchte ich holzschnittartig auf einzelne wichtige Themen in diesem Kultushaushalt eingehen.

Zunächst zur frühkindlichen Bildung. Der Orientierungsplan wird eingeführt; er ist mit viel Tamtam und Pomp als d i e Bildungsoffensive für den frühkindlichen Bereich angekündigt worden. In einem sehr lauen Kompromiss mit den Gemeinden und den Städten hat man sich auf eine schrittweise Einführung geeinigt, die Mittel im Umfang von 133 Millionen € vom Land erfordert. Das Ganze ist auf drei Jahre gestaffelt. Man erreicht eine erste Ausbaustufe zur Verbesserung der Personalausstattung nach drei Jahren, wie sie unseres Erachtens – da sind sich, denke ich, alle Verbände einig – am Anfang der Einführung eines solchen Orientierungsplans hätte stehen müssen. Daher wird hier weiter der Popanz vorgetragen, in den Einrichtungen solle etwas umgesetzt werden. Aber in der Finanzierung bleibt man hinter den Erwartungen zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Sprachförderung, meine Damen und Herren, erleben wir das, was wir leider schon oft erlebt haben: Es werden nicht zusätzliche Mittel für diese neue Aufgabe hinzugenommen. Man muss auch lange im Haushaltsplan suchen, bis man die angekündigten Sprachförderungsmaßnahmen endlich findet. Schließlich findet man sie in den Erläuterungen zu der Titelgruppe 82 – Schulreifes Kind. Die Ausgaben für das Projekt „Schulreifes Kind“ wurden die ganze Zeit schon dadurch gegenfinanziert, dass man bis zu 900 Lehrerstellen sperren konnte. Das heißt, zu den bisherigen Aufgaben des Projekts „Schulreifes Kind“ kommt jetzt auch noch die Sprachförderung hinzu, die ursprünglich von der Landesstiftung finanziert worden ist.

(Dr. Frank Mentrup)

Jetzt ist es vielleicht beruhigend, dass der Kultusminister darstellt, bis zu 900 Lehrerstellen könnten hier zur Gegenfinanzierung gesperrt werden. Das entspricht 45 Millionen €; dieser Betrag reicht sicherlich aus, um die Sprachförderung sicherzustellen. Wenn man aber gleichzeitig weiß, dass bei wachsendem Bedarf an Sprachförderung die Zahl der möglicherweise eingestellten Lehrer reduziert werden muss, weil man immer mehr Stellen zur Gegenfinanzierung heranziehen muss, dann ist das auch keine zusätzliche Festsetzung mit Priorisierung und entsprechender ehrlicher Gegenfinanzierung, sondern dann macht man das, was man schon oft gemacht hat: Man finanziert zusätzliche Aufgaben in der Bildungspolitik über Stellensperrungen und nicht über zusätzliche Mittel. Gleichzeitig will man aber mit diesen Stellen nach außen signalisieren, die Lehrerversorgung sei top. Das ist ein Widerspruch, den Sie auch dieses Mal wieder nicht auflösen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein weiterer Geburtsfehler im Gesamtkomplex dieser Sprachstandsdiagnosen- bzw. Sprachförderungsdiskussion wird deutlich: In einem zweiten und dritten Jahr stehen Mittel im Haushalt, die man für den zusätzlichen Aufwand zur Durchführung der Sprachstandsdiagnostik an die Kommunen geben möchte. Man hat damals bei der Einführung der Sprachstandsdiagnostik versäumt, eine Einigung mit den Kommunen zu erreichen. Deswegen sind auch in diesem Jahr diese Mittel gesperrt, weil diese Einigung noch immer nicht erreicht wurde. Auch da zeigt sich wieder: Wenn man etwas schlampig einführt, dann nützt es nichts, wenn Mittel dafür im Haushalt stehen, sondern dann ist es auch wichtig, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Mittel auch dorthin fließen, wo sie für den zusätzlichen Aufwand, der hier erbracht wird, hingehören, nämlich in die Kommunen und die Einrichtungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Betrachten wir die einzelnen Schulen, dann gibt es sicher eine Schulart, die in diesem Haushalt eine gewisse Siegerposition einnimmt: Das sind die Gymnasien. Hier sind mit großem Aufwand Mittel aus Stellen, die man im Hauptschul- und im Grundschulbereich abgebaut hat oder meint abbauen zu können, ins Gymnasium umgeschichtet worden. Das wird aber nicht dem gesamten Gymnasium, sondern überwiegend dem doppelten Abiturjahrgang zugutekommen. Das hat einen hohen Prestigewert. Da möchte man zu guten Ergebnissen kommen.

Ich prognostiziere schon jetzt, dass das vermutlich eine der einfachsten und für alle auch am besten erreichbaren Abiturprüfungen ist. Man hat ja auch die Lehrpläne und die Bildungspläne eingestampft. Aber wenn man weiß, dass es schon interne Diskussionen gibt, nur hier die Versorgung sicherzustellen und im Notfall aus der Mittelstufe Unterricht abzuzweigen, dann sieht man schon, dass das etwas ist, was diesem doppelten Abiturjahrgang geschuldet ist, und dass entgegen Ihrer Darstellung, Herr Schebesta, die zusätzlichen Lehrerstellen aus der Qualitätsoffensive nicht einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung insgesamt zugutekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Prüfungsaufgaben stellen keine Politiker!)

Denn, Herr Schebesta, für kleinere Klassen haben Sie zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Aber zum Abbau des Unterrichtsausfalls, den es ohnehin schon gibt, ist keine einzige zusätzliche Lehrerstelle hinzugekommen. Daher wird sich daran auch nichts ändern.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Jetzt mache ich meine Rede erst einmal fertig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sagen nachher, wann ich die Frage stellen darf!)

– Ich sage es dann, Herr Röhm; das ist in Ordnung.

Anders sieht es bei den Realschulen und den beruflichen Schulen aus. Hier rechnen Sie mit steigenden Schülerzahlen. Sie haben aber demgegenüber keinen wachsenden Stellenkegel für die Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt. Hier bleibt es nur bei mehr Lehrern im Rahmen der Qualitätsoffensive. Aber dies – ich habe es eben erklärt – hat etwas mit einer wachsenden Zahl von Klassen zu tun und nichts mit einer besseren Versorgung für die Schule insgesamt.

Die Verlierer dieses Haushalts sind die Grundschulen. Sie schichten in großem Umfang Stellen von der Grundschule in den Gymnasialbereich um. Wer jetzt in Bezug auf die Grundschule argumentieren würde, es sei doch einmal gesagt worden, auch bei sinkenden Schülerzahlen blieben die Stellen erhalten, um in der Grundschule die individuelle Förderung zu verbessern, der wird jetzt insofern eines Besseren belehrt, als Sie sagen, dies gelte für den gesamten Schulbereich, aber nicht für die einzelne Schulart. Da die Grundschule von der Klassenteilersenkung noch nicht profitiert, werden hier frei werdende Stellen umgeschichtet. Es kommt zu keiner Verbesserung in diesem Bereich.

Wenn ich jetzt noch den Ganztagsschulbereich hinzunehme, muss ich sagen, dass es eher zu einer Verschlechterung kommt. Das werfe ich Ihnen seit Jahren vor. Es gibt in diesen Haushaltsplänen keine kontinuierliche und konzeptionelle Ganztagsschulförderung – außer einigen zusätzlichen Mitteln für zusätzliches pädagogisches Personal. Damit sind aber nicht die Lehrerinnen und Lehrer gemeint, sondern der Ganztagsschulbereich bleibt ein Abfallprodukt Ihrer reduzierten Personalansätze im Gefolge der sinkenden Schülerzahlen.

Weil Sie das in diesem Jahr nicht mehr aufrechterhalten können, machen Sie etwas Neues: Das betrifft die sogenannten Alterlassschulen. Das sind die Schulen aus der ersten Tranche der Ganztagsschulen. Ihnen werden jetzt die Lehrerstunden für die einzelnen Wochen und Klassen reduziert. Statt sieben Wochenstunden pro Klasse zusätzlich für die Ganztagsschulbetreuung wird bei ihnen ab dem kommenden Schuljahr auf nur noch fünf Wochenstunden in den Hauptschulen und von zehn auf sechs Wochenstunden in den Grundschulen reduziert. Damit wird deutlich: Ganztagsschule ist ein Abfallprodukt der sinkenden Schülerzahlen und wird nicht konzeptionell im Haushalt verankert. Hier wird die Qualität sinken.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Frank Mentrup)

An drei Stellen begehen Sie aus unserer Sicht Wortbruch. Die erste – ich will das nur kurz anreißen – betrifft die Schulen in freier Trägerschaft. Es ist nicht das Problem der Schulen in freier Trägerschaft, dass die Kosten eines Schülers der öffentlichen Schulen zugenommen haben, weil die Qualität, die an den Schulen verlangt wird, größer geworden ist. Es ist auch kein Fehler der Schulen in freier Trägerschaft, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler zugenommen hat. Jetzt aber in Anbetracht dieser Situation zu behaupten, die ursprüngliche Einigung und auch das Versprechen an diese Gruppe von Schulen, die uns auch an anderen Stellen viel Geld spart, sei nicht einlösbar gewesen, sondern man müsse sich jetzt mit einem Kostendeckungsgrad von 70,5 % begnügen, obwohl 80 % versprochen worden sind, ist ein Wortbruch, der, glaube ich, nicht nur in diesem Bereich das Vertrauen in die Politik und die entsprechenden Vereinbarungen schwer erschüttert hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zwei weitere Wortbrüche sehe ich z. B. bei dem Leertagezuschuss. Da wurden uns im Ausschuss tolle Darstellungen gegeben, wonach man im letzten Jahr ausnahmsweise einmal so, wie geschehen, hätte vorgehen können. Jetzt wolle man sich mit den Trägern auf ein neues Ausrechnungsverfahren einigen, sodass die Träger mit ihren Einrichtungen letztlich nicht Schiffbruch erleiden würden. Das Ganze wird genau so fortgesetzt, wie es bisher ist. Die Leertagezuschüsse reichen nicht aus. Die Träger stehen auf der Straße, und es passiert überhaupt nichts.

Der dritte Wortbruch – da bin ich nicht Ihrer Meinung, Frau Brunnemer – betrifft den Sport. Man sagt zunächst: „Unabhängig von der Haushaltslage budgetieren wir fünf Jahre in gemeinsamem Einverständnis einen Zuschuss.“ In Jahren, in denen man angesichts der Haushaltslage den Zuschuss durchaus hätte erhöhen können, sagt man: „Bescheidet euch. Nach fünf Jahren werden auch eure Anliegen und eure Bedürfnisse entsprechend berücksichtigt.“ Im letzten Jahr verschlechtert sich schließlich die Haushaltslage, und dann sagt man: „Nein, jetzt müssen wir es verlängern, weil wir uns nicht mit euch an einen Tisch setzen wollen und das Ganze noch einmal neu auf den Boden eines Verhandlungsergebnisses stellen wollen.“ Das ist für mich an dieser Stelle auch ein Wortbruch.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist ein bisschen arg weit interpretiert!)

Das stellt die Konstruktion dieses ganzen Solidarpakts für uns infrage.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich noch ganz kurz zu den beiden Aufregerthemen. Das eine ist die Unterrichtsversorgung. Ich kann dazu jetzt nicht aus den zahlreichen Briefen und Mails vorlesen. Dazu fehlt mir die Zeit.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das hat Schmiedel auch schon gemacht!)

Herr Rau, im Finanzausschuss verkünden Sie, mit den bis zu 40 Millionen € an Schöpfmitteln, die man z. B. 2009 hatte, werde es möglich sein, genügend Geld zur Verfügung zu stellen, um allem Unterrichtsausfall durch die entsprechenden Instrumente zu begegnen. In derselben Woche gehen uns Zuschriften von Schulen zu, wonach hier etwas gedeckelt sei – Herr Schebesta hat das ja bestätigt – und man schon organisiertes Personal nicht einstellen könne, obwohl die Betreffenden eine Zusage hatten. Ich kann das an mehreren Beispielen belegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jede Menge!)

Das zeigt noch einmal deutlich, dass Sie diesen Bereich mit diesen Instrumenten organisatorisch und auch finanzpolitisch absolut nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann noch darzustellen, der erhöhte Unterrichtsausfall an den Gymnasien habe etwas mit der Schweinegrippe zu tun, wirft die interessante Frage auf, warum der Schweinegrippevirus offensichtlich vor allem Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer erfasst. Und schwanger wird man davon auch nicht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie müssen in diesen Planungen also vorn ansetzen, wenn es um den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern geht. Sie müssen in der Akquise der Lehrerinnen und Lehrer ein völlig anderes Konzept entwickeln, und Sie müssen bei den Krankheitsstellvertretungen und den entsprechenden Mitteln andere Schlüsse ziehen als die, jetzt auch noch diese Mittel zu reduzieren und auf die Schöpfmittel zu verweisen.

Daher schlagen wir Ihnen vor: Wer diesen Bereich 60 Jahre lang nicht in den Griff bekommen hat,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

wer immer wieder mit neuen Instrumenten agiert und dennoch Ergebnisse erzielt, die man in einem Privatunternehmen keinem Personalvorstand durchgehen lassen würde – oder die Firma wäre irgendwann am Ende –, der muss sich jetzt endlich einmal mit externen Experten zusammensetzen und überlegen: Was ist an diesem ganzen Prozedere zu verbessern?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ein Quatsch!)

Wir schlagen Ihnen vor, hierfür das Geld bereitzustellen.

Weil Sie wissen, dass das unten, dort, wo es gespürt und gelebt wird, letztlich nicht positiv ankommt, setzen Sie jetzt noch eine Imagekampagne obendrauf

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

und versuchen, vor Ort im Grunde noch Dinge schönzureden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es gibt hier kein Informationsdefizit, Herr Minister,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, ein großes sogar! – Abg. Volker Schebesta CDU: Bei Ihnen schon!)

zumindest nicht bei denen, die damit zu tun haben. Vielmehr gibt es ein Glaubwürdigkeitsdefizit angesichts dessen, was dort tagtäglich erlebt wird.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Daher, meine Damen und Herren: Besinnen Sie sich wieder darauf, gemeinsam mit uns die Qualität zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Besinnen Sie sich darauf, dass Qualität die beste Imageverbesserung ist.

Ich möchte mit einem Zitat von Theodor Heuss schließen. Er hat einmal gesagt: „Qualität ist das Anständige." Diese Imagekampagne ist nicht anständig. Der Zeitpunkt, zu dem sie erfolgt, ist nicht anständig, denn er hat unmittelbar etwas mit der Landtagswahl zu tun, und die Inhalte sind nicht anständig.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Jörg Döpper CDU)

So mit den Steuermitteln umzugehen ist auch nicht anständig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Frage noch!)

Herr Röhm, bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank. – Herr Kollege Mentrup, Sie haben angedeutet, dass es 2012 wohl ein „Billigabitur" geben werde. Ist Ihnen bekannt, dass die jeweilige Aufgabenstellung durch erfahrene Lehrkräfte, die unabhängig sind, erfolgt und nicht durch Politiker?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gott sei Dank!)

Wie würden Sie dann Ihre Aussagen jetzt noch einmal treffen?

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich wollte nicht den Eindruck erwecken, hier werde ein „Billigabitur" gemacht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Haben Sie aber! – Zuruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

Vielmehr wollte ich feststellen, dass es dann, wenn man aus zwei Bildungsplänen eine Schnittmenge bildet, zu einer Reduzierung des Lehrstoffs kommt. Das werden Sie nicht bestreiten können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben Inhalte reduziert!)

– Das habe ich nicht bestritten.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Wo sind Ihre Aussagen? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das haben Sie doch immer gefordert!)

Ich habe festgestellt, dass es in meinen Augen und nach meiner Erwartung zu einer besseren Ausstattung mit Lehrerinnen und Lehrern an Gymnasien kommen könnte, als dies normalerweise in diesen Zeiten der Fall ist. Daher wird es der betreffende Abiturjahrgang ausgesprochen gut haben. Das dicke Ende, denke ich, kommt anschließend, wenn man über Ausbildungsplätze und anderes diskutiert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der bienenpolitische Sprecher!)

Abg. Christoph Bayer SPD: Nein, heute spreche ich nicht zum Thema Bienen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bin extra da geblieben! – Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Trotz der fortgeschrittenen Zeit möchte ich drei kurze Bemerkungen zum außerschulischen Bereich machen.

Erstens zum Gesamtbildungskonzept bzw. zum Bündnis für die Jugend: Herr Kollege Mentrup hat bereits auf die Problematik dieser Bündnisstruktur hingewiesen. Ich möchte aus der Sicht der Jugend ergänzen.

Außer einer völlig undurchsichtigen Struktur – nach meiner Kenntnis sind mittlerweile zwölf Unterarbeitskreise aktiv – und einer Beiratssitzung unter Anwesenheit von Parlamentariern, die der Verwaltung abgetrotzt werden mussten, kann ich nichts wesentlich Neues erkennen. Meines Erachtens haben sich die Jugendverbände die Zusicherung, keine weiteren Einschnitte hinnehmen zu müssen, teuer erkauft.

Nach der amtlichen Statistik erreichen die Jugendverbände immer mehr Jugendliche. Die Steigerungsrate liegt bei 19 % oder 20 %. Im Zeitraum von 2004 bis 2008 wurden über 100 000 Jugendliche mehr erreicht. Aber die Fördersummen sind seit Jahren konstant. Die Anzahl der Bildungsreferenten ist seit Jahren konstant. Die Verwaltungskosten sind eingefroren.

Obwohl eigentlich ein Zuwachs der Mittel organisiert werden müsste, herrscht Stagnation. Das bedeutet über die Jahre hinweg nichts anderes als Kürzungen bei stark steigenden Leistungen.

Durch das Bündnis für die Jugend sitzt die organisierte Jugendarbeit im Käfig. Ich hoffe sehr, dass mit Abschluss der Bündnisphase die Forderungen und Notwendigkeiten, die auf dem Tisch liegen und bis zu diesem Zeitpunkt noch angewachsen sein werden, Eingang in die Haushalte finden werden. Ich befürchte aber, dass dies eine Operation mit relativ geringen Erfolgsaussichten sein wird.

Zweitens: mobile Jugendarbeit. Durch die Kürzung der Mittel für die mobile Jugendarbeit um bis zu 50 %, die Sie vorhin beschlossen haben, ist der seit dem Jahr 2007 im Rahmen des Bündnisses für die Ausbildung erfolgte Ausbau der mo-

bilen Jugendarbeit rückgängig gemacht worden. Ich verkneife es mir an dieser Stelle, einen Bezug zum Bündnis für die Jugend herzustellen. Ihr Verweis, über eventuell zur Verfügung stehende Mittel im Zusammenhang mit dem Sonderausschuss „Winnenden“ den hier vorgenommenen Kahlschlag wieder auszugleichen, gleicht einem finanztechnischen Taschenspielertrick.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist einer!)

Dieses Vorgehen ist auch inhaltlich völlig verfehlt. Die vom Sonderausschuss angehörten Sachverständigen haben uns mehr als deutlich gemacht, dass es sich bei den Täterpersönlichkeiten um „auffällig Unauffällige“ mit einem hohen Kränkungspotenzial und oftmals mit psychopathologischen Grundstrukturen handelt. Das ist gerade nicht die Hauptzielgruppe der mobilen Jugendarbeit.

Drittens: Weiterbildung. Das ist eine never ending story. In kaum einem Politikbereich klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie bei der Weiterbildungslandschaft in diesem Land. Auf der einen Seite wird das Hohelied des lebenslangen Lernens gesungen. Auf der anderen Seite stehen Kürzungskaskaden von 1996 bis heute um über 60 %.

Das verstärkt den Trend, die Finanzierung zulasten der Teilnehmenden zu verschieben. Diese Tendenz führt zu einer schleichenden Privatisierung und zu einer Reduzierung genau der Angebote, die sich nicht rechnen, z. B. im Bereich der politischen Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Unter den gegebenen Bedingungen verschärft diese Art von Weiterbildung eher die Auslese, die wir im ganzen Bildungssystem beklagen. Ungleichheit wird hier verstärkt, statt sie auszugleichen.

Damit wir wegkommen von der Schlusslichtposition bei der Finanzierung öffentlich geförderter Weiterbildung und damit wir zumindest mittelfristig einen bundesweiten Durchschnittswert erreichen, brauchen wir eine Trendumkehr, einen Einstieg in eine wirklich verbesserte Finanzierung der öffentlich finanzierten Weiterbildung, so, wie wir sie in unseren Haushaltsanträgen fordern.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre ein wirklich zukunftweisendes bildungspolitisches Signal, und das würde wirklich dem Slogan entsprechen: Bessere Bildung von Anfang an und ein Leben lang.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Kultusminister Rau im letzten Sommer die Qualitätsoffensive Bildung in einer Pressekonferenz vorgestellt hat, wurde er u. a. von einer Journalistin gefragt, ob wohl mit diesen 530 Millionen € nunmehr die Klagen und die Unzufriedenheit der Eltern beendet seien. Die Antwort war – so stand es in der Zeitung –: Kultusminister Rau hat mit einem resignierenden Ton gesagt, jetzt sollten sie eigentlich zufrieden sein.

Das heißt: Sie glauben wohl selbst nicht an den Erfolg dieser groß angelegten Qualitätsoffensive Bildung, weil Sie wissen und weil Ihnen bewusst ist, wie vielfältig die Problemlagen im Bildungswesen sind und wie wenig Sie bereit sind, an den wahren Problemen in diesem Bildungswesen anzusetzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nennen Sie doch einmal einen Betrag! Sie sind immer unzufrieden!)

Die Antwort auf diese Zweifel ist die groß angelegte Werbekampagne der Landesregierung für die Qualitätsoffensive Bildung. Diese Werbekampagne ist noch keine drei Tage alt, da kommen schon aus dem ganzen Land empörte Rückmeldungen von Eltern, von Schulleitern sowie von Lehrerinnen und Lehrern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: „Rückmeldung“ heißt: Sie haben vorher eine Meldung rausgeschickt!)

Diese empörten Rückmeldungen zeigen, dass Schulleiter, Eltern und Lehrkräfte überhaupt kein Verständnis dafür haben, dass Steuergelder für Hochglanzbroschüren, für flächendeckende Großveranstaltungen und für vierseitige Zeitungsanzeigen ausgegeben werden, während auf der anderen Seite offensichtlich kein Geld für Krankheitsvertreter, für die Bezuschussung des Schulmittagessens von armen Kindern oder eine Landesbeteiligung für Schulsozialarbeit vorhanden ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir werden deshalb heute erneut beantragen, dass die 2,5 Millionen € für die Imagekampagne gestrichen werden und die Gelder für Krankheitsvertreter freigegeben werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Denn mit diesen 2,5 Millionen € könnten 50 Lehrerstellen für Krankheitsvertretungen finanziert werden.

Insbesondere der Unterrichtsausfall bringt die Eltern inzwischen zur Weißglut. „Bildung: sehr gut“ heißt der Slogan, der den Eltern ins Haus flattert, aber derzeit werden keine Verträge genehmigt.

(Minister Helmut Rau: Das stimmt doch alles nicht!)

Das ist für die Eltern eine Provokation und ein Zynismus pur.

Nun hören wir vom Kollegen Schebesta – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was es alles für Maßnahmen gibt!)

Die Schöpfmittel sind freigegeben. Das hat Kultusminister Rau im Finanzausschuss am 27. Januar ebenfalls gesagt. Er hat dort gesagt, Gelder seien genügend vorhanden. Noch am

30. Januar wurde Kultusminister Helmut Rau wie folgt in der Presse zitiert:

> *Es scheitert keine notwendige Krankheitsvertretung an fehlenden Mitteln, das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in Zukunft so sein.*

(Zuruf von der CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Nun hören wir vom Kollegen Schebesta, dass offensichtlich auch die Schöpfmittel bereits erschöpft sind.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch Unsinn!)

Der Einzige, dem das offensichtlich nicht bekannt ist, ist Kultusminister Rau. Man fragt sich, welches Chaos hier im Kultusministerium herrscht, wenn einerseits Kultusminister Rau sagt, die Mittel seien da, aber auf der anderen Seite die Verträge nicht genehmigt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Am Wagenburg-Gymnasium und vielen anderen Gymnasien in Stuttgart, in Herrenberg, in Sindelfingen, in Karlsruhe, in Künzelsau, in Bruchsal – überall melden uns die Elternvertreter, dass die Verträge nicht genehmigt werden.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Jetzt ist natürlich klar: Wenn keine Schöpfmittel mehr da sind, können sie nicht genehmigt werden. Aber inzwischen ist eine weitere Weisung aus dem Kultusministerium an die Schulen gegangen. Diese Weisung heißt: Bei langfristigen Ausfällen können auch künftig Verträge abgeschlossen werden, wenn die Schule nicht anderweitig versorgt werden kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn alles andere geprüft worden ist!)

Weiter heißt es darin: Wir prüfen in jedem Fall nach, inwieweit die Schule den Ausfall aus eigener Kraft ganz oder teilweise auffangen kann, z. B. durch die Aufstockung von Deputaten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch völlig normal!)

die Zusammenlegung von Gruppen, die Verschiebung von Unterricht, Mehrarbeit usw.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist Mangelverwaltung pur,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das ist normal!)

das ist Krisenmanagement pur. Denn die Schulen haben einen Anspruch auf eine Krankheitsvertretung, wie Sie das versprochen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein völlig normaler Vorgang!)

Deshalb fordern wir, dass jetzt Maßnahmen ergriffen werden, damit diese Vertretungen auch stattfinden.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Röhm, zur Mehrarbeit an Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Gegensatz zu Ihnen leite ich eine Schule! Das ist ein völlig normaler Vorgang!)

An den beruflichen Schulen und an den Gymnasien hat sich bereits eine Bugwelle von 1 500 Deputaten durch Mehrarbeit aufgestaut. Wie weit wollen Sie diese Situation noch fortsetzen?

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die Menschen arbeiten doch gern! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Brunnemer?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sie müssen diese Stunden schließlich auch an die Kollegen zurückführen.

(Zurufe)

– Moment. – Ich sagen Ihnen eines: Wenn es tatsächlich so ist, dass Sie diese rigorosen Vorgaben machen, dann prüft das Regierungspräsidium und prüft und prüft und prüft, und der Unterricht fällt mittlerweile aus.

Ich verlange im Sinne einer glaubwürdigen Politik, dass Sie, Herr Kultusminister Rau, dann auch den Schulen sagen: „Wir können nicht alle Verträge erfüllen, wir können die Verträge nicht genehmigen“, und nicht den Schulen gegenüber behaupten, Geld sei genug da. Das ist ein Widerspruch. Das ist ein Glaubwürdigkeitsverlust, und den müssen Sie heute erklären.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Abg. Brunnemer?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Bitte, Frau Kollegin Brunnemer.

Abg. Elke Brunnemer CDU: Frau Kollegin Rastätter, Sie sprachen gerade davon, dass es eine Neuregelung zur Krankheitsvertretung gebe. Können Sie mir bitte den Unterschied zu der alten Regelung erklären?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Kollegin Brunnemer, ich brauche Ihnen hier gar nichts zu erklären.

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Volker Schebesta: Wenn Sie es nicht erklären können, ist es auch okay! – Abg. Norbert Zeller SPD: Lass dich doch nicht aufs Glatteis führen!)

Einerseits hat Kultusminister Rau öffentlich erklärt, es sei genügend Geld da, aber andererseits kommt folgende Situation vor: Das Wagenburg-Gymnasium in Stuttgart hat vom Regie-

rungspräsidium die Zusage erhalten – offensichtlich ist geprüft worden –,

(Zuruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

dass Krankheitsvertreter eingestellt werden. Diese Schule hatte das schon im Stundenplan für das zweite Schuljahr eingeplant.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Die Freude währte einen Tag, und dann kam die Anweisung vom Kultusministerium, dass die Verträge nicht genehmigt werden, obwohl die Krankheitsvertreter faktisch schon im Lehrerzimmer angekommen waren. Das ist die Realität. Dazu bedarf es keiner weiteren Erklärung.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Zeller, seien Sie ruhig!)

Eine solche Situation gab es auch an anderen Schulen. Ich kann Ihnen Briefe zeigen, in denen die gleiche Situation geschildert wird. Die Krankheitsvertretungen waren bereits von der Schulverwaltung zugesagt – es ist also geprüft worden –, und die Zusagen wurden nachträglich zurückgenommen. Das ist die Situation.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was haben Sie gegen Deputatsaufstockungen? Das verstehe ich gar nicht! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt sagen Sie nicht „Liebe Kolleginnen und Kollegen“!)

ich komme auf das Thema Imagekampagne zurück. Während also Kultusminister Rau versucht, das ramponierte Image durch die Imagekampagne aufzupolieren, versucht die FDP/DVP derzeit, sich in Sachen Bildungspolitik vom Acker zu machen.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Bei jeder Gelegenheit!)

Kollegin Arnold verkündet bei fast jeder Podiumsdiskussion: „Da bin ich aber anderer Meinung als der Kultusminister.“

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP ist inzwischen so weit, dass er in der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ erklärt, die Kultusbürokratie werde zur Großbaustelle. Er beklagt das mangelnde Durchsetzungsvermögen des Kultusministers

(Abg. Thomas Knapp SPD: Da hat er ja recht! Ausnahmsweise!)

und spricht davon, dass es nicht rund läuft und in der Bildungspolitik die Dinge schieflaufen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir sind froh, dass Herr Rülke nicht mehr unterrichtet! – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, Sie können dieses Spiel nicht betreiben: Hier im Landtag stellen Sie die Regierung, und außerhalb treten Sie auf, als ob Sie in der Opposition wären. Sie haben hier in den letzten vier Jahren jede bildungspolitische Entscheidung mitgetragen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die Entscheidungen waren alle richtig! – Weitere Zurufe)

Deshalb sind Sie auch für die Probleme, die im Land bestehen, verantwortlich. Diese Verantwortung können Sie jetzt nicht abgeben, indem Sie sich außerhalb des Landtags als Opposition gerieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn wir uns die Lebensrealität von Kindern anschauen, dann sehen und wissen wir auch, dass diese Unzufriedenheit im Bildungswesen weiter geht. Ich brauche die Werkrealschule und die daran geübte Kritik der Ihrer eigenen Partei angehörenden Bürgermeister nicht mehr zu erwähnen,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Kommen Sie einmal zu uns!)

ebenso wenig die Grundschulempfehlung mit dem Stress, den sie auslöst, und die Blockade bei neuen Modellschulen.

Die Lebensrealität wird auch in zwei Studien deutlich, die gerade aktuell erstellt wurden. Die forsa-Studie zeigt auf: 28 % der Kinder in Baden-Württemberg klagen über zu hohen Leistungsdruck und Angst vor schlechten Noten. Das ist die höchste Quote unter allen 16 Bundesländern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei der Angst vor schlechten Noten müssen Sie einmal die Eltern fragen! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Gleichzeitig hat Baden-Württemberg die höchste Quote an Nachhilfe; die Eltern geben in unserem Bundesland durchschnittlich 131 € pro Jahr für Nachhilfe aus.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist doch schön!)

Auch hier sind wir bundesweit an der Spitze.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir steigern das Bruttosozialprodukt!)

Deshalb brauchen wir in Baden-Württemberg vor allem eines: eine Verbesserung der individuellen Förderung und mehr soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen.

(Unruhe)

Ich trage schlaglichtartig vier Forderungen der Grünen zum Haushalt vor.

(Renate Rastätter)

Erstens: Sie betonen den Wert der frühkindlichen Bildung. Aber Sie tun nicht genug dafür. Sprachtests und das Projekt „Schulreifes Kind“ sind nicht die Antwort auf die Herausforderung der Sprachförderung. Wir brauchen ein ganzheitliches Sprachförderkonzept vom ersten Kindergartentag an.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Wir fordern die Bereitstellung von zusätzlich 22 Millionen € in diesem Haushalt für Sprachförderung vom ersten Kindergartentag an.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Woher?)

Wir verlangen auch die verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans für den Kindergarten. Inzwischen haben Sie diesen Orientierungsplan auf die lange Bank geschoben. Wir brauchen Qualitätsstandards, die verbindlich in jedem Kindergarten umgesetzt werden. Deshalb haben wir heute auch dazu einen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kein Wort zum Elternhaus! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Zweitens: Sie versprechen den Schulen in freier Trägerschaft einen Kostendeckungsgrad von 80 % bei der Finanzierung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die wollen Sie ja plattmachen!)

Aber Sie brechen Ihr Versprechen. In dem vorliegenden Haushaltsentwurf haben Sie nur den Deckungsgrad, der wieder unter die Mindestdeckung von 70,5 % gesunken war, wenigstens wieder auf 70,5 % angehoben.

Dazu muss ich eines sagen: Die Schulen in freier Trägerschaft haben einen Anspruch darauf, dass auch sie ihre Schülerinnen und Schüler ohne Sonderung fördern können. Auch die Schulen in freier Trägerschaft müssen sozial gerecht ausgestattet sein. Deshalb ist ein Deckungsgrad von 80 % der Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen eine Mindestforderung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir arbeiten darauf hin! – Zurufe von der SPD)

Ich richte diese Kritik vor allem an die FDP/DVP, an Frau Kollegin Berroth, die sich überall als Retterin der Schulen in freier Trägerschaft aufspielt: Sorgen Sie dafür, dass dieses Versprechen eines Kostendeckungsgrads von 80 % endlich eingelöst wird. Heute geben wir Ihnen die Chance dazu.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist äußerst großzügig! – Abg. Alfred Winkler SPD: Jetzt, Frau Berroth!)

Wir fordern in unserem Antrag, zusätzlich 27,5 Millionen € zur Förderung der Schulen in freier Trägerschaft einzustellen, damit wir heute wenigstens einen Teil der für einen Kostendeckungsgrad von 80 % erforderlichen Mittel von 47,5 Millionen € bereitstellen. Wenn Sie das nicht tun, dann nehmen Sie in Kauf, dass der Deckungsgrad bereits im nächsten Jahr wieder unter 70,5 % sinken wird. Das können Sie den Schulen in freier Trägerschaft, die einen Ausdruck der bildungspolitisch gewollten Vielfalt in unserem Land darstellen, nicht antun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Drittens: Sie müssen jetzt aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg ein inklusives Schulsystem schaffen. Aber Sie stellen dafür nicht genügend Sonderpädagogen ein.

Wenn wir jetzt einen Rechtsanspruch auf Schulwahlfreiheit für Eltern von behinderten Kindern schaffen, dann muss vor allem auch das Regelschulsystem inklusiv ausgestaltet werden. Wir beantragen heute 200 zusätzliche Stellen für Sonderpädagogen, die dann an den Sonderschulen bzw. in integrativen Maßnahmen eingesetzt werden können.

Wir brauchen künftig mehr, nicht weniger sonderpädagogische Förderung für die Kinder. Ihre Qualitätsoffensive Bildung enthält keinen Hinweis auf diese UN-Konvention und sieht keinen einzigen Euro vor, um den Rechtsanspruch von behinderten Kindern auf Inklusion zu gewährleisten.

Schließlich viertens: Wir brauchen endlich die Anerkennung der Notwendigkeit einer individuellen Förderung der Kinder und nicht die Trennung nach sozialer Herkunft nach vier Schuljahren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es bei uns in Baden-Württemberg etwa keine individuelle Förderung?)

Wir fordern heute in einem Antrag, dass neue Modellschulen endlich genehmigt werden. Wir wollen, dass 3,5 Millionen € in den Haushalt eingestellt werden, damit Schulen, die sich auf den Weg machen, die das wollen, die engagiert sind, für ihre Konzepte auch eigene Fortbildungsetats bekommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen großen Bedarf an Veränderungen in unserem Bildungswesen. Lassen Sie die Leute, die sich vor Ort engagieren, endlich ihre Modelle umsetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie einmal zu uns! Da können Sie sich das einmal ansehen!)

Das betrifft auch Schulen, die im Gymnasium flexible Lernzeiten anbieten wollen, das betrifft die Kommunen, die mit großem Engagement der Kollegien an ihren Schulen neue, integrative Schulmodelle umsetzen wollen. Beenden Sie endlich diese Blockadepolitik, dann brauchen Sie keine teuren Imagekampagnen, dann wird die Bildungspolitik in Baden-Württemberg auch von den Eltern akzeptiert werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann werden wir von Ihnen gelobt, oder?)

Aber derzeit ist das nicht der Fall.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Schebesta?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Kollegin Rastätter, Sie haben gerade gesagt, Sie wollten individuelle Förderung und nicht die Trennung in den Schularten. Wollen Sie damit behaupten, dass es bei uns in Baden-Württemberg in den Schularten bisher keine individuelle Förderung durch Lehrerinnen und Lehrer gibt?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Lieber Kollege Schebesta – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Überlegen Sie sich gut, was Sie sagen, Frau Rastätter!)

– Da brauche ich überhaupt nicht lange zu überlegen, lieber Kollege Röhm. Ich bin selbst Lehrerin.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Aber schon lange nicht mehr an der Schule! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich kenne sehr viele Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg in jeder Schulart, die engagiert und nach vielen Fortbildungen mit all ihren pädagogischen Fähigkeiten individuelle Förderung betreiben. Es sind die engagiertesten Lehrkräfte, die sagen: Wir stoßen auch in unserem Bildungswesen an die Grenzen der individuellen Förderung. Auch Sie wissen, dass Kinder sitzenbleiben, Sie wissen, dass Kinder aus einzelnen Schularten abgeschoben werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nach Ihrer Vorstellung dürfen die das doch gar nicht!)

Es sind genau diese Lehrerinnen und Lehrer, die sagen: Wir brauchen einen wertschätzenden Umgang mit der Vielfalt und der Individualität von Kindern,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen doch unsere Lehrerinnen und Lehrer! Machen Sie die nicht wieder schlecht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie schon einmal wiederholt?)

und wir wollen, dass Kinder nicht mehr nach sozialer Herkunft in ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem eingegliedert werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Weiß die GEW, was Sie hier reden? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe wiederholt, und ich lebe noch immer! Sie haben doch nie wiederholt!)

Das ist genau der Punkt, bei dem Sie nicht bereit sind, diesen engagierten Lehrkräften Möglichkeiten zu geben, unser Bildungssystem weiterzuentwickeln. Geben Sie ihnen die Möglichkeit, dann werden Sie sehen, was individuelle Förderung wirklich leisten kann.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe wiederholt! Ich weiß, wie das ist! Sie waren bestimmt immer Streberin und eine gute Schülerin! Sie können sich gar nicht in ein schwaches Kind hineinversetzen! – Weitere Zurufe)

Also: Geben Sie ihnen die Möglichkeit, dann werden Ihnen diese Lehrerinnen und Lehrer beweisen, dass wir auch mit der gesamten Vielfalt von Kindern besser umgehen können, als das heute der Fall ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe wiederholt und war trotzdem der Jüngste in der Abiturklasse! – Gegenruf von der SPD: Das spricht gegen den Rest! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bin mit fünf Jahren in die Schule gekommen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren haben wir heute nicht mehr hier.

(Zuruf von der SPD: Was? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Doch! Da oben! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auch die Presse ist da!)

– Ja, oben auf der Zuhörertribüne. Okay. Die Presse ist da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zunächst mit den Änderungsanträgen der Opposition beschäftigen, die uns im Laufe der Beratungen hier und schon vorher auf den Tisch gekommen sind. Mit diesem großen Stapel an Änderungsanträgen vollführt die Opposition das reinste Wunschkonzert. Es werden nämlich alle Wünsche an die Bildungspolitik aufgegriffen, die derzeit auf dem Markt sind.

Ich möchte einmal die dicksten Brocken herausgreifen. Die SPD fordert 13 Millionen € für zusätzliche Krankheitsvertretungen, 13,5 Millionen € für 540 zusätzliche Berufsschullehrer, 4 Millionen € mehr für Schulsozialarbeit, 18,9 Millionen € für 500 zusätzliche Lehrer in der Ganztagsbetreuung und 30 Millionen € mehr für die Umsetzung des Orientierungsplans.

Bei den Grünen sieht es ähnlich aus. Die Grünen fordern 7 Millionen € für mehr Fachlehrer und technische Lehrer, 16 Millionen € für mehr Sonderpädagogen, 27,5 Millionen € an Mehrausgaben für die Privatschulfinanzierung und je 22 Millionen € für die Sprachförderung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das macht in der Summe, Frau Arnold?)

– Das macht in der Summe 183 Millionen € an zusätzlichen Ausgaben, die die Opposition einfordert.

(Unruhe)

Woher aber das Geld nehmen und nicht stehlen?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bei der Werbung!)

Die SPD macht einen einzigen Finanzierungsvorschlag. Sie schlägt vor, Kultusminister Rau die 2 Millionen € wieder wegzunehmen, von denen heute schon so viel die Rede war.

Die Grünen haben sich etwas mehr Gedanken gemacht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach draußen zu verlegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das fällt aber schwer, Frau Präsidentin!)

Es ist wirklich fast kein Wort mehr zu verstehen.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die Grünen machen immerhin Vorschläge zur Gegenfinanzierung in einer Größenordnung von 9,6 Millionen €.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Immerhin!)

Wir müssten also, wenn wir das noch abziehen, Herr Röhm, 173 Millionen € an neuen Schulden machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe es gerade mitgerechnet! Es stimmt!)

Herr Kretschmann, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede am 19. Januar 2010 gefordert, die Regierung müsse – ich zitiere – „bei diesem Haushalt damit beginnen, die Ausfahrt aus der Schuldenspirale zu nehmen“. Herr Schmiedel hat Herrn Mappus vorgeworfen, dieser habe nicht die Bohne eine Antwort auf die Frage, wie er den Haushalt sanieren wolle.

Wenn ich dies alles betrachte, kann ich nur sagen: Sorgen Sie erst einmal in Ihrem eigenen Laden für Ordnung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Arnold, gut so! – Abg. Volker Schebesta CDU: Endlich geht es einmal gegen die Richtigen! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abg. Arnold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Kretschmann, ich stehe Ihnen am Ende meiner Ausführungen gern zur Verfügung.

Sie machen uns große Vorhaltungen, wir würden nicht genug sparen. Ihre eigenen Leute sind jedoch mir nichts, dir nichts bereit, die besagten 173 Millionen € auszugeben. Wie gesagt, Sie sollten erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Eine solche Politik kann man doch nicht wirklich ernst nehmen.

Aber nun zum Haushalt des Kultusministers. Ich möchte nur einige Eckdaten nennen, die die große Bedeutung dieses Einzeletats belegen.

Es ist von Herrn Schebesta schon angesprochen worden: Der Kultusminister darf unter allen Ministern in der Landesregierung das meiste Geld ausgeben. 25 % der im gesamten Etat veranschlagten Ausgaben entfallen auf den Haushalt des Kultusministers. Mit großem Abstand folgen der Innenminister und der Wissenschaftsminister; sie können jeweils nur 4 Milliarden € pro Haushaltsjahr ausgeben. Allein daran, meine Damen und Herren, ist erkennbar: Die Bildung ist uns in diesem Land lieb und teuer.

Auch bei den Personalstellen rangiert das Kultusministerium auf Platz 1. Für 2010 sind rund 108 000 Stellen ausgebracht, und 2011 werden es 110 000 sein. Das entspricht einem Anteil von 53 % aller Stellen im Landesetat. Auch hieran wird die Bedeutung dieses Haushalts greifbar.

Vor allem zeigt sich hier eines deutlich: Wir halten Kurs. Trotz sinkender Schülerzahlen, trotz des Rückgangs um rund 25 000 Schüler pro Jahr, bleiben auch in den nächsten beiden Haushaltsjahren alle Lehrerstellen erhalten. Wir satteln sogar noch drauf: Es bleiben nicht nur alle Stellen erhalten, sondern der Kultusminister ist der Einzige, der sich darüber hinaus auch über deutlich mehr neue Stellen freuen darf. Er bekommt in den nächsten beiden Jahren zusätzlich 2 850 neue Lehrerstellen – und das alles trotz Schülerrückgang und trotz Wirtschaftskrise.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Was ist an diesem Haushalt aus unserer Sicht noch bemerkenswert? Die Bildungsoffensive ist schon angesprochen worden. Wir haben sie 2008 politisch auf den Weg gebracht, aber jetzt greift sie eigentlich erst richtig. Lassen Sie uns die Zahlen vergleichen: 2009 haben wir 36 Millionen € ausgegeben, 2010 werden es 97 Millionen € sein, und für 2011 sind sogar 143 Millionen € vorgesehen.

Die Maßnahmen, die wir damit bezahlen, sind schon angesprochen worden: die Senkung des Klassenteilers, die Erhöhung der Leitungszeit für Schulleiter – das alles will ich nicht noch einmal erläutern –, die Zulagen für die dringend benötigten Quer- und Seiteneinsteiger im Berufsschulbereich, vor allem in den Bereichen Elektro- und Metalltechnik. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erhöhen, und – darauf möchte ich noch hinweisen – wir steigern auch die Zuschüsse an die Kommunen für zusätzliche Betreuungsangebote im Rahmen der Ganztagsbetreuung deutlich, und zwar zusätzlich zu dem, was wir im Rahmen der verlässlichen Grundschule, der flexiblen Nachmittagsbetreuung und der Hortbezuschussung ohnehin schon auf den Weg bringen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: In diesem Haushalt wird nicht gekleckert, sondern geklotzt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Alles wird gut!)

Wenn man sich das alles anschaut, dann muss man sagen: Der Kultusminister kann doch wirklich ein glücklicher Mann sein und mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das werden wir in der nächsten Woche sehen!)

Allerdings: An einigen Stellen hakt es auch aus unserer Sicht bei diesem Haushalt. Die Mittel für die Sprachstandsdiagnose sind noch gesperrt; das wurde schon angesprochen. Wir bedauern das sehr. Wir können es gar nicht oft genug betonen: Auch für uns ist die Sprachförderung im Kindergarten eine der wichtigsten bildungspolitischen Maßnahmen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Davon hat man aber bisher noch nicht viel gemerkt!)

Sie muss so schnell und so effizient wie möglich umgesetzt werden. Es laufen noch Gespräche zur Umsetzung, aber wir

meinen auch: Der Übergang der Finanzierung von der Landesstiftung zur Landesregierung an dieser Stelle muss reibungslos klappen. Wir hoffen, dass die Gespräche schnell zu Ergebnissen führen.

Ein weiteres Thema, das jetzt schon mehrfach angesprochen worden ist – auch Frau Berroth hat heute Vormittag nachdrücklich darauf hingewiesen –, ist die Frage des Unterrichtsausfalls im Zusammenhang mit Krankheitsfällen. Aus unserer Sicht haben wir ein durchaus gutes System, um mit dieser Situation umzugehen. Wir haben 13 Millionen € im Haushalt, wir haben die zusätzliche Lehrerreserve, und wir haben die Schöpfmittel. Aber möglicherweise sind wir in diesem Winter in einer besonderen Situation. So abwegig ist der Hinweis auf die Schweinegrippe nicht, denn viele junge Lehrerinnen, die schwanger waren oder sind, sind zum Teil auch aufgefordert worden, zu Hause zu bleiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sachlich richtig! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir hatten hier deutlich mehr Fehlzeiten, als das normalerweise der Fall ist. Ich denke, ganz vom Tisch wischen kann man das nicht. Besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen.

Vom Ministerium wird betont, dass Maßnahmen nicht an fehlenden Mitteln scheitern sollen, aber wir haben wirklich zum ersten Mal diese Situation. Früher hatten wir das Geld, aber in manchen Fällen keine Krankheitsvertreter. Jetzt ist es umgekehrt: Wir haben tatsächlich an Schulen Krankheitsvertreter, die eine Vertretung übernehmen wollen, aber das Geld scheint nicht da zu sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht doch endlich einmal etwas! Herr Schebesta hat etwas anderes behauptet! – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Was stimmt denn jetzt?)

Das ist auch an uns herangetragen worden: Hier gibt es möglicherweise ein echtes Problem. Wie gesagt, besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. Wir sind gern bereit, an der Lösung dieses Problems, sollte es denn wirklich eines sein, mitzuarbeiten. Es wird auch an uns herangetragen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es kommt ja noch der Minister! Er erklärt das!)

Hinsichtlich der Privatschulfinanzierung hat Frau Berroth heute Vormittag ein Missverständnis ausgeräumt, das offensichtlich bei vielen noch immer besteht: Die Mittel werden nicht gekürzt, sondern im Gegenteil, sie steigen seit Jahren kontinuierlich an. Herr Schebesta hat die Zahlen vorhin schon genannt; ich muss sie nicht wiederholen.

Allerdings, Herr Schebesta, muss ich Ihnen an dieser Stelle leider widersprechen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das sind wir inzwischen schon gewöhnt!)

– Wir kommen trotzdem ganz gut miteinander aus.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie lange noch? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Rastätter ist uns auch sympathisch! Da müssen Sie aufpassen!)

Den Passus aus der Koalitionsvereinbarung, den Sie bemüht haben, verstehen wir nach wie vor ganz anders als Sie. Ich möchte Sie da auf eine gewisse Inkonsequenz in Ihrer Argumentationslinie hinweisen. Wenn Sie sagen: „Eigentlich wollten wir warten, bis die Schülerzahlen bei den Privatschulen sinken; dann kommen wir schon irgendwann auf die 80 %“, dann hätten Sie eigentlich keine zusätzlichen strukturellen Verbesserungen mit auf den Weg bringen müssen. Das haben Sie aber getan. Hier ist Ihre Argumentation also nicht ganz stringent.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Er wird es Ihnen noch erklären! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das kennen wir, dass die Argumentation nicht stringent ist!)

Wir bleiben dabei: Wir wollen die 80 % erreichen. Wir schaffen es in diesem Haushalt nicht.

Unser nächstes Ziel ist – dafür sind jetzt auch Mittel eingestellt –: Wir wollen zunächst einmal, dass alle Privatschulen mindestens wieder einen Kostendeckungsgrad von 70,5 % erreichen, und zwar nicht auf der Basis der Zahlen von 2008, sondern der Zahlen von 2009. Das ist unser nächstes Ziel. Die Gespräche werden weitergeführt; wir halten an unserem Versprechen fest.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Angesichts der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten, die wir noch immer erleben, ist dieser Haushalt ein Haushalt der Superlative. Wir haben als Haushaltsgesetzgeber die nötigen Voraussetzungen geschaffen. Jetzt müssen die Maßnahmen zügig und effizient umgesetzt werden. Dann können wir alle getrost in die Zukunft schauen.

Herr Kretschmann, Sie hatten noch eine Frage.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Kretschmann, Sie erhalten das Wort für eine Kurzintervention.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Frau Kollegin Arnold, Sie haben uns in Ihrer Rede vorgeworfen, wir wollten mehr Geld ausgeben, als wir einsparen wollten. Ich muss Sie da auf einen Irrtum hinweisen. Wenn Sie alle unsere Haushaltsanträge zusammennehmen, stellen Sie fest: Wir würden pro Jahr 50 Millionen € weniger ausgeben, als es die Regierungskoalition vorsieht. Wenn man die Auflösung der Rücklage für Stuttgart 21 dazunimmt,

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

wären es sogar eine halbe Milliarde Euro.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Äpfel und Birnen!)

Jedenfalls würden wir auch ohne Berücksichtigung der Auflösung der Rücklage für Stuttgart 21 50 Millionen € gegenüber dem einsparen, was die Regierungskoalition vorsieht – allerdings nicht im Schuletat, weil wir diesen Bereich zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen. Also wollen wir dort mehr ausgeben und in anderen Ressorts einsparen. Das ist eine vernünftige Politik, mit der man die richtigen Prioritäten setzt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oh komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein! – Heiterkeit)

– Ich kann Ihnen das gern zur Verfügung stellen.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Kretschmann, ich habe Ihre Anträge wirklich sehr intensiv studiert.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Ich habe auch geschaut, wo in Ihren Anträgen mit Bezug auf den Schuletat Deckungsvorschläge gemacht werden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Es geht um den ganzen Haushalt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Es geht doch um den kompletten Haushalt! Das ist doch Käse, Mensch!)

– Darf ich ihm einmal antworten? – Sie sollten – das erwarten wir eigentlich auch von Ihnen, wenn Sie Anträge stellen – in der Begründung aufzeigen, wie sie finanziert werden sollen. Das haben Sie an keiner Stelle getan,

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

abgesehen von dem Finanzierungsvorschlag in Bezug auf den Solidarbeitrag, den Sie eben selbst einkassiert haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Helmut Walter Rüeck und Dr. Klaus Schüle CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Rau.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich hatte mich noch gemeldet, um zum Sport zu sprechen!)

– Entschuldigung. Wollten Sie eine Frage stellen? Das ist nicht klar geworden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein! Ich wollte noch einen Beitrag zum Sport bringen!)

– Ach so. Entschuldigung, Herr Minister, noch einen Moment bitte. Zunächst erhält Frau Abg. Berroth noch das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir wollen den Sport nicht ganz außen vor lassen, weil er uns ein wichtiges Anliegen ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen wir das Sportabzeichen!)

– Das werden wir sehen. Wenn mein Husten weg ist, fange ich an zu trainieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sportförderung im Landeshaushalt bedeutet weit mehr, als in dem Kapitel 0460 steht. Dazu gehören z. B. auch der Schulsport oder die über die Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen geförderten Sportkurse. Aber natürlich ist der wichtigste Teil die Unterstützung unserer Vereine, und zwar sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport.

Der Solidarpakt ist dabei das wichtigste Stichwort. Frau Kollegin Brunnemer hat schon Wesentliches dazu gesagt. Die Verlängerung steht an. Auch wir halten es für wichtig, da eine Anpassung vorzunehmen. Sie erschien in diesem Jahr schlicht nicht möglich. Wir haben deshalb angeraten, noch einmal mit der bisherigen Höhe zu verlängern, damit wir dann solide, ausführliche Gespräche darüber führen können, was wir künftig vorsehen können. Da bin ich sehr zuversichtlich. Diese Gespräche werden bald beginnen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben erfreulicherweise ein intensives Zusammenwirken mit den Sportverbänden. Auch unser Dank gilt allen, die im Sport aktiv oder auch passiv als Förderer tätig sind, sowohl den Haupt- als auch den Ehrenamtlichen. Das Ehrenamt nimmt im Sport eine ganz besondere Stellung ein und ist dort außerordentlich wichtig.

Wir wissen: Die Sportförderung ist eigentlich nicht nur im Kultushaushalt zu verankern, sondern gehört letztlich genauso in den Sozialhaushalt, weil Sport einen wichtigen Gesundheitsaspekt beinhaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Thema Sportstättenförderung: Sie ist auch immer zu gering – keine Frage –, aber doch leistbar. Es ist immerhin gelungen – obwohl wir auch über die Konjunkturprogramme schon im Vorgriff gewisse Maßnahmen, was energetische Sanierung betrifft, vorgenommen haben –, die Ansätze für die Sportstättenförderung auf dem gleichen Niveau wie im letzten Jahr zu belassen, und da sind sie ja etwas erhöht worden. Dabei geht es sowohl um die Vereinssportanlagen als auch um die Beschaffung von Sportgeräten.

Ich möchte einfach noch einmal aufgreifen: Jawohl, wir stehen zu unserem Antrag, über den wir einer Schule mit Ruderschwerpunkt ein neues Boot zukommen lassen wollen, damit die Ruderer wieder ihrer Qualität entsprechend trainieren können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt auch andere Vereine, bei denen die Landesvorsitzende keine Veranstaltung gemacht hat!)

Ich habe mich noch einmal genau informiert: In dieser Schule sind auch viele, die anschließend noch in Vereinen tätig sind und das, was sie in der Schule mit ihrem speziellen Schwerpunkt gelernt haben, auch in den normalen Vereinssport einbringen. Diese Verbindung ist uns außerordentlich wichtig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Förderung des Leistungssports werden wir sicherlich in nächster Zeit anhand unserer ausführlichen Großen Anfrage noch behandeln. Aber ich möchte hier noch erwähnen: Auch wir sind sehr, sehr froh, dass die Molly-Schauffele-Halle saniert werden kann. Das ist dringend notwendig und gerade für das Ansehen des Olympiastützpunkts Stuttgart ein wichtiger Anstoß.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Heiderose Berroth)

Insgesamt möchte ich anmahnen, zwischen dem Vereins- und dem Leistungssport auch noch den Hochschulsport zu sehen, der zurzeit ein bisschen auf einer ganz anderen Schiene läuft. Auch dort passiert vieles. Ich habe das Gefühl: Da läuft manches nebeneinander her. Da würde ich mir eine bessere Vernetzung wünschen. Die muss sich zwar nicht im Haushalt zeigen, aber dadurch wären sicherlich wichtige Ergebnisse zu erzielen.

Wir haben auch noch einen Antrag eingebracht, in dem begehrt wird, für die Förderung von Fanprojekten auch für das nächste Jahr Mittel zu veranschlagen. So kommt es inzwischen leider auch unterhalb der Bundesligaebene zu Gewalterscheinungen. Wir meinen, dass die Freude und der Spaß am Sport weiterhin das prägende Element sein müssen und wir der Gewalt dort keinen Platz lassen dürfen. Deshalb müssen wir mit denen zusammenarbeiten, die Prophylaxe und Vorsorge betreiben, damit Gewalt gar nicht erst entsteht.

Letzte Meldung noch zum Sporthaushalt: Die Mittel für die Ehrenamtsberatung sind ebenfalls auf Vorjahreshöhe festgeschrieben worden. Das ist besonders wichtig, weil es leider auch durch steuerliche Entwicklungen und Ähnliches oft wieder Beratungsbedarf gibt. Aber auch da setzt sich das Land ein.

Unser Dank gilt allen, die sich im Sport betätigen. Wir wünschen ein möglichst unfallfreies und erfolgreiches Sportjahr.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Rau.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, die Zeit ist vorgerückt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Macht nichts! Bildung ist wichtig! – Gegenruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD: Warum setzt ihr sie dann ans Ende der Tagesordnung?)

– Vielen Dank, Herr Kollege Röhm; so sehe ich das auch.

Ich möchte gern einiges zum Haushalt des Kultusministeriums und gleichzeitig auch zur Bildungspolitik der Landesregierung sagen.

Dieser Haushalt zeigt die Schwerpunktsetzung in der Landespolitik. Wir haben in dieser Legislaturperiode seit 2006 den Haushalt Einzelplan 04 jedes Jahr wieder ganz entscheidend steigern können. Wir haben im Jahr 2006 mit 7 460 Millionen € begonnen und sind jetzt bei 8 857 Millionen € angekommen. Das ist bezogen auf die Ausgangssumme eine Steigerung um etwa 1,4 Milliarden € innerhalb einer Legislaturperiode, und es ist ein riesengroßer Schritt für die Bildung.

Allein für die beiden Haushaltsjahre, die wir hier jetzt beraten, 2010 und 2011, geht es im einen Jahr um 380 Millionen € und im anderen Jahr um weitere 350 Millionen € nach oben. Aber auch bei einem so gut ausgestatteten Haushalt – ich finde, das ist er – können nicht alle Wünsche befriedigt werden. Ein paar dieser Wünsche sind gerade genannt worden. Ich will sie kurz kommentieren.

Zum Ersten betrifft das den Bereich des Sports. Wir haben einen Solidarpakt Sport laufen, der bis zum Jahr 2010 reicht, und wir mussten sehen, wie wir mit dem Jahr 2011 umgehen. Ursprünglich war geplant, dass 2009/2010 ein Doppelhaushalt sein sollte. Deswegen hat man den Solidarpakt bis 2010 festgeschrieben. Jetzt haben wir eine andere Vertaktung im Haushalt, und wir haben eine schwierige gesamtwirtschaftliche und finanzielle Lage. Deshalb bin ich den Spitzenvertretern des Sports außerordentlich dankbar, dass sie für diese Situation Verständnis aufgebracht haben

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und dass sie uns gesagt haben: Wir sind bereit, auf dieser Basis auch durch das Jahr 2011 zu gehen. Im Gegenzug haben wir vereinbart, dass wir noch in diesem Jahr – das ist auch im Finanzausschuss auf Nachfragen von Ihrer Seite bereits so angekündigt worden – mit Beratungen zu einem neuen Solidarpakt Sport beginnen werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja sehr nett!)

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Sport und der Landesregierung in Baden-Württemberg kann durch solche Anmerkungen, wie sie hier vonseiten der Opposition gemacht worden sind, nicht ernsthaft gefährdet werden. Die gute Zusammenarbeit mit dem Sport ist uns etwas wert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Das zweite Thema sind die Privatschulen. Ich gebe zu, dass wir uns zu Beginn dieser Legislaturperiode vorgestellt hatten, nach dem Bruttokostenmodell auf einen Fördersatz von 80 % zu kommen. Die Gründe, weshalb dies nicht gelungen ist, sind schon genannt worden: Die Bezugsgrößen haben sich verändert.

Aber jetzt will ich einmal sagen, was in dieser Legislaturperiode möglich geworden ist. Wir sind in diesem Bereich im Jahr 2006, zu Beginn dieser Legislaturperiode, mit 520 Millionen € gestartet. 2011 haben wir einen Betrag von 670 Millionen € stehen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es gibt auch mehr Schüler!)

Darin enthalten ist eine Erhöhung der Mittel für die sogenannten Kopfsatzschulen um 34 %. – Die Schülerzahl, liebe Frau Rastätter, ist in diesem Zeitraum um 21 % gestiegen.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Deswegen haben wir sehr wohl eine strukturelle Verbesserung um diese 13 Prozentpunkte erzielen können. Wir erreichen damit nicht das Ziel von 80 %. Aber reden Sie hier nicht von Wortbruch. Niemand hat etwas versprochen. Wir haben uns ein Ziel gesetzt. Das können wir in dieser absoluten Form nicht erreichen. Aber die Ausgaben für die Privatschulen sind erheblich gesteigert worden, und zwar in einem wesentlich

stärkeren Maß, als die Schülerzahlen zunehmen. Das muss hier berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Die Schere ist auseinandergegangen!)

– Ich weiß, wir können es Ihnen nicht recht machen. Warum auch?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das muss auch nicht sein!)

– Das muss auch nicht sein.

Das dritte Thema sind die Sonderschullehrer. Wir brauchen viel mehr Sonderschullehrer, sagen Sie. Ist Ihnen, Frau Rastätter, entgangen, dass wir in Baden-Württemberg in den Sonderschulen mit Abstand das günstigste Lehrer-Schüler-Verhältnis in ganz Deutschland haben?

(Beifall des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ist Ihnen das entgangen?

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Damit sind Sie aber nicht zufrieden. Das ist klar. Aus Platz 1 sollen wir Platz 1 plus oder so etwas machen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Das ist aber auch ein Beleg dafür, dass Sie mit nichts zufrieden sein können.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Nachher. Ich will jetzt erst einmal etwas im Zusammenhang erläutern.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Ja, ich weiß, Ihnen muss man es noch genauer erklären. Aber so viel Zeit kann ich mir jetzt wirklich nicht noch nehmen, bis Sie, Herr Pix, es verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

In den letzten fünf Jahren ist ein ganz entscheidender Schritt getan worden, der uns viele Spielräume für Innovationen gegeben hat. Seit über fünf Jahren gehen die Schülerzahlen in unseren Schulen zurück – mittlerweile deutlich. Wir haben in dieser Regierungskoalition vereinbart, den Schulen alle Ressourcen, die ihnen zum Zeitpunkt der höchsten Schülerzahlen zur Verfügung standen, zu belassen. Natürlich nehmen wir Stellen, um neue Herausforderungen angehen zu können, und belassen diese Stellen nicht einfach dort, wo sie einmal waren.

Dieser flexible Einsatz von Stellen hat dazu geführt, dass wir etwa den Ausbau der Ganztagsschulen vorantreiben konnten. Wir haben mittlerweile über 1 200 Ganztagsschulen im Land. Dieser flexible Einsatz hat dazu geführt, dass wir einen Schwerpunkt „Frühkindliche Bildung“ mit ganz wesentlichen Elementen entwickeln konnten. Ich komme nachher darauf zurück.

Wir haben noch eines draufgesetzt. Mit der Qualitätsoffensive Bildung haben wir nicht nur das Äquivalent zu den früher viel höheren Schülerzahlen für die Gesamtversorgung gehalten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! In schwieriger Zeit!)

sondern wir haben in schwierigen Zeiten noch etwas draufgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Das muss man doch sagen und zur Kenntnis nehmen!)

Deswegen hat sich die Unterrichtsversorgung im Land verbessert.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Das ist hier ein ganz besonders beliebtes Thema, um Aufregung zu provozieren, anstatt Fakten in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen.

Ich will einmal den SPD-Fraktionsvorsitzenden zitieren. Er ist jetzt nicht mehr da; aber er hat sich heute Morgen wieder mit Beispielen ausgelassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die gibt es nun eben einmal! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Schmiedel gibt’s!)

Herr Schmiedel hat in der Sitzung des Landtags am 19. Januar 2010

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

als Skandalbeispiel die Grundschule Hoheneck angeführt. Er hat gesagt:

> *Schauen Sie also in die Realität. Die statistischen Zahlendrehereien nützen den betroffenen Kindern und den betroffenen Eltern nichts. Es muss vor Ort ankommen.*

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie die Realität an dieser Schule aussieht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da sind wir gespannt!)

Denn daran kann man auch erkennen, dass wir bei der Frage der Vertretung sorgfältig mit Mitteln und Stellen umgehen müssen.

Diese zweizügige Grundschule in einem Stadtteil von Ludwigsburg hat zu Schuljahrsbeginn eine Ausstattung bekommen, die um 39 Wochenstunden über den Vorgaben des Organisationserlasses liegt.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Sie hat also großen Spielraum für den Ergänzungsbereich gehabt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sind ja zwei Deputate! – Unruhe)

Diese Schule hat deswegen Klassen unterhalb des Klassenteilers geteilt. Jetzt ist ein Mutterschutzfall eingetreten. Dann hat man der Schule von 21 ausfallenden Stunden 14 Stunden neu gegeben, sodass sie jetzt statt 39 Stunden 32 Stunden mehr hat, als es im Organisationserlass vorgesehen ist.

Das wird uns von Herrn Schmiedel als bildungspolitischer Skandal präsentiert. Heute Morgen hat er weitere Beispiele angeführt, die nicht belastbar sind. Frau Kollegin Rastätter hat vorhin eines dieser Beispiele aufgegriffen, nämlich das Wagenburg-Gymnasium in Stuttgart.

Ich kann Ihnen nur sagen: Alle diese Vertretungsverträge sind mitbestimmungspflichtig. Heute Mittag hat der Bezirkspersonalrat für den Regierungsbezirk Nordwürttemberg den Vertretungsverträgen für das Wagenburg-Gymnasium zugestimmt. Die Schule ist bereits informiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie reagieren dort, wo Unmut ankommt! – Unruhe)

Wir sind nicht der Personalrat. Der Personalrat hat heute getagt. Das muss vorbereitet werden, wenn solchen Verträgen zugestimmt werden soll. Deshalb ist Ihre Behauptung nicht richtig, es würden keine Vertretungen genehmigt. Allein in der heutigen Personalratssitzung sind 28 Vertretungsverträge für Gymnasien in Nordwürttemberg genehmigt worden. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem, was tagtäglich bei den Vertretungen läuft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Knapp SPD: In einer Großen Kreisstadt wie Mühlacker, die fünf Grundschulen hat, müssen sich zwei Rektoren bei den Eltern entschuldigen, dass immer wieder Unterricht ausfällt! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Seid doch ruhig!)

Das von Herrn Schmiedel angeführte Beispiel Hoheneck war selbst der betroffenen Schule so peinlich, dass sie gegenüber der Presse richtiggestellt hat, dass es an dieser Schule nicht an Vertretungen mangelt. Die falsche Information geht auf eine Presseerklärung der SPD zurück. Die Schule hat erklärt: Diese Information ist falsch.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten. Das Wort hat der Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Das hat die Schule gegenüber der Presse erklärt. Mit einem solchen Faktionsvorsitzenden ziehen Sie durch die Lande und lassen Skandalgeschichten aufbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Der interessiert sich nicht für Bildungspolitik! Der ist nicht einmal da! – Zuruf: Wo ist der Schmiedel? – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, Sie haben vorhin Ihre Redezeit gehabt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Heute Morgen redet der Schmiedel über Bildungspolitik, und jetzt ist er nicht da! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Den Protest bekommen Sie nicht weggedrückt!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Jetzt erkläre ich Ihnen, wie das mit den Vertretungen läuft.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schlecht!)

Das hat etwas damit zu tun, dass wir auch gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber in der Verantwortung stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Deswegen ist klar, dass wir ein gestuftes Vorgehen haben. Nicht immer dann, wenn irgendwo jemand ausfällt, wird sofort ein neuer Vertrag geschlossen. Vielmehr ist klar geregelt, dass bei kurzfristigen Ausfällen an der Schule selbst für Ersatz gesorgt wird, und zwar mit Möglichkeiten, die zuvor schon benannt worden sind.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das war immer so! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Ach so! Warum halten Sie uns das dann vor?)

Bei längerfristigen Ausfällen wird geprüft, über welche Kapazitäten die Schule jenseits der Versorgung nach dem Organisationserlass verfügt. Ich habe Ihnen gerade ein Beispiel dafür genannt. Praktisch alle Schulen haben eine Versorgung, die über die Vorschriften des Organisationserlasses hinausreicht. Eine solche Versorgung brauchen sie auch, und eine solche Versorgung sollen sie auch haben. Darin sind aber auch Spielräume enthalten, um Vertretungen wahrnehmen zu können. Deshalb ist dies zunächst zu prüfen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Erst dann können Vertretungsverträge abgeschlossen werden. Es ist richtig, dass wir das alles erst abprüfen, weil wir nicht einfach Geld ausgeben können. Wir können nur Geld ausgeben, das erstens im Haushalt veranschlagt ist und zweitens abgeschöpft werden kann. Dabei kommen etwa 70 Millionen € zusammen. Es kann nicht sein, dass wir Anfang Februar in einer Situation sind, in der wir keine Vertretungsverträge mehr abschließen können. Bringen Sie bitte nicht immer falsche Behauptungen unter die Leute.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es gibt viele Beispiele!)

Das sorgt nur dafür, dass die Leute draußen verrückt gemacht werden, und das nur durch Ihr Gerede.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jörg Döpper CDU: Das ist doch das Problem! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Normalerweise wäre das eine Verleumdung, aber die wissen es nicht besser! Das ist ja das Schlimme! Das ist also gar keine Straftat, was die machen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Leute schreiben doch uns an! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wir halten mit diesem Haushalt den Kurs in der Krise für die Bildung. Wir haben die Qualitätsoffensive Bildung im Som-

mer 2008 beschlossen. Damals hat auch noch die konjunkturelle Sonne am blauen Himmel geschienen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Eben!)

Wir sind dann im Herbst 2008 in die Krise hineingeraten, aber wir haben miteinander die Kraft aufgebracht, im Haushalt 2009 und jetzt mit diesem Doppelhaushalt 2010/2011 alles, was mit der Qualitätsoffensive zu ganz anderen Zeiten angekündigt und versprochen war, auch umzusetzen: in der Krise für die Bildung, für kleinere Klassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ich weiß nicht, ob Sie heute Morgen dem Kollegen Kretschmann zugehört haben. Wissen Sie, wie er die kleineren Klassen heute Morgen kommentiert hat?

Jetzt stecken Sie zur Verbesserung des Klassenteilers noch einmal rund 3 500 Lehrerstellen in das System, weil Ihnen zur Bildungspolitik selbst gar nichts mehr einfällt.

Das ist das, was die Grünen von kleineren Klassen an unseren Schulen halten: Nichts halten sie davon!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie halten deshalb nichts davon, weil sie einen Systemwechsel haben wollen, den aber mit uns nicht bekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir wissen um die Qualität unserer Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir wissen – das hat die Zwischenfrage des Kollegen Röhm vorhin ergeben – um die Qualität der Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer. Bei uns wird eben kein Unterricht im Gleichschritt gehalten, sondern an unseren Schulen wachsen ganz vielfältige pädagogische Konzepte. Der Weg in die Selbstständigkeit der einzelnen Schule wird durch die Qualitätsoffensive Bildung ganz entscheidend gewiesen und begleitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wir haben ein erstes Signal für den Bereich der frühen Bildung gesetzt. Auf den Anfang kommt es an. Der Orientierungsplan ist hier bereits erwähnt worden – ein Bildungskonzept, das von allen Seiten uneingeschränkten Zuspruch erfährt. Wir haben uns mit den Kommunen in diesen schwierigen Zeiten über die Qualitätsoffensive Bildung hinaus darauf verständigt, dass dafür beide gemeinsam – Land und Kommunen – jährlich 200 Millionen € aufbringen. Von diesen 200 Millionen € sind zwei Drittel vom Land zu finanzieren; die gesamte Fortbildung in Höhe von 10 Millionen € jährlich ist vom Land zu finanzieren.

Das ist eine riesige zusätzliche Anstrengung, die dazu führt, dass sich die Personalausstattung in den Kindergärten um 20 % verbessert, und zwar als Grundlage für die Umsetzung des Orientierungsplans. 20 % bessere Personalausstattung, meine Damen und Herren, das ist ein Riesenschritt. Den können Sie schon allein aufgrund des Fachkräftebedarfs nicht in einem Jahr machen. Deswegen ist es ein Stufenplan, aber er ist verbindlich.

Das zweite Thema ist die Ausbildung von Erzieherinnen. Wir wissen, dass wir mehr davon brauchen, auch um die Betreuung der unter Dreijährigen garantieren zu können. Deswegen haben wir gesagt: Wir stellen die Lehrerstellen dafür zur Verfügung, und wir geben den privaten Berufsfachschulen eine Zusicherung, dass sie für diese Fachklassen, wenn sie sie neu einrichten, keine dreijährige Wartezeit haben, sondern sofort in die Förderung kommen. Das ist eine sehr günstige Situation.

Jetzt gehen wir an die Jugendlichen in den Schulen heran, um sie auf diese Berufschancen aufmerksam zu machen und sie dort hinzuführen. Das ist ein Teil unserer Informationskampagne, auf die ich noch zu sprechen komme.

Das nächste Thema der frühen Bildung ist die Sprachförderung. Von wegen, ein ganzheitliches Konzept müsse her. Wenn man nicht weiß, was man eigentlich beschreiben will, sagt man gern „ganzheitlich“, Frau Rastätter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Darunter kann sich ja alles verbergen. Unser Konzept ist konkret: Fördergruppen in jeder Gemeinde, bei jedem Träger, die vom Land eine finanzielle Unterstützung erhalten. Wenn die Diagnose ergibt, dass Kinder eine Sprachförderung brauchen, werden sie diese bekommen, und wir übernehmen die Kosten; ab dem 1. September liegt das ganz auf den Schultern des Landes. Natürlich ist es logisch, dass das in die Rubrik „Schulreifes Kind“ gehört. Dort haben wir Mittel bereitgestellt, und diese Mittel werden wir für die Sprachförderung einsetzen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Es ist doch ganz klar: Wenn Kinder in die Schule kommen, Kollege Winkler, und sich nicht verständlich machen können und nichts verstehen können, dann haben sie ein Riesenproblem. Deswegen gehört es ins Programm „Schulreifes Kind“, dass hier die Sprachförderung angeboten wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben schließlich mit den Bildungshäusern für Drei- bis Zehnjährige ein wirklich bedeutendes Konzept auf den Weg gebracht. 33 Standorte erproben es derzeit. Ich glaube, dass das ein wirklich gelingendes Konzept für längeres gemeinsames Lernen ist: Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige. Das Interesse an diesem Konzept ist riesengroß, und es führt uns auf den richtigen Weg, wenn wir überlegen, in welchem Abschnitt Kinder länger gemeinsam lernen sollten. Das alles sind Beiträge zur frühen Bildung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist doch nichts Neues! Im Kindergarten sind sie schon immer zusammen!)

Jetzt komme ich zu einem weiteren Standbein der Qualitätsoffensive. Das ist die Entwicklung der Werkrealschule.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

(Minister Helmut Rau)

– Das tut Ihnen richtig weh. – Die Werkrealschule wird schon in der ersten Runde – –

(Lachen und Widerspruch bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Uns tut es gar nicht weh! Den Kommunen, den Kindern tut es weh! – Unruhe)

– Sie haben doch geglaubt, Sie hätten einen Hebel in der Hand, um ein differenziertes Schulwesen durch ein Einheitsschulwesen zu ersetzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir möchten keine Einheitsschule, wir möchten eine Gemeinschaftsschule! – Weitere Zurufe)

Das haben Sie aber nicht. Ihr neuer Landesvorsitzender hat doch schon verkündet, dass er das möchte.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Jürgen Walter GRÜNE)

Jetzt bieten wir ein neues Konzept an, die Werkrealschule. Wir werden so viele Genehmigungen haben, dass diese Schulart auf Anhieb die am meisten verbreitete weiterführende Schulart im ganzen Land sein wird. Das ist eine Erfolgsgeschichte, schon im ersten Jahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Völlig an der Lebenswirklichkeit vorbei!)

Durch die Vielzahl der Standorte, die es geben wird, ist klar, dass sie sich durch eine Nähe zu den Schülerinnen und Schülern auszeichnen wird, durch die Profile, die wir ihr mit auf den Weg geben,

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

durch die berufliche Orientierung, die als Unterstützung für die Jugendlichen auf ihrem weiteren Weg dringend gewünscht wird, und als Baustein in der Durchlässigkeit unseres Bildungswesens. Die Durchlässigkeit ist für mich mit das höchste Gut in unserem Schulwesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wir können anhand der Ergebnisse belegen, dass die Schülerinnen und Schüler nirgendwo so gute Aufstiegschancen durch Bildung haben wie in Baden-Württemberg. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse, das wir vorlegen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seit Jahrzehnten! – Abg. Thomas Knapp SPD: Ein Teil von denen, die klatschen, wollen Sie beerben!)

Wir haben viele Beiträge in die Entwicklung der Werkrealschule mit aufgenommen. Es hat sehr gründliche und lang andauernde Diskussionen gegeben. Es hat auch Totalverweigerer gegeben, die jetzt erkennen müssen, dass sie massenweise von den Eltern, die sie vertreten wollen und auch sollen, überstimmt werden. Das werden wir im nächsten Schuljahr unter Beweis stellen können. Ich freue mich sehr über diese Erfolgsgeschichten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Informationskampagne haben wir am Montag eine erste große Veranstaltung mit 500 Schul- und Oberstufensprechern und -sprecherinnen aus den Gymnasien unseres Landes gehabt. Die Nachfrage war so riesengroß; ich hätte mir das nie träumen lassen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, bei dem tollen Buffet! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Waren Sie auch eingeladen, Frau Rastätter?)

– Ach, Frau Rastätter. Es zeigt, dass wir allen Grund haben, das jetzt in die Fläche zu tragen, vor Ort daran weiterzuarbeiten. Es sind bereits über 50 Veranstaltungen geplant, eine ganze Reihe davon auch zu „Abi 2012“. Ich halte es für notwendig, dass wir diese Informationen wirklich an die Betroffenen bringen können.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! Und ihr von der SPD wollt es verhindern! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Wir stecken doch mittendrin!)

Wir haben die Vorbereitung des Abiturs 2012 im Sinne der Gymnasiasten auf den Weg gebracht – auch im Sinne der Gymnasien –, und zwar durch Stellenzuweisungen, dadurch, dass Klarheit darüber herrscht, wie das Abitur strukturiert sein wird, und dadurch, dass wir gemeinsam dafür gesorgt haben, dass die Anschlüsse gelingen werden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es sind alle sehr zufrieden!)

weil auch die Plätze dafür vorhanden sind. Das Abi 2012 eignet sich für Sie wirklich nicht mehr als Wahlkampfthema. Das habe ich auch deutlich aus den vielen Gesprächen gespürt, die wir am Montag führen konnten und die wir weiter führen werden.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sie werden sich noch wundern, was für ein Wahlkampfthema das wird!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sollten aufhören, die Schulen für politische Zwecke instrumentalisieren zu wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Missbrauchen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt der Richtige!)

Das forsa-Ergebnis ist vorhin schon angeführt worden. Forsa hat für uns erhoben und festgestellt, dass die Eltern und die Bevölkerung insgesamt

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich mache gar keine Politik in der Schule! Ich mache meinen Dienst! Ich nutze die Freiräume des baden-württembergischen Schulsystems!)

der Bildungspolitik eine höhere Priorität als anderen Politikfeldern einräumen. Aber forsa hat leider auch festgestellt, dass das aktive Wissen über die Möglichkeiten, die in diesem Bildungswesen stecken, noch viel zu gering ist.

(Zurufe, u. a. der Abg. Renate Rastätter GRÜNE und Ursula Haußmann SPD)

(Minister Helmut Rau)

Wer Chancen wahrnehmen will, muss um die Chancen wissen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es!)

Deswegen klären wir jetzt intensiv über das auf, was sich aus der Qualitätsoffensive Bildung an Chancen für die Jugendlichen ergibt.

(Unruhe)

Wer als Kritiker Bildungspolitik treffen will und deshalb Schulen schlechtredet, richtet Schaden an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir haben gute Schulen.

(Zurufe, u. a. der Abg. Jörg Döpper CDU, Hagen Kluck FDP/DVP und Theresia Bauer GRÜNE)

Wir haben engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben Schulleiterinnen und Schulleiter, die ihre Verantwortung für den bildungspolitischen Aufbruch mit den Bildungsplänen wahrnehmen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Denen Sie einen Maulkorb geben! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quatsch!)

Deswegen setze ich darauf, dass wir darstellen können und werden, dass die Jugendlichen mit dem Bildungswesen in Baden-Württemberg besser fahren als anderswo.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhalter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war Nachhilfe, aber kostenlos!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5704. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich möchte Sie bitten, bei der Abstimmung ruhig zu sein, weil es ungeheuer störend ist, wenn dauernd geredet wird.

Ich rufe auf

Kapitel 0401

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

und dazu eine Reihe von Änderungsanträgen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-6, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-8, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5804-17, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0402 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0403

Obere Schulaufsichtsbehörden

Kann ich das Kapitel 0404 dazunehmen?

(Zurufe: Ja!)

Kapitel 0404

Staatliche Schulämter

Wer den Kapiteln 0403 und 0404 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0405

Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0408

Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5804-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0408 – Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0408 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0410

Realschulen

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Hierzu liegt zunächst der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-9, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0420 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schulen Villingen-Schwenningen und Furtwangen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Hier lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5804-2, abstimmen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wir beantragen namentliche Abstimmung!)

Hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt.

(Zuruf von der CDU: Um diese Uhrzeit!)

Ich gehe davon aus, dass die notwendige Unterstützung vorhanden ist. – Jawohl.

Dann darf ich Sie bitten: Wer dem Änderungsantrag Drucksache 14/5804-2 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, den bitte ich, mit Nein zu antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Lusche, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben N. Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Es ist niemand mehr im Saal, der noch abzustimmen wünscht.

Meine Damen und Herren, damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor.

An der Abstimmung haben sich 101 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 39 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt.
Es war keine Enthaltung dabei.

Der Antrag ist demnach abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Dr. Tobias Brenner, Fritz Buschle, Wolfgang Drexler, Sabine Fohler, Reinhold Gall, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Walter Heiler, Peter Hofelich, Gunter Kaufmann, Gerhard Kleinböck, Thomas Knapp, Walter Krögner, Dr. Frank Mentrup, Georg Nelius, Dr. Rainer Prewo, Margot Queitsch, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Johannes Stober, Andreas Stoch, Wolfgang Wehowsky, Marianne Wonnay, Norbert Zeller.

GRÜNE: Theresia Bauer, Winfried Kretschmann, Dr. Bernd Murschel, Ilka Neuenhaus, Reinhold Pix, Renate Rastätter, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Jürgen Walter.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Mit N e i n haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Ernst Behringer, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Monika Bormann, Elke Brunnemer, Jörg Döpper, Gundolf Fleischer, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Hans Heinz, Bernd Hitzler, Andreas Hoffmann, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Andrea Krueger, Jochen Karl Kübler, Dr. Bernhard Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Stefan Mappus, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Veronika Netzhammer, Christoph Palm, Günther-Martin Pauli, Werner Raab, Helmut Rau, Nicole Razavi, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Bernhard Schätzle, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Winfried Scheuermann, Dr. Klaus Schüle, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Peter Straub, Stefan Teufel, Karl Traub, Christa Vossschulte, Georg Wacker, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Birgit Arnold, Dietmar Bachmann, Heiderose Berroth, Dr. Friedrich Bullinger, Dieter Ehret, Friedhelm Ernst, Beate Fauser, Hagen Kluck, Dr. Ulrich Noll, Dr. Hans-Peter Wetzel.

*

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für eine kurze Erklärung zur Abstimmung.

(Oh-Rufe)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich denke, ich muss mein Abstimmungsverhalten schon kurz erklären. Die Erklärung wird auch für einen großen Teil meiner Fraktion gelten.

Es ist uns relativ leicht gefallen, diesen Antrag abzulehnen, obwohl uns die Erhöhung der Förderung der Schulen in freier Trägerschaft wirklich wichtig ist.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Aber so, wie dieser Antrag schon zahlenmäßig gestrickt ist, Frau Kollegin Rastätter, zeigt er mir, dass Sie das System noch immer nicht durchblicken. Sie hätten nämlich mit diesem Antrag zunächst in diesem Jahr um mehr erhöht, als Sie im nächsten Jahr dann Geld für das gesamte Jahr zur Verfügung hätten. Es ist immer so, dass das schuljahrsweise geht.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wenn Sie dieses Jahr 10 000 € mehr haben, brauchen Sie nächstes Jahr dann 30 000 € mehr und nicht 17 500 €.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir machen das solide. Dafür braucht es vielleicht noch ein bisschen Zeit. Aber dafür geschieht es dann richtig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Der Applaus ist überwältigend! – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Frau Berroth, unser Antrag enthält keine Zahlen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von uns kommen keine persönlichen Erklärungen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Erklärungen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn Frau Berroth wieder Platz nehmen würde, könnten wir weitermachen! – Unruhe – Zurufe: Pst!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Danke. Es funktioniert wie in einer Schulklasse.

Ich lasse nun über das Kapitel 0435 – Förderung von Schulen in freier Trägerschaft – abstimmen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, wir haben dazu noch einen Antrag!)

– Ja. Der Entschließungsantrag wird danach behandelt.

Wer dem Kapitel 0435 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-10. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

Hierzu sind eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-11, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-12, abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5804-3, abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-13, abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-14, abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5804-5, abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5804-4, zu Titel 833 86 N, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Kapitel 0437

Qualitätsoffensive Bildung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie Pädagogische Fachseminare

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0453

Weiterbildung

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-15, zum Kapitel 0453 –Weiterbildung – abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0453 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5804-16, zu diesem Kapitel abstimmen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich beantrage getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2!)

Wer der Ziffer 1 dieses Entschließungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer der Ziffer 2 dieses Entschließungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Wir haben nun noch über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5704, abzustimmen.

Wir stimmen zunächst über Abschnitt II ab. Wer diesem Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Wer Abschnitt III zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt III ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – abgeschlossen.

Buchstabe f der Tagesordnung ist damit erledigt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 5. Februar 2010, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 20:41 Uhr